Generalstreik und Sozialdemok...

Henriette Roland Holst-Van der Schalk, Karl ...

Henriette Roland-Holst

Generalstreik

und

Sozialdemokratie

Mit einem Vorwort
von Karl Kautsky

Zweite revidierte und erweiterte Auflage

DRESDEN
Druck und Verlag von Kaden & Comp.
1906

Vorwort

Der Verleger vorliegender Schrift wünscht, ich möge ihr ein Geleitwort mitgeben, da ich in gewissem Sinne ihr Urheber bin. Bei Besprechung der Friedebergschen Broschüre über den Generalstreik in der Neuen Zeit (XXIII. Jahrgang, 1. Band, Seite 57) hatte ich bemerkt: „Das Studieren und Diskutieren des politischen Massenstreiks ist eine notwendige Sache geworden und sehr erwünscht wäre eine Broschüre, die sich geeignet erwiese, eine Grundlage dafür zu geben.“ Genosse Wallfisch forderte mich daraufhin auf, eine derartige Broschüre selbst abzufassen. Wegen Mangel an Zeit, vor allem wegen der Herausgabe der Marxschen Theorien über den Mehrwert, mußte ich diese Aufforderung ablehnen, aber ich riet Wallfisch, sich an die Genossin Roland-Holst in Holland zu wenden, von der ich wußte, daß sie sich eingehend mit dem Thema beschäftigt hatte und es gründlich beherrschte, wie sie schon auf dem Internationalen Kongreß zu Amsterdam gezeigt, wo sie als Referentin über den Generalstreik fungierte, leider ohne ihr Referat zu Ende führen zu können, angesichts der allzukurz bemessenen Redezeit.

Genosse Wallfisch befolgte meinen Rat und das Resultat ist die vorliegende Schrift, die veranlaßt zu haben, ein sehr befriedigendes Bewußtsein verleiht. Erfüllt sie doch in der vortrefflichsten Weise die Aufgabe, die ihr gestellt. Das ganze vorliegende Tatsachenmaterial zieht sie in ihren Bereich, um es mit sicherer Methodik zu verarbeiten. Bietet sie jedem Leser so viel Anregung und Belehrung, wie sie mir geboten, dann darf sie ihres Erfolges sicher sein.

Aber wichtiger noch als der literarische Erfolg erscheint mir der praktische Nutzen, den das Büchlein der Genossin Roland-

Holst bewirken wird, da es Klarheit schafft über die wichtigste praktische Frage, deren Lösung uns gegenwärtig obliegt, die Frage nach der schärfsten Waffe in den großen Entscheidungskämpfen, denen wir entgegengehen. Man wende nicht ein, für Deutschland habe diese Frage nur akademische Bedeutung, denn hier sei der politische Massenstreik unter den gegebenen Verhältnissen völlig aussichtslos. Wir brauchen bloß nach Rußland zu sehen, um zu erkennen, wie unvermutet, über Nacht, die gegebenen Verhältnisse völlig umschlagen, Verhältnisse eintreten können, die den politischen Massenstreik entfesseln. Dieser wird aber um so wirksamer sein, um so geringere Opfer kosten, um so größere Resultate erzielen, je geschulter die Massen sind, wozu auch die nötige Aufklärung über das Wesen, die Bedingungen und die Methoden des politischen Massenstreiks gehört. Nichts verkehrter als die Anschauung, wir brauchten uns um diesen nicht zu bekümmern, weil ein solcher nicht das Resultat einer planmäßigen Vorbereitung, sondern nur das einer spontanen Empörung aufs äußerste gereizter Proletarier gegen eine ebenso kopflose wie brutale Regierung sein könne. Sind wir einmal so weit, daß die Massen der Regierung den Krieg ansagen, und, um sie lahmzulegen, Produktion und Verkehr stillsetzen, dann ist die Zeit zum Studieren und Diskutieren längst vorbei, dann heißt es handeln, so gut oder so schlecht man's versteht. Nein, gerade weil ein politischer Massenstreik nur dann wirken kann, wenn er nicht planmäßig vorbereitet und auf einen bestimmten Termin angesagt wird, gerade weil der Moment seines Eintretens völlig unberechenbar ist, gerade deswegen muß man stets auf ihn vorbereitet sein, soll man nicht durch ihn überrascht werden, muß man ihn diskutieren und studieren, solange noch die Möglichkeit dazu vorhanden, solange noch der Zustand relativen Friedens herrscht. Nichts lächerlicher, als eine Kriegsverwaltung, die erst dann, wenn der Krieg erklärt ist, beginnen wollte, ihre Waffen zu prüfen, ihre Truppen zu exerzieren, ihren Offizieren Strategie und Taktik einzupauken. Die Russen haben es ähnlich gemacht, aber sie lebten auch des stolzen Glaubens, daß niemand es wagen werde, sie anzugreifen. So wissen auch die Gegner der Beschäftigung mit der Idee des politischen Massenstreiks nichts Besseres zu tun, als die Illusion zu erwecken, wenn die deutsche Sozialdemo-

kratie nur geschickt operiere, werde niemand es wagen, dieser großen Partei gewaltsam entgegenzutreten. Die Staatsmänner des Proletariats, die vermeinen, unbequemen Katastrophen auf diese schlaue Weise vorbeugen zu können, können leicht eine ähnliche Katastrophe erleben wie die Staatsmänner an der Newa.

Aber nicht bloß als Vorbereitung für kommende Kämpfe ist das Diskutieren und Studieren des politischen Massenstreiks und damit auch die vorliegende Schrift von großer Bedeutung. Man gewinnt dadurch auch tiefere Einsicht in die Kämpfe der Gegenwart, und zwar nicht nur in gelegentliche außerordentliche politische Streiks außerhalb Deutschlands, sondern auch in die alltäglichen gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland selbst. Man kann nicht den politischen Massenstreik studieren, ohne den Streik überhaupt zu studieren, seine verschiedenen Arten und die besonderen Bedingungen und Methoden einer jeden davon. Das ist aber von der größten Wichtigkeit für die praktischen ökonomischen Kämpfe unserer Zeit.

Die gewerkschaftliche Aktion und der Streik im alten Sinne werden immer ohnmächtiger durch die moderne ökonomische Entwicklung. Jedoch nichts wäre irrtümlicher, als daraus zu schließen, die Tage der Gewerkschaften und der Streiks wären nun gezählt. Im Gegenteil, diese werden immer notwendiger und wichtiger, sie erhalten immer größere Bedeutung für das gesamte gesellschaftliche und politische Leben. Nur die alten Schablonen werden immer unzureichender zur Lösung der Aufgaben, die den Gewerkschaften und den Streiks gestellt werden, diese Aufgaben komplizieren sich immer mehr und gestalten sich immer mannigfaltiger. Dementsprechend müssen auch die Methoden der gewerkschaftlichen Aktion immer mannigfaltiger werden, verschieden werden für verschiedene Berufe und Situationen. Für die Leitung einer Gewerkschaft, eines Streiks reicht es nicht mehr aus, ein gewandter Routinier und gewissenhafter Kassenbeamter zu sein, der vor allem danach trachtet, seine Kasse zu füllen und alles zu vermeiden, was sie leeren könnte, ohne sich darum zu kümmern, was rechts und links von ihr vorgeht. Der Leiter gewerkschaftlicher Aktionen muß ein Politiker in großem Stil sein; er bedarf nicht etwa überschlauer Diplomatie, die glaubt, durch überlegene List jeden Gegensatz kampflos überwinden zu können, wohl aber eines weiten Blicks, der Erkenntnis der tieferen ökonomischen Zusammenhänge,

der Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, engster Fühlung mit der Gesamtbewegung des Proletariats, die ihren besten Ausdruck in der Sozialdemokratie findet, und vollen Verständnisses für die Eigenart des Berufs, dem seine Organisation dient, und der ökonomischen und politischen Situation, in der sich der jeweilige Kampf abspielt.

In demokratischen Organisationen, wie den Gewerkschaften, werden aber solche Elemente um so eher die Führung erhalten und behaupten, je eifriger die Masse der Mitglieder selbst alle diese Faktoren studiert und verfolgt. Nur wo dies in hohem Grade der Fall, werden die Organisationen der Arbeiter das größte Maß von Kraft entfalten, dessen sie fähig sind. Ob und wie dies geschieht, das hängt indes von einer Reihe von Umständen ab, die nicht willkürlich zu schaffen sind, sondern von den jeweiligen sozialen und politischen Verhältnissen und Traditionen aufs tiefste bedingt werden. Eine zweckentsprechende aufklärende Literatur ist nur eine der Vorbedingungen, die hier in Frage kommen, indes keineswegs die unwichtigste unter ihnen. Ich wüßte aber kein Buch, das besser geeignet wäre, durch sein Tatsachenmaterial wie seine Methode auf das geistige Leben dieser Art befruchtend einzuwirken, wie das unsrer holländischen Freundin. Und das ist nicht sein geringstes Verdienst.

Der Gewerkschaftskongreß zu Köln hat wohl beschlossen, die Propaganda, das heißt die Diskutierung des politischen Massenstreikes in der gewerkschaftlichen Welt habe von nun an aufzuhören, und er hat sich über die Literaten beschwert, die nichts besseres zu tun wüßten, als darüber zu schreiben.

Aber seine Verhandlungen haben nur eines bewiesen: daß der Massenstreik noch zu wenig diskutiert worden ist, daß die Gewerkschaftswelt in ihrer Mehrheit sich noch in völliger Unklarheit über sein Wesen, seine Bedingungen, seine Methoden befindet. Diese Klarheit zu schaffen, liegt allerdings in erster Linie den „Literaten" ob, das heißt den Theoretikern; sie haben das kämpfende Proletariat zum Selbstbewußtsein über seine geschichtlichen Aufgaben zu bringen, die ihm zunächst nur instinktiv vorschweben. Wenn man den Literaten wegen der Frage des Massenstreikes einen Vorwurf machen wollte, könnte es höchstens der sein, daß sie zu wenig, nicht zu viel über ihn geschrieben haben, das heißt, zu wenig Gründliches und Umfassendes.

Das vorliegende Buch macht aber auch diesen Vorwurf gegen die Literaten gegenstandslos.

Die Beschwerde einiger Gewerkschaftler auf dem Kölner Kongresse über die Literaten scheint übrigens auf manchen unter diesen eine eigenartige Wirkung geübt zu haben. Eben, wie diese Zeilen in Druck gehen sollen, geht mir der Vorwärts vom 8. Juni zu, in dem, im Gegensatz zu fast der gesamten Parteipresse, versucht wird, den Beschluß des Kölner Kongresses über den politischen Massenstreik zu rechtfertigen.

Drei Punkte weiß er dafür anzugeben, daß die Gewerkschaften den politischen Massenstreik nicht zu diskutieren brauchen.

1. „Der politische Massenstreik ist ein politisches Kampfmittel und deshalb haben .... die Gewerkschaften nichts mit ihm zu tun."

2. „Wenn auf die glänzende Anwendung des politischen Massenstreiks in Rußland verwiesen wird, so müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß gerade die russischen Arbeiter am allerwenigsten Gelegenheit zur Diskussion dieses Kampfmittels hatten."

3. „Was sind am Ende die fünfviertel Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegen die Masse des deutschen Proletariats? Da kann man es wohl begreifen, daß sie (die Gewerkschaften) den Wunsch haben, zunächst einmal die Masse des Proletariats zu gewinnen und die Diskussion von Kampfmitteln, die ihnen bei Betrachtung ihrer relativ geringen Zahl nach aussichtslos erscheinen, vorläufig ablehnen."

Also die Gewerkschaften brauchen den politischen Massenstreik nicht zu diskutieren:

1. Weil nicht sie, sondern die politischen Organisationen ihn zu diskutieren haben.

2. Weil es geht, auch ohne daß man ihn diskutiert hat.

3. Weil es für die Gewerkschaften zu früh wäre, ihn zu diskutieren.

Diese drei Argumente heben einander auf, aber auch jedes von ihnen ist für sich allein nicht stichhaltig. Es lohnt sich, sie näher zu betrachten, weil man ihnen öfter begegnet.

Der Vorwärts meint, die Diskussion des politischen Massenstreiks sei erst dann für die Gewerkschaften am Platz, wenn

sie „die Masse des Proletariats" gewonnen haben. Hält er es wirklich für möglich, die Masse des Proletariats gewerkschaftlich zu organisieren? Aber wenn er auch so optimistisch sein sollte, in absehbarer Zeit wird er es doch nicht erwarten. Je stärker die Organisationen des Proletariats werden, desto größer aber auch der Gegensatz gegen sie in den herrschenden Klassen, desto näher eine Politik der Reaktion, die uns jeden Moment in eine Situation versetzen kann, die dann früher oder später zum politischen Massenstreik drängt. Der Vorwärts jedoch denkt sich die Sache so gemütlich, daß die Gewerkschaften erwarten dürfen, die Scharfmacher und die Regierungen würden ruhig zusehen, bis die Masse des Proletariats fest organisiert ist, was doch auch im besten Fall vor zwei bis drei Jahrzehnten nicht erwartet werden darf, und daß für die Gewerkschaften kein dringender Grund vorhanden ist, früher über neue Kampfmittel nachzudenken. Die Diskussion darüber wird damit um ein Menschenalter verschoben.

Der Vorwärts weist dann auf Rußland hin, wo es zum Massenstreik ohne vorherige Diskussion kam. Sicher, aber auch ohne Preßfreiheit, ohne genügende Schulbildung, ohne gewerkschaftliche Organisation. Sollte alles das deshalb überflüssig sein?

Das Beispiel Rußlands beweist nur, daß die Notwendigkeit des Massenstreiks über Nacht kommen kann, ohne daß man Zeit gehabt hätte, ihn zu diskutieren. Ist das ein Grund dafür, anderswo diese Diskussion aufzuschieben? Andrerseits aber zeigt das russische Beispiel, wie grundlos jene Anschauung ist, die das Gelingen des Massenstreiks davon abhängig macht, daß die Masse des Proletariats gewerkschaftlich organisiert sei. Wo die kapitalistische Industrie genügend entwickelt ist und die sozialen und politischen Verhältnisse ihn erzwingen, kommt er ohne alle gewerkschaftliche Organisation, ohne jede vorherige Diskussion. Aber sicher wird er um so kraftvoller sein, um so mehr erreichen, um so geringere Opfer erfordern, je mehr im Proletariat Schulung, Aufklärung, Organisation verbreitet sind. Wir verlangen aber auch nicht die Diskussion des politischen Massenstreiks, um ihn möglich, sondern um ihn möglichst erfolgreich zu machen.

Endlich aber, meint der Vorwärts, brauchten die Gewerkschaften den politischen Massenstreik nicht zu diskutieren, da

er ein politisches Kampfmittel sei, mit dem sie nichts zu tun hätten:

„Hätte der Gewerkschaftskongreß erklärt, wir haben lediglich gewerkschaftliche Aufgaben, in diesen Rahmen gehört der politische Massenstreik zur Erkämpfung politischer Rechte oder zur Verhinderung politischer Entrechtung nicht hinein, das überlassen wir der politischen Organisation der Arbeiter, dann hätte kaum jemand etwas dagegen eingewendet."

Da dürfte der Vorwärts sich doch einer Selbsttäuschung hingeben, denn gegen diesen Standpunkt läßt sich sehr viel einwenden. Ich weiß nicht, wie man sich in der Redaktion unsres Zentralorgans den politischen Massenstreik vorstellt, aber gewöhnlich betrachtet man ihn nicht als einseitige Aktion der Partei, sondern als gemeinsame Aktion von Partei und Gewerkschaften, soweit solche Organisationen vorhanden, und zwar zu Zwecken, die wieder nicht einseitig bloß die Partei, sondern auch die Gewerkschaften angehen. Der politische Massenstreik wird gerade in Situationen notwendig, wo die isolierte Gewerkschaft ebenso wie die Partei für sich allein versagt, wo sie ihre Kräfte und Methoden vereinigen müssen, um ihre Kampffähigkeit zu vermehren. Gerade diese Kombination gewerkschaftlicher mit politischer Aktion (in den Parlamenten, Gemeinderäten, durch die Tagespresse usw.), gerade das macht das Wesen, die Eigenart des politischen Massenstreiks aus; darum geht er die Gewerkschaften ebenso sehr an wie die Partei. Und was von seinen Mitteln des Kampfes, gilt auch von seinen Zwecken. Das zeigt schon die bisherige Praxis wenigstens dort, wo er nicht von vornherein geplant war, wie der belgische, sondern spontan aus einer Situation heraus entsprang, wie im vorigen Jahre in Italien, jetzt in Rußland. Der Generalstreik in Italien galt der Wahrung des Koalitionsrechts, brach aus als Protest gegen die Praxis der Gendarmerie, bei jeder Gelegenheit in Lohnkämpfe durch die Niederschießung von Arbeitern einzugreifen. War das wirklich eine Frage, die die Gewerkschaften nichts anging?

Und jetzt die Generalstreiks in Rußland dienen nicht bloß dem Zweck, den Absolutismus zu untergraben. Hand in Hand mit diesem politischen Zweck gehen rein gewerkschaftliche, und die Streiks haben in beiden Beziehungen schon viel erreicht, mehr, als man meist im Auslande annimmt; sie haben

stellen- und zeitweise eine Preß- und Versammlungsfreiheit geschaffen, wie sie bisher in Rußland unerhört war, und haben die Arbeitszeiten reduziert, die Löhne erhöht und viele Mißbräuche in den Fabriken abgeschafft.

Nichts widerspricht also mehr den Tatsachen als die Behauptung, der politische Massenstreik sei etwas, was die Gewerkschaften nichts angehe. Auch in Deutschland, wenn er notwendig werden sollte, wird der politische Massenstreik ein Mittel in Kämpfen werden, in denen es sich um gewerkschaftliche Zwecke ebenso handelt wie um politische. Sind doch die Gewerkschaften den Scharfmachern nicht minder ein Dorn im Auge wie die Sozialdemokratie. Das Proletariat Deutschlands steht vor der Gefahr, nicht bloß das allgemeine Wahlrecht, sondern auch das Koalitionsrecht verteidigen zu müssen. Sollte das wirklich nur die politische Organisation der Arbeiterklasse etwas angehen?

Unser Zentralorgan hat also mit seiner Argumentation durchaus nicht bewiesen, daß die Gewerkschaftler keine Ursache haben, den Massenstreik zu studieren und zu diskutieren. Es hat nur bewiesen, daß auch außerhalb der Gewerkschaftswelt diese Notwendigkeit in hohem Maße besteht, und hat damit ein neues Argument für die Nützlichkeit des Buches der Genossin Roland-Holst geliefert.

Natürlich vermag dies Buch ebensowenig wie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses, wenn auch in andrer Weise, die Diskussion über den Massenstreik abzuschließen. Das ist ganz unmöglich einer Kampfesmethode gegenüber, deren Praxis eben erst begonnen hat und die uns, wie augenblicklich am großartigsten Rußland zeigt, jeden Tag neue Aufschlüsse bringt und neue Gesichtspunkte eröffnet. Aber es wird leisten, was der Gewerkschafts-Kongreß versäumt: die Diskussion auf ein höheres Niveau zu erheben und sie fruchtbringend zu gestalten.

So erscheint es mir berufen, nach den verschiedensten Richtungen hin Klarheit und Kraft des proletarischen Emanzipationskampfes unsrer Zeit zu vermehren. Möge ihm der Leserkreis beschieden sein, dessen es bedarf, um seine volle Wirkung üben zu können.

Berlin, Juni 1905

K. Kautsky.

Zur zweiten Auflage

Bei der zweiten Auflage geziemt sich's, daß ich vorerst meinen Dank für die zumeist wohlwollende Kritik und für die eingehende Beachtung ausspreche, die meine Arbeit in der deutschen Parteipresse gefunden hat. Die meinem Buche gezollte Kritik ist von mir jetzt sorgfältig erwogen worden und hat mich bestimmt, bei der Revision des Textes einiges Vergessenes nachzuholen und Mißverstandenes klarer zu gestalten.

Freilich bezieht sich dies meist auf Untergeordnetes. Der Hauptpunkt, wo die Kritik ansetzte, war die Frage der gesellschaftlichen Entwicklung, die Frage, ob sie mit Notwendigkeit auf den Massenstreik als Form der proletarischen Revolution hinauslaufe. Von verschiedenen Kritikern ist mir vorgeworfen worden, daß ich die friedliche Entwicklung, das geordnete Aufsteigen der unterdrückten Massen, wenn auch nicht ganz ausschließe, so doch als etwas sehr Unwahrscheinliches hinstelle und allzusehr zu der Auffassung neige, daß die gesellschaftliche Entwicklung zur Katastrophe führt. Weil so der Endkonflikt als unvermeidlich angesehen wird, ergäbe sich in meiner Darstellung als notwendige Form der Entscheidungsschlacht der Massenstreik.

In diesem Punkt, an den sich die bekannte Diskussion zwischen Neue Zeit und Vorwärts geknüpft hat, habe ich keine eingehenden Änderungen oder Neuausführungen in meiner Schrift anbringen zu müssen geglaubt. Es wäre das erstens unmöglich gewesen, ohne den ganzen Zyklus der Probleme von der Konzentration des Kapitals, der Zuspitzung der Klassengegensätze, der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung eingehend zu erörtern. Eine solche Erörterung aber gehört nicht in eine Untersuchung über die Natur und den Wert des

Generalstreiks; sie ist eine Arbeit für sich, die schon seit Jahren vorliegt in Kautskys: „Bernstein und das sozialdemokratische Programm". Die gesellschaftliche Entwicklung auf ökonomischem wie politischem Gebiet, die sich seitdem vollzog, hat dann weitere zahlreiche Belege für die Schlüsse beigebracht, zu denen Kautsky in einer Periode geschäftlicher Prosperität und politischen Stillstands gelangte.

Meine Schrift aber beschränkt sich auf die Beantwortung der Frage, ob überhaupt und unter welchen Voraussetzungen, in welchen Lagen der Streik dem Proletariat als Kampfmittel gegen den Staat dienen könne. Die Prüfung des vorhandenen Tatsachenmaterials, der Erfahrungen der Vergangenheit und der sozialpolitischen Tendenzen der Gegenwart ergab, daß der Massenstreik ebensowohl, unter gewissen Voraussetzungen, in einer bestimmten Periode des proletarischen Emanzipationskampfes ein geeignetes Mittel sein könne, dem Staat Reformen abzuzwingen, wie er bei weiter entwickelten Klassengegensätzen und in einer revolutionären Lage die Form der proletarischen Revolution sein müsse, weil für das Proletariat die Verweigerung der Arbeitskraft das aus seiner ganzen Stellung in der heutigen Gesellschaft hervorgehende äußerste und unveräußerliche Macht- oder Gewaltmittel ist. Das aber behaupten, bedeutet nicht die Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution unter allen Umständen voraussagen. Es spricht zwar die geschichtliche Erfahrung für ein solches Endergebnis der Entwicklung, da es kein Beispiel einer privilegierten Klasse gibt, die sich ohne äußersten Kampf zurückdrängen läßt. Es weisen zwar zurzeit unsere politischen Wettergläser alle auf Sturm, aber dennoch gibt es Möglichkeiten einer andern Entwicklung als einer, die auf den Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat hinausläuft. Eine dieser Möglichkeiten wäre ein Weltkrieg und seine Folgen. Eine andre kann hervorgehen aus den sozialen Wirkungen der Trusts, die ja erst am Anfang ihrer Tätigkeit stehen und vielleicht den gesellschaftlichen Boden auf von uns noch ungeahnte Weise durchwühlen werden.

Zwar würde auch keine dieser Möglichkeiten des Proletariats die Notwendigkeit ausschalten, die politische Macht zu erobern, um seine Gesellschaftsordnung durchzuführen. Es eröffnen sich dabei aber Aussichten, daß fast die Gesamtheit der Mittel-

klassen sich gegen das herrschende Regiment kehren und, die moralisch-geistige Überlegenheit des Proletariats anerkennend, seiner Leitung folgen würde. Denn ein andrer Punkt, der die heutige gesellschaftliche Bewegung und damit auch ihre Aussichten von jeder früheren wesentlich unterscheidet, ist die von Bebel in seiner Rede zu Jena mit Recht hervorgehobene Aufklärung und das politische Bewußtsein der Massen.

Dies ist jedoch nicht die Frage, um die es sich hier handelt. Die Ansicht, der Massenstreik sei im Falle des Konflikts die Form der proletarischen Revolution, bedeutet ebensowenig ein einseitiges Betonen der Zuspitzung der Verhältnisse, wie ein ungebührliches Herabsetzen der andern Mittel des proletarischen Kampfes, vor allem des Parlamentarismus. Die Kritik, die eine derartige Herabsetzung aus meiner Schrift herausgelesen hat, muß ich des mangelnden Verständnisses anklagen. Dieser Mangel an Verständnis aber findet offenbar seinen Grund in ungenügendem Einleben in dialektisches Denken. Diese Kritiker verstehen nicht, oder doch nur ungenügend, daß die Aufklärung, die Schulung, der Zusammenhalt, das Klassenbewußtsein, die der politisch-parlamentarische Kampf in Zusammenhang mit andern Kampfmitteln dem Proletariat im Lauf der Entwicklung gibt, zu einem Punkt führen kann, wo diese Kampfmethode sich selbst aufhebt, das heißt, wo sie in andere, anscheinend gegensätzliche Methoden umschlagen muß, gerade so gut, wie die Anwendung dieser Methoden in einer früheren Phase des proletarischen Kampfes nötig sein mag, um den Boden des Parlamentarismus zu gewinnen. Nicht ich, die ich diese Dialektik der realen Entwicklung aufdecke, mache mich der Inkonsequenz oder des „Dualismus“ schuldig, sondern das Leben selbst ist es, das sich in den Bahnen des anscheinend Widerspruchsvollen, Gegensätzlichen vorwärtsbewegt. Das „Wenn und Aber“ ist bei der Untersuchung geschichtlicher Tendenzen der Gegenwart und ihrer Weiterführung in die Zukunft unvermeidlich, denn die historische Entwicklung wird von zahlreichen Faktoren bedingt und diese soviel wie möglich zu würdigen und abzuwägen, ist Aufgabe des Soziologen. Das „Entweder-oder“ jedoch, das heißt in diesem Fall das Bekenntnis zur Auffassung, eine hohe Schätzung des revolutionären Wertes des Massenstreiks bedeute notwendig ein Schwärmen für Katastrophen, ein Naserümpfen über den

parlamentarischen Kampf — ein solches „Entweder-oder" scheint nur ein Rückfall in das metaphysische Denken, das für die Sozialdemokratie ein überwundener Standpunkt sein soll.

Wenn ich also an diesem Punkte meiner Schrift im wesentlichen nichts geändert habe, so war die Kritik mir dennoch von Nutzen, weil sie mir zeigte, daß meine Ausführungen über den verschiedenen Charakter und die verschiedenen Aussichten des Streiks je nach Lage und Umständen nicht ganz verstanden worden waren. Deswegen habe ich sie bei der Revision des Textes teilweise umgearbeitet und wo nötig, ergänzt. Auch dem Faktor der öffentlichen Meinung ist eine eingehendere Betrachtung gewidmet und sie ist in ihren Bestandteilen analysiert worden. Von großem Nutzen war mir in diesen Punkten ein inzwischen in der Neuen Zeit, Jahrg. 23, Band II, No. 51, Seite 804—816, erschienener trefflicher Artikel des Genossen Hilferding über „Parlamentarismus und Massenstreik". Seine ausgezeichneten Ausführungen über die verschiedene Natur des Massenstreiks je nach den Machtverhältnissen der Klassen und dem Stadium der proletarischen Bewegung werden den Lesern meiner Schrift warm empfohlen.

In einem Punkt muß ich gestehen, zu sehr durch die rosafarbene Brille gesehen zu haben: an jener Stelle nämlich, wo ich die schweizerische Demokratie als eine hinstellte, in der dem Willen des Volkes die uneingeschränkteste Gelegenheit geboten wird, sich in geordneten Formen zu äußern. Das Ergebnis der letzten Wahlen lehrt, daß auch dort die Demokratie eine Kugel am Bein trägt und das augenscheinlich uneingeschränkteste Wahlrecht sich sehr wohl mit Wahlbestimmungen vereinen läßt, die den politischen Einfluß des Proletariats künstlich herabsetzen.

* * *

Seit dem Moment, wo die erste Auflage meiner Arbeit erschien, ist die Frage des politischen Massenstreiks immer mehr in den Vordergrund des Interesses getreten. Das ganze alte Europa dröhnt von dem ehernen Schritt der russischen Revolution; die Geschichte hat Flügel bekommen; wichtige, langvorbereitete Verschiebungen des Machtverhältnisses der Klassen sind plötzlich zutage getreten; politische Ereignisse von ungeheuerer Tragweite, die vor kaum einem Jahre in weiter Ferne

dämmerten, sind in nächste Nähe gerückt. Schon hat das österreichische Proletariat, die günstige Situation in bewunderungswürdiger Weise ausnützend, durch einmütiges Vorgehen den halben Sieg errungen: es steht da, bewaffnet und entschlossen, zum Massenstreik überzugehen, wenn das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht in kürzester Zeit „heraus"-kommt. Und schon rauschen deutlich vernehmbar die Flügel der Göttin des Sieges durch die Luft.

Hart an der österreichischen Grenze aber, in Sachsen, fängt es zu wetterleuchten an. Lang kann der Grimm des entrechteten Volkes sich ansammeln, nicht leicht wird bei der bedächtigen und ruhigen germanischen Rasse der Zorngedanke zur Tat. Aber die ersten Zeichen einer seelischen Wandlung vollziehen sich. Und wenn einmal die Massen der deutschen Arbeiter, aufgeklärt, organisiert, geschult, ruhigen Blutes und klaren Sinnes wie keine andern der Welt, in Bewegung geraten, wenn einmal eine revolutionäre Situation ihnen den Gebrauch der dem Proletariat eigentümlichen Waffe nahelegt, ihnen aufdrängen würde, dann wird das Ringen furchtbar sein, aber der Sieg von weltgeschichtlicher Bedeutung, denn er wäre die Zertrümmerung der mitteleuropäischen Reaktion, das heißt der stärksten reaktionären Macht, die nach dem Falle des russischen Absolutismus noch übrig geblieben ist.

Alles aber, was in Österreich-Ungarn geschieht und in Deutschland sich vorzubereiten anfängt, ist von der russischen Revolution gleichsam gelöst, in Gang gesetzt worden. Und wie sie der Herd ist, von wo aus revolutionäre Gluten sich ununterbrochen über ganz Europa verbreiten, so ist sie es auch, die uns zurzeit unerschöpfliche Belehrung über die Erscheinungen, die Methoden, die Aussichten und Folgen der neuen revolutionären Waffe des Massenstreiks bietet. Gewiß kann das westeuropäische Proletariat nicht alle Erfahrungen seiner russischen Brüder ohne weiteres auf seine eigene Situation übertragen und ihren Kampf einfach nachahmen. Es kämpft ja zum Teil gegen andre Klassen, für andre Güter, in einem andern gesellschaftlichen Milieu, wo mehr oder weniger demokratische Anschauungen, Lebensformen und Sitten schon den Boden aufgewühlt und die Atmosphäre durchtränkt haben. Alles dies Ungleichartige sollen wir nicht übersehen, aber ebensowenig soll es uns das Gleichartige verdecken. In der

russischen Revolution, wie bei einer eventuellen Erhebung der Volksmassen in Westeuropa, handelt es sich um einen Kampf des Proletariats gegen die Staatsmacht, einen Kampf, der größtenteils mit denselben Waffen durchgeführt werden muß, einen Kampf, in dem das Proletariat sich auflehnt gegen Zustände und Verhältnisse, die ihm unerträglich geworden sind. Denn die soziale Revolution, der Sturz des bürgerlichen Regiments kann nur erfolgen, wenn dieses Regiment, wenn Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt, dem westeuropäischen Proletariat ebenso unerträglich geworden sind, wie heute dem russischen der Absolutismus, die uneingeschränkte Ausbeutung und die politische Rechtlosigkeit; wenn es ebenso bereit ist, alles und alles daran zu setzen, sich von der bürgerlichen Herrschaft zu befreien, wie heute die russische Arbeiterklasse es ist, den Absolutismus niederzuwerfen.

Ist auch die volle Würdigung der russischen Revolution selbstverständlich der Zukunft vorbehalten, so ließe sich über die Lehren der russischen revolutionären Streiks schon heute manches sagen, was meine Schrift vor neun Monaten nur andeuten konnte. Möglichkeiten, die damals noch halb als zukünftig aufgefaßt werden mußten, so die Streiks der Eisenbahner sowie der Post- und Telegraphenangestellten, ihre Wirkungen auf das Bauerntum, auf die finanzielle Lage usw., sind inzwischen Wirklichkeit geworden.

Unter der Fülle von belehrenden Anregungen, die die russischen Ereignisse uns geben, scheinen mir vor allem die folgenden in bezug auf den Massenstreik als Form der Revolution von hoher Wichtigkeit.

Erstens die lange Ausdehnung des Kampfes. Immer mehr zeigt es sich, daß der revolutionäre Massenstreik nicht dem einmaligen, gelingenden oder zurückgeschlagenen Ansturme zu vergleichen ist, sondern mehr der Belagerung einer Festung gleicht, wo wiederholte Angriffe, mit denen Position nach Position dem Feinde entrissen wird, mit fortgesetzter Unterwühlung seiner Werke zusammengehen. Diesen Zweck, den Feind zu schwächen, mürbe zu machen, die eigenen Scharen aber zu üben und zu schulen und die Macht ihrer Einmütigkeit Freund wie Feind klar zu machen, erfüllen auch solche Angriffe, bei denen anscheinend nichts gewonnen wird. Ein Angriff dieser Art war unter anderm der fünftägige Proteststreik

(15. bis 20. November) der Arbeiter und Bahnangestellten von Petersburg gegen die Proklamierung des Standrechts in Polen und die Todesurteile über die Kronstädter Meuterer. Dieser Streik, der von der ganzen bürgerlichen Presse als „mißlungen“ verschrien wurde, weil er kein greifbares Resultat erreichte, war in Wahrheit ein großer Sieg: er bekundete, wie enorm in wenigen Monaten das Gefühl der Solidarität und die Disziplin unter dem russischen Proletariat zugenommen hatte.

Ein zweiter Punkt von hoher Wichtigkeit ist die erstaunliche Ausdauer, die das russische Proletariat im Ertragen körperlicher Entbehrungen beweist. Der Einwand der Gefahr baldiger totaler Erschöpfung, des Kapitulierens vor dem Hunger, wurde noch auf dem Kongresse zu Jena, wie schon so oft vorher von den Gegnern des politischen Massenstreiks, stark betont. Damals schon konnte man ihnen mit vollstem Recht die russischen Ereignisse entgegenhalten, seitdem aber hat eine neue Streikwelle sich erhoben, die alle früheren an Größe, Kraft und Ausdauer übertrifft. Auch diese Frage: wie die Massen, trotz des Hungers, im Streik verharren können, der den Hunger hervorbringt, wird von der Dialektik der Wirklichkeit gelöst; das Unmögliche wird möglich als Bewegung; wenn die Arbeiterschaft vom Kampfe allzusehr erschöpft ist, stellt sie ihn auf kurze Zeit ein, um ihn, sobald sie sich einigermaßen erholt hat, von neuem zu beginnen. Wie sie dies aber zustande bringt, wie das russische und polnische Proletariat jetzt schon fast ein Jahr ohne regelmäßige Entlohnung aushält, die Organisierung der Hilfe, der Verproviantierung usw. — wie die Organisierung des Streiks überhaupt — das alles bildet für das westeuropäische Proletariat einen Gegenstand des höchsten Interesses. In der revolutionären Atmosphäre hat sich dort, wo das Proletariat so lange in der Organisation zurückbleiben mußte, die proletarische Kampforganisation gewerkschaftlicher wie politischer Art so wunderbar schnell entwickelt, daß heute auch in diesem Punkt das westeuropäische Proletariat von seinem russischen Bruder manches lernen kann.

Eine dritte Lehre der russischen revolutionären Streiks, auf die ich noch hinweisen will, ist die innige Verquickung von politischen und ökonomischen Forderungen. Bei der theoretische Annalyse, im Gehirn, können und dürfen wir zum Zweck

größerer Klarheit die Streiks in Arten sondern und klassifizieren, wie Klassifikation bei jeder wissenschaftlichen Untersuchung unvermeidlich ist. In der Wirklichkeit, und dies dürfen wir nicht übersehen, sonst wird unsre Arbeit pedantisch und lebensleer, verwischen sich oft die Grenzen. Denn so innig sind politische Knechtschaft und ökonomische Ausbeutung in der modernen Gesellschaft verbunden, daß der Proletarier nicht lange an der einen Kette rütteln kann, ohne das Drücken der andern zu spüren.

Eine letzte Erkenntnis schließlich von außerordentlicher Wichtigkeit, die aus der russischen Revolution zu uns herüberleuchtet, ist die von der allmählichen Aufreibung der Armee durch die Streikbewegung. Ein gewaltiger Vorteil der neuen proletarischen vor der alten bürgerlichen revolutionären Methode macht sich hier bemerkbar. Die frühere bewaffnete Insurrektion verlief schnell, in wenigen Tagen oder höchstens Wochen; in der kürzesten Zeit mußte das Durchbrechen, das Mürbemachen der Armee erreicht werden. Der Streikbewegung, die sich über viele Monate ausdehnen kann, bieten sich unendlich günstigere Aussichten, dies Ziel zu erreichen; sie höhlt die militärische Disziplin ebenso sicher aus, wie der Tropfen den Stein, sie gibt der Revolution Gelegenheit und Zeit, ihr Erziehungswerk an dem starren Milieu des Militarismus zu vollbringen. Die stetige Berührung des Militärs mit der Arbeiterschaft ist in den Augen des Staates das allergefährlichste und verderblichste, was geschehen könnte und doch machen die großen Streiks sie unvermeidlich: der zusammenbrechende Staat selbst muß die Armee fortwährend der Gefahr aussetzen, von der revolutionären Gesinnung der Massen angesteckt zu werden, will er nicht seine Machtlosigkeit offen zur Schau tragen. Und die Eindringlichkeit, womit das Proletariat immer wieder von neuem seine Forderungen auf Milderung seiner Ausbeutung erhebt, muß den Soldaten nach kürzerer oder längerer Zeit dazu bringen, über seine eigene Unterdrückung, Rechtlosigkeit und Ausbeutung nachzudenken und selbst Forderungen zu erheben. Dann aber sieht er in den streikenden Scharen nicht länger Meuterer und Aufständische, sondern Brüder.

Die russische Revolution ist noch mitten im Werden; es mögen deshalb diese skizzenhaften Andeutungen über die aus

ihr hervorgehenden Lehren für jetzt genügen. Möge es mir gegeben sein, sie später eingehend auszuarbeiten, wenn die Nebel und Dünste, die jetzt über dem Schlachtfeld hängen, verweht sind, die finstere Macht des Absolutismus zu Grabe getragen ist und der siegreiche Held, das russische Proletariat, seine glorreichen Wunden heilt im Glanz der Freiheitssonne, die heute über dem Osten aufgeht und deren erste Strahlen schon die Herzen der Arbeiterschaft aller Länder erwärmen.

Laren, Dezember 1905.

Henriette Roland Holst.

Inhaltsverzeichnis

Register

Generalstreik und Sozialdemokratie

I.

Was ist der Generalstreik?

Der Generalstreik steht seit einigen Jahren für die Sozialdemokratie auf der Tagesordnung. Dreimal hat ein internationaler Kongreß sich mit ihm beschäftigt und versucht, die Anschauungen der Sozialdemokratie über den Generalstreik in einer Resolution festzulegen. Nationale Parteitage, unter anderm in Holland und Österreich, haben dasselbe getan; in Deutschland ist seine Erörterung auf dem nächsten Parteitage beschlossen worden. In unsern Tages- sowie unsern wissenschaftlichen Blättern werden ihm zahlreiche Artikel gewidmet. Verschieden sind die Meinungen und groß die Meinungsdifferenzen. Neue Tatsachen drängen zu erneuter Untersuchung, zur Wandlung lang feststehender Ansichten. Aus alledem geht hervor, daß die Sozialdemokratie sich bewußt wird, von welch großer Bedeutung die Frage des Generalstreiks für sie ist. Sie ist ein wichtiges theoretisches Problem, denn sie berührt die verschiedenen Auffassungen innerhalb der Partei über die wahrscheinliche Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Klassengegensätze. Sie ist zugleich eine praktisch-wichtige Frage, weil die Arbeiter wissen müssen, ob sie, um den Ansturm ihrer Feinde zum Stehen und zum Weichen zu bringen, in gewissen Lagen von dieser Waffe Hilfe erwarten dürfen oder nicht.

Jede Erörterung über den Generalstreik wird aber bedeutend erschwert durch den unbestimmten Sinn des Wortes. Es ist zu einem Sammelausdruck für gar sehr verschiedene Dinge ge-

worden, dessen Inhalt nach der Zeit und dem Lande wechselt. Das Wort hat einen andern Sinn in Deutschland wie in Frankreich, in Belgien wie in Spanien bekommen. Ein französisches Parteiorgan, der Mouvement Socialiste hat jüngst eine internationale Enquete über den Generalstreik abgehalten, die viel beachtenswertes Material zusammenbrachte. Es nimmt aber nicht wunder, daß die Lektüre des Ganzen einen ziemlich konfusen Eindruck hinterläßt, da der Sinn des Wortes „Generalstreik" von den einzelnen Teilnehmern ganz verschieden interpretiert wird. Wie elastisch dieser Sinn schon allein in Frankreich ist, geht aus folgender Erörterung des Genossen Lafargue hervor:

„Während einer gewissen Zeit bedeutete Generalstreik das Streiken aller Arbeiter einer Gewerkschaft über das ganze Land, zum Beispiel der Bergarbeiter oder Eisenbahner; später bedeutete er den Streik der Arbeiter einer Gewerkschaft in einer Gegend oder in einem Ort; und endlich ist das Wort dahin gelangt, sogar den Streik der Arbeiter einer einzigen Fabrik zu bedeuten. Es wird das Wort Generalstreik jetzt häufig für irgend einen beliebigen Streik gebraucht."

In derselben Enquete zählt Genosse Iglesias sechs verschiedene Arten von Streiks auf, auf die seines Erachtens der Ausdruck Generalstreik paßt. „Es sind dies: erstens der Streik aller Arbeiter eines Gewerbes oder einer Gruppe verwandter Gewerbe in einem Ort. Zweitens: der Streik der Angehörigen aller Gewerbe in einem Ort. Drittens: der Streik der Arbeiter eines oder mehrerer verwandter Gewerbe in einer Gegend oder einem Lande. Viertens: der Streik der Arbeiter aller Gewerbe in einer Gegend oder einem Lande. Fünftens: der Streik der Arbeiter eines Gewerbes in allen Ländern. Endlich: der Streik, der nach der Ansicht gewisser Leute an einem Tage von den Arbeitern aller Gewerbe durchgeführt werden wird in allen Ländern, wo das kapitalistische System herrscht."

Es ist klar, daß verschiedene Arten von Streiks, die Iglesias unter dem Namen „Generalstreik" zusammenfaßt, diesen Namen nur in beschränktem Maße verdienen. Sie sind sowohl allgemein wie beschränkt; allgemein gegenüber einem beschränkteren, beschränkt gegenüber einem mehr ausgedehnten Streik. Der Streik aller Arbeiter eines Gewerbes in einer Gegend oder

einem Lande zum Beispiel ist allgemein gegenüber dem Streik der Arbeiter eines Gewerbes in einem Ort, aber beschränkt gegenüber dem Streik der Arbeiter aller oder einer Anzahl Gewerbe eines Landes.

Aber die Frage des mehr partiellen oder generellen Charakters, das heißt der größeren oder geringeren Ausdehnung, ist es nicht, was die Sozialdemokratie in erster Linie an dem „Generalstreik" interessiert. Ob es für die Arbeiter eines Gewerbes oder einer Gruppe verwandter Gewerbe zweckmäßig sei, einen Streik so partiell oder so generell als möglich zu führen, ihn auf einen Betrieb zu beschränken oder über einen Ort oder eine Gegend auszudehnen, das ist eine Frage der gewerkschaftlichen Leitung. Will man jeden Streik der Arbeiter eines Gewerbes in einem Ort oder einer Gegend Generalstreik nennen, so ist dagegen in sprachlicher Beziehung nicht viel einzuwenden. Aber bei der Untersuchung des Problems, wie Sozialdemokratie und Generalstreik sich zueinander verhalten, ist vom Generalstreik in diesem Sinne nicht die Rede. Was die Sozialdemokratie unter Generalstreik versteht, ist nicht sowohl ein Streik von besonderer Ausdehnung, wie aus besonderen Gründen und mit besonderen Zielen. Der gewöhnliche Grund des gegen die Unternehmer gerichteten Streiks ist der Wunsch der Arbeiter eines Gewerbes, entweder eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen oder ihrer Verschlechterung entgegenzuwirken, dies zu erreichen sein Ziel. Wir nennen diesen einen ökonomischen Streik. Aber es gibt Streiks, deren Grund proletarisches Klassengefühl und Solidarität, deren Ziel die Eroberung ökonomischer Vorteile für Arbeiter eines andern Gewerbes ist: der Sympathie- oder Solidaritätsstreik. Es gibt auch Streiks, deren Grund politisches Klassenbewußtsein, deren Ziel die Hebung der Lage der ganzen Arbeiterklasse, die Eroberung politischer Freiheiten und Rechte, oder der Widerstand gegen Angriffe auf solche ist: der politische Streik. Und endlich gibt es die Idee eines Streiks, dessen Grund die absolute Solidarität aller Proletarier, dessen Ziel der Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sein würde: der absolute Generalstreik als soziale Revolution.

Nicht über die Zweckmäßigkeit des mehr beschränkten oder mehr allgemeinen Charakters des ökonomischen Berufsstreiks, sondern über ihr eigenes Verhalten zum Solidaritäts- und zum

politischen Streik, sowie zu der Idee des absoluten Generalstreiks, ist es, worüber die Sozialdemokratie sich klar werden muß.

Wir bemerkten, daß es keine feste Grenzlinie gibt zwischen partiellem und generellem Streik. Aber auch zwischen ökonomischem und politischem Streik gibt es keine solche, kein unverrückbares Hüben und Drüben. Ein ökonomischer, das heißt ein zum Zwecke der Eroberung besserer Arbeitsbedingungen gegen die Unternehmer gerichteter Streik kann politische Wirkungen hervorbringen. Er kann dies, wenn er, entweder durch Ausdehnung oder Eigenart des Gewerbes, worin er stattfindet, sich in seinen Konsequenzen zu allgemein-gesellschaftlicher Bedeutung erweitert, zu einer politischen Angelegenheit wird. Was bleibt also von unsern Betrachtungen ausgeschlossen? Der rein ökonomische Streik von nur lokaler oder sonst im gesellschaftlichen Leben untergeordneter Bedeutung, ob er nun mehr partiell oder mehr generell ist. Die Zahl der Streikenden allein ist hierbei nicht maßgebend: es kann der Streik einiger tausend Eisenbahnarbeiter von größerer gesellschaftlicher Bedeutung sein wie der Streik von einer fünf- oder zehnmal größeren Arbeiterzahl in einem andern Gewerbe. Zwar schlägt auch hier die Quantität in Qualität um, aber der Punkt, wo dies geschieht, hängt ab von der Natur des Gewerbes, seiner Unerläßlichkeit im Produktionsprozeß.

Es gehört also meines Erachtens hierher eine Untersuchung der nachfolgenden Arten von Streiks:

Erstens: der Streik aus Solidarität, aus Klassengefühl, weil er undenkbar ist ohne gewisse sozialistische Gesinnung, und aus dieser hervorgeht. Also der verallgemeinerte Sympathie- oder Solidaritätsstreik (grève généralisée).

Zweitens: die Idee eines, mit gewissen Arten des verallgemeinerten Solidaritätsstreiks zusammenhängenden, seine Ausdehnung ins Grenzenlose bildenden, ökonomisch-sozialen Generalstreiks, der von den Anarchisten und revolutionären antiparlamentarischen Gewerkschaften gepredigt wird als die Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit: die soziale Revolution.

Drittens: der durch seine Tragweite zur öffentlich-gesellschaftlichen, also politisch-sozialen Angelegenheit werdende ökonomische Massenstreik, der die Produktion von unentbehr-

lichen Produktions- und Konsumtionsmitteln in hohem Maße beeinträchtigt (Streik der Bergarbeiter, Landarbeiter usw.) oder den Kreislauf des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens lahmlegt (Streik der Hafenarbeiter, Eisenbahnarbeiter usw.): also der ökonomische Streik mit politischen Folgen.

Viertens: der Streik, der die politisch-sozialen Verhältnisse bewußt beeinflussen, eine Waffe des Angriffs oder der Verteidigung im proletarischen Emanzipationskampfe gegen den bürgerlichen Staat sein will: der politische Massenstreik.

II.

Der generalisierte Sympathiestreik

Der „generalisierte Streik“ ist die aus dem Französischen stammende Benennung für den Streik, der in einem Ort oder einer Gegend von einem Gewerbe ins andre hinübergreift, bis er eine ganze Reihe oder auch alle Berufszweige umfaßt. Am häufigsten kommt er vor als Sympathie- oder Solidaritätsstreik. Es stehen die Arbeiter eines Gewerbes im Kampfe. Von denen eines andern, verwandten Erwerbszweigs werden Streikbrecher- oder andre Dienste gefordert, die die Stellung der Streikenden gefährden können: sie lehnen ab, werden ausgesperrt oder schließen sich ihrerseits dem Kampfe an. Oder es werden während eines Streiks gewisse Arbeiten von Arbeitswilligen ausgeführt; dann erklären die Arbeiter eines andern Gewerbes dieses Werk für „unrein“* und weigern sich, ihre Berufsarbeit daran zu verrichten. Haben zum Beispiel arbeitswillige Maurer die Maurerarbeit an einem Gebäude fertiggestellt, so verweigern die Zimmerleute die ihrige usw. Oder auch mit dem Streik steht es schlecht, die Kämpfenden verlieren den Mut und es droht der Zusammenbruch; die Führer hoffen, durch Ausdehnung des Streiks auf andre Gewerbe den sinkenden Mut wieder zu beleben, oder durch den Druck der öffentlichen Meinung die Orts- oder staatlichen Behörden zum

* Dies der an die Gesellenkämpfe des Mittelalters mahnende Ausdruck, womit die holländischen antiparlamentarischen revolutionären Gewerkschaften, die den Solidaritätsstreik besonders bevorzugen, das von Arbeitswilligen berührte Werk bezeichnen.

Eingreifen zu bringen. Da wenden sich die Streikenden an ihre Kameraden andrer Erwerbszweige und erbitten von diesen „moralische Hilfe“.

So kann jeder Streik sich über Nacht zu einem gesellschaftlich wichtigen Ereignis erweitern; plötzlich umsichgreifen wie ein reißendes Feuer. Ein Streik dieser Art war der „Generalstreik“ von 1902 zu Barcelona. Er entstand aus der Verabredung einiger spanischer Gewerkschaften, unter gewissen Umständen jeden Streik in einem Erwerbszweige auf alle andern Gewerbe zu generalisieren. Als infolge dieses Vertrags die Metallarbeiter nach einigen Wochen des Kampfes die Solidarität ihrer Mitarbeiter anriefen, stand in Barcelona die gesamte Produktion auf einige Tage still.

Der erste Streik der holländischen Eisenbahner im Januar 1903 ist ein Beispiel von der unerwarteten Ausdehnung, die der Sympathiestreik annehmen kann und von seinen bedeutenden gesellschaftlichen Folgen. Wie ein elektrischer Strom durchlief das Gefühl der Klassensolidarität auf einmal das ganze Eisenbahn-Proletariat; eine heroische Kampfesstimmung durchzog es. Die Bourgeoisie geriet auf einen Augenblick außer sich vor Staunen und feiger Angst; die Direktionen der Eisenbahngesellschaften, sowie die Regierung, verloren den Kopf, die Machtmittel des Staates waren während einiger Tage vollkommen desorganisiert, die Regierung stand ratlos. Aber die herrschenden Klassen faßten sich schnell; ein reaktionärer Sturm erhob sich in der Presse und ermutigte die Regierung zu Maßregeln des Zwanges und der Unterdrückung; die Arbeiter wurden in die Defensive gedrängt und zu dem Verzweiflungsstreik vom 5. bis 10. April gegen die Einschränkung des Koalitionsrechtes gehetzt. Und dies alles, diese Periode des Klassenkampfes, so heftig wie er nie zuvor in Holland zwischen Proletariat und Bourgeoisie getobt, hatte seinen Ursprung in einem partiellen Streik der Hafenarbeiter wegen der Frage des Zusammenwirkens mit Nichtorganisierten. Im Verlauf dieses Kampfes weigerten sich einige Eisenbahnarbeiter, Güterwagen zu rangieren, deren Inhalt von Streikbrechern aus den Schiffen befördert, also „unrein“ war: sie wurden entlassen, und der Eisenbahnerstreik war da.

Man sieht, wie der Sympathiestreik, der auf der elementaren Kraft im Proletariat, auf dem Gefühl der Klassensolidarität

beruht, zu jeder Zeit wirkliche gesellschaftliche Explosionen hervorbringen, das öffentliche Leben beträchtlich erschüttern kann.

Das Gegenstück des lokalen, generalisierten Sympathiestreiks wäre die internationale Ausdehnung des Streiks eines Gewerbes. Diese Art des Streiks ist bis jetzt äußerst selten. Hie und da haben Hafenarbeiter sich geweigert, Schiffe, die aus einem vom Streik befallenen Hafen kamen oder für einen solchen bestimmt waren, ein- und auszuladen; Bergarbeiter Überstunden zu machen, damit ein Streik ausländischer Kameraden nicht benachteiligt würde. Und im März—Juni des vorigen Jahres fand in Amsterdam und Antwerpen der große Kampf der Diamantarbeiter statt, der, wenngleich er in Amsterdam die Form einer Aussperrung und in Antwerpen die eines Streiks annahm, doch auf internationaler Verabredung beruhte. Das ist fast alles.* Aber die internationale Zusammenschließung der Arbeiter eines Erwerbszweigs, wie diese in den letzten Jahren stattfand bei Zigarren-, Textil-, Hafenarbeitern und andern, deutet an, daß es ohne Zweifel zu internationalen Streiks eines Gewerbes kommen wird. Für gewisse Kategorien von Arbeitern, zum Beispiel für die Hafen- und Bergarbeiter, dürften sich diese schon in nicht ferner Zeit notwendig erweisen.

Es besteht ein tiefer Unterschied zwischen den Bedingungen, woraus der lokal-generalisierte Streik, und denen, woraus der international-ausgedehnte eines Gewerbes hervorgehen kann. Der lokal-generalisierte Sympathiestreik entsteht aus einer augenblicklichen Stimmung. Die Arbeiter werden fortgerissen von dem Anblick, von den beredten Worten ihrer streikenden Kameraden. In der Erregung, in die sie die unmittelbare Einwirkung der Kampfesatmosphäre versetzt, eilen sie den Kämpfenden zu Hilfe. Die Charaktereigenschaften der romanischen Völker, ihr leicht erregbares Naturell, ihr aufwallendes Temperament, machen die Franzosen, Italiener und Spanier mehr geneigt, den generalisierten Streik als ökonomisches Kampfmittel zu gebrauchen wie die nordischen Völker. Es

* So hat auch der große Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet Anlaß zu einem Streik der belgischen Kohlenarbeiter, dem der Solidaritätsgedanke nicht fremd war, gegeben.

können aber auch andre Umstände, zum Beispiel politische Rechtlosigkeit oder anti-politische Gesinnung des Proletariats, den Boden für diese Art des Streiks abgeben. Der erste Fall liefert die Grundlage der großen generalisierten Streikbewegungen in Rußland, worauf wir noch zu sprechen kommen und die dem russischen Proletariat als einzig mögliches Demonstrationsmittel der Unzufriedenheit mit den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen dienten.

Ganz andre wie die des lokalen Sympathiestreiks sind die Bedingungen des internationalen Streiks eines Gewerbes. Es fehlt da die erregende Kampfesatmosphäre: von einem Handeln unter einem unmittelbaren sinnlichen Eindruck ist keine Rede. Die Schranken der Sprache, der Nationalität, der Entfernung wirken eher hemmend. Unbekannte, Fremde sind es, für die man in einen immer unsicheren Kampf sich wagen, seine Existenz aufs Spiel setzen soll. Da erweist sich das Klassengefühl als ungenügend, nur ein klares und äußerst entwickeltes Klassenbewußtsein kann solche Opfer bringen. Der internationale Streik fordert eine viel größere Schulung und festere Organisation der Massen wie der lokal-generalisierte, eine Schulung und Organisation, die zurzeit international noch nicht genügend bestehen. Er fordert, daß die Klassensolidarität in den Massen von einer ab und zu heftig auflodernden Flamme zu einer beständig leuchtenden Glut geworden sei.

Von erfahrenen Gewerkschaftsführern ist oft über den generalisierten Sympathiestreik der Stab gebrochen worden. Und dies deswegen, weil seine Wirkungen für die gewerkschaftliche Organisation fast immer ungünstig gewesen sind. Diese Spielart des Generalstreiks (das Wort als Sammelausdruck genommen) meint Genosse Greulich wohl, wenn er in der Enquete des Mouvement Socialiste den Generalstreik in folgenden Worten verurteilt:

„Alle Versuche zum Generalstreik sind bis jetzt erfolglos verlaufen; sie haben den Arbeitern selbst geschadet, mühevoll errichtete Organisationen zerstört und die Arbeiter also gezwungen, diese von neuem zu errichten. Kräftevergeudung! Es ist leicht zu beweisen, daß wo der Generalstreik gepredigt wird, die Gewerkschaftsorganisation sehr rückständig ist. An den Früchten kennt man den Baum! Wo die Gewerkschaften

eine gewisse Macht und Lebenskraft erlangt haben, urteilen die Arbeiter, der Generalstreik sei eine Utopie."

Genosse Greulich spricht hier ausdrücklich von Versuchen zum Generalstreik, die fehlgeschlagen sind. Den allgemeinen, absoluten Generalstreik kann er also nicht meinen, da dieser nicht versucht wurde, ebensowenig die eine Gegend oder ein ganzes Land umfassenden Streiks eines Gewerbes, da diese bisweilen guten Erfolg gehabt haben. Er meint hier also offenbar den generalisierten Solidaritätsstreik. Und dabei hat er ohne Zweifel zum großen Teil recht.

Warum aber verlaufen dergleichen Streiks fast immer erfolglos und zeitigen alle die üblen Früchte, die Genosse Greulich ihnen vorwirft? Das wird eine weitere Analyse uns zeigen.

Der Solidaritätsstreik ist ein Symptom von Klassengefühl, das heißt von sozialistischer Gesinnung, denn nur der Sozialismus lehrt die Arbeiter, sich als Einheit, als Klasse zu fühlen. Damit ein Solidaritätsstreik zustande kommen kann, muß dies Gefühl in den Arbeitern schon tiefe Wurzeln gefaßt und alle kleinliche Borniertheit, zünftigen Egoismus usw. vernichtet haben. Darum ist der Solidaritätsstreik vor allem andern ein erfreuliches Zeichen von der wachsenden Kraft des sozialistischen Empfindens im Proletariat, und eben darum ist er der Bourgeoisie aufs tiefste verhaßt. Einen Streik für bessere Arbeitsbedingungen kann der Bourgeois noch begreifen, kann ihm sogar mitunter noch sympathisch gegenüberstehen. Aber die Arbeit einstellen, die Gesellschaft in Unordnung, die Produktion ins Stocken bringen, nicht des eigenen Gewinns wegen, sondern aus reinem Mitgefühl*: das kann er nicht fassen, es widerstrebt zu sehr seinem eingewurzelten Individualismus. Für einen solchen „frivolen" Streik hat er nur Wut, wenn die Streikenden stark; wenn sie schwach sind, nur Hohn übrig: er erscheint ihm als ein halb lächerliches, halb abscheuliches Beginnen.

---

* Es ist damit nicht gesagt, daß die aus Solidarität Mitstreikenden nicht auch eigene Forderungen stellen können, sondern nur ausgesprochen, daß die Solidarität bei ihnen Hauptmotiv war, in den Streik zu gehen. Die Klassensolidarität des Proletariats beruht ja allgemein auf Unzufriedenheit mit der eigenen Lage, nicht in einer Ideologie hat sie ihre Wurzel, sondern in der alltäglichen Wirklichkeit.

Aber die von jedem Sozialdemokraten geteilte Überzeugung, daß das Solidaritätsgefühl die Grundlage der proletarisch-sozialistischen Moral und den Arbeitern unentbehrlich sei, ist nicht etwa gleichbedeutend mit einer Auffassung, die *nur* das Solidaritätsgefühl für alle Taten des Proletariats bestimmend, sozusagen zu seinem einzigen Leitstern machen will. Wohl ist das Solidaritätsgefühl ein heller Stern am proletarischen Himmel, aber das Proletariat hat noch andre Gestirne, zu denen es aufblickt. Die schönsten Gefühle werden, wie dem Menschen so der Klasse gefährlich, wenn sie *unbedingt* befolgt, *übermäßig* angewendet werden. Das Proletariat hat nicht nur den Geboten der Solidarität zu gehorchen und zu folgen, sondern auch denen der Vorsicht, der Klugheit usw. Vernunft und Erfahrung lehren den Arbeiter, daß er nur solidarisch, gemeinsam mit andern, sich aus Unterdrückung und Erniedrigung zu erheben vermag; Vernunft und Erfahrung sollen ihm aber auch sagen, daß er das Solidaritätsprinzip nicht immer uneingeschränkt durchführen kann und wann es einzuschränken ratsam sei.

Der Proletarier, der aus Solidarität mit Mitarbeitern eines andern Gewerbes in einem Falle ablehnt, an einem „unreinen" Werke zu arbeiten, glaubt bestimmt, gut zu handeln. Aber er horcht nur auf die Stimme der Solidarität und vergißt darüber alles andre: Er fragt nicht nach der Konjunktur in seinem Gewerbe, nicht nach der Stärke der Gewerkschaft und der der Unternehmerorganisation, nicht nach den Aussichten des Kampfes überhaupt. Er läßt sich ausschließlich von *einer* Empfindung fortreißen: dies sein Fehler.

Es ist klar, daß eine Arbeiterschaft, bei der sich schon die Empfindung der Klassensolidarität herausgebildet hat, die aber noch nicht zu großer Klarheit der Anschauungen gelangt ist und noch nicht im Lauf des Emanzipationskampfes gelernt hat, ihrer Gefühle Herr zu bleiben, am ehesten zum Solidaritätsstreik neigen wird.

Ein andres Moment, das diesen begünstigt und sich oft zu der oben skizzierten seelischen Verfassung gesellt, ist das Fehlen von starken gewerkschaftlichen Organisationen. Solche Gewerkschaften werden immer abgeneigt sein, am Solidaritätsstreik, der sich leicht zu einer Kraftprobe zwischen Unternehmern und Arbeitern gestaltet, teilzunehmen: es steht

für sie zu viel auf dem Spiele. Dabei wird eine starke gewerkschaftliche Organisation nicht leicht in die Lage kommen, an das Mitgefühl der Arbeiterwelt in dieser Form zu appellieren. Es sind fast immer schwache Gewerkschaften, die andre Gewerbe in ihren Kampf mit den Unternehmern mitzureißen versuchen, sei es, weil Streikbrecher in den eigenen Reihen den Sieg gefährden oder der Masse der Kämpfenden der Mut auszugehen droht und sie etwas Neues, Aufregendes braucht, um fest zu bleiben, oder auch, weil die lokale Verallgemeinerung des Streiks mit seinen Folgen von Unbequemlichkeit, Unordnung usw. das letzte Mittel zu sein scheint, durch einen Druck auf die öffentliche Meinung die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Starke, wohlgeleitete und gutgefestigte Gewerkschaften werden meistens, wenn der Ausgang eines Kampfes gefährdet ist, diesen zur rechten Zeit abbrechen können, ohne daß die Organisation darunter leidet, und sobald die Verhältnisse günstiger sind, von neuem anfangen. Für diese Taktik ist Crimmitschau ein leuchtendes Beispiel. Schwache, weniger festgefügte Organisationen dagegen werden versuchen, den Sieg, der ihnen zu entschlüpfen droht, noch mit sozusagen künstlichen Mitteln zu erhaschen, weil eine Niederlage nur zu oft die Zerschmetterung der Organisation bedeutet. Sie werden zum Beispiel versuchen, den Unternehmern die Rohmaterialien zu entziehen, damit die Streikbrecher nicht weiter arbeiten können, oder es ihnen unmöglich machen, die Produkte fortzuschaffen. Oder, wenn sehr viel auf dem Spiele steht, werden sie in Verzweiflung sogar versuchen, das ganze ökonomische Leben der Stadt oder des Landes in Unordnung zu bringen. So forderte, als der verlorene Streik der französischen Bergarbeiter im Jahre 1902 sich seinem Ende näherte, das Streikkomitee in der letzten Stunde alle Gewerkschaften Frankreichs vergebens zum Solidaritätsstreik auf.

Praktisch ist der Solidaritätsstreik nur zu oft der Versuch eines Schwachen, sich an einem andern, ebenso Schwachen zu halten. Ein Versuch, bestimmt zu mißlingen. Wo der Sympathiestreik, wie in Frankreich, in die Sitten des Proletariats übergegangen ist, wird es wenig Schwierigkeiten machen, die Arbeiter in den Kampf mitzureißen; ein Appell an ihre Solidarität, ihre Klassenehre wird oft genügen. Aber es wird

schwer sein, sie lange im Kampfe zu halten. Wenn einige Zeit vergeht, ohne den Sieg in greifbare Nähe zu bringen, wird die Flut des exaltierten Solidaritätsgefühls leicht wieder zu Ebbe. Es fehlen klar und scharf gefaßte Forderungen, die die Streikenden dauernd für den Kampf begeistern, oder, wo solche gestellt wurden, ist ihre Durchsetzung ziemlich aussichtslos. Denn dies ist ein unumgänglicher Nachteil des generalisierten Streiks: die günstige Zeit, spezielle Forderungen durchzusetzen, ist fast nie dieselbe für die verschiedenen Erwerbszweige; es ist also von vornherein fast ausgeschlossen, daß alle mitstreikenden Gewerbe gewinnen.

In solcher Lage kann nur die durch Übung und Schulung gewonnene feste Disziplin die Kämpfenden aufrecht erhalten. Sie bildet für jeden einzelnen eine Schutzwehr gegen Mutlosigkeit und Schwäche. Fehlt diese Disziplin, so wird oft der Streik, der unerwartet lawinenartig anwuchs, ebenso unerwartet zusammenbrechen. Wie drohend er aussah, es war kein Mark, keine gesunde Kraft in ihm, innerlich war er hohl und siech. Der Schwache, der sich mit Hilfe andrer auf den Beinen zu halten hoffte, reißt diese mit in seinen Fall.

Dies ist die Geschichte zahlreicher generalisierter Streiks der letzten Jahre. Wo sie das Unternehmertum überraschen, haben sie manchmal einen zeitlichen Erfolg. Oft aber rächt sich das Unternehmertum für die erlittene Niederlage, indem es zum Kampfe rüstet, durch Lohnkürzung oder auf anderm Wege einen neuen Ausbruch der Empörung bei den Arbeitern provoziert und schließlich den Sieg davon trägt. Denn eine gelungene Überrumpelung ist nicht entscheidend für das Stärkeverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern.

Aber auch diesen unsicheren Erfolg erringen die Solidaritätsstreiks verschiedener Gewerbe im allgemeinen nur auf ganz kurze Dauer. Währen sie länger, so enden sie gewöhnlich mit einer Katastrophe. Es gelingt den Arbeitern nicht, ihre Forderungen durchzusetzen, und, was schlimmer ist, die Organisation wird schwer geschädigt oder zerstört.

Also die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation ist eine Wurzel des generalisierten Streiks. Aber er hat noch eine andre: die antiparlamentarische Gesinnung einer schon sozialistisch empfindenden, aber noch nicht sozialdemokratisch bewußten Arbeiterschaft. Mit der Abneigung gegen den Parla-

mentarismus verbindet sich notwendigerweise die Überzeugung von der Überflüssigkeit der politischen Arbeiterpartei. Bei Arbeitern, die nicht mehr bürgerlich denken, nicht mehr an die Unveränderlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung glauben, sondern diese durch den Sozialismus ersetzen wollen, und die doch der Sozialdemokratie, dem politischen Kampfe abgeneigt sind, muß sich die Anschauung bilden, die Gewerkschaften seien dazu da, den Kampf gegen den Kapitalismus in seinem ganzen Umfange zu führen. Es muß somit das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation verkannt werden, die, im Gegensatz zu der politischen, nicht die Zusammengehörigkeit der Klasse, sondern die weit beschränktere des Gewerbes zur Grundlage, und den Kampf gegen besondere Kapitalisten oder Gruppen von Kapitalisten zur Aufgabe hat.

Ihrem Wesen nach ist die politische Organisation der Arbeiter, die Sozialdemokratie, die Trägerin der weitesten, allgemeinen Klassensolidarität. Ihr Programm bringt die gemeinsamen Interessen aller Proletarier zum Ausdruck. Die antiparlamentarischen revolutionären Gewerkschaften erkennen zwar das allgemeine proletarische Klasseninteresse an, aber nicht seine Trägerin, die politische Arbeiterpartei. Sie müssen also andre Bahnen suchen, ihre Klassensolidarität zu betätigen. Durch ihre mangelhafte politische Einsicht müssen sie die Gewerkschaft zur einzigen Trägerin der Klassensolidarität erheben, ihr eine Arbeit aufbürden, die nicht in ihrem Wesen liegt: Kämpferin für die allgemeinen proletarischen Interessen zu sein. Im Sympathiestreik sehen die revolutionären antiparlamentarischen Gewerkschaften das Mittel, die allgemeine Klassenaktion durch die Gewerkschaft zu führen; er wird bei ihnen zum System. Er soll die beste Waffe sein nicht nur im ökonomischen Kampfe gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Gesellt sich dazu der Glaube, den Unternehmern am leichtesten durch Überraschung, durch einen glücklichen Putsch Zugeständnisse abzwingen zu können, ohne daß eine langjährige Aufklärungs- und Organisationsarbeit notwendig sei, so ist der revolutionäre Antiparlamentarismus fertig. In seinen Konsequenzen führt er regelrecht zum Glauben an den allmächtigen, universalen Generalstreik, dessen Gedanke nur die Ausdehnung des generalisierten Sympathiestreiks ins Maßlose, Überschwengliche ist. In der revolutionär-

antiparlamentarischen und anarchistischen Auffassung erscheint der Sympathiestreik als der Johannes dieses Heilands, als sein Einübungsmittel und seine Generalprobe.

Mangel an Klarheit der Anschauungen, an Beherrschung der Gefühle; schwache Gewerkschaften; antiparlamentarischer Sozialismus: da haben wir den Nährboden des generalisierten Streiks. Er hängt also zusammen mit dem Entwicklungsgrade des Proletariats, mit dem Reifegrade seiner Denkweise, seiner gewerkschaftlichen Institutionen und seines politischen Bewußtseins. Aber es ist bei seiner Betrachtung noch andres zu beachten: nämlich die gesellschaftlichen Bedingungen des proletarischen Kampfes. In gewissen Verhältnissen ist der Ausbruch und das rasche Umsichgreifen eines Streiks, sei er noch so unklar und chaotisch, ein überaus erfreuliches Zeichen proletarischen Erwachens. Es ist dies der Fall in Ländern, wo das Proletariat keine politischen Rechte besitzt, also keine legalen Organisationen gründen kann. Da kann der generalisierte Streik, besonders in industriellen Gegenden, wo er der überraschten Regierung unerwartet große Menschenmassen gegenüberstellt, ausgezeichnet wirken, um das Proletariat aufzurütteln, es seine eigene Kraft erkennen zu lernen und mit revolutionärer Energie, Mut und Zuversicht zu erfüllen. Dieser Art waren die generalisierten Streiks, die im Sommer 1903 in Südrußland zum Ausbruch kamen und hunderttausende Arbeiter umfaßten. Sie wurden von den verschiedenen Fraktionen des russischen Sozialismus freudig begrüßt als Zeichen eines beginnenden Erwachens. Der russische Sozialismus tat sein möglichstes, dieser riesenhaften Bewegung Zusammenhang und ein Ziel zu geben und den Kampfesmut der Arbeiter gegen die Urheber ihrer politischen Rechtlosigkeit zu lenken. Die verschiedenen sozialistischen Organisationen schickten Redner zu den Versammlungen, verteilten tausende Flugblätter unter den Streikenden usw. Diese mächtige Streikbewegung mit halb ökonomischem, halb politischem Charakter bildete sozusagen das Vorspiel der russischen Revolution; sie war die erste Welle der stürmischen Fluten, womit das russische Proletariat heute, nach anderthalb Jahren scheinbarer Ruhe, auf die politische Knechtschaft und die kapitalistische Ausbeutung eindringt.

Im schroffen Gegensatz zu dieser Haltung des russischen Sozialismus steht die, welche unsre spanische Bruderpartei bei

den häufigen generalisierten Streiks in ihrem Lande annahm. Mit einer einzigen Ausnahme — beim Streik der Minenarbeiter in Bilbao — hielt sie sich immer frei von jeder Ermunterung oder Beteiligung an solchen Streiks, und widersetzte sich ihnen so lange als möglich. Sie ging dabei von der Erwägung aus, daß die Art, wie der gewerkschaftliche Kampf von den Anarchisten mißbraucht wurde, um Kollisionen mit der öffentlichen Gewalt herbeizuführen, dem Proletariat zahlreiche Opfer kostete, seine gewerkschaftlichen Organisationen schwächte, seine politische Freiheit gefährdete, und dies alles ohne jeden Nutzen. „Sobald ein Streik ausbrach", berichtet Iglesias in der Enquete des Mouvement Socialiste, „in einer Stadt oder einer Gegend, wo die Anarchisten eine gewisse Macht besaßen, — ein Streik um irgend eine Besserung der Arbeitsbedingungen, da wußten sie es so anzufangen, daß bald ein Zusammenstoß zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten stattfand; sie hofften immer, daß aus diesem Zusammenstoß der Funke hervorgehen würde, der die soziale Revolution entfessele. Dies haben sie immer und allezeit ausgesprochen in den Flugblättern, die sie in solchen Fällen veröffentlichten, und es ist dieser Taktik wegen, daß sie sich bemüht haben, jeden Streik von einem Gewerbe, sogar von einer einzigen Fabrik oder Werkstätte, in einen Generalstreik zu verwandeln. Sie haben sich öffentlich jeder Vereinbarung, sogar jeder Unterhandlung widersetzt; sie haben fortwährend gegen die Streik- und Vereinskassen agitiert. Sie wollen einfach die Arbeiter zur Verzweiflung treiben, damit diese durch den Hunger und die Weigerung der Unternehmer, auf alle ihre Wünsche einzugehen, zu gewalttätigen Mitteln greifen."

Der generalisierte Streik hat also eine andre Bedeutung, je nach dem Lande, der Reife der Arbeiterschaft und dem Entwicklungsgrad der sozialen und politischen Verhältnisse. Er kann die sympathische, obgleich nicht kluge Manifestation sozialistischer Gesinnung einer politisch wie intellektuell noch unklaren Arbeiterschaft sein; oder das erste Erwachen unterdrückter und rechtloser Massen, der Sturmvogel der Revolution, oder auch bloßer Vorwand zu Kollisionen mit der öffentlichen Gewalt, zu hirnlosen anarchistischen Abenteuern.

Was er aber auch sei, immer ist er eine Waffe, die nur ausnahmsweise im proletarischen Emanzipationskampf ver-

wendet werden kann. Seine regelmäßige, systematische Anwendung, wie sie die logische Konsequenz des Begriffs des „unreinen" Werkes ist, würde das wirtschaftliche Leben unvermeidlich erschüttern. Vom systematisch angewendeten generalisierten Solidaritätsstreik gilt, was mit Unrecht vom politischen Massenstreik, wie der belgische oder italienische, behauptet wird, „daß er jede Existenz, am ersten die des Proletariats, unmöglich machen würde".

Im Zusammenhang mit dem generalisierten Streik ist aber noch ein letzter Punkt zu untersuchen: der nämlich, wie es sich verhält mit dem von manchen Gewerkschaftsführern behaupteten Vorzuge der so klein, so partiell wie möglich gehaltenen Streiks. Ist es wirklich unter allen Umständen taktisch wünschenswert, jeden Streik so partiell als möglich zu halten, so wäre damit natürlich über den generalisierten, wie über jeden ökonomischen und politischen Massenstreik der Stab gebrochen.

Die Überzeugung vom taktischen Vorzug des partiell geführten Streiks hat in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren besonders in den Ländern, wo starke Arbeiter- wie Unternehmerorganisationen bestehen, sehr zugenommen. Sie hat ihre guten Gründe in der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie entstand durch die Beobachtung der Tatsache, daß viele Massenstreiks, obwohl gut organisiert und von starken Gewerkschaften geführt, verloren gingen. Da versuchten es die Arbeiter mit dem partiellen Streik . . . . der oft von den Unternehmern mit der allgemeinen Aussperrung beantwortet wurde.

Das Bevorzugen des partiellen Streiks ist eine notwendige Änderung der gewerkschaftlichen Taktik nach dem Aufkommen und Erstarken der Unternehmerverbände. Solange die Unternehmer nicht oder schwach organisiert waren, war der Massenstreik eines Erwerbszweigs, bei genügender Organisation der Arbeiter und soweit günstiger Verhältnisse, oft der kürzeste Weg zum Erfolg. Die ökonomisch-schwächeren unter den Unternehmern mußten nach einiger Zeit nachgeben, die Arbeit wurde bei ihnen wieder aufgenommen, und unter dem Druck der Konkurrenz fügten sich die andern ebenfalls. Sind aber die Unternehmer in starken Verbänden organisiert, unterstützen die starken die schwächeren bei Streik oder Aus-

sperrung, so wird der Massenstreik nicht in jedem, aber doch in manchem Gewerbe, ein sehr waghalsiges Unternehmen. Da sind die Chancen einer großen Zahl nacheinander geführter und so partiell als möglich gehaltener Kämpfe oft weit bessere, weil diese Taktik der Masse der Gewerkschaftsmitglieder ermöglicht, für die Kriegskasse zu steuern. Der Streik schrumpft zusammen im Raume, im Nebeneinander, um sich in der Zeit, im Nacheinander auszudehnen.

Aber nicht immer. Es gibt Erwerbszweige, in denen die Unternehmer den partiellen Streik wenig, den Massenstreik unter Umständen sehr fürchten. Dies ist zum Beispiel der Fall im Bergbau, im Transportgewerbe usw. Selbstverständlich nur, wenn die Fortsetzung der Produktion im Augenblick des Streiks vorteilhaft für die Unternehmer ist, also bei guter Konjunktur. Die Beantwortung der Frage: was ist besser, partieller oder Massenstreik, hängt also nicht nur von der wirtschaftlichen Stärke und Organisation der Unternehmer, sondern auch von der Art des Erwerbszweigs und den sonstigen wirtschaftlichen Umständen ab.

Gewiß bringt die gesellschaftliche Entwicklung Tendenzen hervor, die Streiks zu lokalisieren und zu beschränken. Aber diese Tendenzen werden wieder von andern durchkreuzt. Es ist ja unleugbar, daß die Ausdehnung der Streiks im allgemeinen nicht ab-, sondern zunimmt. Die Ursachen sind die Ausdehnung der Großindustrie, die immer größere Arbeitermassen zusammenbringt, sowie das Erwachen dieser Massen, die zwar noch nicht von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen absorbiert sind, aber doch in den Klassenkampf hineingezogen werden.

Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß die gesellschaftliche Entwicklung den partiellen Streik zur allein üblichen und besten Methode im wirtschaftlichen Kampfe machen wird. Der Massenstreik ist keine veraltete, untauglich gewordene Waffe, die in die Rumpelkammer der proletarischen Kampfmittel gehört. Mit der Entwicklung des Klassenkampfes wachsen die Organisationen der Arbeiter wie der Unternehmer an Kraft und Umfang; für beide Parteien wird die Schlacht eine immer ernstere Sache, weil sie droht, einer von beiden verhängnisvoll zu werden, weil beide unendlich mehr zu verlieren haben als früher. Beide Parteien suchen also eine Entscheidung solange

als möglich hinauszuschieben, kommt es aber einmal zur Schlacht, so wird sie viel hartnäckiger als früher geführt; bisweilen bis zur völligen Erschöpfung. Es liegt also auch in der Entwicklung, die Zahl der Kollisionen ab-, aber ihren Umfang und ihre Dauer zunehmen zu lassen.

Aus der Betrachtung dieser sich kreuzenden Tendenzen folgt, daß in Zukunft sowohl der partielle wie der Massenstreik zur Anwendung kommen wird. Beide sind je nach Lage und Umständen dem Proletariat vorteilhafter; keiner von beiden weist vor dem andern innerliche, immergültige Vorzüge auf. Dies aber läßt sich mit Wahrscheinlichkeit behaupten: je mehr die proletarische Masse eines Landes von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen aufgesogen wird, desto mehr werden die oft unförmlichen generalisierten Streiks, diese wirren Knäuel von durcheinander Kämpfenden, abnehmen. An ihre Stelle werden sowohl beschränkte Streiks wie auch ausgedehnte Massenstreiks treten, je nach Umständen, aber deren scharfe Begrenzung wird ein Teil ihrer sorgfältigen Organisierung sein.

III.

Der ökonomisch-soziale Generalstreik

Die ausführliche Zergliederung des verallgemeinerten Solidaritätsstreiks im vorigen Kapitel macht, daß wir uns über die Idee des revolutionären, ökonomisch-sozialen Generalstreiks kurz fassen können. Diese Idee ist nur die eines desgleichen riesenhaft verallgemeinerten Streiks; ein Streik, der alle Arbeiterkategorien eines Landes oder darüber hinaus umfaßt, und nicht die Erreichung eines besonderen politischen Zieles erstrebt, sondern als das einzig revolutionäre Mittel zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und zu ihrer Ersetzung durch den Sozialismus aufgefaßt wird. Diese Auffassung taucht zuerst auf in den Tagen der Internationale.* Der Brüsseler Kongreß von 1868 gab in diesem Punkte folgende Erklärung ab:

„daß der Gesellschaftskörper nicht existieren könnte, wenn die Produktion während einer bestimmten Zeit unterbunden wäre; daß es also seitens der Produzenten genügen würde, das Produzieren einzustellen, um die Unternehmungen persönlicher und despotischer Regierungen unmöglich zu machen.“

* Die Befürwortung einer allgemeinen einmonatlichen Arbeitseinstellung von einigen Führern der Chartistenbewegung gehört nicht hierher, da sie den Streik als Mittel zur Durchführung einiger politischer Reformen, nicht aber zum Sturz des Kapitalismus betrachteten, wie der Chartismus überhaupt keinen sozialistischen Charakter besaß. Siehe des weiteren Kap. V.

Kurz nachher bemerkte das in Brüssel erscheinende Blatt Die Internationale in dieser Frage:

„Wenn die Streiks sich ausbreiten und einander nähern, sind sie wohl nahe daran, ein Generalstreik zu werden, und ein Generalstreik kann bei den heute herrschenden Emanzipationsideen nur in einem die Gesellschaft erneuernden Zusammenbruch endigen."

Mit der Auflösung der Internationale verschwand die Generalstreikidee, deren Anhängerschaft sich hauptsächlich aus den Anhängern Bakunins rekrutierte, vorläufig von der Tagesordnung der internationalen Arbeiterbewegung. Sie zeigte sich kaum wieder in den Ländern, wo die Arbeitermassen unter dem zunehmenden Einfluß der Sozialdemokratie, sich mehr und mehr dem politischen und gewerkschaftlichen Organisations- und Erziehungswerk zuwendeten.

Dagegen kam diese Idee einige Jahrzehnte nach dem Untergang der Internationale von neuem in verschiedenen Ländern zu Ehren.

Zuerst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo die Chicagoer Anarchisten diese Idee aufnahmen. Der praktische Sinn der amerikanischen Arbeiter verbot es ihnen jedoch, sie an und für sich zu propagieren. Nur in Verbindung mit der Idee des Achtstundentags, der damals bei der amerikanischen Arbeiterklasse sehr populär war, konnte das Schlagwort des Generalstreiks Anklang finden. Seine Propagierung trug dazu bei, eine Streikbewegung zu entfesseln, in der es einigen Kategorien von Arbeitern gelang, eine gewisse Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Nicht lange darauf tauchte die Generalstreikidee wieder in Frankreich und Spanien auf, in Ländern, in denen die Schwäche der Gewerkschaften sowie das nationale Temperament die Arbeiter zum verallgemeinerten Sympathiestreik geneigt machen und wo zudem eine noch heute nicht überwundene entschieden antiparlamentarische Gesinnung eines Teils der Arbeiter die Gewerkschaftsbewegung zur alleinigen Trägerin des proletarischen Emanzipationskampfes erhebt.*

---

* Wie sehr die Generalstreikidee mit der Schwäche der Gewerkschaftsbewegung zusammenhängt, beweist auch die Rede des Abgeordneten Briand zugunsten dieser Idee auf dem Parteitag der sozialistischen

Der Kongreß der französischen Gewerkschaften zu Bordeaux im Jahre 1888 war der erste, der sich mit dem Generalstreik beschäftigte. Die damals angenommene Resolution bringt den Glauben an den allmächtigen Generalstreik in eine klare Formel, in der die Art und Weise, wie seine Anhänger vorgehen: das Abstrahieren von allen Tatsachen und Verhältnissen des wirklichen Lebens, um eine einzige ihrer Formeln scharf zu beleuchten, sich deutlich zeigt. Die Resolution macht verständlich, wie die ungeschulte Denkweise unwissender Proletarier von der scheinbaren Logik dieser verführerischen Idee bezaubert werden kann. Sie lautet:

„In Erwägung, daß die Konzentration der Arbeitsmittel und der Kapitalien in den Händen der Unternehmer ihnen eine Macht gibt, die die Aussichten des partiellen Streiks im gleichen Maße vermindert; daß das Kapital nichts ist, wenn es nicht in Bewegung gebracht wird durch die Arbeit; daß also die Arbeitsverweigerung für die Arbeiter das Mittel bilden würde, mit einem Schlage die Macht ihrer Herren zu vernichten; in Erwägung, daß der partielle Streik bloß ein Mittel der Aufklärung und Organisation sein kann, erklärt der Kongreß: daß nur der Generalstreik, das heißt die vollständige Unterbrechung jeder Arbeit, die soziale Revolution, imstande sein wird, die Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen."

Zahlreiche Kongresse der französischen Gewerkschaften haben von 1888 bis heute dieses Glaubensbekenntnis zu der Generalstreikidee wiederholt; sie steht für die französische Gewerkschaftswelt unausgesetzt auf der Tagesordnung. Wenn der Generalstreik in letzter Zeit auch in Frankreich mit dem Kampfe für den Achtstundentag verkettet wird, so kann man darin nur einen gewissen Fortschritt zur Realität begrüßen, wie unmöglich es sich selbstverständlich auch zeigen wird, für alle Arbeiterkategorien eines Landes zu gleicher Zeit die gleiche Arbeitszeit durchzusetzen.

Die Generalstreikidee hat Verbreitung in Spanien, Italien, Holland, sowie in allen Ländern gefunden, wo sozialistisches

---

Organisationen Frankreichs (Dezember 1899), wo „die Machtlosigkeit, zu der der partielle Streik fast immer verurteilt ist", ausdrücklich als der Grund der Begeisterung für die Generalstreikidee in der französischen Gewerkschaftswelt hervorgehoben wird. (Enquete du Mouvement Socialiste. S. 206.)

Empfinden ohne sozialdemokratisches Bewußtsein, Sehnsucht nach Erlösung aus der Hölle des Kapitalismus ohne klare Einsicht in die ökonomischen, politischen und organisatorischen Bedingungen der Umwälzung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus den geistigen Zustand des Proletariats bilden. Diese für den leidenden, erlösungsbedürftigen Proletarier so berauschende Idee, die ihm mit einem Schlage, als Lohn einer einzigen Anstrengung, eine bessere Welt verspricht, ist in den letzten Jahren zum Mittelpunkt aller unklaren, antiparlamentarischen und anarchistischen Strömungen und Stimmungen in den Massen geworden. Für den Anarchismus bildet ihre Propagierung die einzige Möglichkeit, noch Einfluß auf die Arbeiterschaft zu gewinnen oder zu erhalten, sie der Sozialdemokratie fernzuhalten und für seine eigenen Ziele fortzureißen. Die Frage: für oder wider den revolutionären, ökonomisch-sozialen Generalstreik bedeutet fast immer: für oder wider den Anarchismus.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß die Unvereinbarkeit der Produktionsverhältnisse mit der überkommenen Eigentumsordnung die ökonomische Grundlage der sozialen Revolution bildet. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft vollzieht sich nach ökonomischen Grundgesetzen. Die revolutionäre Arbeiterklasse kann die bestehende Gesellschaft nur umwälzen, wenn der Entwicklungsgrad des Produktionsprozesses eine gewisse Höhe erreicht hat, die sie zur sozialistischen Produktionsweise reif macht. Um dem Kapitalismus, ist dieser Reifegrad erreicht, ein Ende machen zu können, muß das Proletariat die Staatsmacht erobern und für seine eigenen Zwecke umändern. Nur die Staatsmacht kann der Hebel sein, die Enteignung der kapitalistischen Klassen und die Neuorganisation der Produktion auf Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen. Der Charakter der modernen Produktionsmittel sowie die weit vorgeschrittene Betriebskonzentration durch Großbetrieb und Kartell machen die Verstaatlichung der wichtigsten Betriebe und die Neuorganisation der wichtigsten Produktionszweige auf nationaler, in einigen Fällen sogar auf internationaler Stufenleiter unentbehrlich. Als für die Verstaatlichung am meisten geeignete Produktionszweige kommen zuerst in Betracht: die Transportmittel, die Produktion der Rohmaterialien

und Halbfabrikate sowie der Großhandel. Auf andern Gebieten der Produktion, so bei der Herstellung von Arbeitsprodukten für den persönlichen Konsum und bei dem Kleinhandel werden voraussichtlich die Gemeinden, Gewerkschaften und Genossenschaften eine hervorragende Rolle spielen. Zweifellos aber wird der verstaatlichte Betrieb in einer vom Proletariat beherrschten Gesellschaft die wichtigste Betriebsform sein, das heißt diejenigen Betriebszweige umfassen, die heute schon zu Monopolen geworden sind und das wirtschaftliche Leben in hohem Maße beherrschen.*

Die Entwicklung des Produktionsprozesses bis zu dem Punkte, wo die kapitalistische Wirtschaftsweise für die Gesellschaft zu einer unerträglichen Fessel wird, bildet jedoch nur die Möglichkeit zur Umwälzung. Die Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, darum bedarf es der Menschen; ihres Willens und ihrer Anstrengungen, ihrer Einsicht und Fähigkeiten, ihrer Energie und Bereitwilligkeit zu wagen und sich einer großen Sache zu opfern.

Um das bürgerliche Regiment stürzen und durch ein proletarisches ablösen zu können, muß das Proletariat sich folglich zur unbedingten organisatorischen, intellektuellen und moralischen Überlegenheit über die bürgerlichen Klassen erhoben haben, über eine Summe von Energie, Opfermut, geistiger Kraft, Wissenschaft und Reife verfügen, die es nur durch die tagtägliche Praxis und Wirkung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes erwerben kann. Um seine Kräfte zu stärken, bedarf es zu seinem Aufstieg dringend der Reformen, die die Sozialdemokratie im parlamentarischen Kampfe dem bürgerlichen Staat abzuringen erstrebt.

Alle diese Bedingungen des proletarischen Sieges werden von den Befürwortern des ökonomisch-sozialen Generalstreiks gründlich verkannt. Er bedeutet für sie das einzige Mittel zur Niederwerfung der Klassenherrschaft, sein Sieg wird mit einem Schlage das Ende der kapitalistischen Ausbeutung herbeiführen. „Am Tage, an dem die Arbeiter gemeinschaftlich die Produktion aufheben und das wirtschaftliche Leben zum Stillstand bringen, werden sie ihre Macht auch einsehen; und statt sich mit Palliativmitteln zu begnügen, wird das

* Siehe K. Kautsky, Am Tage nach der sozialen Revolution, S. 9—10.

Proletariat den einzigen logischen Schluß ziehen, der das Ziel des Generalstreiks ist: die Abschaffung der Lohnsklaverei.*

„Die Reorganisation der vom Generalstreik zertrümmerten Gesellschaft wird aber nicht auf dem Wege der Verstaatlichung vor sich gehen: das proletarische Regiment braucht keine Zentralgewalt, um seine gesellschaftliche Ordnung durchzusetzen. Die Arbeiter werden sich hüten, die Ankunft des Messias abzuwarten, bis er in der Form von Ukasen der „öffentlichen Gewalten" erscheint. Sie werden ohne Säumen die Arbeit selbst in die Hand nehmen. Den Berufsgruppen der Gewerkschaften wird die Aufgabe zufallen, sich die Fabriken und Werkstätten anzueignen: sie sind es, die bei jedem Erwerbszweig die Quantität der Produktion feststellen werden. Die Arbeitsbörsen, die Verkehrsknoten der neuen sozialen Organisation, werden die Bestellungen aufnehmen und sie den interessierten Gruppen überbringen. Der Transport wird von der Föderation der Transportarbeiter besorgt werden." **

Man sieht: für diese „Sozialisten" ist nicht die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel die geschichtliche Aufgabe des Proletariats, das Ziel des proletarischen Klassenkampfes, sondern ihre Aneignung durch die Berufsgruppen. Die alte Lösung „Die Fabrik für die Arbeiter" scheint ihnen das letzte Wort der ökonomischen Entwicklung. Ihr angeblich äußerst revolutionärer Wille, der sich das proletarische Regiment nicht anders vorzustellen vermag, als mit den häßlichen Zügen der Klassenherrschaft belastet, entpuppt sich als faktischer Rest zünftiger Gesinnung.

Aber die Auffassung, es werden die Produktionsmittel nicht von der ganzen Gesellschaft (mittels der vom Proletariat eroberten, zu seinen Zwecken umgeänderten Staatsmaschinerie), sondern von den Berufsgruppen angeeignet werden, hat noch andre, reaktionäre Konsequenzen. Ihre Anhänger verzichten sowohl auf die Besitzergreifung der wichtigsten, konzentrierten Produktionsmittel als erste Tat der proletarischen Revolution, wie auf jede Regelung der Produktion überhaupt. „Vor allem ist zu verhüten", heißt es in einer französischen Broschüre über den Generalstreik, „daß die Streikenden auf

* La Grève générale, Comité de propagande de la Grève générale, S. 8.

** Grève générale réformiste et Grève générale révolutionaire. Paris, Imprimerie Economique 1902, S. 11.

zwei oder drei Punkten zusammenfluten; sie würden dabei nur verlieren können. Ein jeder sollte in seinem Stadtviertel bleiben und sich daselbst die Produktionsmittel aneignen; anfänglich die kleinen Werkstätten, die Bäckereien; später die größeren Werkstätten; endlich, aber erst nach dem Sieg, die großen industriellen Betriebe. . . . Die Aneignung der Produktionsmittel würde sich sozusagen von Stadtviertel zu Stadtviertel, von Straße zu Straße, von Haus zu Haus vollziehen. Dies würde das Zustandekommen einer revolutionären Regierung, einer Diktatur des Proletariats unmöglich machen; kein Herd des Widerstands mehr, freie Assoziation jeder Bäckergruppe in jeder Bäckerei, jeder Schlossergruppe in jeder Schlosserei, mit einem Worte: freie Produktion." *

Man sieht, zu welchen Absurditäten die Generalstreikidee in ihren Konsequenzen führt. Sie macht den Sieg des Proletariats nicht von der immer fortschreitenden Entwicklung des Großbetriebs, von der Konzentration der Produktionsmittel abhängig, sondern im Gegenteil von ihrer Zersplitterung, von der Mehrheit der Klein- und Zwergbetriebe. Je zahlreicher diese, je besser die Aussichten der „allmählichen" Enteignung. Diese Unzahl unabhängig von einander produzierender Kleinbetriebe macht aber jede vernünftige Regelung der Produktion unmöglich: der Sozialismus verliert seinen Grund in den ökonomischen Bedingungen der modernen Gesellschaft; er wird zum Traumbild, zur Schimäre.

Die revolutionär-ökonomische Generalstreikidee verkennt ebenso wie die wirtschaftlichen und politischen, so auch die organisatorischen Bedingungen der proletarischen Revolution. Wohl suchen ihre Befürworter das Solidaritätsgefühl und das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter zu erwecken, aber sie sehen nicht ein, daß Erziehung und Organisierung der Massen die unbedingten Voraussetzungen einer Gesellschaftsform sind, die auf der freiwilligen Zusammenschließung der Produzenten beruht. Zur Erziehung und Organisierung der gesamten Arbeiterklasse ist aber der politisch-parlamentarische Kampf unentbehrlich.

Unter den Lobrednern des revolutionär-ökonomischen Generalstreiks erwarten viele nicht vom Bewußtsein der Ge-

* H. Girard et F. Pelloutier, Qu'est-ce que la Grève générale? S. 9—10.

samtheit, sondern von der „ausstrahlenden und schöpferischen Kraft der Minderheit" den Sieg der Revolution.* Die Masse wird sich von der „schöpferischen" Initiative der Minderheit schon mit fortreißen lassen und ihrer Leitung folgen. Oder auch, sie wird sich führen lassen von einigen hervorragenden Persönlichkeiten, „energische Männer, die auf den Verlauf der Ereignisse einen großen persönlichen Einfluß ausüben werden können."** So verleitet die Generalstreikidee zu einer Art ökonomischen Blanquismus; wie der Sozialismus dieser Revolutionäre durch ihre Lösung der Frage der Aneignung der Produktionsmittel, fliegt ihre Demokratie durch den Kultus der Minorität und der Persönlichkeit zum Fenster hinaus.

Es ist nicht ziffernmäßig zu beweisen, daß die Generalstreikillusion die normale Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zurückgehalten hat. Aber es ist wohl nicht zweifelhaft, daß der Geist, mit dem sie die Gewerkschaften erfüllt, diesen für ihre wichtigste Tätigkeit — die Besserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter in der kapitalistischen Gegenwart — entschieden hinderlich ist. Wenn die Vorbereitung des Generalstreiks die alleinige Aufgabe des gewerkschaftlich organisierten Proletariats sein soll, muß die Tätigkeit der Gewerkschaften darauf gerichtet sein, jeder Streikbewegung einen so allgemein als möglichen Charakter zu geben, sie zum Vorgefecht der letzten entscheidenden Schlacht zwischen Kapital und Arbeit zu machen. Das System des verallgemeinerten Solidaritätsstreiks geht also ebenso logisch aus den Generalstreikillusionen hervor, wie die regelmäßige Anwendung des ersteren zur Idee des letzteren führt. Die erheblichen Nachteile des als regelmäßige gewerkschaftliche Praxis angewendeten Solidaritätsstreiks für die Entwicklung der Gewerkschaften haben wir schon vorher auseinandergesetzt.

Die Generalstreikidee ist aber deshalb am verderblichsten für die gewerkschaftliche Praxis, weil sie auf das Hineinziehen der Massen zur Organisation und auf die tägliche Kleinarbeit keinen Wert legen kann. Wenn eine Minderheit die Trägerin

---

* Grève générale reformiste et Grève générale révolutionaire. Paris Imprimerie Economique 1902, S. 18.

** Op weg naar een nieuwe Maatschappy, door Christiaan Cornelissen, S. 117. Der Satz scheint eher der Auffassung eines Ibsenschen Individualisten wie eines modernen Sozialisten zu entsprechen.

der Revolution sein kann, wozu die mühevolle, unaufhörliche Arbeit zur Organisation und Erziehung der Massen? Wenn das Heil ohne langwierige Schulung und Übung, durch einen gewaltigen Ausbruch des Widerstandes erreichbar ist, wozu die Plage und Not der täglichen Kleinarbeit?

Die Methoden des politischen Kampfes aber flößen den Anhängern der Generalstreikidee nur Verachtung und Widerwillen ein. Die politische Organisation des Proletariats sowie ihre Vertretung im Parlament scheint ihnen vollkommen nutzlos ja gefährlich, da der parlamentarische Kampf das Proletariat dem wirtschaftlichen Kampfesfeld nur entfremde und des Vertrauens auf eigene Kraft beraube.

Man kann sagen, daß die Idee des revolutionär-ökonomischen Generalstreiks einen ähnlichen Einfluss auf den geistigen Zustand der Arbeitermassen hat wie die Lektüre von Sensationsromanen auf den der Jugend. Sie macht sie überspannt, verschließt ihren Sinn für die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, zerstört jedes gesunde Interesse für das tägliche Leben und die tägliche Arbeit; hält sie zurück vom frischfröhlichen Kampf des Augenblicks und konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf die Erwartung des zukünftigen Heiles, wenn sie nicht gar die Kraft des Proletariats in ungenügend organisierten und schlechtgeleiteten, zum Fehlschlagen im voraus verurteilten Streikversuchen vergeudet. Die Gewerkschaftsbewegung im Banne der Generalstreikillusion hat keine andre Wahl wie die zwischen fieberhaftem Losschlagen und tatenlosem Erwarten der Zukunft, wobei sich ihre Sehnsucht nur in exaltierten Worten äußern kann.

Die Entfremdung der Arbeitermassen von politischer Betätigung und vom politischen Kampfplatz hat wieder einen nachteiligen Einfluß auf die Sozialdemokratie: sie bringt die Gefahr nahe, „der Parteibewegung entweder einen sektiererischen Anstrich zu geben oder kleinbürgerliche Tendenzen in ihr aufkommen und sie auf die Bahn des einseitigen Parlamentarismus drängen zu lassen. Generalstreikillusionismus und parlamentarischer Illusionismus wirken einander in die Hand und stärken sich gegenseitig.

So hält die Idee des revolutionär-ökonomischen Generalstreiks, wird sie auch nie in Erfüllung gehen, das Proletariat zurück vom Kampfe, von seiner Organisation als Klasse und

von der täglichen Arbeit, die seine Kräfte stärkt und den Zeitpunkt der proletarischen Revolution beschleunigt.

Seine Anhänger werden anführen, daß ihre Propagierung der Solidarität und der Empörung die revolutionäre Energie im Proletariat anfacht. Dies mag zugegeben werden; die revolutionäre Gesinnung und die Solidarität des Proletariats aber entstammen dem Bewußtsein seiner Lage und seiner historischen Aufgaben; sie können in ihm geweckt und bis zum äußersten gesteigert werden, ohne daß es notwendig wäre, Zuflucht zu gefährlichen Träumen zu nehmen.

IV.

Der ökonomische Streik mit politischer Bedeutung

Verschiedene Umstände sind es, die den ökonomischen Streik zu einem gesellschaftlich und politisch bedeutenden Ereignis machen können. Zuerst die politische Verfassung des Staates. Wo Koalitions- und Streikrecht ganz oder teilweise fehlen, kann jeder Streik, jede Verabredung zum Streiken, sowie jede Verbindung die Arbeiter mit der öffentlichen Gewalt in Kollision bringen. Es können bei jedem Streikversuch Versammlungen und Kundgebungen unterdrückt, die Führer verhaftet, die Gewerkschaftsmitglieder der Verschwörung angeklagt und von den Gerichten verfolgt werden.

Fast in allen Ländern hat die Arbeiterbewegung eine Zeit gekannt, wo Verbindungen und Streiks verboten waren. Die Geschichte des britischen Trade Unionismus von Sidney und Beatrice Webb beschreibt dies ausführlich für England. In den Jahren 1799 und 1800 wurde jede Verbindung gesetzlich untersagt, und bis zum Jahre 1824 waren die Arbeiter bei jedem Versuch zum Streik oder zur Organisation gerichtlichen Verfolgungen ausgesetzt. Dann wurden Koalitions- und Streikfreiheit gewährt, aber die Gerichte fanden auch später viele Mittel, durch Verdrehung des Gesetzes und Parteilichkeit in seiner Anwendung den Arbeitern zu Leibe zu gehen. Noch in den vierziger Jahren betrachtete, wie die Webbs berichten,

die öffentliche Meinung die Streiks als „fruchtlose und zuchtlose Versuche der Arbeiter, der ihnen natürlichen Stellung sozialer Abhängigkeit zu entrinnen“, und begrüßte die Verdrehungen des Gesetzes mit lebhafter Zustimmung.

Auch in Frankreich war bis zum Jahre 1862 — mit Ausnahme einer kurzen Zeit nach der Revolution von 1848 — jede Verbindung den Arbeitern untersagt. In den zehn Jahren zwischen 1853—1862 wurden fast viertausend Arbeiter wegen Teilnahme an verbotenen Vereinen bestraft.

Zwar waren in England durch Gesetz sowohl Verbindungen der Arbeiter als auch Verbindungen der Unternehmer verboten, aber die Webbs bemerken ganz richtig, „selbst wenn dieses Verbot unparteiisch ausgeführt worden wäre, so würde immer noch die Ungleichheit geblieben sein, die sich aus der Tatsache ergab, daß in dem neuen Industriesystem der einzelne Unternehmer allein eine zahlreiche Verbindung aufwog.“ Das Gesetz wurde aber gar nicht unparteiisch angewendet, und die Webbs erwähnen eine Anzahl Fälle, wo Verbindungen der Unternehmer zum Zweck von Lohnherabsetzungen offenkundig bestanden, ohne daß die Hand des Gesetzes sich dagegen erhob. „Aus der ganzen Epoche der Repression, in der Tausende von Arbeiter für das Verbrechen leiden mußten, Verbindungen eingegangen zu sein, wird kein einziger Fall erwähnt, wo ein Unternehmer für dasselbe Vergehen bestraft worden wäre.“

In Frankreich wurde die Unparteilichkeit des Gesetzes nicht einmal dem Schein nach aufrecht erhalten. Es bestrafte die Übertretung des Verbotes der Verbindung bei Arbeitern mit Gefängnis von 1—3 Monaten, bei den Anstiftern sogar mit Gefängnis von 2—5 Jahren; bei Unternehmern aber neben Geldbuße nur mit Gefängnis von 6 Tagen bis 1 Monat, ein unübertroffenes Beispiel naiver Klassenjustiz.

Man braucht kaum in Erinnerung zu bringen, daß in Rußland noch heute jeder Streik wie jede Verbindung gesetzlich untersagt ist und zu gerichtlicher Verfolgung Anlaß geben kann. Dieses Verbot aber hat den Ausbruch der riesenhaftesten Streikbewegung, die je die Welt sah, nicht verhindern können.

Wo Koalitions- und Streikrecht fehlen, und jeder Streik vom Gesetz als ein Verbrechen, jeder Streikende als ein Missetäter betrachtet wird, verdammt ihn natürlich auch die

öffentliche Meinung.* Dem England der zwanziger Jahre erschien jede Verbindung der Arbeiter eine drohende Gefahr, jeder Streik ein Versuch zu ruinösen Erpressungen, die das ganze wirtschaftliche Leben der Nation zugrunde richten müßten. „So allgemein", berichten die Webbs, „war diese falsche Meinung verbreitet, daß, wenn immer Arbeiter angeklagt und verurteilt wurden, weil sie sich zum Zwecke von Abmachungen über ihre Löhne oder Arbeitszeit organisiert hatten, sich, wie schwer auch die über sie verhängte Strafe war, und wie hart diese Strafe auch ausgeführt wurde, niemand fand, der das geringste Zeichen der Teilnahme für die Unglücklichen kundgab."

Überall hatte der Streik ursprünglich in den Augen des Gesetzes wie der öffentlichen Meinung diesen Charakter des Verbrechens. Durch langwierigen, unermüdlichen Kampf haben die Arbeiter die bürgerliche Gesellschaft gezwungen, diesen Standpunkt aufzugeben, haben sie sich die gesetzliche und gesellschaftliche Anerkennung des Streiks erobert, weil er für sie eine Notwendigkeit wurde, wollten sie sich nicht widerstandslos vom Kapitalismus in das tiefste Elend hinabdrücken lassen. Heute ist es eine neue Form des Streiks: der politische Streik, der aus den Bedingungen des Klassenkampfes entsteht und den Gesetz und öffentliche Meinung wiederum als verbrecherisch zu brandmarken suchen. Aber auch in diesem Fall wird es den Arbeitern gelingen, die herrschenden Klassen und ihren Staat zur Anerkennung dieser Streikform, die aus der Entwicklung des Klassenkampfes hervorgeht, zu zwingen.

Es ist klar, daß, solange das Koalitionsrecht fehlt, jeder ökonomische Streik auf das politische Gebiet hinüberspielen muß. Er selbst wird zu einem Teil des politischen Kampfes; außer den von ihm bezweckten ökonomischen Wirkungen hat er noch die, eine Triebkraft zur Änderung der politischen Verfassung zu sein. In dem England der zwanziger und dreißiger Jahre war zuerst die Rechtlosigkeit der Arbeiter, dann die Parteilichkeit, mit der das Gesetz von den Gerichten gehandhabt wurde, eine der Triebkräfte der politischen Bewegung, die ihren Gipfel im Chartismus, der ersten unabhängigen Arbeiterpartei, fand.

* Dies trifft nicht für Rußland zu, wo die Streiks des letzten Jahres so viele Vorstöße gegen den Absolutismus bilden und von allen revolutionären Klassen freudig begrüßt und gebilligt werden.

Man kann die politische Bedeutung des Streiks am besten in einem Lande, wo das Koalitionsrecht fehlt, an Rußland, studieren. Die ersten Massenstreiks in den Jahren 1895 und 1896, von der russischen Regierung blutig unterdrückt, veranlaßten sie aber doch, einen Anfang mit der Arbeiterschutzgesetzgebung zu machen und einen allgemeinen elfeinhalbstündigen Arbeitstag zu gewähren — freilich nur auf dem Papier. Nachdem die Taktik der scheinbaren Konzessionen fehlgeschlagen war, versuchte die Autokratie auf andre Art, die Arbeiterbewegung in ihre Macht zu bekommen. Der Spitzel Subatoff wurde beauftragt, die Arbeiter in „unabhängigen" Vereinen zu organisieren, und so wurden hier und da Streiks unter polizeilicher Genehmigung inszeniert. Dieser Versuch endete bekanntlich mit den merkwürdigen, zweihundertfünfzigtausend Arbeiter umfassenden Streiks in Südrußland, die diesem Spiele ein Ende machten. So haben sich die Streiks in Rußland schon seit Jahren als das wirksamste Mittel der politischen Manifestation und des Druckes auf die Regierung erwiesen, ehe sie dem Proletariat zur vorzüglichsten Angriffswaffe im revolutionären Kampfe gegen den Absolutismus wurden. Wo die Organisation der Massen unmöglich ist, tragen sie am meisten dazu bei, sie aufzurütteln, sie zur gemeinsamen Aktion und zum Klassenkampf zu erziehen.

In allen diesen Fällen, das heißt überall wo das Vereinsrecht den Arbeitern fehlt, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihre Stellung zu der ökonomischen Aktion des Proletariats ebenso klar, wie es unter diesen Umständen der Zusammenhang des ökonomischen und politischen Kampfes ist. Die moralische und finanzielle Unterstützung der Kämpfer und der Opfer, das Führen einer energischen Agitation für Vereins- und Streikrecht, wie für Preß- und Redefreiheit ergibt sich da von selbst. Die Mittel und Formen dieser Agitation werden natürlich außerparlamentarische sein müssen; das Fehlen des Koalitions- und Streikrechts setzt entweder das Nichtvorhandensein von parlamentarischen Einrichtungen, oder, falls es diese gibt, das Fehlen einer Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament voraus.

Wir kommen jetzt zu der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung des Streiks in den Ländern, in denen Koalitions- und Streikfreiheit besteht. Diese Bedeutung kann aus verschiedenen Umständen entspringen.

Wenn bei einem Streik schwere, bisher unbeachtete Mißstände zur allgemeinen Kenntnis gelangen und zugleich die Streikenden schwach — zum Beispiel Frauen oder ungelernte, unorganisierte Arbeiter — sind, also der bürgerlichen Gesellschaft keine Furcht, nur Mitleid einflößen, dann wird es manchmal vorkommen, daß die erregte öffentliche Meinung entweder die Vermittelung einflußreicher Persönlichkeiten oder die des Staates zugunsten der Streikenden fordert. Das erste war zum Beispiel der Fall bei den Streiks der Londoner Zündholzmädchen im Jahre 1888 und der Londoner Dock- und Hafenarbeiter im Jahre 1889. Die öffentliche Meinung stellte sich entschieden auf die Seite der Arbeiter, das Publikum steuerte beträchtliche Summen zu ihrer Unterstützung bei, und der konzentrierte Druck einflußreicher Gesellschaftsschichten, mehr wie die eigene Kraft der Kämpfenden, zwang die Unternehmer, die gestellten Forderungen zu bewilligen.

Wie auf die Unternehmer, wird die öffentliche Meinung in gewissen Fällen einen Druck auf den Staat ausüben können, sie wird seine Intervention entweder in der Form des Schiedsgerichts, der parlamentarischen Enquete oder des gesetzlichen Schutzes verlangen. Letzteren, wenn es sich um Übel handelt, die nur durch die Gesetzgebung gemildert werden können, wie die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse in der Hausindustrie. In diesem Falle wird schon die Sorge des Publikums um seine eigene Gesundheit, zum Beispiel wo es sich um Arbeiter in der Bekleidungsindustrie handelt, wie beim Streik im Jahre 1896 im deutschen Konfektionsgewerbe, den Ruf nach gesetzlichem Einschreiten laut werden lassen.

In allen derartigen Fällen hängen die Aussichten des gesellschaftlichen Drucks selbstverständlich nicht nur von seiner eigenen Stärke, sondern auch vom politischen Einfluß der Unternehmer und von der allgemeinen politischen Situation ab. Wo sich eine Regierung zum Teil auf die Demokratie stützt, wo sie also gezwungen ist, dem Proletariat ab und zu einige wirkliche oder scheinbare Konzessionen zu machen, um ihre Arbeiterfreundlichkeit zu zeigen, sind die Chancen ihres Eingreifens zugunsten der Arbeiter ziemlich groß. Gesellt sich hierzu der Umstand, daß der Streik die Folge einer mehr oder weniger offenen Fabrikantenrevolte gegen eine gesetzliche Maßnahme ist — wie zum Beispiel der Textilarbeiterstreik zu

Armentières eine Auflehnung der Arbeiter gegen die Maßregel der Unternehmer war, sich für den aufgezwungenen gesetzlichen Zehnstundentag durch eine Reduktion des schon an sich äußerst niedrig bemessenen Lohnes schadlos zu halten — da wird es für eine Regierung fast zur politischen Notwendigkeit, Stellung zu nehmen. So war es der französischen Regierung und der Kammermajorität in dem hier angeführten Falle unmöglich, sich Jaures' Vorschlag einer parlamentarischen Enquete zu widersetzen.

Das Verhalten der Sozialdemokratie bei dergleichen Streiks, wo sich also ein Teil der bürgerlichen Klassen auf die Seite der Streikenden stellen kann, weil diese die Lebensinteressen der bürgerlichen Gesellschaft nicht im mindesten gefährden, bietet wiederum nicht den geringsten Anlaß zu Schwierigkeiten. Sie wird sich wie immer der Forderungen der Unterdrückten und Ausgebeuteten annehmen, sie wird diese in der Presse, in Versammlungen usw. verteidigen und die günstige Stimmung der öffentlichen Meinung benützen, um im Parlament auf Schutzgesetze zu dringen: dies wird offenbar ihre Aufgabe sein, freilich ohne sich großen Illusionen über den Erfolg hinzugeben. Die gesetzgeberische Maschine arbeitet langsam, besonders da, wo es die Interessen der Arbeiter gilt. Und glückt es endlich, diese Maschine in Bewegung zu setzen, wird der Streik meist beendet und die Aufregung, in die er weite Kreise versetzte, verschwunden sein. Die bürgerlichen Parteien werden wie so oft die Sozialdemokratie im Stich lassen, die Vorschläge der Regierung unter diesen Umständen unbedeutend und unzulänglich sein.

Wir kommen jetzt zu dem Streik, dessen ökonomische Wirkungen entweder durch seine Ausdehnung oder die Unentbehrlichkeit des Produktionszweiges, in dem er stattfindet, ihn zu einem gesellschaftlich und politisch bedeutenden Ereignis machen.

Es liegt im Charakter der kapitalistischen Produktionsweise, daß die Streiks sich mehr und mehr zu Ereignissen von allgemein-gesellschaftlicher, das heißt: politischer Bedeutung erweitern. Wir sahen schon oben, welche mächtige Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung die gewerkschaftliche Taktik der Einschränkung und Isolierung des Streiks durchkreuzen. „Und je mehr die kapitalistische Produktionsweise sich ent-

wickelt und das Kapital sich konzentriert, desto riesenhaftere Dimensionen werden die Streiks annehmen. Und je mehr die kapitalistische Produktionsweise die kleinbürgerliche verdrängt, desto mehr wird die gesamte Gesellschaft abhängig vom ungestörten Fortgang der kapitalistischen Produktion, desto mehr wird jede ernsthafte Störung der letzteren, wie sie ein Streik großer Massen mit sich bringt, eine nationale Kalamität, ein politisches Ereignis." (Kautsky, Die soziale Revolution, S. 49.)

In welchen Gewerben nun wird der Massenstreik am ehesten zu einer derartigen Kalamität, einem politischen Ereignis? Ausgeschlossen sind solche Gewerbe, die nur oder hauptsächlich für den lokalen Markt arbeiten, wie zum Beispiel die Bäckereien. Ausgeschlossen sind auch die Luxusbetriebe, wie zum Beispiel die Bearbeitung von Edelsteinen usw. Ob die Produktion kleinbürgerlich auf der Basis des Handwerks oder kapitalistisch auf der der Großindustrie betrieben wird, macht in diesem Falle wenig aus. Ein lokaler Streik zum Beispiel im Bäckereigewerbe hat keine allgemeine Bedeutung, wie groß die Aufregung auch immer sei, in die er die Konsumenten versetzt, — er bleibt eine lokale Angelegenheit und veranlaßt schlimmstenfalls nur die Lokalbehörden zum Einschreiten.

Ein anderes Gesicht bekommt die Sache, sobald die Lebensmittelproduktion für den nationalen und internationalen Markt arbeitet. Dann wird der Streik politisch bedeutend, dann schreitet gegebenenfalls die Landesregierung ein — freilich oft nur, um, wie bei den Streiks der Landarbeiter in den Reisfeldern von Nord-Italien, den Grundbesitzern Soldaten als Streikbrecher zur Verfügung zu stellen, oder, wie beim an hunderttausend Mann umfassenden Massenstreik der galizischen Landarbeiter, den Kampf für bessere Lebensbedingungen womöglich mit Gewalt zu unterdrücken. So war auch der Streik der Arbeiter in den Fleischfabriken von Chicago von gesellschaftlicher Bedeutung; bis weit über die Grenzen des Staates Illinois, durch ganz Nordamerika, waren seine Wirkungen zu spüren.

Und da die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung die ist, immer mehr an Stelle der Produktion für den lokalen, die für den nationalen und internationalen Markt treten zu lassen, so werden wohl Streiks von gesellschaftlicher Bedeutung auch in der Lebensmittelproduktion immer häufiger werden.

Aber im allgemeinen ist die Produktion von Lebensmitteln nicht die Sphäre, in der sich die Streiks zu Konflikten von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung erweitern. Die Wichtigkeit dieser Sphäre, wie die der gesamten Produktion von Konsumtionsmitteln, das heißt das in ihr festgelegte Kapital und die in ihr beschäftigten Menschen, schrumpft mehr und mehr zusammen gegenüber der Sphäre der Produktion von Produktionsmitteln. Diese letzteren werden immer mehr ausschlaggebend für die kapitalistische Wirtschaftsweise, und die Streiks in dieser Sphäre erfahren eine immer größere Bedeutung.

Es gibt aber noch andre Gebiete in dem komplizierten Organismus der modernen Gesellschaft, wo jede ernstliche Störung der Arbeit das Leben aus den Fugen hebt. Das erste dieser Gebiete ist das Transport- und Verkehrswesen, das die Zirkulation der Personen und Güter vermittelt. Das zweite sind die für das Leben der Großstädte, der Bevölkerungszentren, unentbehrlichen Betriebe, wie Wasserversorgung, Beleuchtung, Reinigungsdienst usw.

Wir werden die gesellschaftlichen und politischen Folgen der Massenstreiks auf jedem dieser Gebiete kurz betrachten.

I. Streiks bei der Produktion der Arbeitsmittel

Die wichtigsten Arbeitsmittel für die moderne Großindustrie sind Eisen und Kohle; das erste als Rohmaterial, das zweite als Hilfsstoff. Zwischen beiden besteht aber folgender erheblicher Unterschied. Zwar ist das Eisen ebenso unentbehrlich wie die Kohle, aber seine Produktion und Bearbeitung kann zur Not einige Zeit unterbrochen werden, ohne das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ernstlich zu stören. Und dies deshalb, weil die Produkte der Eisen- und Stahlindustrie, das heißt fast sämtliche bedeutenden Arbeits- und Verkehrsmittel, nicht auf einmal, sondern nur allmählich von der Arbeit, vom produktiven Konsum verbraucht werden. Die Kohle aber ist ein unentbehrlicher Hilfsstoff bei der Produktion, der jedesmal ganz in sie eingeht. Außerdem ist sie auch ein wichtiger Konsumartikel. Die Einstellung ihrer Herstellung trifft die gesamte Produktion, alle Gewerbe eines Landes, den Transport einbegriffen, und bedeutet für die gesamten Konsumenten

Mangel und Entbehrung. Sie wird zu einer wahren Kalamität für die öffentlichen Anstalten, wie Schulen, Krankenhäuser usw.

Der Massenstreik der Arbeiter in den Kohlengruben gehört somit zu den bedeutendsten, folgenschwersten Konflikten zwischen Kapital und Arbeit. Außer auf den erwähnten Verhältnissen beruht dies noch auf dem Umstand, daß die Konzentration des Kapitals sowie der Betriebe in diesem Erwerbszweig seinen Höhepunkt erreicht hat. Der Bergbau bringt Zehn- bis Hunderttausende von Arbeitern auf wenige Quadratkilometer zusammen, und ihr Streik, der das gesamte wirtschaftliche Leben eines Landes beeinträchtigt, mobilisiert zugleich mit einem Schlage eine drohende Armee von Proletariern.

Es ist also nicht befremdlich, daß in den letzten Jahren kaum ein Massenstreik der Arbeiter in den Kohlengruben stattfand, der nicht zu einem gesellschaftlichen Ereignis von politischer Bedeutung wuchs. Das mögen einige Beispiele zeigen:

Der Streik der belgischen Bergarbeiter von 1886, zu denen sich als Streikende die Arbeiter der Metall- und Glasindustrie gesellten. Von diesem Streik datiert das politische Erwachen der Arbeiter des Wallonenlandes, das Aufkommen einer starken Bewegung für das allgemeine Wahlrecht und die ersten Anläufe zur Arbeiterschutzgesetzgebung in dem „Musterlande des Kapitalismus".

Der Streik der Kohlenarbeiter von Pennsylvanien, der fast hundertfünfzigtausend Mann umfaßte und einige Monate währte. Unsre amerikanischen Genossen haben ihre Überzeugung dahin ausgesprochen, daß er mehr für die Verbreitung des sozialistischen Gedankens getan hat, als zehn Jahre Agitation. Es standen der ohne Unterschied der Sprache und Rasse zusammenkämpfenden proletarischen Masse ungefähr ein Dutzend Kapitalmagnaten gegenüber, die sich durch ihre hartnäckige Ablehnung jedes Eingehens auf die bescheidenen Forderungen der Arbeiter, wie durch unverschämte Gleichgültigkeit gegen die Unbequemlichkeiten und Leiden, die sie über Millionen ihrer Landsleute verhängten, auszeichneten. Da offenbarte sich, greller wie je bisher, der Gegensatz von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung; hier wurden den „freien" amerikanischen Bürgern die Gefahren und Leiden eingepaukt, die der Gesellschaft aus diesem Gegensatz er-

wachsen. Der sozialistische Gedanke: Enteignung der Kapitalisten, Vergesellschaftung der kapitalistischen Betriebe, wurde von der sozialen Notwendigkeit beleuchtet.

Die Rücksicht auf die nächsten Wahlen, auf die damit verbundene gesellschaftliche Aufregung, die zunehmende Agitation für Verstaatlichung der Gruben und die Furcht vor diesen Konsequenzen — dies alles bestimmte einige einflußreiche Politiker, worunter Präsident Roosevelt, einzugreifen. Ein Schiedsgericht kam zustande, aber, obwohl seine Berichte die Beschwerden der Arbeiter, zum Beispiel den Lohndiebstahl, dessen sich die Kohlengrubenbesitzer regelmäßig schuldig machten, klar vor Augen führten, sprach es sich doch nicht für eine vollständige Bewilligung ihrer Forderungen aus.

Der Streik stärkte ohne Zweifel das Klassenbewußtsein der Arbeiter und kam der Sache des Sozialismus zugute. Die Zahl der sozialistischen Stimmen stieg in Pennsylvanien von 4800 im Jahre 1900 auf 25 000 im Jahre 1904. Aber bei dem Mangel einer starken, unabhängigen Arbeiterpartei konnten die Arbeiter auf politischem Gebiet nicht die Erfolge erzielen, die sonst die Frucht dieses Streiks gewesen wären. Wie gut hätte eine starke Sozialdemokratie im günstigen Augenblick, das heißt während des Streiks, als die Folgen der Kohlennot das gesellschaftliche Leben erschütterten, einen parlamentarischen Druck ausüben können. Hier wäre einer vereinten Aktion auf ökonomischem und politischem Gebiet vielleicht gelungen, was der nur-ökonomischen gegenüber der Riesenmacht der Monopolisten nicht gelingen konnte. Denn die politisch-parlamentarische Aktion hätte die g a n z e Arbeiterklasse in den Kampf hineingezogen, um auf indirektem Wege für die Grubenarbeiter zu erwerben, was sie direkt, aber vereinzelt kämpfend, nicht erreichen konnten. So aber mußten die Kohlenarbeiter, als sie vom mehrmonatlichen Kampfe erschöpft waren, den Feinden ihrer Klasse vertrauen, sich in ihren Schutz begeben und die Arbeit zu den alten Bedingungen aufnehmen, bis das Schiedsgericht gesprochen hatte!

Der pennsylvanische Streik erweist, wie unmöglich es für das Proletariat ist, durch eine nur-ökonomische Aktion dort die Unternehmer bezwingen zu wollen, wo einige Kapitalmagnaten einen ganzen Erwerbszweig beherrschen; auch dann unmöglich, wenn die öffentliche Meinung auf seiten der

Streikenden steht. Gerade in einem solchen Falle bietet die Verbindung von ökonomischer und politischer Aktion die günstigsten Aussichten.

Wie richtig dies ist, zeigt der Verlauf des österreichischen Kohlengräberstreiks. Die allgemeine Situation war ungefähr die gleiche wie in Amerika. 60000 Proletariern standen ein halbes Dutzend übermächtige Unternehmer gegenüber. Auch hier drohte der Mangel an Kohle die Industrie lahm zu legen, und schon mußte eine Anzahl Erwerbszweige die Produktion einschränken. Mitten im Winter entstand eine Not an Brennmaterial, von der die Arbeiterklasse schwer heimgesucht wurde; viele Städte mußten die Beleuchtung der Straßen und Straßenbahnen aufgeben, die Schulen schließen. Auch hier nahm die öffentliche Meinung Partei gegen die Monopolisten und stellte sich auf die Seite der Arbeiter. Aber das Kapital wollte nicht nachgeben, und die gewerkschaftliche Aktion allein war zu schwach, es zu bezwingen. Aber hier ging mit dieser die politisch-parlamentarische Aktion Hand in Hand. Schon bei Beginn des Streiks hatten die Versammlungen der Grubenarbeiter, als Demonstration gegen nationalistische Wühlereien, ihr Vertrauen zur Sozialdemokratie ausgesprochen. Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei leiteten zusammen mit den Gewerkschaftsführern den Kampf. Durch unermüdlichen Druck auf Regierung und Majorität gelang es der sozialdemokratischen Fraktion, wenigstens den Neunstundentag für die Grubenarbeiter zu erobern. „Es war dies ein bemerkenswertes Resultat der Vereinigung von politischer und gewerkschaftlicher Aktion. Jede für sich allein wäre erfolglos gewesen. Die sozialdemokratische Fraktion hätte sich im Reichstag heiser reden können zugunsten des Arbeitstags in den Kohlenminen, sie würde ohne den Streik tauben Ohren gepredigt haben. Dieser wieder wäre resultatlos verlaufen ohne das Eingreifen der sozialdemokratischen Abgeordneten, die nicht ruhten, bis Regierung und Majorität die Versprechungen, die sie in der Zeit der größten Kohlennot gegeben, wenigstens einigermaßen einlösten.“*

Auch der nationale Massenstreik der französischen Kohlengrubenarbeiter (Oktober—Dezember 1902) erzeugte einen ge-

* K. Kautsky, Allerhand Revolutionäres. Neue Zeit, Jg. 22, Bd. II, Nr. 22.

sellschaftlichen und politischen Druck, der die Aktiengesellschaften zu einiger Nachgiebigkeit zwang. Auch in diesem Falle arbeitete die sozialistische Kammerfraktion im Einverständnis mit dem Streikkomité und ersuchte auf Antrag der Arbeiter die Regierung um Vermittlung. Wäre die Einheitlichkeit der Streikbewegung eine größere gewesen, so würde bei dieser gemeinsamen Aktion ein noch besseres Resultat erzielt worden sein. Aber der ganze Verlauf des Kampfes hatte etwas Schwankendes, Unklares, das seine Aussichten stark beeinträchtigen mußte. Angedroht als ein politischer Streik gegen die Regierung wegen der Verschleppung der Altersrentengesetzgebung, brach er schließlich wegen einer Lohnherabsetzung gegen die Unternehmer aus. Wohl umfaßte er auf seinem Höhepunkte vier Fünftel aller Arbeiter des Betriebes, aber einige wichtige Zentren, wie Monceau, hielten sich von Anfang an fern. Der Leitung des nationalen Streikkomités wurde schlecht gefolgt, und noch ehe der Streik sich seinem Ende näherte, hatten schon eine Anzahl Gruben ihren Separatfrieden mit den Unternehmern geschlossen. Zudem war diese Leitung selbst in ihrer Taktik überaus schwankend: bald wandte das Komité sich an die sozialistischen Abgeordneten und hoffte, es würde deren Bemühungen gelingen, einen ehren- und vorteilhaften Frieden für die Arbeiter herbeizuführen, bald versuchte es, die Föderation der Arbeitsbörsen zu bewegen, den allgemeinen Solidaritätsstreik zu beschließen. Unter solchen Umständen mußte natürlich die Absicht der Streikleitung, vor allen Dingen ein Schiedsgericht für das ganze Land durchzusetzen, scheitern; ein solches war auch von der sozialistischen Aktion in der Kammer nicht zu erreichen.

Trotz seiner Schwächen hat der Streik der französischen Bergarbeiter einen gewissen Einfluß auf Regierung und Kammermajorität ausgeübt. Die Furcht vor seiner Wiederholung hat bewirkt, daß Kammer und Senat endlich die seit Jahren verschleppte Regelung der Arbeitszeit in die Hand genommen und den gesetzlichen Achtstundentag, freilich nicht für alle Kategorien von Arbeitern, festgelegt haben. Wären die französischen Grubenarbeiter nach dem Streik stark organisiert geblieben, und hätte an Stelle des jetzigen Gegensatzes Einmütigkeit zwischen den politischen und gewerkschaftlichen

Organisationen des Proletariats bestanden, so wäre selbstverständlich auch in diesem Falle aus dem parlamentarischen Schmelztiegel besseres hervorgegangen.

Endlich hat der im Frühjahr 1905 stattgefundene Riesenstreik im Ruhrgebiet, dessen Geschichte noch in frischester Erinnerung lebt, von neuem erwiesen, wie gering die Aussichten sind, den großen Monopolisten auf dem Wege der Arbeitseinstellung beizukommen. Zudem war er eine Mahnung an alle die, die übermäßige Hoffnungen auf die Beeinflussung der Regierungen durch die öffentliche Meinung setzen. Zweifellos sprach diese sich diesmal mit in Deutschland ungewöhnlicher Energie für die Sache der Streikenden aus. Dennoch wurde der schon an und für sich ganz ungenügende Gesetzentwurf der Regierung zum Schutze der Bergleute von der Majorität des preußischen Landtags noch erheblich verschlechtert. Daß die öffentliche Meinung sich auf die Seite der Arbeiter stellte, nützte ihnen also in Wirklichkeit so gut wie nichts: sie imponierte weder den Kohlenbaronen noch dem Junkerparlament in Preußen.

Offenbar ist die Stärke der reaktionärsten aller Klassen, der Großgrundbesitzer, in der preußischen Kammer sowie die Unzuverlässigkeit des Zentrums der äußerliche, oberflächliche Grund dafür, daß es der Erhebung der preußischen Bergarbeiter nicht gelang, dem Staate die notdürftigsten Reformen abzutrotzen, wie dies doch zum Beispiel in Österreich der Fall war. Dies zugeben, heißt aber zugleich die Frage nach dem eigentlichen Grunde der politischen Übermacht der Reaktion und der politischen Machtlosigkeit des Proletariats in Preußen aufwerfen, wie sie in der Zusammensetzung der gesetzgeberischen Körper zum Ausdruck kommt.

Diese Frage sowie die des Charakters und der Ursache der Einflußlosigkeit der öffentlichen Meinung wird des näheren im Kapitel V untersucht werden.

II. Der Streik im Transportgewerbe

Es gehört zum Gesamtmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise, daß in ihr fortwährend große Menschen- und Gütermassen hin- und hergeschoben werden. Je mehr diese Produktionsweise sich erweitert, je größer die Masse der

Waren ist, die für den nationalen und den Weltmarkt hergestellt werden, desto riesenhaftere Gütermassen gehen in den Transport ein, desto mehr wachsen die Entfernungen, die sie zu durchlaufen haben. Und neben diesem steigenden Gütertransport gibt es einen aus mannigfaltigen Gründen immer mehr anschwellenden Personenverkehr.

Güter- wie Personenverkehr vollziehen sich auf den Land- und Wasserstraßen, die das Adernetz der Zirkulation sind. Die ungeheuere Verbilligung des Transports, eine Folge der Umwälzung der Verkehrsmittel, schafft erst die Vorbedingungen für die Produktion der Massenartikel für den Weltmarkt. Der internationale Gütertransport umfaßt die wichtigsten Produktions- wie Konsumtionsmittel, wie Eisen, Erze, Kohle, Holz, Steinöl, Baumwolle, Getreide, Vieh, Kaffee, Zucker, Tabak usw. Stockt der Transport, so geraten sowohl Produktion wie Konsumtion in Unordnung; die Blutstauung auf einem Punkte bringt Blutleere auf andern Punkten des gesellschaftlichen Organismus hervor.

Die Knotenpunkte im internationalen Transport, wo die Ozean- und Meeresstraßen mit dem Binnenwasser- und Eisenbahnnetzen zusammentreffen, sind die Welthäfen. Eine Riesenmenge von Waren, Produktions- wie Konsumtionsmitteln, flutet hier unaufhaltsam in steter Bewegung auf und ab. Stockt diese Bewegung, so spürt das ganze „Hinterland" des Hafens, das heißt, das durch Flüsse, Kanäle und Eisenbahnen direkt mit ihm verbundene Gebiet, die Folgen.

Die Bedeutung des Gütertransports in einigen der vornehmsten Häfen beleuchten folgende Zahlen.

Es wurden im Jahre 1903 einklariert:

	Schiffe	Tonnen
London	27 359	17 075 313
Liverpool	19 906	10 991 939
Cardiff	14 465	9 670 945
Hamburg	14 628	9 156 000
Marseille	8 672	7 261 327
Antwerpen*	5 775	9 115 372
Rotterdam	7 499	7 626 263

* Das belgische Tonnenmaß ist infolge einer andern Art der Berechnung um 10 Prozent zu hoch im Vergleich mit dem der andern Häfen.

Die Zunahme des Transports in drei wichtigen festländischen Häfen bekunden folgende Zahlen:

	Hamburg		Antwerpen		Rotterdam	
	Schiffe	Tonnen	Schiffe	Tonnen	Schiffe	Tonnen
1894:	9 165	6 228 821	4640	5 008 983	5109	4 413 403
1903:	14 628	9 156 000	5775	9 115 372	7499	7 626 263

Die schweren gesellschaftlichen Folgen eines Massenstreiks in einem der Welthäfen, wie London, Hamburg, Rotterdam, Antwerpen, Marseille, sind somit leicht begreiflich. Diese würden natürlich noch wachsen, wenn der Streik sich auf alle Häfen eines Landes oder wenigstens eines Küstengebiets erstreckte, wie dies bei der letzten allgemeinen Aussperrung zu Marseille für alle französischen Häfen des Mittelmeeres auf kurze Zeit der Fall war.

Noch folgenschwerer würde die internationale Ausdehnung eines Streiks der Hafenarbeiter sein. Erst dieser könnte es gelingen, ein Land tatsächlich abzusperren und ihm die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden. Denn die Verbindung des Meeres mit dem Hinterlande wird ja in den meisten Fällen von mehreren, zu verschiedenen Ländern gehörigen Häfen besorgt So kann zum Beispiel der Verkehr Rotterdams mit Deutschland für Norddeutschland von Emden, für Mittel- und Süddeutschland von Antwerpen übernommen werden. Der allgemeine Ausstand in diesen drei Häfen würde zu viel größeren Unbequemlichkeiten, Verlusten und Leiden führen und folglich einen viel stärkeren gesellschaftlich-politischen Druck ausüben, als der isolierte Streik in einem von diesen Häfen!*

Es gibt schon jetzt einige Beispiele von Hafenarbeiterstreiks, die eine gewisse gesellschaftlich-politische Wirkung hatten. So der Streik von 1900 zu Marseille, in welchem der von

* Wie wir früher schon ausführten, ist nur bei ganz vorzüglicher Organisation und starkem Klassenbewußtsein an internationale Streiks, sei es mit ökonomischen oder politischen Zielen, zu denken. Die Statuten der im vorigen Sommer neuorganisierten Internationalen Föderation von Transportarbeitern sagen zu diesem Punkte nur: „Bei allen wichtigen Streiks, Aussperrungen und Boykotts wird der Centrale Rat im Einverständnis mit der nationalen Organisation jede Maßregel der finanziellen und moralischen Hilfe im Interesse der Bewegung beschliessen". Es wird also die Möglichkeit von internationalen Streiks offen gelassen.

der Regierung auf die Reedereigesellschaften ausgeübte Druck sie zwang, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. So der Massenstreik zu Genua, der die Regierung dazu brachte, den Beschluß des Präfekten auf Schließung der Arbeiterbörse rückgängig zu machen.

Es sind aber zwei Umstände, die dem politischen Einfluß jedes Hafenarbeiterstreiks entgegenwirken.

Obwohl die großen Reederei- und Schiffahrtsgesellschaften in letzter Zeit ebensogut den Monopolcharakter annehmen wie die Riesenbetriebe der Industrie, so werden sie doch viel weniger von der Bevölkerung angefeindet als diese. Wenn die Reedereigesellschaften schon einen Extraprofit auf Kosten der Bevölkerung erzielen, so sind auf der andern Seite an dem Gedeihen von Handel und Schiffahrt weite Kreise in den Handelsstädten ökonomisch interessiert. Von der Unruhe und Unsicherheit aber, die wiederholte Streiks hervorrufen, fürchten diese Kreise eine Beeinträchtigung der Entwicklung ihres Hafens zugunsten ihrer Konkurrenten. In diesem Falle wendet sich die Aufregung und Entrüstung, die die wirtschaftliche Störung hervorruft, nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Arbeiter, und der gesellschaftliche Druck arbeitet dem Streik entgegen. Ein zweiter Umstand liegt im Wesen des Hafenarbeiterberufes. Hier kommt im großen ganzen ungeschulte oder doch von einem kräftigen Menschen rasch zu lernende Arbeit in Frage. Deswegen sind die Unternehmer bei jedem Hafenarbeiterstreik leicht in der Lage, Streikbrecher aus andern Berufen, vor allem vom Lande, herbeizuziehen. Wie drohend ein solcher Streik auch anfänglich aussieht, fast immer gelingt es den Unternehmern, nach einiger Zeit genügend Streikbrecher für die notwendigste Arbeit aufzutreiben: so bei den Massenstreiks der letzten Jahre in Marseille, Rotterdam und Antwerpen. Damit ist dann die Kraft des Streiks wie seine gesellschaftlich-politische Wirkung gebrochen.

Wir wenden uns jetzt der Bedeutung der Streiks im eigentlichen Verkehrswesen zu.

Es zerfällt in Wassertransport und Eisenbahnverkehr.

Beim Wassertransport wirkt nicht nur die strenge Zucht, unter der die Matrosen und sonstigen Angestellten der Handelsmarine stehen, auf das Ausbrechen etwaiger Streiks ungemein hemmend, sondern auch die Zersplitterung dieser

Arbeiter, ihre jedesmalige Abschließung von einander wie von der Außenwelt. Wo die bestehenden Gesetze und Verhältnisse den Streik ermöglichen, wie zum Beispiel in Frankreich, da sind, wenn es zum Treffen kommt, die gesellschaftlichen Wirkungen große. So wurde beim letzten Streik der Angestellten der Handelsmarine zu Marseille, der zur Aussperrung der Hafenarbeiter führte, die Personen- und Nachrichtenverbindung des französischen Mutterlandes mit seiner algerischen Kolonie erheblich gestört.

Aber die häufigsten wie gesellschaftlich-politisch wichtigsten Streiks im Verkehrswesen liegen auf dem Gebiete des Eisenbahnbetriebes.

Auch hier gibt es eine Reihe von Umständen, die den Ausbruch eines Streiks erschweren. Wir werden sie bei der Prüfung des politischen Streiks betrachten. Jetzt haben wir es nur mit den gesellschaftlichen Wirkungen des Streiks im Eisenbahnbetriebe zu tun.

Die Eisenbahnen eines Landes vermitteln nicht nur den nationalen Personenverkehr, den Nachrichtendienst und einen großen Teil des Gütertransports, sondern sie sind zugleich ein Glied in der Kette des Weltverkehrs. Die Verkehrsstörung auf einer einzigen internationalen Linie, die Isolierung eines einzigen Welthafens oder Bevölkerungszentrums pflanzt sich in immer weiteren Kreisen fort wie die Welle des in Bewegung geratenen Wasserspiegels. Der ungestörte Fortgang der Lebensfunktionen der kapitalistischen Gesellschaft beruht auf der Schnelligkeit, Sicherheit und Regelmäßigkeit der modernen Verkehrsverbindungen: werden diese unterbunden, so wird der Zusammenhang im gesellschaftlichen Organismus aufgehoben, die Gesellschaft desorganisiert. Der Verkehr der Gedanken stockt wie der von Personen und Gütern; der Nachrichtendienst kommt nicht mehr oder nur unregelmäßig ans Ziel. Die Isolierung, ähnlich der früherer Jahrhunderte, in der sich die verschiedenen Teile des Landes plötzlich befinden, versetzt die Menschen in ängstliche Aufregung, wie die Kinder bei einer unerwartet hereinbrechenden Finsternis. Noch ehe die materiellen Folgen des Eisenbahnerstreiks sich ganz entfalten, am ersten Tage schon hat er eine gewaltige moralische Wirkung.

Der Zusammenhang im Regierungsapparat wird gestört, der Umkreis von der Zentralstelle abgeschnitten. Die Maßregeln,

mit denen eine Regierung sonst jeden die bürgerliche Ordnung im mindesten bedrohenden Streik bekämpft, wie Truppensendungen usw., sind nicht mehr möglich. Eine unbesiegbare Macht scheint sich ihr entgegenzustellen; sie kann nicht mehr, wie sie will.

Aber der Eisenbahnerstreik hat für eine Regierung noch andre verhängnisvolle Seiten. Der Postverkehr mit dem Ausland stockt, was zu internationalen Verwicklungen Anlaß geben kann. Jedenfalls zeigt sie sich dem Auslande gegenüber schwach; nicht Herr der Verhältnisse im eigenen Lande, büßt sie an politischem Prestige ein.

Zu alledem gesellt sich die Frage der Mobilisation. Der bürgerliche Staat muß jederzeit zu militärischen Zwecken über die Eisenbahnen verfügen können. Baut er doch zu diesem Zweck eigene Linien, ja oft gibt die militärische Frage bei dem Bau großer Strecken des Eisenbahnnetzes den Ausschlag. Aber was bedeuten Schienen und Material ohne Eisenbahnarbeiter? Toten Stahl, totes Eisen — mehr nicht! Der Streik der Eisenbahner bringt dem Staat die Unmöglichkeit der Mobilisation gegen den äußeren wie den inneren Feind vor Augen. Er zeigt sich hilflos gegen etwaige feindliche Absichten der Nachbarstaaten und ebenso hilflos gegen einen Ansturm der proletarischen Massen. Nie wird so klar wie beim Eisenbahnerstreik erwiesen, daß die Arbeit des Proletariats die Grundlage der Gesellschaft bildet; von ihm werden Gesellschaft wie Staat aufs höchste getroffen.

Gerade weil er die Regierungsmaschinerie desorganisiert, steht jede Regierung dem Eisenbahnerstreik — selbstverständlich im Fall sie von ihm überrascht wird — anfänglich hilf- und ratlos gegenüber. Sie kann der Situation nicht sogleich gewachsen sein, denn sie ist nicht frei in ihren Bewegungen, ihre Herrschaftsmittel sind sozusagen immobilisiert. Der Eisenbahnerstreik hat nicht bloß politische Wirkungen, sondern schafft plötzlich eine revolutionäre Lage: daher die ängstliche Stimmung, die sich der bürgerlichen Klassen bemächtigt, deshalb auch der frohe Mut beim Proletariat, seine hell auflodernde Begeisterung.

Freilich müssen die Arbeiter den vorläufigen Sieg meist teuer bezahlen. Mit jedem Tage, den der Streik länger dauert, wachsen seine Schwierigkeiten wie die Kräfte des Gegners wachsen, der sich in diesem gefahrvollen Augenblicke vor allem auf seine

militärische Organisation stützt. Sie erweist ihm mannigfache Dienste: sie liefert Streikbrecher, die Entfaltung militärischer Macht schüchtert die Streikenden ein, macht es der Regierung möglich, ungesetzliche Maßregeln zu ergreifen, wenn sie ihr notwendig erscheinen, des Streiks Herr zu werden.

Dort sogar, wo eine kluge Führung den Streik zu rechter Zeit abbricht, das heißt dann, wenn die Regierung sich noch in Verlegenheit befindet, hilft das den Arbeitern wenig. Die bürgerliche Gesellschaft hat sich einen Augenblick in der Gewalt des Proletariats gefühlt, sie hat vor ihm gezittert; sowie ihre Furcht verschwunden ist, lebt nur ein Gedanke in ihr: die Niederlage auszulöschen, die Zukunft sicher zu stellen. Der Staat zeigt sofort seine Bereitwilligkeit, den Willen der herrschenden Klassen in die Tat umzusetzen: die Gesetzgebung wird in Bewegung gebracht, um Ketten für diese verwegenen Proletarier zu schmieden, deren bürgerliche Rechte der bürgerlichen Gesellschaft unerträglich werden, sobald sie von jenen angewendet werden. Um einer Wiederholung vorzubeugen, werden verschiedene Maßnahmen getroffen. Der Eisenbahnerstreik wird gesetzlich zum Verbrechen gestempelt und mit langjähriger Gefängnisstrafe bedroht, oder die Arbeiter werden „militarisiert", d. h. unter militärisches Recht gestellt, oder es wird die Bildung einer Eisenbahnbrigade beschlossen, ein Teil des Heeres also zu Streikbrecherdiensten erzogen und im voraus dazu bestimmt. Dies alles lehrt die Geschichte der Eisenbahnerstreiks und Streikversuche in Italien, Holland, Australien, Ungarn usw. Auf anfängliches Gelingen folgt, sobald der Staat alle seine Machtmittel zusammenrafft, ein rascher Umschwung. Je größer anfänglich der proletarische Sieg, je größer der Schrecken der bürgerlichen Klassen war, desto unerbittlicher die Unterdrückung. Fast jeder bedeutende Eisenbahnerstreik gleicht in den Stimmungen, die er erzeugt, wie in seinen Konsequenzen, einer anfangs siegreichen, dann aber mißlungenen Revolution.

Wohlverstanden: nur vom ökonomischen Eisenbahnerstreik ist hier die Rede, von jenem, der Verbesserungen der Berufsangehörigen zum Ziel hat. Es ist dabei fast einerlei, ob der Eisenbahnbetrieb in den Händen mächtiger Aktiengesellschaften liegt, oder der Staat selbst als Unternehmer auftritt. Das erste war in Holland und in Italien, das zweite in Ungarn der Fall.

In den gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen machte es wenig Unterschied. So wie so stellt der Staat, auch wo er selbst nicht als Unternehmer auftritt, alle seine Kräfte den Kapitalisten im Eisenbahnbetriebe zur Verfügung und tritt mit denselben Mitteln gegen die Streikenden auf.

Ein guter Teil des eben Gesagten über die Bedeutung des Streiks im Eisenbahnbetriebe trifft auch für den Nachrichtendienst zu, also für Post- und Telegraph. Hier hat der immer als Unternehmer fungierende Staat sich gegen einen für ihn höchst gefährlichen Streik nach Möglichkeit durch den Diensteid und die halb militärische Zucht gesichert, der die Angestellten unterstellt sind. Die Arbeitsverweigerung würde hier schon halb zur Dienstverweigerung werden. Ein Streik dieser Angestellten wäre auch ökonomisch ein sehr gewagtes Unternehmen, da der Betrieb vom Staate vollkommen monopolisiert ist und Entlassung gleichbedeutend mit Brotlosigkeit wäre. Deshalb werden Streiks der Post- und Telegraphenangestellten wahrscheinlich nur vorkommen, wenn sie mit der Aussicht der Gewinnung einer vom Proletariat beherrschten Regierung zusammenfallen, also als politische Streiks.

III. Streiks der Arbeiter in den Gemeindebetrieben der Großstädte

Wir verstehen hier unter „Gemeindebetrieben" solche, die unentbehrlich für den Fortgang der Lebensverrichtungen einer Großstadt sind, einerlei, ob sie von der Gemeinde selbst oder von Privatkapitalisten verwaltet werden. Vieles von dem Gesagten über die gesellschaftlichen Folgen des Eisenbahnerstreiks ließe sich hier wiederholen. Wie dieser auf nationaler Stufenleiter die Gesellschaft desorganisiert, so ein solcher Streik auf lokaler. Denn der Organismus der Großstadt ist von der Sicherheit der Wasserzufuhr, der Beleuchtung, des Reinigungsdienstes und der lokalen Verkehrsmittel ebenso abhängig, wie der staatliche vom ungestörten Eisenbahnverkehr.

Wo die städtischen Versorgungs- oder Verkehrsbetriebe, wie die Straßenbahnen, sich noch in den Händen von Privatunternehmern befinden, ist der Streik nicht selten. Man denke nur an die stattliche Reihe von Streiks bei elektrischen Lokal- und Straßenbahnen, die in den letzten Jahren in Großstädten

wie Berlin, Paris, Neuyork usw. stattfanden. Die gesellschaftlichen Strömungen, die ein solcher Streik mit sich bringt, riefen in manchen Fällen eine Bewegung für den Gemeindebetrieb hervor oder stärkten sie, wo sie bereits vorhanden war.

Wo die Gemeinde als Unternehmer auftritt, kommen Streiks in den genannten Betrieben seltener vor. In vielen Fällen bestehen Einrichtungen zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten, wie permanente Schiedsgerichte usw. In den romanischen Ländern haben sich jedoch die Sympathiestreiks manchmal auf die Arbeiter der Gemeindebetriebe erstreckt. Auch in Amsterdam wurde im Februar 1902 ein Massenstreik der Gemeindearbeiter, der infolge der Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und der vom Sieg der Eisenbahner wachgerufenen Kampfesstimmung auszubrechen drohte, nur mit äußerster Mühe verhütet.

* * *

Als Ergebnis dieser Betrachtungen zeigt sich folgendes Resultat. Der Massenstreik in den ökonomisch bedeutendsten, unentbehrlichen Erwerbszweigen zeitigt immer von den Arbeitern anfänglich unbezweckte politische Wirkungen. Dies ist der Fall in der eigentlichen Produktion, wie im Transportgewerbe, am allermeisten aber beim Eisenbahnbetrieb. Da ist der Streik immer nur der erste Akt des Schauspiels, worauf bald ein zweiter im Parlamente folgt. Die von den Arbeitern auf ökonomischem Wege auf einen Augenblick überwältigte bürgerliche Gesellschaft überwältigt sie bald ihrerseits durch die Kraft der gesetzlichen Gewalt.

Es folgt hieraus erstens: Da die wichtigsten Streiks durch das unaufhaltsame Wachstum der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr auch zu politischen Ereignissen werden, wird für das Proletariat politische Organisation sowie Zusammenwirken von gewerkschaftlicher und politischer Aktion immer notwendiger.

Zweitens: Die von ihnen anfangs nicht bezweckten politischen Wirkungen ihrer ökonomischen Kämpfe bringen den Arbeitern den Gedanken nahe, diese selben Wirkungen nötigenfalls bewußt zu erzeugen. Es ist nur ein Schritt vom ökonomischen Massenstreik mit gesellschaftlich-politischer Bedeutung zum politischen Massenstreik. Seine Idee wächst aus jenem heraus, wie die Idee des absoluten sozial-ökonomischen Generalstreiks aus dem Solidaritätsstreik.

V.

Der politische Massenstreik

I. Die Tatsachen des politischen Massenstreiks

Die Arbeiterklasse leidet ebensosehr an politischer Unterdrückung wie an ökonomischer Ausbeutung. Sie hat politische Rechte notwendig wie die Luft zum Atmen. Sei es, um sich Raum für den gewerkschaftlichen Kampf zu erobern, der ohne Koalitionsrecht, Streikrecht, Preß- und Redefreiheit nicht geführt werden kann. Sei es, um den Staat auf den Weg der Sozialgesetzgebung zu zwingen, die allein die Elendesten der Proletarier zu dem Punkte zu erheben vermag, da sie mit dem Willen und der Kraft zum Klassenkampf erfüllt werden.

Das einzige Mittel, mit dem das Proletariat im modernen Staate direkt und unaufhaltsam politischen Einfluß ausüben kann, ist das Wahlrecht. Deswegen ist es das wichtigste Recht, der Schlüssel aller andern Rechte und Freiheiten und dem Proletariat für seinen weiteren Fortschritt in der kapitalistischen Gesellschaft unentbehrlich.

Die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ist deshalb die politische Grundforderung des Proletariats. Sie wird in allen Ländern erhoben, wo das Proletariat anfängt, zum Bewußtsein seiner Klassenlage zu kommen und sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu widersetzen. In der Gegenwart erscheint die Idee des allgemeinen Wahlrechts eng verknüpft mit der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland; der Kampf für das Wahlrecht erschien Lassalle das am besten geeignete Mittel, die Arbeiter zu erwecken und zu organisieren; in Belgien, Österreich-Ungarn,

Holland, Schweden, Rußland: überall ist es die Sozialdemokratie, welche die Arbeitermassen auf mannigfachen Wegen in den Kampf für das allgemeine Wahlrecht führt.

Die Idee des allgemeinen Wahlrechts ist jedoch nicht notwendig mit der Sozialdemokratie verknüpft. Schon bevor diese als Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung entstanden war, hatte die Forderung des allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter bereits in einem Lande zu gemeinsamer politischer Aktion zusammengeführt: in England.

Die Mittel, mit denen die Arbeiterklasse im Laufe fast eines Jahrhunderts, und in sehr verschiedenen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung, den Kampf für das Wahlrecht führt, sind natürlich sehr verschieden. Zu ihnen gehören: Versammlungen, Straßenmanifestationen, Petitionen, Volksabstimmungen, Artikel in der Presse usw. Führen sie zu keinem Resultat, dann liegt es auf der Hand, daß die Arbeiterklasse versuchen wird, das ihr unentbehrlich scheinende Recht, das erst den friedlichen politischen Klassenkampf ermöglicht, gewaltsam zu erzwingen. Die Straßendemonstrationen nehmen einen immer bedrohlicheren, revolutionären Charakter an, Krawalle und Revolten entstehen, und es entsteht auch in diesem Stadium der Bewegung, sofern das Proletariat schon eine Vergangenheit von industriellen Kämpfen hinter sich hat, die Idee des politischen Streiks.

Nicht gleich zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise erscheint die Niederlegung der Arbeit dem Proletariat die seiner Lage im Produktionsprozesse entsprechende Form der Gewalt. Was der große Redner Mirabeau in einem hellseherischen Augenblick erkannte und den zivilisierten Klassen seiner Zeit zurief: „Passen Sie auf! Bringen Sie nicht dieses Volk in Wut, das, um schrecklich zu sein, bloß untätig zu bleiben brauchte“ — das kommt den Arbeitern selbst erst im Verlauf einer langen Entwicklung von Kämpfen und Empörungen gegen die kapitalistische Gesellschaft klar zum Bewußtsein.

Die Idee des politischen Massenstreiks kann nur erwachen in einer Arbeiterschaft, die schon von den sozialen Verhältnissen zum gewerkschaftlichen Kampfe im großen Maßstabe gedrängt wurde, aber sich noch nicht im Besitze des wichtigsten politischen Rechts, des allgemeinen Wahlrechts, befindet.

Es nimmt darum nicht wunder, daß wir das erste Aufdämmern der Idee des politischen Massenstreiks in England finden. Dort hatte schon in den dreißiger und vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts die Entwicklung der Großindustrie zu einem ununterbrochenen ökonomischen Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern geführt. Von politischer Demokratie war keine Rede. Noch fehlte den Arbeitern das erste Bürgerrecht. Da kam unter den Chartisten der Plan eines allgemeinen Feierns, eines „heiligen Monats" zur Erlangung der Volkscharte auf, deren erste und wichtigste Forderung das allgemeine Wahlrecht war. Es war dies der erste Gedanke einer Beeinflussung der politischen Verfassung durch Niederlegung der Arbeit, Aussetzung der Arbeit als proletarisches Machtmittel der der Arbeiterklasse eigentümlichen Form der Gewalt. Ob diese bei dem friedlichen Streik Halt machen würde, oder nötigenfalls auch zu andern, beim damaligen Stand der Technik in Frage kommenden Gewaltmitteln übergehen mußte — darin waren bekanntlich die Chartisten uneinig, da sich unter ihnen sowohl Anhänger der „physischen Gewalt", wie der „Nur-moralischen Gewalt" befanden.

Niemals wurde ein Versuch gemacht, den Plan des „heiligen Monats" zu realisieren. Dies sei ausdrücklich hervorgehoben, weil einige Gegner des politischen Streiks die von den englischen Unternehmern in den Textildistrikten angezettelten Streiks und Unruhen vom Jahre 1842 als einen derartigen Versuch vorführen. So schreibt unter anderm Genosse Greulich in seinem Bericht für die Enquete des Mouvement Socialiste: „Der Generalstreik ist ein kindischer Traum schlecht organisierter Arbeiter. Die englischen Arbeiter haben von 1830 bis 1840 in diesem Traum gelebt und sie haben manchmal bemerkenswerte Versuche gemacht, ihn zu verwirklichen — Versuche, neben welchen der heutige Generalstreik nur Kinderspiel ist. Sie besetzten ganze industrielle Distrikte und brachten die Arbeit in allen Fabriken und Minen zum Stillstand. Revolutionäre Energie fehlte ihnen nicht, wo ihnen Widerstand begegnete; sie belagerten die Fabriken und setzten sie in Brand; sie kämpften tapfer gegen Polizei und Militär. Und wenn der Generalstreik ein entscheidendes Mittel gewesen wäre, so hätte der englische Staat nicht genug Soldaten gehabt, sie zu bezwingen."

Aber dieser Versuch der englischen Arbeiter von 1842 hat gar nichts gemein mit dem politischen Massenstreik, wie die Sozialdemokratie ihn versteht. Folglich beweist er auch nichts gegen ihn. Der von Greulich gemeinte Streik war, wie schon Engels in seinem Werke über die Lage der arbeitenden Klassen in England ausführte, ein planloser Aufstand, in den die liberalen Fabrikanten die Arbeiter hineinjagten. Es ist ganz richtig, daß die Arbeiter Fabriken und Minen stillsetzten, sie wußten nur selbst nicht, zu welchem Zweck sie es taten. Von einem allgemeinen Zweck oder Ziel war nämlich bei ihnen gar keine Rede. „Einige", sagt Engels, „wollten die Volkscharte durchsetzen; andre, die dies für zu frühzeitig hielten, bloß die Lohnsätze von 1840 erzwingen. Wäre der Aufstand von Anfang an eine bewußte Arbeiterinsurrektion gewesen, er wäre wahrlich durchgedrungen. Aber diese Massen, die von ihren Brotherren auf die Straße gejagt waren, ohne es zu wollen, die gar keine bestimmte Absicht hatten, konnten nichts ausrichten." Es hat also keinen Sinn, den Ausstand von 1842, wie Greulich es macht, als Argument für die Nutzlosigkeit des politischen Massenstreiks auszuspielen. Das hat Bernstein bereits 1894 in der Neuen Zeit (XII, I, S. 690—91 ff.) nachgewiesen. Zum politischen Streik, wie die Mehrheit der Sozialdemokratie ihn unter Umständen für zweckmäßig hält, fehlten den englischen Arbeitern damals einige Hauptbedingungen: entwickeltes Klassenbewußtsein und Einigkeit zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung.

Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder stand dem Chartismus sehr kühl gegenüber und zeigte sogar für die Opfer des politischen Klassenkampfes eine ganz erstaunliche Gleichgültigkeit. Der Chartismus seinerseits verhielt sich zur Gewerkschaftsbewegung teilnahmslos. Der Owensche Sozialismus wieder erwartete von der politischen Arbeiterbewegung, vom Chartismus, nur böses für die Arbeitersache: brachte er doch Unwillen und Unmut unter die besitzenden Klassen, die Owen für den Sozialismus zu gewinnen hoffte. Dieser utopische Sozialismus betrachtete sogar die Gewerkschaftsbewegung weder als ein notwendiges Kampfmittel der Arbeiter gegen die ihnen vom Kapitalismus drohende Verelendung, noch als eine Schule des Klassenkampfes, sondern nur als embryonäres Organ der zukünftigen Produktionsweise.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, politische Arbeiterbewegung und Sozialismus waren somit im England der vierziger Jahre noch geschieden und standen einander sogar feindselig gegenüber. Den englischen Arbeitern fehlte noch jede klare Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse, die allein zum einheitlichen Empfinden, Denken und Handeln führt.

Diese gesellschaftliche Einsicht, dieses einheitliche Denken besitzen heute, auch in Ländern, wo die Schulbildung äußerst mangelhaft ist, wie Belgien und Italien, die Arbeiter in viel höherem Maße wie damals in England. Auch bei dem russischen städtischen Proletariat ist das jüngst zutage getreten. Dieser Fortschritt ist die Frucht der sozialdemokratischen Propaganda. Überall wo in den letzten Jahrzehnten ein industrielles Proletariat aufkam, sind die Grundgedanken des modernen wissenschaftlichen Sozialismus gleichsam von der Wiege ab in die Arbeiter eingedrungen und haben ihr Denken und Handeln beeinflußt. Dazu gesellen sich die Wirkungen der internationalen Solidarität. Die Kenntnis der Kämpfe des Proletariats in den am frühesten entwickelten Ländern und die aus ihnen geschöpften Erfahrungen gestatten den Arbeitern der Länder des späteren Kapitalismus, viel schneller zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu kommen, als es ohne diese Kenntnis der Fall wäre.

Wenn in England die Idee des politischen Massenstreiks zuerst aufgetaucht ist, so ist das Geburtsland des ersten Versuchs seiner Verwirklichung Belgien. Das England der vierziger und das Belgien der achtziger Jahre hatten die industrielle Entwicklung, sowie die politische Rechtlosigkeit des Proletariats gemein. Auch in Belgien kam der Gedanke, auf dem Wege der Arbeitseinstellung für das grundlegende politische Recht, das Wahlrecht zu kämpfen, erst ernstlich auf, nachdem die Arbeiter die gesellschaftlichen und politischen Wirkungen des Massenstreiks aus eigener Erfahrung kennen gelernt hatten. Der spontane Massenstreik von 1886 im Bergbau und in der Glasindustrie, der die Bourgeoisie auf einige Tage in großen Schrecken versetzte, wurde für die spätere Entwicklung der belgischen Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Als der sozialistische Einfluß wuchs und die Parole des allgemeinen Wahlrechts bei den Massen einzuschlagen begann, erschien den belgischen Arbeitern, falls die gewöhnlichen Mittel der

Agitation versagen würden, der politische Streik als Zwangsmittel zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts als ganz selbstverständlich.

Ehe wir die Einwendungen gegen den politischen Massenstreik prüfen und die Voraussetzungen seines Gelingens untersuchen, wollen wir uns über seine Praxis orientieren. Die internationale Arbeiterbewegung hat schon eine ganze Reihe, in dem Ziele wie in der Ausführung äußerst verschiedene, von verhältnismäßigem Erfolg gekrönte, wie gänzlich fehlgeschlagene Versuche des politischen Streiks zu verzeichnen. Bei der Wiedergabe dieser Versuche halten wir uns für die Darstellung der beiden belgischen und der schwedischen Streiks an den Bericht, den der Vorstand der holländischen Sozialdemokratie im Auftrage des internationalen Bureaus veröffentlichte. Unsrer Darstellung der italienischen Streiks liegen die Berichte der italienischen, deutschen und französischen Parteipresse zugrunde.

„Unsre belgischen Kameraden" — lautet der Bericht der holländischen Sozialdemokratie — „haben hinsichtlich des politischen Streiks die reichste Erfahrung. Zweimal machten sie von diesem Kampfmittel Gebrauch; das erstemal erreichten sie einen verhältnismäßig bedeutenden Erfolg, das zweitemal unterlagen sie. Der belgische Streik von 1893 zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts war der erste seiner Art. Ihm voran ging eine jahrelange, unaufhörlich geführte Propaganda. Die gewerkschaftliche Organisation war 1893 unter den belgischen Arbeitern noch sehr schwach, und auch die politische Parteibildung ließ noch viel zu wünschen übrig. Aber der lange Feldzug für das allgemeine Wahlrecht hatte die Arbeiter zwei Dinge gelehrt: erstens, alle ihre Kräfte auf einen Punkt zu konzentrieren, das allgemeine Wahlrecht als den Hauptzweck zu betrachten, für den alles aufs Spiel zu setzen sei; zweitens, der politischen Leitung der Sozialdemokratie zu vertrauen und zu folgen. Nicht nur war in der Masse das Klassenbewußtsein erwacht, es war auch in einer politischen Forderung zum konkreten Ausdruck gekommen.

Als der allgemeine Rat der Partei die Losung ausgab, zu streiken, folgte in den großen Städten und industriellen Zentren die Masse der Arbeiter unmittelbar seiner Parole. Diese politische Geschultheit, eine Frucht jahrelangen

Kampfes, ist unsrer Überzeugung nach eine der Ursachen, die den Streik von 1893 zum Erfolge führten.

Eine zweite Hauptursache war sein unerwarteter Ausbruch und der Schrecken, den er demzufolge unter der Bourgeoisie verbreitete. Zum ersten Male in der Geschichte richteten die Arbeiter die Waffe der Streiks gegen den Staat. Jede neue Äußerung ihrer Kraft und Kampfesfähigkeit erschreckt die Bourgeoisie um so mehr, je weniger sie sie erwartete. Einen Augenblick lang glaubte sie, ihr Ende sei gekommen. So ging es den meisten Ländern bei der ersten Maifeier 1890; so erging es auch im Jahre 1893 der Bourgeoisie in Belgien.

Die Furcht vor der Revolution, von der sie in dem Streik ein Vorspiel sah, die Furcht vor dem Abmarsch von zehntausenden Grubenarbeitern nach Brüssel verwirrte die Bourgeoisie für einen Augenblick und lähmte ihren Willen. Sie wehrte sich zwar mit Hilfe ihrer gewöhnlichen Gewaltmittel, Polizei und Soldaten, aber ihre Abwehr war unsicher und schwankend. Lieber machte sie Konzessionen und gab teilweise nach, als daß sie sich der Gefahr einer in ihren Augen drohenden Revolution ausgesetzt hätte.

Ein Kompromiß also, ein halber Sieg des Proletariats — die Einführung des zwar allgemeinen, aber ungleichen Wahlrechts — war das Resultat des ersten politischen Streiks. Zweifellos war dieses Resultat dazu angetan, das Kraftbewußtsein des Proletariats in hohem Maße zu stärken.

Der Streik von 1902 dagegen erzwang von der belgischen Bourgeoisie nicht die geringste Konzession. Er war — wohl zu beachten — viel umfangreicher als der von 1893; dreihunderttausend Arbeiter nahmen an ihm teil; Organisation und Geschultheit hatten zugenommen; die allgemeine Begeisterung war sicher nicht geringer als 1893. Und doch vermochte er weder die geschlossene Majorität im Parlament noch die reaktionären Parteien außerhalb desselben auch nur im geringsten aus dem Geleise zu bringen. Hervorragende Theoretiker der Sozialdemokratie haben als Ursache des Mißlingens das parlamentarische Bündnis mit den Liberalen bezeichnet, das die revolutionäre Bewegung des Proletariats lähmte. Wir wollen hierauf nicht weiter eingehen und nicht untersuchen, inwieweit eine verkehrte Taktik die Niederlage herbeiführte.

Eine Wiederholung derselben würde sich natürlich in Zukunft leicht vermeiden lassen. Deutlich erkennbar aber war, daß die bürgerliche Klasse, nun sie den politischen Streik kannte, nicht mehr die Flucht bei seinem Herannahen ergriff, sondern sich mit allen Unterdrückungsmitteln, die dem kapitalistischen Staat zur Verfügung stehen, zur Wehr setzte. Und das ohne Angst, und in dem Bewußtsein, daß diese Unterdrückungsmaßregeln bei den augenblicklichen Machtverhältnissen zwischen den Klassen wohl imstande sind, dem Ausharrungsvermögen des Proletariats im politischen Streik die Spitze zu bieten.

Was aber den zweiten belgischen Streik für das internationale Proletariat so äußerst wichtig macht, ist die Art, in der die belgischen Arbeiter den Rückzug antraten. Es glückte ihnen, den verlorenen Streik im richtigen Augenblick abzubrechen und die Bewegung in bester Ordnung aufzuheben. Sie vollbrachten, was besiegten Heeren immer als großer Ruhm angerechnet worden ist: sich nach der Niederlage in vollkommenster Disziplin zurückzuziehen. Das Beispiel, das sie gaben, beweist, welche Eigenschaften und Kräfte Bewußtsein und Kampfesstimmung beim Proletariat schaffen. Das dürfte genügen, um die Vorstellung zu beseitigen, als ob jede Niederlage bei einem politischen Streik gleichbedeutend mit einer Katastrophe sein müßte. Der belgische Streik von 1902 hat bewiesen, daß das ebensowenig bei dieser Kampfesform der Fall zu sein braucht, als bei dem ökonomischen Massenstreik, und daß die Gefahren, die unvermeidlich mit einem Streik verbunden sind, der sich gegen einen so mächtigen Feind wie der moderne Staat richtet, durch Einheit in der Leitung und im Auftreten sehr vermindert werden.

Auch die belgische Bewegung kostete dem Proletariat Opfer, und die traurigen Ereignisse von Brüssel und Löwen, wo bei einer Manifestation sechs Arbeiter von bürgerlichen Nationalgardisten getötet wurden, leben noch in der Erinnerung aller. Aber die Einheit von Leitung und Massenbewegung, die Einmütigkeit, mit der die Arbeit niedergelegt und wiederaufgenommen wurde, bewahrte die belgischen Arbeiter vor den entnervenden Folgen einer Niederlage, vor dem demoralisierenden Schauspiel, die Kämpfer von gestern, ihres Brotes beraubt, wie Parias vertrieben, dem Elend überliefert zu sehen. Vergeltungsmaßregeln von seiten der Unternehmer kamen so

gut wie gar nicht vor. Die Organisationen blieben ungeschwächt, und die Wahlen, die unter dem direkten Eindruck der Ereignisse und einer heftigen antisozialistischen Reaktion bei den durch die klerikale Agitation stark beeinflußten Mittelschichten vorgenommen wurden, ergaben zwar hier und da einen kleinen Rückgang, aber über das ganze Land doch einen Zuwachs von 16000 Stimmen. Wohl erschlaffte eine Zeitlang die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht, es ist aber noch die Frage, ob dies allein auf den mißglückten Streik zurückzuführen ist, oder ob nicht auch ohne diesen die parlamentarische Niederlage, das heißt die Ablehnung des sozialistisch-liberalen Antrages auf Verfassungsrevision, zu einer zeitweiligen Erschlaffung geführt haben würde. Ist dies doch auch ohne Streik in Österreich und in Holland der Fall gewesen. Und wie Genosse Viktor Adler kürzlich sehr mit Recht bemerkte, ist eine solche Erschlaffung vollkommen natürlich, da man unmöglich eine Bewegung jahrelang ununterbrochen auf dem Siedepunkt erhalten kann.

Wir gehen nun zu dem schwedischen Streik über und wollen die Aufmerksamkeit auf die hauptsächlichsten Unterschiede zwischen diesem und den beiden belgischen lenken. Erstens war er ausdrücklich als Demonstration und nicht als Zwangsmittel angekündigt. Die schwedischen Arbeiter wollten auf diese Weise zeigen, daß sie zugunsten des allgemeinen Wahlrechts auf ihren Lohn Verzicht leisteten und während der wichtigen Tage der Verhandlungen über die Wahlrechtsanträge im Parlament ihr ganzes Interesse auf die große politische Entscheidung konzentrierten. Dieser ausdrücklich ausgesprochene Zweck des Streiks hatte natürlich den Vorteil, ein direktes Mißlingen von vornherein auszuschließen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die im voraus bestimmte Dauer. Vorher schon war festgestellt, daß der Streik sofort nach Beendigung der Verhandlung der Wahlrechtsanträge im Parlament aufgehoben werden, also nur wenige Tage dauern sollte. Dieser Beschluß nahm der bürgerlichen Presse mehr oder weniger die Gelegenheit, den Streik als Vorspiel der Revolution hinzustellen und die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter aufzuhetzen.

So wie der erste belgische, endete auch der schwedische Streik mit einem halben Siege des Volkswillens, einem Kom-

promiß, der in diesem Falle die Form eines Aufschubs der endgültigen Entscheidung annahm.* Die total unzureichenden Wahlrechtsanträge der bürgerlichen Parteien wurden verworfen, ebenfalls aber auch der der Sozialdemokratie, und die Regierung wurde aufgefordert, binnen zwei Jahren einen neuen Entwurf einzureichen.

In bezug auf den Umfang gab der schwedische Streik dem belgischen sicher nicht nach. In Stockholm standen nicht nur die gesamte Industrie und die Bauwerke still, sondern auch die Arbeiter an den Staatsbahnen und Gasfabriken, im Reinigungsdienst usw. streikten, keine einzige bürgerliche Zeitung konnte erscheinen. War er auch noch so sehr als Demonstration angekündigt, so brachte der Streik das ökonomische Leben doch fast zum Stillstand und verursachte der Bevölkerung große Unbequemlichkeiten.

Auch hier war, ebenso wie in Belgien, das Proletariat durch einen jahrelangen Feldzug für das allgemeine Wahlrecht zur Einigkeit erzogen und im politischen Bewußtsein geschult. Die Leitung lag ausschließlich in den Händen der Sozialdemokratie, und um Vergeltungsakte der Unternehmer zu verhüten, wurden die Gewerkschaften vollkommen aus dem Spiel gelassen; der Aufruf zum Streik ging allein von der sozialdemokratischen Parteileitung aus. Infolge dieser Taktik, der großen Einigkeit und Disziplin kostete die Bewegung den Gewerkschaften so gut wie keine Opfer. Nur in einer großen Fabrik schritten die Unternehmer nach Beendigung des Streiks zur Aussperrung, die jedoch bald wieder aufgehoben wurde.

Zum Schlusse wollen wir noch mitteilen, daß nach der Überzeugung unserer schwedischen Parteigenossen auch hier der Sieg zu einem guten Teile dem für die Bourgeoisie unerwarteten Ausbruch des Streiks zu danken ist.

„Der Sieg ist uns", schreibt der Abgeordnete Hjalmar Branting, „teilweise durch Überrumpelung geglückt und wir wissen, daß wir in Zukunft mit viel schärferen Racheakten

* Diese ist bis jetzt (Oktober 1905) immer noch nicht gefallen. Ein Gesetzentwurf, der Streiks, welche „die Sicherheit des Staates gefährden", strafbar stellen wollte, ist von der Kammer verworfen worden. Die eben beendeten Wahlen haben die Sozialdemokraten und Linksradikalen sehr gestärkt und die Aussichten des allgemeinen Wahlrechts gebessert.

der Unternehmer zu rechnen haben werden." Es ist also klar, daß, um Erfolg zu haben, eine Wiederholung des Streiks die Bourgeoisie, sei es durch längere Dauer, sei es durch grösseren Umfang oder auf andere Weise, viel empfindlicher als das erstemal treffen müßte.

Soweit der Bericht des Vorstandes der holländischen Sozialdemokratie.

Wir kommen nun zu dem holländischen Streik vom 5. bis 10. April 1903. Seine Ursache waren bekanntlich die Zwangsgesetze, die aus Anlass des glänzenden Sieges vom 2. Februar, wobei Hafenarbeiter wie Eisenbahnangestellte die vollständige Annahme ihrer Forderungen errangen — von der Regierung eingebracht wurden. Es zeigte sich bald nach diesem Siege, daß die Bourgeoisie die Möglichkeit eines zweiten ähnlichen niemals zulassen würde: fast unmittelbar nach Beendigung des Streiks erschienen in der reaktionären Presse Artikel, welche die Regierung aufforderten, den Eisenbahnangestellten das Streikrecht zu nehmen und seine Ausübung den andern Arbeiterkategorien zu erschweren. Ende Februar erschienen die nachher etwas gemilderten Vorlagen, die den Streik für die Eisenbahnangestellten und für die Arbeiter im öffentlichen Dienst mit Gefängnis bis zu 6 Jahren* bedrohten und das Postenstehen für die übrige Arbeiterschaft sehr erschwerten. Noch bevor die Gesetze bekannt waren, hatten sich die Arbeiter, durch den hetzerischen Ton der bürgerlichen Presse gewarnt, zur Verteidigung zusammengeschlossen. Die Eisenbahnergewerkschaft hatte schon früher die Provokationen der bürgerlichen Presse mit der Aufforderung an ihre Mitglieder beantwortet, sich auf das erste Signal für den Streik bereit zu halten. Die Hafenarbeiter von Amsterdam (um derentwillen die Eisenbahner am 31. Januar in den Solidaritätsstreik getreten waren) erklärten sich bereit, ihnen Hilfe zu leisten. Von einem Generalstreik war nicht die Rede, und es war ein Beweis für die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung, daß die sogenannten neutralen Gewerkschaften, von denen die meisten mehr oder weniger unter anarchistischem Einfluß standen und über den Generalstreik große Worte zu machen pflegten, im Bewußtsein ihrer Ohnmacht schwiegen.

* Diese Strafe wurde in der geänderten Vorlage auf 4 Jahre reduziert.

Das Verteidigungskomitee, in dem Sozialdemokraten, Nur-Gewerkschaftler und Anarchisten zusammenwirkten, betrieb die Agitation im Lande mit großer Energie. An einem und demselben Tage wurden im ganzen Lande Massenversammlungen abgehalten, denen ungefähr 50000 Arbeiter beiwohnten. Der einträchtigen und begeisterten Bewegung gelang es aber doch nicht, die Zurücknahme der Zwangsgesetze zu erwirken. Ebensowenig hatten die wiederholten Anstrengungen der sozialdemokratischen Fraktion in der Kammer Erfolg. Genosse Troelstra versuchte vergeblich, die Regierung auf den Weg der Versöhnung und Billigkeit zu bringen durch Vertagung der Verhandlung über die Strafgesetze bis nach dem Zeitpunkt, wo das Resultat der gleichfalls durch das Gesetz anzuordnenden Enquete über die Arbeitsbedingungen des Eisenbahnpersonals bekannt sein würde. Minister Kuyper, der „starke Mann", weigerte sich, darauf einzugehen: den Eisenbahnern sollten ihre Rechte genommen werden, noch ehe ihre Beschwerden gehörig geprüft worden waren. Die Provokation eines Ausbruchs der Verzweiflung paßte in den Plan der Regierung, die ihre Kraft und Entschlossenheit in der Verteidigung der kapitalistischen Interessen zu zeigen begierig war und ihre militärischen und andern Vorbereitungen vorzüglich getroffen hatte. Auch hoffte sie, daß eine Niederlage die Sozialdemokratie sowie die unabhängigen Gewerkschaften auf Jahre hinaus lahmlegen werde.

Ende März erschienen die abgeänderten Vorlagen. Die Liberalen, die bisher Scheinopposition getrieben, schwenkten ab und ihre ganze Presse stimmte eine Lobeshymne auf die sachliche Ruhe und Mäßigung der klerikalen Regierung an, die so vernünftig gewesen war, auf die Ratschläge der liberalen Partei zu hören. Alle bürgerlichen Parteien machten nun geschlossen gegen die Arbeiter Front. Als die Kammer am 1. April zusammentrat, wurde sie durch die Mitteilung überrascht, daß den Bestimmungen der Geschäftsordnung zuwider die Zwangsgesetze schon am nächsten Tage zur öffentlichen Verhandlung kommen sollten.

Am 2. April hielten die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die sich dem Verteidigungskomité angeschlossen hatten, abermals eine Versammlung ab. Die Arbeiter standen jetzt vor einer unmittelbaren Gefahr, die Zeit der ruhigen

Überlegung war vorüber, die Verhandlungen über die Gesetze hatten an diesem Tage schon begonnen und in wenigen Tagen würde alles entschieden sein. Die Arbeiter mußten sich jetzt entweder damit abfinden, den Kampf auf das Parlament zu beschränken und von den sozialdemokratischen Abgeordneten führen zu lassen oder außerhalb des Parlaments den Weg des Streiks beschreiten. In beiden Fällen war die Niederlage gewiß; die Folgen einer Niederlage außerhalb der Kammer würden aber augenscheinlich ganz andrer Natur sein als die einer nur-parlamentarischen.

Erst in dieser Versammlung der Verbands- und Vereinsvorstände wurde, als bereits die Arbeiter den Strick an der Gurgel fühlten, der endgültige Beschluß zum Streik gefaßt. Vergebens warnte Genosse Oudegeest, Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft, mit ernsten Worten vor dem Kampf. In den zwei Monaten, die seit dem erwähnten Aufruf an die Eisenbahner verflossen waren, hatte sich vieles geändert. Die Eisenbahngesellschaften hatten ihre Maßnahmen getroffen, „Ordnungsbünde", das heißt Vereine von Arbeitswilligen errichtet oder ermutigt, durch Spekulation auf persönlichen Vorteil und durch Drohungen usw. die Unschlüssigen, Halbherzigen und Schwachen von der Gewerkschaft gelöst. Wohl umfaßte sie äußerlich noch eine starke Zahl von Mitgliedern, aber innerlich war die Organisation sehr geschwächt und ihre Kampfeslust hatte erheblich abgenommen. Die christlichen Gewerkvereine gar hatten sich aus hündischer Anhänglichkeit an ihre regierenden Glaubensgenossen für die Zwangsgesetze erklärt und leisteten ihnen mit aller Macht Vorschub. Das Militär stand im ganzen Lande bereit, alle Bahnhöfe, Rangierbahnhöfe und Geleisübergänge zu besetzen und jede Berührung zwischen Streikenden und Nichtstreikenden so gut wie unmöglich zu machen.

Aber der Geist des Widerstandes war durch das brutale Vorgehen der Regierung in den Arbeitern zum äußersten geweckt worden: die Versammlung hörte nicht auf die Warnungen Oudegeests, sondern nur auf die Ausführungen derjenigen Mitglieder des Komités, die die Sachlage günstiger beurteilten und zur Durchführung des Streiks rieten. Der Streik in den Transportbetrieben (Eisenbahn- und Hafenbetriebe) wurde beschlossen. Von den anarchistischen Elementen wurde betont,

daß es sich nicht um einen Manifestations- sondern um einen Pressionsstreik handele: die Zurückziehung oder Verwerfung der Gesetze sollte sein Ziel sein. Über die Dauer des Streiks wurde nichts vereinbart, ebensowenig ein Datum des Beginns genannt: stillschweigend galt der 5. April. Der Beschluß sollte geheim bleiben; in der Nacht vom 4. zum 5. April stellte sich jedoch heraus, daß die Behörden gewarnt waren.

Vom ersten Tage des Streiks an zeigte sich, daß der Geist unter dem Eisenbahnpersonal ein andrer war als am 31. Januar. Sogar Amsterdam, das alle besonders verläßlich geglaubt hatten, stellte eine große Anzahl Arbeitswillige. Der Verkehr wurde zwar erschwert, aber nicht wie damals aufgehoben. Die Tatsache, daß aus Amsterdam immer wieder Züge nach verschiedenen Richtungen abgingen, entmutigte die Arbeiter der Bahnhöfe, wo, wie in Harlem, Haag, Rotterdam, Utrecht, der Streik ziemlich allgemein ausgebrochen war. Am zweiten Tage dehnte sich der Streik etwas aus, im Norden und Osten stand die Sache ziemlich gut. Im katholischen Süden wurde dagegen nur an einigen Orten ganz vorübergehend gestreikt. Von einem allgemeinen Eisenbahnerstreik war jedoch keine Rede. Die Eisenbahngesellschaften schickten gleich am ersten Tage des Kampfes den Streikenden die Kündigung ins Haus, wenn sie sich nicht nach einer bestimmten Frist wieder zur Arbeit stellten; dies hatte in vielen Orten große Entmutigung besonders der Frauen zur Folge. Den Ausstand der Hafenarbeiter in Amsterdam beantworteten die Unternehmer gleich mit einer allgemeinen Aussperrung aller beim Hafenbetrieb beteiligten Arbeiter (ungefähr 4000), die sie noch mehrere Wochen nach Beendigung des politischen Streiks aufrecht erhielten und womit sie der Organisation dieser Arbeiter einen Schlag versetzten, der heute noch immer nicht überwunden ist. In Rotterdam nahm der Hafenarbeiterstreik, wenn er auch nicht allgemein war, doch unverhoffte Dimensionen an. Zum erstenmal wurden diese Arbeiter erfreulicherweise in eine allgemeine Bewegung hineingezogen.

Am 8. April war die Verhandlung in der Kammer über die Gesetze fast zu Ende, die Diskussion wurde nur von den Sozialdemokraten geführt; zur Obstruktion konnten sie aber nicht schreiten, weil der Streik dazu zu schwach stand. Unter

diesen Umständen proklamierte das Verteidigungskomité, um den Eisenbahnern zu Hilfe zu kommen und deren Schwäche zu verbergen, am 8. April nachmittags den Generalstreik in allen Betrieben. Dies war natürlich das letzte Notsignal. Ihm gehorchten in Amsterdam die 8000 Diamantarbeiter (bekanntlich die bestorganisierte Arbeiterkategorie) und die Mehrzahl der bei den Baubetrieben Beteiligten. Der Streikversuch der Bäcker und Typographen mißlang. Von den Kommunalarbeitern legten einige Kategorien (Beleuchtung und Reinigung) die Arbeit nieder, die teilweise vom Militär übernommen wurde. Außerhalb Amsterdams wurde hier und dort in den größeren Städten in einzelnen Betrieben (Baubetrieb, Metallbearbeitung, Typographie) gänzlich oder teilweise gestreikt. Im ganzen umfaßte der Streik über das ganze Land 50—60000 Arbeiter, wovon ungefähr 30000 in Amsterdam.

Zweifelsohne würde der Massenstreik bei längerer Dauer in einer Anzahl von Gewerken an Ausdehnung gewonnen haben. Aber schon am 9. April nachmittags war das Gesetz in der zweiten Kammer angenommen und damit jedes weitere Streiken, sei es als Mittel des Widerstandes oder des Protestes, nutzlos geworden. Dabei stand es mit dem Kampfesmut der Eisenbahner recht schlecht und jeder weitere Tag des Streikens mußte dies offenkundiger machen und ihre Niederlage verschlimmern. Unter diesen Umständen beschloß das Komité in der Nacht vom 9. zum 10. April, den Streik aufzuheben. Dies wurde am folgenden Morgen bekannt gegeben, und obgleich es hier und dort nicht ohne Schwierigkeiten abging, waren doch in einigen Tagen alle Streiks beendet, die mit der allgemeinen Bewegung zusammenhingen. In der Nacht vom 10. zum 11. April hielt das Verteidigungskomité mit den Vorständen der Verbände und Vereine nochmals eine Versammlung ab, um von der plötzlichen Aufhebung des Streiks Rechenschaft abzulegen. Da wurde von anarchistischer Seite die empörende Beschuldigung erhoben, daß die Sozialdemokratie die Bewegung verraten habe, und nach einer Diskussion, welche zwei volle Nächte dauerte und während welcher es viele recht häßliche Momente gab, wurde aus den wichtigsten Gewerkschaften eine Kommission zu dem Zwecke ernannt, diesen „Verrat“ des nähern zu untersuchen. Selbstverständlich konnte die Kommission, die in ihrer Mehrheit aus Nur-

Gewerkschaftlern und Gegnern der Sozialdemokratie bestand, keine Spur des angeblichen Verrats entdecken.

So endete die mit so großer Begeisterung begonnene Bewegung mit einer Niederlage, deren Folgen durch Verwirrung und Zwietracht sehr verschlimmert wurden. Die Kapitalisten, die diese Arbeiter, vor denen sie kurz vorher gezittert hatten, jetzt uneinig und wehrlos sahen, übten furchtbare Vergeltung. Sie fühlten sich in ihrem Vorgehen ermutigt durch die Haltung der Regierung, die die Streikenden „Verbrecher" nannte, und durch die rachsüchtige Stimmung fast der gesamten Bourgeoisie. Die Eisenbahngesellschaften gaben das Beispiel der Massen-Maßregelung; sie sperrten über 1500 Angestellte aus. Die andern Unternehmer blieben nicht zurück; die Zahl der Gemaßregelten betrug im Lande ungefähr 500; eine beispiellos hohe Zahl auf 50000 Streikende! Sie nahm nur sehr langsam ab, da sich fast alle Unternehmer weigerten, Arbeiter, die sich am Streik beteiligt hatten, wieder in Arbeit zu nehmen. Nach Verlauf eines Jahres waren noch Hunderte von Opfern vorhanden, die nur notdürftig unterstützt werden konnten.

Der Streik der Eisenbahnangestellten brach vollständig zusammen. Die Streikenden konnten bei Wiederaufnahme der Arbeit keine einzige Bedingung stellen, ihre Zahl war dazu zu schwach und ihre Entnervung zu groß. Ihre Organisation wurde fast ganz vernichtet und erholt sich nur langsam und schwer.* Auch eine ganze Reihe von andern Gewerkschaften wurde ernstlich geschwächt, besonders in Amsterdam verloren sie Tausende von Mitgliedern. Eine Schreckensherrschaft der Gesinnungsriecherei begann, und noch heute hat sich die holländische Gewerkschaftsbewegung nicht ganz von dem Schlage erholt, der ihr vor zwei Jahren versetzt wurde.

Aus dem Vorhergehenden ist klar ersichtlich, weshalb sowohl der Streik der Eisenbahner wie der Generalstreik ein Fiasko erleiden mußte. Die ökonomische Organisation war mangelhaft, die Vorbereitung und Führung ungenügend, das politische Bewußtsein der Massen gering. Und der Gegner, der den Streik erwartete, hatte Zeit gehabt, alle seine Vorbereitungen zu treffen.

---

* Neuerdings ist, nach dem Sturz des Ministeriums Kuyper, ein erfreulicher Umschlag eingetreten.

Dennoch war der Streik eine psychologische Notwendigkeit. Der unerhörte Sieg der Eisenbahner am 2. Februar hatte das Seine dazu beigetragen, das Proletariat übermütig zu machen und zur Überschätzung seiner Kräfte zu verleiten. Die Anarchisten hatten seit Jahren den Generalstreik als Allheilmittel, im Gegensatz zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation, gepredigt, und ihr Einfluß auf die Gewerkschaften war groß. Aber die Hauptursache, warum der Streik als letztes, verzweifeltes Verteidigungsmittel bei den Arbeitern aufkommen mußte, lag in dem Fehlen des allgemeinen Wahlrechts. Mehr als die Hälfte der Arbeiter besitzt kein Stimmrecht, und diese Sachlage schloß die Möglichkeit für das Proletariat aus, auf dem Wege des politisch-parlamentarischen Kampfes die Regierung zu stürzen, die einem Teil ihrer Klasse das erste, unentbehrliche Recht des Arbeiters in der kapitalistischen Gesellschaft aus der Hand schlagen wollte. Das Klassenbewußtsein war zu stark, als daß die Arbeiter sich hätten ohne Kampf entrechten lassen; die politische Schulung aber zu schwach, um sich entschließen zu können, den Kampf auf die Agitation im Lande und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament zu beschränken. Einem großen Teil der Arbeiter wäre dies gleichbedeutend mit einem Verzicht auf den Kampf überhaupt erschienen. So war sowohl der Streik wie die Art und Weise, wie er geführt und abgeschlossen wurde, dem Entwicklungsgrade der niederländischen Arbeiterbewegung genau angepaßt.

Es ist klar, daß, wiewohl die Arbeiter beabsichtigten, durch den Streik die Regierung zur Zurückziehung der Gesetze zu zwingen, er als Zwangsmittel tatsächlich viel zu schwach war und in Wirklichkeit nur die Bedeutung eines Protestes hatte.

* * *

Auch ein Proteststreik, aber von unvergleichlich größerem Umfang und mächtigerer Wirkung wie der holländische, war der italienische Generalstreik vom 16. bis 20. September 1904. Er unterscheidet sich von den schwedischen, belgischen und holländischen Streiks vor allem durch seinen ganz spontanen Charakter. Von Organisation und planmäßigem Zusammengehen konnte nicht die Rede sein, weil er vollkommen unerwartet ausbrach. Deswegen bestand er eigentlich aus einer

Anzahl lokaler, neben- und nacheinander stattfindender Streiks, die nur durch das moralische Band der gleichen mächtigen Erregung verknüpft waren.

Am Morgen des 15. September verbreitete sich die Nachricht durch Italien, daß in Castelluzzi Karabineri wieder auf organisierte Arbeiter geschossen und zwei von ihnen niedergestreckt hatten. Diese Bluttat war das neue Glied einer Reihe von Morden, die von den Verteidigern der kapitalistischen Ordnung innerhalb weniger Monate zu Berra, Candela, Giarratana und Buggerru verübt worden waren. Wieder und wieder hatte das Proletariat in Volksversammlungen gegen diese Blutwirtschaft protestiert und die Forderung erhoben, sein Leben vor Gewalttaten geschützt zu wissen. Jetzt bemächtigte sich seiner eine grimmige Empörung. Blitzartig, ohne Überlegung, aus der Tiefe seines Mitgefühls und seiner Entrüstung heraus, beschloß es, zur stärksten Form des Protestes zu greifen, die das Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft besitzt: zur Verweigerung seiner Arbeitskraft, die diese ganze Gesellschaft am Leben hält.

„Zwei Stunden, nachdem das Blatt Il Tempo die Nachricht aus Sizilien unter der Arbeiterschaft von Monza verbreitet hatte, war der Streik dort beschlossen. Um Mittag standen die Räder still: 7000 Arbeiter streikten. Am Abend desselben Tages proklamierten die Mitglieder der Mailänder Arbeitskammer den Generalstreik, nachdem man noch 24 Stunden vorher dieses Mittel des Protestes abgewiesen hatte, als es nach der Bluttat in Sardinien vom Genossen Dugoni vorgeschlagen worden war. Vom Morgen des 16. September an ruhte in Mailand alle Arbeit: Man gibt die Zahl der Streikenden auf 80000 bis 100000 an."*

In der Nacht vom 15. bis 16. September verfaßten die in Rom anwesenden Mitglieder des Vorstandes und der Kammerfraktion der sozialdemokratischen Partei sowie der erste politische Redakteur des Avanti einen Aufruf, worin die Initiative der Arbeitskammer von Mailand begrüßt und den Organisationen empfohlen wurde, den Generalstreik in der

---

* Oda Olberg: Der italienische Generalstreik. Neue Zeit, Jahrg. XXIII, Band I, No. 1. Unsere Darstellung des Streiks stützt sich hauptsächlich auf diesen vortrefflichen Bericht.

größtmöglichen Ausdehnung und Intensität über ganz Italien zu veranlassen.

Dieser Aufruf konnte aber nur für Rom die Kampfparole ausgeben, da alle Blätter, die ihn verbreiteten, zurückgehalten wurden. Seine Verbreitung zeigte sich aber auch unnötig, denn schon griff der Streik überall um sich. Unter dem Eindruck der Ereignisse von Sestri, wo ebenfalls auf Arbeiter geschossen worden war und zwölf davon verwundet wurden, kam es in Ligurien zum Ausstand, noch ehe die Bluttat von Castelluzzi bekannt wurde. In Genua gingen am Morgen des 17. September die Angestellten der Straßenbahn, die Gasarbeiter und die der Elektrizitätswerke zum Streik über. Am Mittag wurde von der Arbeitskammer der Generalstreik dekretiert und zwei Tage lang stand alles wirtschaftliche Leben vollkommen still.

In Rom, wo der Streik am Abend des 17. September erklärt wurde, umfaßte er ebenfalls, bis auf die Gasarbeiter, alle Betriebe. Auch die Tagespresse stellte ihr Erscheinen ein.

Es folgten Turin, Bologna, Livorno, Biella und hunderte von kleineren Städten. Als der Streik hier zu Ende ging, begann er in Mantua, Venedig, Neapel, Florenz, Ravenna und anderen Orten. Die Möglichkeit zum gleichzeitigen Massenstreik über ganz Italien fehlte, da die Zeitungen entweder nicht erschienen oder beschlagnahmt wurden, aber der Telegraphenverkehr bis zum 18. September nur der Regierung zur Verfügung stand. An diesem Tage wurde die Ordre der Mailänder Arbeitskammer durchgelassen, die Arbeit am 19. wieder aufzunehmen. Die Mailänder Volksversammlung jedoch billigte diesen Beschluß nicht, die Arbeiterschaft nahm die Arbeit erst am 21. September wieder auf.

Auch auf dem Lande pflanzte der Streik sich fort; in der rein landwirtschaftlichen Provinz Mantua verließen 120 000 Landarbeiter die Felder; bis in die kleinsten Gebirgsdörfer wurde seine Wirkung gespürt. Die Zahl der Streikenden ist nicht genau anzugeben, dürfte sich aber einer Million genähert haben.

Nur eine, im Wirtschaftsgetriebe aber sehr wichtige Arbeiterkategorie hielt sich dem Streik fern: in dem großen Chore der Solidarität fehlte die Stimme der Eisenbahner. Nur in Siena und Neapel nahmen sie an der Bewegung teil. Ihr Fehlen

dürfte teilweise dem ganz unerwarteten Ausbruch der Bewegung geschuldet sein, da eine unmittelbare Mobilisation für diese Arbeiter infolge der Art ihrer Arbeit und der Form ihrer Organisation nicht möglich war. Eine noch größere Rolle dürften indessen die Bedenken gespielt haben, die auf den Ausbruch eines Eisenbahnerstreiks je länger je mehr hemmend wirken müssen: das Bewußtsein der unermeßlichen Tragweite eines Stillstandes des Verkehrs, seiner schweren gesellschaftlichen Folgen und der großen persönlichen Gefahren, die das Streiken für diese Arbeiter mit sich bringt. Eine so allgemeine und gewaltige Erregung in der Arbeiterwelt konnte an ihnen nur deshalb vorbeigehen ohne sie mitzureißen, weil für sie in weit höherem Grade als für die Arbeiter anderer Betriebe ihre ganze Existenz bei dem Streik auf dem Spiele stand.

Alles in allem bekundeten die Massen während des Streiks eine höchst anerkennenswerte Gesittung und Mäßigung. Nur hie und da kam es zu einigen im Vergleich zu einer solchen Riesenbewegung ganz unwesentlichen Ausschreitungen, die zudem, wie in Genua und Neapel, nicht auf Rechnung der organisierten Arbeiter zu setzen sind, sondern vom Großstadtpöbel verübt wurden. In einigen großen Städten verzichtete die Regierung vom ersten Tage des Streiks an auf die Ausübung jeder Polizeifunktion, sei es aus Besorgnis vor blutigen Konflikten oder in der Hoffnung auf Exzesse des Lumpenproletariats, um dadurch die ganze Bewegung diskreditieren zu können. Dadurch stand die Arbeiterbewegung unerwartet vor der neuen Verpflichtung, auf der Stelle den Sicherheitsdienst zu organisieren; in Mailand geschah es mit gutem Erfolge, in Genua gelang es nicht immer, der schlechten Elemente Herr zu werden.

Kommen wir jetzt zu den Früchten des Streiks. Von positiven Erfolgen in der Gesetzgebung oder von positiver Niederlage konnte in diesem Falle nicht die Rede sein, weil der Streik ausschließlich Manifestation war. Es handelte sich also hauptsächlich um moralische Wirkungen, und dies macht begreiflich, daß seine Folgen äußerst verschieden beurteilt worden sind. In der Beurteilung des Streiks machen sich drei Wertschätzungen bemerkbar, je nachdem der Beurteilende der Linken, dem Zentrum oder dem rechten Flügel der Sozial-

demokratie angehört. Dieselben Wirkungen, die von dem einen freudig begrüßt wurden, schienen dem andern der Sache des Proletariats nur Schaden zufügen zu können.

Für Turati zum Beispiel sind es betrübende Folgen des Streiks, daß es der Reaktion gleich nach seiner Beendigung gelang, Neuwahlen durchzusetzen, und daß er dem parlamentarischen Zusammenschluß der Sozialdemokratie mit den radikalen und republikanischen Parteien ein plötzliches Ende machte. Dagegen beurteilte Enrico Leone, damals Redakteur des Avanti, die Sachlage folgendermaßen: „Der Generalstreik hat gezeigt, daß das Proletariat keinen Grund mehr hat, seine Abgeordneten in der gesetzgebenden Körperschaft Zeit und Kraft durch Unterstützung irgend einer bürgerlichen Regierung vergeuden zu lassen. Die Masse wird selbst imstande sein, von einem Tag bis zum andern Rechte zu erobern. Die Abgeordneten dürfen sich nicht kleiner Errungenschaften halber einschüchtern lassen, welche die Gewerkschaften ohne viel Mühe auf direktem Wege gewinnen würden, sobald sie wollen."

Der Streik war ohne Zweifel — und das ist unsres Erachtens seine große Bedeutung — das erste historisch-gewaltige Auftreten des Proletariats als revolutionäre Klasse im sozialen Leben Italiens. Bis jetzt hatte es immer gekämpft politisch verbunden mit dem städtischen Kleinbürgertum und dem Kleinbauerntum: im Streik trat es zum erstenmal unabhängig, als eine die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung bekämpfende Klasse auf. Durch den Streik lernte es den unsicheren schwankenden Charakter seiner ehemaligen politischen Bundesgenossen kennen, die sich als schärfste Gegner der revolutionären Aktion des Proletariats entpuppten.*

Der Streik erwies, wie tiefe Wurzeln der sozialistische Gedanke unter den Massen getrieben hatte, wie lebendig das Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und ihrer geschichtlichen Mission in ihnen geworden war. Seine nächste Wirkung für das Proletariat war eine Kräftigung seiner wirtschaftlichen Organisation, eine Zunahme seines Selbstgefühls, eine bessere Würdigung der Notwendigkeit des politischen Kampfes. Die Gewerkschaften wurden sich neben ihrer Macht, ihrer Aufgabe mehr bewußt, nicht nur wirtschaftliche Berufsinteressen zu

* Siehe auch: La Grève générale et la politique ouvrière, Enrico Leone, Mouvement Socialiste vom 1. Nov. 1904.

vertreten, sondern auch Träger und Organe der proletarischen Politik zu sein. Auf ihrem letzten Kongreß sind diese Bestrebungen auch zum Ausdruck gekommen. Im allgemeinen steigerte der Streik das Machtgefühl des Proletariats in hohem Maße, es hat seine Unentbehrlichkeit im Produktionsprozeß kennen gelernt und ist entschlossen, jedem ernsten Angriff auf seine Rechte wie jeder Vergewaltigung den äußersten Widerstand entgegenzusetzen.

Zweifellos hat der Streik die gesellschaftliche Stellung des Proletariats gestärkt und wird gewiß die Wirkung haben, die herrschenden Gewalten zur Vorsicht anzuhalten, die Vergewaltigung kämpfender Arbeiter durch die Verteidiger der Ordnung zu beschränken. Ein Proletariat, das tatsächlich gezeigt hat, daß es vor keinem Opfer zurückschreckt, um seine Empörung über die Verletzung seiner elementaren menschlichen Rechte, sein Mitgefühl mit den gemordeten Brüdern den herrschenden Klassen eindringlich zu Gemüte zu führen — ein solches Proletariat flößt ihnen ganz andre Furcht und ganz andern Respekt ein, wie eins, das seinen Schmerzen nur in ohnmächtigen Worten Ausdruck gegeben hätte. Der Streik war eine Mahnung an die bürgerlichen Klassen, denn er zeigte ihnen ihre Abhängigkeit vom Proletariat, er war zudem eine Drohung, wieviel Leiden und Verderben ein solches Proletariat der ganzen Gesellschaft bereiten könnte, wenn die Machthaber ihm durch Angriffe auf seine Rechte oder sein Leben die Wiederholung einer solchen Tat der Empörung aufdrängen würden.

Sehr verschieden in ihren Wirkungen auf die Massen waren die Folgen des Streiks auf dem Gebiet des politisch-parlamentarischen Kampfes. Sie haben zu erheblichen Veränderungen in der politischen Lage und den Verhältnissen der Parteien geführt, die dem parlamentarischen Einfluß der Sozialdemokratie nicht günstig waren.

Unter dem Eindruck des Streiks fanden sich schnell alle bürgerlichen Elemente in gemeinsamer Sozialistenhetze zusammen. Als es den Reaktionären gelang, die Ansetzung von Neuwahlen zu erreichen, fand eine allgemeine Mobilisation gegen die Sozialdemokratie statt. Der Klerikalismus unterstützte öffentlich seinen langjährigen Todfeind, den antiklerikalen Liberalismus, wo es galt, einen Sozialisten zu bekämpfen.

Giolitti siegte, aber nur mit Hilfe der schwärzesten Reaktion. Die Sozialdemokratie kämpfte allein gegen alle bürgerlichen Parteien, da sich das Bündnis der Volksparteien gelöst hatte, das unter dem Druck der auf die Maiaufstände von 1898 folgenden Reaktion entstanden war, als eine Vereinigung der Sozialisten mit der bürgerlichen Demokratie.

Gegenüber der bürgerlichen Koalition konnte es der Sozialdemokratie nicht gelingen, alle ihre Mandate zu behaupten, sondern nur solche gewann, die sie aus eigener Kraft, ohne den Bund der Volksparteien, errungen hatte. Die für die sozialistischen Kandidaten abgegebene Stimmenzahl verdoppelte sich aber nahezu (von 164946 auf 316000), die Zahl der sozialistischen Vertreter im Parlament nahm dagegen etwas ab. Die Wahlen, die im Zeichen des Generalstreiks standen und nach der Darstellung der Regierung das „Urteil des Volkes" über ihn bilden sollten, brachten also der Sozialdemokratie einen großen politischen Erfolg, wenn auch eine parlamentarische Niederlage.

Es ist jetzt begreiflich, wie ganz verschieden, je nach dem Standpunkt des Beurteilers, das Urteil über einen Streik ausfallen muß. Wer im proletarischen Emanzipationskampfe der parlamentarischen Lage und den parlamentarischen Errungenschaften der Sozialdemokratie die größte Bedeutung zumißt, wird abfällig über die Wirkungen des Streiks urteilen, die diese Lage ungünstig beeinflußten und weitere Errungenschaften für die nächste Zukunft unwahrscheinlich machten. Wer aber die Solidarität, die Kampffähigkeit und das revolutionäre Klassenbewußtsein der Massen am höchsten stellt, die Stärkung der proletarischen Organisation und ihre Erfüllung mit revolutionärem Bewußtsein, der wird den Streik als eine ruhmreiche Episode im proletarischen Klassenkampfe und als einen Schritt zu weiteren Erfolgen betrachten, wenn er sich auch nicht dem Bedenken verschließen wird, daß unter dem Eindruck dieser imposanten Massenbewegung augenblicklich eine gewisse Überschätzung dieses exzeptionellen Mittels gegenüber den täglichen politisch-parlamentarischen Kampfesmethoden sowie der wirklichen Macht des Proletariats wahrscheinlich ist, wie sie in den angeführten Worten Leones tatsächlich zutage tritt.

Die Opfer des Generalstreiks sind für das italienische Proletariat erhebliche gewesen, wenn auch in seinem Verlaufe von

der Waffe nur mäßig Gebrauch gemacht worden ist und Massenmaßregelungen seitens der Unternehmer, wie dies in Holland der Fall war, nicht vorkamen. Dagegen wüteten die Gerichte in der schlimmsten Weise; bis Ende Februar wurden bereits an hundert Jahre Gefängnis verhängt — nicht selten zwei bis drei Jahre pro Kopf. Eine große Anzahl Prozesse war damals noch in der Schwebe.

* * *

Wenn es auch heute noch ebenso untunlich ist, eine zusammenhängende Darstellung von der russischen revolutionären Streikbewegung zu geben, wie ein Endurteil über diesen Riesenkampf zu fällen, der auf dem Felde der Geschichte des Proletariats eine neue mächtige Furche zieht, — so ist es noch viel unmöglicher, in einer Abhandlung über den Generalstreik an den russischen Ereignissen schweigend vorbeizugehen. Das russische Proletariat ist das erste, das die Waffe des Streiks mit revolutionär-politischen Zielen zum Zwecke des Sturzes der herrschenden Staatsgewalt angewendet hat. Zudem geschieht die Anwendung in einer Form, die bisher niemals vorgekommen ist und deren Möglichkeit in der Sozialdemokratie nie ernstlich vermutet und untersucht wurde. Deshalb ist die russische Revolution, deren Einleitung und eigenartige Form die Streikbewegung bildet, für das westeuropäische Proletariat nicht nur in ihren Zielen, sondern auch in ihren Mitteln von eminentester Bedeutung, kann sie diesem Proletariat in vielen, wenn auch selbstverständlich nicht in allen Punkten die reichste Anregung und Belehrung für seine eigenen zukünftigen Kämpfe geben.

Daher wird im folgenden versucht werden, einen Umriß der wichtigsten Begebenheiten der Streikbewegung in Rußland zu geben und aus ihnen einige vorläufige Schlüsse zu ziehen. An eine erschöpfende Übersicht ist nicht zu denken, nicht nur, weil es an zuverlässigen zusammenhängenden Nachrichten über die Bewegung mangelt, sondern auch, weil diese noch nicht abgeschlossen ist, — mit kurzen Unterbrechungen immer noch fortdauert und zu jeder Zeit wieder zu riesigen Dimensionen anschwellen kann.

Im Abschnitt über den generalisierten Streik führten wir den südrussischen Streik von 1903 als ein Beispiel dafür an,

welche ausgezeichnete Waffe der Sympathiestreik zur Aufrüttelung eines Industrieproletariats sein kann, dem alle Mittel der öffentlichen gewerkschaftlichen wie politischen Tätigkeit versagt sind. Diese Streikbewegung von 1903 war die erste großartige Explosion des russischen Proletariats, seine erste Massenerhebung gegen den furchtbaren Druck der ökonomischen, sozialen und politischen Ungerechtigkeit.* Sie war aber auch der Mustertyp der revolutionären Erhebung, deren gewaltigem Anschwellen es gelingen wird, den Felsblock des Absolutismus fortzuschwemmen, sie war die erste Flutwelle der russischen Revolution.

Die Ursachen dieser Revolution haben uns hier nicht zu beschäftigen. Die heutige Streikbewegung konnte nur in einem Lande entstehen und umsichgreifen, in dem revolutionärer Zündstoff massenhaft aufgehäuft lag. Sie ist das Ergebnis der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung Rußlands während einer Reihe von Jahrzehnten. Der ostasiatische Krieg beschleunigte in hohem Maße das Reifen dieser Entwicklung, indem er den Absolutismus um den Rest seines militärischen, wirtschaftlichen und moralischen Prestiges brachte. Die Unsicherheit, die infolge der asiatischen Niederlagen und der Gärung im Lande bei den Gewalthabern einriß, ihre Entmutigung und Verwirrung nach dem Tode Plehwes, das augenblickliche Nachlassen der Zügel und die Politik der Scheinkonzessionen, zu denen sich die Regierung auch unter dem Eindruck dieses Attentats entschloß, sind einige der wichtigsten Faktoren, die den Ausbruch der proletarischen Erhebung ermöglichten und begünstigten.

Die Veranlassung zur Erhebung war ebenso unscheinbar, wie dies bei fast allen bedeutenden geschichtlichen Ereignissen der Fall gewesen ist. Die geheime Organisation der Petersburger Scharfmacher beschloß, die Mitglieder von Gapons Arbeiterverein aus den Fabriken hinauszuwerfen; die Entlassung einiger Arbeiter der Putiloffwerke war ihr erster Schritt. Dies bildet den Ausgangspunkt einer Bewegung, die Millionen von Menschen umfassen und den ersten entschiedenen Schritt Rußlands auf der Bahn der politischen Revolution zur Folge

---

* Siehe: B. Kritschewsky, Le prolétariat et la Révolution en Russie, Mouvement Socialiste, 1. Februar 1905.

haben sollte. Aus Solidarität mit den Entlassenen traten ihre Arbeitskollegen in den Ausstand, und in wenigen Tagen legten sämtliche 12000 Arbeiter dieses Riesenbetriebes die Arbeit nieder. Am 17. Januar breitete sich die Streikbewegung unter den Arbeitern andrer Gewerbe aus, unter anderm auch in einigen Werft- und Eisenbahnwerkstätten. Am Abend des 20. umfaßte der Streik mindestens 75000, am 22. war er zu über 200000 Mann angeschwollen.

Fast die gesamte Tagespresse mußte ihr Erscheinen einstellen; in allen Fabriken und Betriebswerkstätten ruhte die Arbeit, auch in solchen, in denen nur Weiber und Kinder beschäftigt werden. In diesen Tagen nahm die Bewegung unter dem Einfluß der Sozialdemokratie einen politisch-revolutionären Charakter an. Neben den an die Unternehmer gerichteten, die Arbeitsbedingungen betreffenden Forderungen erhoben jetzt die Streikenden den Ruf nach einer konstituierenden Versammlung und einer demokratischen Verfassung: das Proletariat der Hauptstadt hatte mit dem Streik als wichtigste Kampfeswaffe dem Absolutismus den offenen Krieg erklärt.

Der 22. Januar kam und brachte das furchtbare Gemetzel unter den zum Zaren um Hilfe und Rettung in kindlicher Arglosigkeit hinziehenden Scharen. Die Petersburger Arbeiterschaft aber blieb trotz des erlittenen entsetzlichen Aderlasses standhaft, und es gelang nicht, sie zum Abbruch des Streiks zu zwingen. An jenem Tage ging die Sonne des Zarismus unter, das alte Seelenleben des Volkes schwand dahin — eine schwere Vergangenheit von grauer Unwissenheit, naiver Anbetung, kindlich-mystischem Aberglauben, Ehrfurcht und Demut. Und es ging auf die Sonne des proletarischen Klassenbewußtseins — endlich dämmerte für Rußland der Tag.

Die Salven, die am 22. Januar 2000 wehrlose Männer, Frauen und Kinder niederstreckten, gaben das Signal zu einer revolutionär-politischen Streikbewegung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. In wenigen Tagen erstreckte sie sich von Petersburg bis zum Kaukasus, von Polen bis Ost-Sibirien; überall wo im unendlichen russischen Reich Fabriken oder Werkstätten, Gruben oder Werften vorhanden sind, überall wo Proletarier leben, entstanden den Gemordeten Tausende von Rächern, erhob sich gegen den Absolutismus eine drohende Armee von todesmutigen Kämpfern. Und überall war der

politisch-ökonomische Streik, in der Regel mit Versammlungen, Demonstrationen, politischen Reden auf den Straßen verbunden, wie ein zweischneidiges Schwert zugleich gegen die politische Tyrannei und die kapitalistische Ausbeutung gerichtet. Mit festem Fuße hatten die russischen Arbeiter die politische Arena betreten.

Schon am 23., dem Tag nach dem Petersburger Blutbad, brach der Streik in Moskau und Kowno aus, als unmittelbare Antwort der russischen Arbeiterschaft auf den bestialischen Unterdrückungsversuch der Regierung. Am 25. umfaßte er in Moskau 30 000 Mann. Zur selben Zeit, zwischen dem 24. und 26. Januar, erfaßte er Reval und Riga, bald auch Windau und Libau im Nordwesten, das ferne Saratoff im Osten und die Eisenbahnwerkstätten der Linien Kursk-Bresk und Moskau-Kasan. Am 27. gab es in Petersburg trotz des Schreckensregiments Trepows, der Füsiladen, der Verhaftungen und der Deportationen nach den Dörfern, noch 150 000 Streikende; anfangs Februar war ihre Zahl auf 20 000 gesunken, gegen Mitte des Monats jedoch wieder auf 40 000 angeschwollen. Unter ihnen waren von neuem die Tausende Arbeiter der Putiloffwerke. Unterdessen hatte sich die Bewegung über Estland (Massenstreiks in Narva und Reval), Lettland (langdauernde Massenstreiks in Riga, Libau, Mitau und Windau), Litauen und Weißruthenien (Massenstreiks in Wilna, Kowno, Grodno, Homel), an der ukrainischen Küste (Odessa), auf der Krim (Kertsch), in Georgien (Tiflis, Batum, Kutais) und Armenien (Baku) ausgebreitet, vor allem in Polen aber einen neuen, gewaltigen Herd gefunden.

Am 27. Januar begann der Streik in Warschau und Lodz, schon am selben Tage umfaßte er hier wie dort an 100 000 Arbeiter. Mit reißender Schnelligkeit verbreitete er sich über sämtliche polnische Fabrik- und Bergwerksdistrikte, unter andern in Czenstochowa, Pabianice, Radom, Dombrowa und Sosnowice. Die Gesamtzahl der Streikenden in Russisch-Polen wird auf mindestens eine halbe Million angegeben.

Im ganzen dehnte sich die Streikbewegung über 150 Städte aus und dauerte länger als anderthalb Monate mit unverminderter Kraft. Es gab gewissermaßen nicht eine Industriestadt im europäischen Rußland, in der nicht die gesamte Arbeiterschaft oder doch wenigstens die einiger wichtigerer Zweige die Arbeit nieder-

gelegt hätte. In vielen Gegenden dauerten die Streiks der Fabrik- und Grubenarbeiter mehrere Wochen.

Während der zweiten Hälfte des Februar pflanzte sich die Bewegung unter neuen Kategorien von Arbeitern, Angestellten und Beamten fort. Außer den eigentlichen Handarbeitern streikten in vielen Städten Apotheker, Kommis, Angestellte der Banken; in einem Falle sogar die Polizei.

Ein neues Zentrum erwuchs der Bewegung in dieser Zeit im Dongebiet, wo anfangs März an 250000 Arbeiter sich im Ausstand befanden. Das wichtigste Geschehnis jener Tage jedoch sind die gegen Ende Februar immer häufiger werdenden Eisenbahnerstreiks. Anfang März umfaßten sie, außer dem kaukasischen Gebiet, dreizehn Eisenbahnlinien, worunter Moskau-Kasan, Moskau-Windau, Moskau-Kiew, Moskau-Warschau, Rostoff-Wladikaukas, die Weichselbahn usw. Bis weit nach Sibirien pflanzte sich der Eisenbahnerstreik fort; auch unter den Arbeitern der Eisenbahnen oder der Eisenbahnwerkstätten von Krasnojarsk und Tschita in Transbaikalien brach er aus. Eisenbahnlinien, die sich über Tausende von Werst hinziehen und die wichtigsten Bevölkerungszentren verbinden, mußten den Verkehr vollständig einstellen. Sowohl der Warentransport wie die Beförderung der Passagiere hörte auf; in den Depots und Werkstätten ruhte die Arbeit vollständig. Vor allem wurde der Getreidehandel schwer getroffen; eine große Menge Getreide, die nicht weiterbefördert werden konnte, verfaulte auf den Bahnhöfen. Man schätzt den Verlust auf mehr als 100000 Tonnen.

Die in riesenhafte Dimensionen gewachsenen Eisenbahnerstreiks wurden zu einer der mächtigsten Waffen im Kampfe gegen den Absolutismus. Sie bedrängten die Regierung so sehr, daß sie die „Militarisation" der Arbeiter aller Eisenbahnen, außer denen der mittelasiatischen Linien, befahl, also den Kriegszustand über das gesamte Bahngebiet des Reiches proklamierte. Anfang März militarisierte sie, um auch den Petersburger Streiks ein Ende zu machen, sämtliche Arbeiter der dortigen Staatsfabriken.

Nachdem die erste grandiose Streikwelle von Januar-Februar ganz Rußland erschüttert hatte, trat während der Monate März-April eine gewisse Ruhepause ein. Unter dem Eindruck der Niederlage von Mukden und der 1. Mai-Feier nahm die Be-

wegung wieder einen neuen Aufschwung. Der Mai sah unter anderm die Generalstreiks am ersten und vierten des Monats in Warschau, den Massenstreik der Bäcker in Moskau, die Generalstreiks in Odessa und Petersburg. Anfang Juli folgen dann die mit offenem Aufstand verbundenen Massenstreiks in Odessa, später im Sommer die fast ununterbrochenen Unruhen im Kaukasus. In Warschau wird der eintägige politische Generalstreik zu einer ständigen Einrichtung, durch die das Proletariat gegen die schändlichen Maßnahmen der Regierung protestiert — so gegen die Mordtaten der Soldateska am ersten Mai, so gegen den Justizmord des Genossen Kasprzak. Im August gab es eine neue Streikwelle in den Ostseeprovinzen, dort dehnte sich der Lohnkampf, der mit kurzen Unterbrechungen den ganzen Frühsommer durch getobt hatte, wieder zu den gewaltigen Dimensionen eines Massenstreiks mit Zehntausenden von Teilnehmern aus. Heute (Anfang Oktober) liegen neue Meldungen von Massenstreiks in Moskau vor, die zum Generalstreik auszuwachsen drohen.*

Aus dieser höchst lückenhaften Übersicht, die gleichsam nur die wichtigsten Punkte der Streikbewegung vor Augen führen will, geht jedoch deutlich die allgemeine Tatsache hervor: wenn man unter „Generalstreik" nur einen Streik versteht, der die große Mehrzahl der Arbeiter eines Landes gleichzeitig umfaßt, und unter politischen Streik nur den Ausstand, der sich ausschließlich gegen die politische Gewalt mit einer gleichen, allgemeinen Forderung richtet, so ist der russische Streik weder Generalstreik noch politischer Streik. Es handelt sich nicht um einen geplanten und organisierten, regelmäßig verlaufenden Riesenstreik, der sich gleichzeitig über das gesamte Gebiet des Reiches erstreckt, ebensowenig aber besteht er aus einer Reihe nacheinander verlaufender Ausstände in verschiedenen Orten. Vielmehr flutet die Bewegung rastlos auf und ab, wird hier schwächer, um dort in hohen Flammen aufzulodern, wendet sich von Nord und West nach Süd und Ost, um wieder auf

* Die Korrektur dieser Blätter fällt in die Tage, wo dieser Moskausche Generalstreik zu einem erneuten, gewaltigen, alle früheren weit überragenden, das ganze Land mitreißenden Ansturm ausgewachsen ist, dem es gelingen wird, die Burg des Absolutismus zu bezwingen, nachdem die früheren Stürme ihre Vorwerke eroberten und ihre Fundamente erschütterten.

ihre Bahnen zurückzukehren und auf den alten Brandstätten von neuem auszubrechen. Sie erfaßt unaufhaltsam neue Gebiete und neue Berufe, kehrt aber auch jedesmal zu den früheren zurück, um, wie ein nie völlig gelöschter Brand, zum dritten oder vierten Male empor zu lodern. So bei den Arbeitern der Putiloffwerke zu Petersburg, den Gewerbearbeitern zu Warschau und den Druckereiarbeitern zu Lodz, die mit kurzen Unterbrechungen drei-, vier- und mehrmal hintereinander in den Ausstand traten.

In diesem unentwirrbaren Ungeheuer von einander kreuzenden und ablösenden, großen und kleinen, auf- und nieder flutenden Streiks gibt es keine sich gleichbleibende, klar und laut ausgegebene Kampfparole, sondern es sind, wie Stimmen im Sturm, eine Anzahl verschiedener Losungen vernehmbar. Lohnerhöhung, Herabsetzung der Arbeitszeit, Achtstundentag, Ende des Krieges, Versammlungs- und Vereinsrecht, nationale Autonomie, Gleichberechtigung der Sprachen, Einberufung eines Volksparlaments zur Ausarbeitung einer Verfassung sind einige der wichtigsten Losungsworte. Aber wie die tausend Stimmen im Sturm immer wieder zu einem übermächtigen Klang vereint ertönen, so klingt ein einziger Wille aus all den verschiedenen Forderungen, die dem revolutionären Drang nach Abhilfe wirtschaftlichen, sozialen und politischen Drucks entspringen, der Wille zur Niederwerfung des Absolutismus.

Wohl werden manchmal von der einen oder andern Arbeiterkategorie nur ökonomische Forderungen erhoben. Aber selbst wenn die Unternehmer diese erfüllen, beharren sie dennoch im Ausstand oder fangen ihn nach einiger Zeit der Arbeit von neuem an. Die Arbeitsstockung wird zum gewöhnlichen Zustand der Gesellschaft, nur von kurzen, unruhigen Arbeitsepochen unterbrochen. Jede andauernde Arbeitsverrichtung hat aufgehört, und die fortwährende Unsicherheit und Unruhe, das Bewußtsein, jede Stunde vor neuen Ausbrüchen, neuen Verwicklungen stehen zu können, erfüllt Unternehmer wie Regierung mit solchem Unwillen und solcher Ratlosigkeit, daß sie manchmal lieber dazu übergehen, die Werke zu schließen, wie es am 1. März in Petersburg bei den Putiloffwerken und auf der Newskiwerft auf einige Zeit geschah.

Die immer zunehmende Gärung, die Lösung aller Bande des gesellschaftlichen Lebens, wie sie aus der Streikbewegung ent-

steht, trägt die Krise in immer weitere Kreise hinein und desorganisiert das öffentliche Leben mehr und mehr. Die Universitäten werden geschlossen, in Polen erfaßt die Bewegung das ganze Schulwesen, jeder Unterricht hört auf.* Verschiedene Semstwos erklären sich außerstande, in der allgemeinen Unruhe die Verwaltung weiterzuführen.

Aber den Gipfel der Desorganisationsarbeit bilden die Eisenbahnerstreiks. Es dauerte einige Zeit, bis sich die Welle unter diesen in halb militärischer Zucht stehenden und mehr oder weniger von ihren Klassengenossen isolierten Arbeitern fortpflanzte. Desto verhängnisvoller erwiesen sich aber dann die Wirkungen des Eisenbahnerstreiks für den schon geschwächten und demoralisierten Absolutismus. Bis dahin vermochte der Staat doch noch seine Glieder zu rühren und mit Hilfe der Militärgewalt, wenn nicht der Streikbewegung Herr zu werden, so doch seine Herrschaft ihr gegenüber zu behaupten. Durch den Eisenbahnerstreik änderte sich aber die Lage total. Die Staatsmaschinerie ward zum Stillstand gebracht, die noch immer ansehnlichen Repressionsmittel, über die der Absolutismus verfügt, halfen ihm nicht mehr. Das zur Herstellung der „Ruhe" notwendige Militär konnte nicht befördert werden, die entlegenen Gebiete sind von der Zentralgewalt abgeschnitten; Polen, der Kaukasus, Sibirien mehr oder weniger auf sich selbst gestellt.** Nach der wirtschaftlichen, der gesellschaftlichen und der administrativen vollzieht sich durch den Eisenbahnerstreik die staatliche Desorganisation. Zu alledem

---

* Der Streik im polnischen Schulwesen geht seinem Ende entgegen; sein Ziel, die Einführung der polnischen Sprache im Unterricht, ist erreicht worden. Der Universitätsstreik in Rußland erreichte gleichsam sein Ziel in der Gewährung der Autonomie der Universitäten, die diese in den entscheidenden Oktobertagen zu einer Stütze und einem Hort der Revolutionäre macht.

** Zwar ist es der Regierung diesmal noch gelungen, durch wirtschaftliche Zugeständnisse des Eisenbahnerstreiks Herr zu werden. Es soll aber in diesen Ausführungen nicht bloß das wirklich Geschehene, sondern darüber hinaus die Wirkungen dargestellt werden, die sie in Verbindung mit der revolutionären Lage überhaupt haben können und zweifellos auch haben werden, sobald das russische Proletariat zum erneuten Ansturm auf den Absolutismus all seine Kraft zusammenrafft.

Diese im März ausgesprochenen Hoffnungen haben sich inzwischen (Ende Oktober) voll und ganz erfüllt.

hat er den unschätzbaren Vorteil, die Revolution auf das flache Land zu tragen und damit zu einer Angelegenheit der gesamten Bevölkerung zu machen. Die Bauern, denen man selbstverständlich die erschütternde Tragödie, die sich in fast sämtlichen Groß- und Industriestädten des Reiches zutrug, vorenthielt, konnten sich durch den Stillstand der Eisenbahnen überzeugen, wie weit die Desorganisation der Staatsgewalt schon vorgeschritten ist.

Durch die russischen Ereignisse erweist sich der Streik als die entsprechende Form einer jeden Revolution, in der das industrielle, klassenbewußte Proletariat die wichtigste Massenkraft bildet, auch wenn es in ihr nicht für seine letzten Ziele, für die sozialistische Gesellschaftseinrichtung, kämpft.

Der Streik als Form der Revolution nimmt selbstverständlich viel heftigere, entschiedenere Formen an, wie die Demonstrationsstreiks sowie die in gesetzlichen Schranken vor sich gehenden Pressionsversuche der letzten Jahre in West-Europa. Für die kämpfende Arbeiterschaft steht ja beim Revolutionsstreik alles auf dem Spiele; für die Gewinnung einer neuen Staatsordnung wagt sie Freiheit und Leben. Sie scheut sich nicht, im Kampf die alte Gesetzlichkeit zu durchbrechen, weil er ja gerade auf die Errichtung einer neuen Gesetzlichkeit abzielt. Der Streik ist in solchem Falle eine neue, der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise und dem modernen Proletariat angepaßte Form des Bürgerkriegs, in dem sich die offene Brust und das ungeschützte Herz der bewaffneten Militärmacht gegenüberstellt. Nur die Einsicht, durch diese Form der Gewalt nicht siegen zu können, hält das Proletariat vom bewaffneten Aufstand zurück. Wo aber Gewalt die Erreichung des Ziels, den Sturz der Staatsgewalt, näher bringen kann, zaudert das Proletariat nicht, sie zu gebrauchen. Daher die Plünderungen und Brandstiftungen der dem Staat gehörenden Magazine und Branntweindepots, die Beschädigung der Telegraphen und Telephons, die Sprengungsversuche der Eisenbahnbrücken usw. Der revolutionär-politische Streik bedeutet keineswegs ausschließlich die Methode der Passivität, die Revolution der gekreuzten Arme, sondern die Anwendung der ökonomischen Macht der Arbeiterklasse als Hauptmittel — dem alle andern Mittel untergeordnet sind —, zu dem Zweck, die Desorganisation der Gesellschaft und des Staates herbeizuführen.

Es darf aber nicht vergessen werden, daß, obwohl die russische Streikbewegung in manchen Zügen das Muster jeder künftigen proletarischen Revolution sein mag, diese dennoch in manchen Zügen von ihr abweichen dürfte. Die beiden wichtigsten, bei der Anwendung von Gewalt, in Betracht kommenden Elemente: Armee und Proletariat sehen heute in Rußland, das sich erst am Anfang der bürgerlichen Entwicklung befindet, selbstverständlich ganz anders aus, als nach Ablauf vieler Jahrzehnte dieser Entwicklung in West-Europa. Eine rohe Berufssoldateska, wie die halbbarbarischen Kosaken, die ganz außerhalb der Nation stehen, konnte sich wohl unter dem absolutistischen Regiment behaupten, ist aber mit einem bürgerlichen Staatswesen unvereinbar. Und das russische Proletariat wurde zwar von der großindustriellen Entwicklung zur Einheit und zum aufdämmernden Klassenbewußtsein gebracht, fand aber im absolutistischen Staat den Weg zur Organisation verschlossen; es konnte so gut wie keine Schulung im Massenkampf erwerben und hatte wenig Gelegenheit, Disziplin zu üben.

Diese beiden Umstände machen die häufige Anwendung von Gewalt, das Hervortreten und Überwiegen gewalttätiger Kampfmethoden in der russischen Revolution begreiflich. Das dem Proletariat eigentümliche Machtmittel: die Organisation befindet sich noch in den Kinderschuhen, wenn es sich auch im Verlauf der russischen Revolution mit reißender Schnelligkeit entwickelt. Die Grausamkeit, mit der Polizei und Militär auch gegen Unbeteiligte, Weiber und Kinder in zahllosen Fällen vorgehen — gab es doch während der letzten Monate nicht weniger als hundert Fälle blutiger Zusammenstöße der Bürger mit den Truppen — die Hetzjagden des zu diesem Zweck in den „schwarzen Hunderten" organisierten Gesindels und verkommenen Kleinbürgertums gegen Intellektuelle, Juden, Armenier und Arbeiter, — die von den Werkzeugen der Reaktion verübten häufigen Massaker — dies alles erzeugt selbstverständlich im Volk die tiefste Erbitterung. Diese macht sich in den vielen Attentaten auf Beamte, Polizeichefs, Offiziere, höhere und niedere Spitzel Luft. Die Attentate werden zum gewöhnlichen Verteidigungsmittel der Arbeiter gegen den „weißen Terror", Bomben werden eifrig verfertigt*, die Dynamit-

* Die erste Epoche der russischen Revolution. Von L. Martoff. Neue Zeit, Jg. 24, Band X, Nr. 10.

werkstätten hören auf, ein Zubehör kleiner terroristischer Organisationen zu sein. So versucht die russische Arbeiterschaft, diejenigen Gruppen der Bevölkerung, die zu Helfershelfern der Regierung gesunken sind, deren Gewinnung für die heilige Sache des Volkes ausgeschlossen scheint, auf dem Wege der Gewalt einzuschüchtern. Daneben geht aber ohne Unterlaß die Methode des friedlichen Einwirkens auf das Militär, die Aufklärung durch unermüdliche schriftliche und mündliche Agitation, deren Erfolge in den letzten Monaten sich in einer ganzen Reihe von Militäraufständen dokumentierten.

* * *

Es bleibt jetzt noch übrig, einige allgemeine Schlußfolgerungen aus den vorgeführten Tatsachen zu ziehen.

Das erste, was aus ihnen hervorgeht, ist die zunehmende Häufigkeit, womit das Kampfmittel des politischen Massenstreiks vom Proletariat angewendet wird. Vor zwölf Jahren war noch kein einziger derartiger Versuch gemacht worden, von 1893 bis 1901 gibt es bloß einen, in die Jahre 1902 bis 1905 aber fallen nicht weniger wie fünf politische Massenstreiks: vom reinen Manifestationsstreik der schwedischen Arbeiter bis zur revolutionären Streikbewegung des russischen Proletariats. Des weiteren zeigt sich, daß der politische Streik, anfänglich aufgekommen als außer-legales Mittel, den legalen Boden für den politischen Klassenkampf, das allgemeine Wahlrecht zu erobern, im Laufe der Entwicklung auch als Abwehrmittel gegen Eingriffe auf bestehende Rechte zur Anwendung kommt. Der Arbeiterklasse wird offenbar der Gebrauch dieses neuen Kampfmittels in ganz verschiedenen Situationen und bei durchaus abweichendem Entwicklungsgrad der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse allgemein aufgedrängt. Die Theorie hat, wie immer, nur die vorhandenen Tatsachen und Ansätze zu studieren und aus ihnen die Richtung der weiteren, wahrscheinlichen Entwicklung abzuleiten.

Aus der Prüfung dieser Tatsachen ergeben sich folgende Gründe für die Anwendung und zunehmende Häufigkeit des politischen Massenstreiks.

Unter dem Einfluß der kapitalistischen Entwicklung und der sozialistischen Propaganda wird in der Arbeiterschaft das Bedürfnis nach Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen

Lage immer dringender. Das Selbstgefühl wächst; das Verlangen nach Erringung und Sicherung politischer Rechte und Freiheiten nimmt mehr und mehr zu. Das Netz der politischen und gewerkschaftlichen Organisation verdichtet sich, das Proletariat wird sich seiner realen Macht mehr bewußt. Das wachsende Bedürfnis nach mehr Rechten und größerer Freiheit, das zunehmende Selbstbewußtsein des Proletariats hat aber keineswegs ein Abnehmen des Widerstandes bei den herrschenden Klassen zur Folge. Im Gegenteil: sie sträuben sich mit der größten Hartnäckigkeit gegen jede Erweiterung und Sicherung der gesetzlichen Kampfmittel des Proletariats. Die politische Organisation seiner Klasse, die Sozialdemokratie, verliert scheinbar an parlamentarischem Einfluß, je mehr die Zahl seiner Anhänger zunimmt und je wichtiger seine gesellschaftliche Stellung wird. In manchen Fällen sogar bemühen sich da die Regierungen, den Rechtsboden, dessen die Arbeiterschaft zum Klassenkampf bedarf, einzuengen und zu zertrümmern. Der politische Massenstreik erscheint als das Resultat des Wirkens beider Faktoren; er ergibt sich sowohl aus der wachsenden Angriffskraft, dem gesteigerten Klassenbewußtsein des Proletariats wie aus dem zunehmenden Widerstand der herrschenden Klassen. Er wird unter bestimmten geschichtlichen und politischen Bedingungen, wenn die Gärung und Erregung der Massen den Siedepunkt erreicht, mit Naturnotwendigkeit zur Erscheinungsform der sozial-politischen Krise, der scharfen Zuspitzung der Verhältnisse im Klassenkampf.

Was nun den Verlauf des politischen Massenstreiks anbetrifft, so erweisen die vorgeführten Tatsachen, daß seine Aussichten am wenigsten günstig sind, wenn er innerhalb des Rahmens der Gesetzlichkeit Reformen erzwingen und gefährdete Rechte sicherstellen will, im Gegensatz zum Streik, der sich damit begnügt, Protest oder Manifestation zu sein, ohne der Staatsgewalt den offenen Kampf anzubieten. Der glänzende Verlauf des Manifestations- und Proteststreiks in Schweden und Italien brachte dem Proletariat dieser Länder einen unverkennbaren Zuwachs an Selbstbewußtsein und eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen Stellung. Die in ihren Formen und Zielen von diesen friedliebenden Demonstrationsstreiks am weitesten entfernte russische politisch-revolutionäre Streikbewegung zeigt auf der andern Seite die kolossalen Wirkungen dieser Waffe —

sogar in den Händen einer prozentual schwachen und wenig kampfgeübten Arbeiterschaft. Dagegen verliefen die zwischen den äußersten Grenzen des friedlichen Pressions- und des politisch-revolutionären Streiks liegenden Versuche, mit einer einzigen Ausnahme (der belgische Streik von 1893), erfolglos und endeten mit einer gänzlichen Niederlage des Proletariats. Diese Ausnahme aber war der erste Fall, in dem der politische Streik überhaupt zur Anwendung kam. Er überraschte die herrschenden Klassen in hohem Maße, obwohl er von den belgischen Arbeitern lange vorher beschlossen war. Bei dem zweiten belgischen und dem holländischen Streik dagegen waren die Regierungen, die den Ausbruch kommen sahen, vollkommen gerüstet und hatten die ausgiebigsten Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen, zur Heranziehung von Militär zu Streikbrecherdiensten usw. getroffen.

II. Die angebliche Unmöglichkeit des politischen Massenstreiks

„Ebenso unmöglich wie unnötig" — so lautet die allgemeine Formel, mit der die unbedingten Gegner des politischen Massenstreiks ihre Einwendungen kurz zusammenfassen. Unter unmöglich verstehen sie natürlich nicht, daß jeder Versuch zum politischen Massenstreik zukünftig unterbleiben wird, sondern daß ein Gelingen dieser Versuche unbedingt ausgeschlossen ist.

Ehe wir uns den positiven Bedingungen des Massenstreiks zuwenden, ist es notwendig, die Gründe, die zu seiner angeblichen Unmöglichkeit angeführt werden, kennen zu lernen. Wir werden dazu vornehmlich jenen Genossen das Wort geben, die diese Gründe in der Enquete des Mouvement Socialiste sowie bei der Diskussion in unserer Parteipresse verfochten haben. Zwar unterscheiden nicht alle Gegner des politischen Massenstreiks immer genau zwischen ihm und dem revolutionär-ökonomischen Generalstreik. Wir werden aber diese Verwirrung so viel wie möglich abstellen, indem wir nur die hauptsächlich den politischen Massenstreik treffenden Einwendungen anführen.

Das erste Argument gegen den politischen Massenstreik lautet, er sei eine Kraftprobe zwischen Regierungsgewalt und Proletariat, die immer zugunsten der Regierungsgewalt aus-

fallen müsse, weil das Proletariat unbedingt die schwächere Partei sei. „Jeder Konflikt dieser Art", schreibt W. H. Vliegen im Mouvement Socialiste, „wird zu einem Kampf, der in letzter Instanz immer nur diese eine Frage stellt: wer ist stärker, die Regierung oder die Arbeiterbewegung? Nun, die letztere ist die schwächere und sie wird es bleiben, solange sie der herrschenden Klasse nicht ebenbürtig an Anhängern und Organisation ist. Jeder Kampf, der zum Ziel hat, die Regierung durch irgend ein außerparlamentarisches Mittel zu zwingen, irgend etwas zu tun oder zu lassen, hat schließlich die Macht im Staate zum Kampfobjekt."

Für Vliegen ist diese Übermacht der Regierung dem politischen Streik gegenüber selbstverständlich.* „Denn die Arbeitseinstellung wird nie allgemein genug sein, die Regierung zur Kapitulation zu zwingen. Es wird nicht jedermann streiken. Sogar bei günstigen Verhältnissen wird noch eine beträchtliche Zahl von Arbeitern bei der Arbeit bleiben. Zur Not kann ein jeder sein eignes Brot backen. Schiffahrt und Verkehrswesen sind militärisch in Betrieb zu erhalten. Zwar stehen die großen Betriebe still, aber es ist unmöglich, daß die Produktion vollkommen stockt. Trotz der intensivsten Agitation wird es immer Distrikte geben, wo man sogar über das Durchschnittsmaß produzieren wird. Ja, im Herzen einer jeden Stadt wird die Industrie bis zu einem gewissen Grade in Bewegung bleiben."

Dieselben Anschauungen in bezug auf Deutschland vertritt W. Düwell in der Neuen Zeit. Auch ihm scheint ein Arbeiterausstand, der die große Masse der Arbeiter umfaßt, vor der Hand unmöglich. Noch mehr: er leugnet sogar für Deutschland, das heißt in einem Lande starker gewerkschaftlicher Organisation, die Möglichkeit eines allgemeinen ökonomischen Streiks auch nur in einem einzigen Erwerbszweig. Und dies auf Grund der großen Macht der christlichen Gewerkschaften, in welcher die Arbeiter vom Klerus beherrscht, im bewußten Gegensatz zur modernen Arbeiterbewegung erzogen werden. „Wenn der Klerus in einem gegebenen Moment eine Aktion

---

* Ausgenommen im Fall, daß auch das nichtsozialistische Proletariat und das Kleinbürgertum den Streik unterstützen und ein Teil der Bourgeoisie die Regierung im Stiche ließe. In diesem Falle ist aber der Streik u n n ö t i g. (Mouvement Socialiste, S. 248.)

der Arbeiter als gegen die Interessen der Kirche und Religion gerichtet interpretiert, die Schlachtordnung wäre auseinander gerissen; viele Tausende, Hunderttausende, die sich spontan der Bewegung angeschlossen haben könnten, würden abfallen, reuig dem klerikalen Gebot folgen. Aber es würde so weit gar nicht kommen. Ein spontaner Streik müßte, weil ihm jede Vorbedingung eines Sieges fehlt — wenn man nicht in einem ein-, zwei-, dreitägigen Generalstreik, der nicht in Blut und Eisen untergeht, oder nicht den Hunger als Bezwinger sieht, einen erstrebenswerten Sieg erblickt — bald ergebnislos verlaufen; einem organisierten Generalstreik würden sich die hunderttausende Mitglieder kirchlicher Organisationen überhaupt nicht anschließen." (Neue Zeit, Jg. 23, Bd. I, Nr. 8, S. 250. W. Düwell: Zur Frage des Generalstreiks.) Düwell findet es widersinnig, einen politischen Streik zu wagen, solange nicht die katholischen Arbeiter zum Klassenbewußtsein erwacht sind, das heißt, sich der Sozialdemokratie angeschlossen haben.

Aber auch dann noch, meint er, wird der Streik nicht allgemein genug sein, den herrschenden Klassen ernste Verlegenheiten zu bereiten. Es gibt außer den in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeitern noch viele andre, die dem Kapital mit Leib und Seele ergeben sind. „Angenommen, es könnte gelingen, die uns bewußt Gegenüberstehenden für einen Generalstreik zu begeistern, dann haben wir immer noch nicht die Indifferenten. Deren Zahl ist groß! Zu diesen treten noch die „Entmannten", diejenigen, die durch den Druck des Kapitals jede Willenskraft eingebüßt haben. Zu diesen gehören ziemlich alle die „Jubilare", die sich seit zwanzig Jahren auf ein und demselben Werke quälen und dabei auch noch die Wohlfahrtskette nachschleppen. Eine Arbeitseinstellung paßt gar nicht in die Vorstellungswelt solcher Leute, obendrein ist ihre stete Sorge die, nichts zu tun, was sie eventuell um den Genuss der durch die sogenannten Wohlfahrtskassen in Aussicht gestellten Vorteile bringen könnte. Für viele Fabrikwohnungsinhaber genügt das Bewußtsein, mit Lösung des Arbeitsvertrags auch sofort die Wohnung räumen zu müssen, um jeden Gedanken, gegen den Unternehmer irgendwelche oppositionelle Tat zu wagen, zurückzuweisen. Es kommt hinzu, daß in der Verarbeitungsindustrie die Möglichkeit ge-

geben ist, im Falle der Not für einen großen Teil der Produktion schnell ungelernte Arbeiter für die verschiedenen Arbeitsphasen anzulernen. Das ist für solche Arbeiter immerhin mit einer relativ erheblichen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verbunden. Man würde genug Leute finden, die eine so günstige Gelegenheit nicht verschmähen würden." (S. 251).

Schwerer noch, als die Arbeiter zu gewinnen, wird es sein, sie während mehrerer Wochen so zusammenzuhalten, wie es, soll der Streik einige Aussicht auf Erfolg haben, nach der Ansicht dieser Genossen unbedingt notwendig wäre.

Das Bild eines politischen Massenstreiks, wie es hier dargestellt wurde, hat für die herrschenden Klassen wenig Erschreckendes. Die Menge der Anhänger der christlichen Gewerkschaften, die zahlreichen Indifferenten und Schwächlinge bleiben bei der Arbeit; die ungelernten Arbeiter nehmen die Plätze der gelernten ein. In keinem Produktionszweig wie an keinem Orte stockt die Produktion vollständig, vielmehr wird sie überall, wenn auch nicht ohne Mühe und Not, aufrecht erhalten, in den zurückgebliebenen Gegenden sogar über das Durchschnittsmaß erhöht. Mit dem Verkehrswesen hat es ebenfalls keine Gefahr, da es militärisch in Betrieb erhalten wird. Nun, ein solcher Massenstreik wird Staat und Bourgeoisie keine allzu große Sorge machen! Die kapitalistische Gesellschaft wird mit ihm ohne viel Mühe fertig werden. Was Vliegen und Düwell da beschreiben, ist ein — mißlungener Streikversuch. In der Darstellung dieser Genossen zeigt der politische Massenstreik den herrschenden Klassen ein sehr unschuldiges Gesicht. Dies aber ändert sich, sobald es sich um seine Konsequenzen für das Proletariat handelt. Obgleich eine große Anzahl Arbeiter bei der Arbeit bleibt, wird das Proletariat als Konsument von den Folgen der Teuerung doch auf das schwerste betroffen. Hunger und Kälte herrschen in seinen Reihen und treiben es unwiderstehlich zur Durchbrechung der bürgerlichen Rechtsordnung, zur Gewalt.

„Wenn die Produktion stockt", schreibt Vliegen, „wird jede soziale Existenz unmöglich. Keine Lebensmittel auf dem Markte, Schiffahrt und Eisenbahnverkehr sind unterbrochen; die Hungersnot hebt an; die Kälte fordert ihre Opfer. Ja, wer wird zuerst dem Hunger ausgesetzt sein? Der Proletarier.

Wer wird zuerst frieren müssen? Der Proletarier. Gewiß, die ganze Gesellschaft wird einer schrecklichen Krisis ausgesetzt, aber wie bei allen Krisen ist es der Proletarier, der am ersten und schwersten leidet." (Neue Zeit, Jg. 22, Bd. I, Nr. 7.)

„Ein Generalstreik, der diesen Namen verdient, muß notwendigerweise zur gewaltsamen Revolution treiben, aber in den ungünstigsten Verhältnissen, die man sich denken kann. Denn es ist nicht die besitzende Klasse, die am meisten von dem Mangel an Lebensmitteln, Kleidern und Heizung heimgesucht wird; sie ist es nicht, die zuerst Mangel an ärztlicher Hilfe und Arzneien erleiden wird, oder deren Straßenviertel sich in einem Zustand gesundheitsgefährlichen Schmutzes befinden werden. Das ganze Gewicht des Mangels an Lebensmitteln und der Not wird also in diesen Tagen der Teuerung auf die Arbeiterklasse fallen. Die herrschende Klasse wird zur Not mit bewaffneter Hand die Läden der paar Arbeiterkonsumgesellschaften leeren, auf welche Hunderttausende von Arbeiterfamilien für ihre Subsistenz angewiesen sind. Die Reichen können das Land verlassen, sobald der Streik ausbricht, die Arbeiter müssen bleiben und werden fürchterliche Not leiden. Die herrschende Klasse wird nicht zögern, wo es sich um ihre Existenz handelt, die Maschinisten mit vorgehaltenem Revolver zu zwingen, die Lokomotive zu führen. Die Leiden werden die Armen zur Verzweiflung treiben, Hungerrevolten sind gewiß. Plünderung ist unvermeidlich; das Gewehr wird reden, die Mitrailleuse sich hören lassen." (H. van Kol, Mouvement Socialiste, S. 232—233.)

Aber die Regierungen werden diese unvermeidlichen Gewalttätigkeiten nicht einmal abwarten, um den Streik niederzuschlagen. In den Sozialistischen Monatsheften (November 1904) führt J. Leimpeters aus, wie die Staatsgewalt sofort nach der Proklamierung des Streiks den Belagerungszustand verhängen, das Versammlungsrecht aufheben und jede Beratschlagung unmöglich machen wird. Der Streik würde der Reaktion in die Hände spielen! „Jetzt oder nie, würde die Parole der Junker und Junkergenossen heißen, jetzt liegt die Hydra besiegt am Boden, jetzt wollen wir ihr die Köpfe zertreten."

Zwar spricht Leimpeters hier nur über deutsche Verhältnisse. Genosse Hyndman aber ist der Ansicht, daß der politische Massenstreik überall zum gewaltsamen Eingreifen der Regie-

rung führen muß, wenn nicht schon zuvor die Not und die Rücksicht auf Frauen und Kinder die Kämpfenden zur Kapitulation zwingen werden. „Ein Generalstreik, das heißt eine gänzliche Unterbrechung der Produktion durch das gesamte Proletariat eines Landes, endet notwendigerweise mit der Anwendung von Gewalt, zuerst von den herrschenden Klassen und der Regierung, dann auch von der Arbeiterklasse angewendet, die sich verteidigen muß."

Aber, darf man fragen, wird eine Regierung nie Anstand nehmen, in Zeiten allgemeiner Erregung mit brutaler Willkür vorzugehen, solange sich die Massen friedlich verhalten? Wird sie nie zu fürchten haben, daß unter gewissen Umständen die öffentliche Meinung sich gegen diejenigen kehrt, die zuerst Gewalt anwenden?

Nein, antworten die Gegner des politischen Streiks, eine Regierung wird dies nie zu fürchten brauchen, denn die öffentliche Meinung wird immer gegen die Arbeiter sein und jede Aktion zur Unterdrückung des Streiks billigen. „Schon die Drohung eines solchen Streiks wird die Zwischenklassen, den Mittelstand, unsern Feinden in die Arme treiben, denn diese zahlreiche Klasse wird die ersten Schläge empfangen und von Haß erfüllt sein gegen das Proletariat, die Ursache seiner Leiden. Alles, was nicht vollkommen sozialistisch ist, und das wird während langer Zeit die große Mehrheit der Nation sein, wird sich gegen uns erheben und den Feind verstärken, der über die Regierungsgewalt wie über das Heer verfügt." (Van Kol, Mouvement Socialiste, S. 233.)

So sind wir wieder bei unserm Ausgangspunkt angelangt. Das Proletariat wird den politischen Massenstreik nie siegreich durchführen, weil es allein zu schwach ist, von einer etwaigen Unterstützung aber durch andre Klassen keine Rede sein kann. Die Arbeitseinstellung wird nicht allgemein genug sein, um den herrschenden Klassen ernstlichen Schaden zuzufügen, noch weniger deren Existenz in Frage zu stellen. Das Proletariat aber wird schrecklichem Elend verfallen, der Hunger wird die Arbeiter zur Verzweiflung treiben. Der Staat wird sie, mit Zustimmung der ganzen Gesellschaft, gewaltsam niederwerfen und ihr sinnloses Beginnen im Blute ersticken. So k a n n nicht nur, nein, so m u ß jeder ernstliche Versuch eines politischen Streiks aussehen.

Eine kurze Betrachtung dieser Einwendungen lehrt uns, daß es den Verfechtern dieser Anschauung an Logik mangelt. Die absoluten Gegner des politischen Streiks sind so eifrig bemüht, alle seine Schattenseiten herauszufinden, daß sie nicht bemerken, wie das zweite Glied ihrer Beweisführung zu dem ersten nicht passen will. Denn eins von beiden: entweder die Arbeitseinstellung ist allgemein (was nicht gleichbedeutend zu sein braucht mit absolut) oder sie ist nicht allgemein. Ist sie so allgemein, daß Produktion und Verkehr stillstehen, Mangel an Lebensmitteln eintritt usw., dann leidet das Proletariat, aber der Streik übt die beabsichtigte Wirkung aus (wenn er auch deswegen noch keineswegs sein Ziel erreichen muß). Staat und Gesellschaft werden erschüttert und desorganisiert. Ist sie aber nicht allgemein genug, bleiben Produktion und Verkehr einigermaßen im Gang, nun wohl, dann mißlingt der Streik, die gesellschaftlichen Folgen, die es zu erreichen beabsichtigte, bleiben aus. Dann kann es wohl eine gewisse Preissteigerung, kann es unter dem Proletariat Mangel und Entbehrung geben, zum schrecklichen Elend aber, zur Hungersnot mit ihren Konsequenzen, wird es schwerlich kommen, also auch die Hungerrevolte, der Verzweiflungsausbruch ausbleiben. In diesem Falle aber scheint es nicht sehr wahrscheinlich, daß Staat und Gesellschaft den an und für sich schon machtlosen Streik mit äußerster Anstrengung, mit Blut und Eisen, niederschlagen werden. Es würde dies eine sehr schlechte Taktik sein und das beste Mittel, das Proletariat zu erbittern, ihm den Zusammenhang beizubringen, der ihm offenbar noch fehlte. Vielmehr ist wahrscheinlich, daß der Staat einem mißlungnen Streik ruhig zusehen wird, bis die Not die Arbeiter wieder unters Joch zwingt.*

Also: der Streik kann mißlingen dadurch, daß er nicht allgemein genug ist — oder, wenn er allgemein ist, kann er entweder durch die physische Erschöpfung des Proletariats zusammenbrechen oder gewaltsam unterdrückt werden. Unwahrscheinlich aber ist, daß er an diesen beiden Umständen zugleich scheitern wird. Aber selbst wenn er an einer dieser

* Die Erfahrung des holländischen Streikversuchs vom April 1903 stimmt vollkommen mit dieser Anschauung überein. Die holländische Regierung schritt nicht einmal zur Aufhebung des Versammlungsrechts usw. weil der Streik sich gleich vom Anfang an als mißlungen darstellte.

Möglichkeiten scheitern kann, so muß das doch nicht notwendigerweise eintreffen. Sein Gelingen ist nicht, wie wir im folgenden ausführen werden, von vornherein unter allen Umständen ausgeschlossen. Es ist dabei vor allem wichtig, uns klar darüber zu werden, was der politische Massenstreik bezweckt und welches sein erreichbares Ziel ist.

III. Ziel und Formen des politischen Massenstreiks

Der politische Massenstreik kann, wie die Erfahrung lehrt, vom Proletariat in mannigfachen Situationen angewendet werden, aus mancherlei Verhältnissen entspringen und mancherlei Ziele ins Auge fassen. Je nach Lage, Verhältnissen und Ziel wird aber sein Inhalt, seine Bedeutung völlig verschieden sein. Er kann am Anfang des politischen Klassenkampfes des Proletariats bezwecken, eine parlamentarische Gestaltung möglich zu machen; er kann im Verlauf dieses Kampfes angewendet werden, um gefährdete Rechte — sei es vor reaktionären Eingriffen, sei es vor der Brutalität der öffentlichen Gewalt — sicher zu stellen. Er kann aber auch das Endergebnis einer langen Periode der sozial-politischen Entwicklung sein, die das Machtverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat total umgewälzt und die Gegensätze bis zum äußersten zugespitzt hat. In diesem letzten Fall wird der politische Massenstreik die Form des Entscheidungskampfes um die politische Macht, die Herrschaft im Staate sein und nur als solcher in Anwendung kommen.

Die Art der Anwendung des politischen Streiks, sowie die Heftigkeit der Abwehr, die er seitens der bürgerlichen Gesellschaft erfahren wird, sind also das Ergebnis der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, wie weiter unten des näheren gezeigt werden wird. Das hier angeführte nur zur Erklärung der Tatsache der äußerlichen vielartigen Gestaltung des politischen Streiks, der Ungleichartigkeit seiner Objekte, seiner Methoden, sowie der Energie, mit welcher er durchgesetzt wird.

Der politische Streik tritt immer und überall als das dem Proletariat eigentümliche Machtmittel auf, in ihm erscheint es, losgelöst von allem Einfluß und aller Kontrolle des bürgerlichen Staates, in offener Auflehnung gegen ihn. Das ist aber in um so größerem Maße der Fall, je rücksichtsloser der Streik betrieben wird und je gewaltiger der Preis des Kampfes

ist. Unter „rücksichtslosem Betreiben" verstehen wir nicht so sehr das mehr oder weniger gewalttätige Auftreten und die größere oder geringere Ausdehnung des Kampfes, als die Energie, die das Proletariat für die Durchführung seiner Forderung einsetzt, den offenkundigen Willen, das äußerste zu wagen.

Eine Forderung durchsetzen will jeder politische Streik, — auch seine Abarten, die als „Protestations- oder Demonstrationsstreiks" bezeichnet werden, wollen das. Auch in diesen Fällen erhoffen die Arbeiter von der Streikaktion die eine oder andre günstige Wirkung, sei es unmittelbar durch Beeinflussung der Regierung, sei es mittelbar durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Jeder Proteststreik hat die Beeinflussung zum Zweck, denn man protestiert nur in der Hoffnung, durch den Protest eine gewisse Wirkung auf künftige Ereignisse auszuüben. So steckt in jedem Demonstrationsstreik ein Stück psychischen Pressionsversuchs, wie z. B. auch bei der Arbeitsniederlegung am 1. Mai. In solchen Fällen jedoch macht der Streik keinen Versuch, die angestrebte Wirkung direkt zu erzwingen. Er will gleichsam den Herrschenden nur die Macht und die Einigkeit des Proletariats zeigen, sie mahnen, daß das normale Fortbestehen der Gesellschaft auf dem ruhigen Verharren des Proletariats bei der Arbeit beruht.

Der Protest- oder Manifestationsstreik ist die am häufigsten auftretende Form des politischen Streiks in der bürgerlichen Gesellschaft. Er tritt auf in Situationen, wo es sich nicht um wichtige, grundlegende, das ganze Leben berührende Interessen handelt, sondern wo die Empörung über eine besondere Tatsache — wie in Italien — die Anregung zur Arbeitsniederlegung bildet, sowie da, wo zwar wichtige Interessen in Frage stehen, aber die Arbeiterklasse nicht den Willen, die revolutionäre Energie hat, den Kampf bis zum äußersten zu führen, sei es, weil sie hofft, das Ziel auf anderm Wege, mit weniger Opfern an Gut und Blut zu gewinnen, sei es, daß ihre Führer sie von dem „Kampf bis aufs Messer" zurückhalten.

Ein Streik dieser Art war der belgische von 1903. Hätte das Proletariat nach der Verwerfung des Verfassungsrevisions-Entwurfs in der Kammer im Ausstand verharrt, so würde er sich zum Streikzwangsmittel entwickelt haben, zum Streik, welcher der Staatsgewalt den offenen Kampf anbietet.

Ein Kampf dieser Art braucht noch nicht mit dem Entscheidungskampf um die Herrschaft im Staat gleichbedeutend zu sein, wie das belgische Beispiel beweist. Auch im Falle seiner Weiterführung und seines Sieges hätte er nur zur Modifikation der bürgerlichen Herrschaft, nicht zu ihrer Ablösung überhaupt durch ein proletarisches Regiment geführt. Das Streikzwangsmittel kann folglich auch für Einzelaktionen des Proletariats auf einem Grad der Entwicklung in Anwendung kommen, bei dem die Gewinnung der politischen Herrschaft noch nicht in Frage kommt. Der Streikzwang ist dann der Durchführung einer Anzahl Augenblicksforderungen des Proletariats günstig, wie: Zurücknahme einer mißliebigen Maßregel, Oktroyierung eines erwünschten Rechts, Kabinettswechsel, der eine andre, den Augenblicksforderungen des Proletariats günstiger gegenüberstehende Schattierung der bürgerlichen Parteien ans Ruder bringt usw.

An der Möglichkeit der Durchführung eines ein- bis dreitägigen Manifestations- oder Demonstrationsstreiks in Ländern mit einigermaßen demokratischen Einrichtungen wird innerhalb der Sozialdemokratie wohl kaum ernstlich gezweifelt werden. Der Streik will in diesem Falle nur eine verstärkte Form der Straßendemonstration sein, jedoch viel eindringlicher wirken, da er die besitzende Klasse unmittelbar in ihren wirtschaftlichen Interessen schädigt und — falls er auf die Tagespresse, das Verkehrswesen, die Gemeindebetriebe usw. ausgedehnt wird — der ganzen Gesellschaft Unannehmlichkeiten und Störungen verursacht. Freilich riskiert das Proletariat durch einen derartigen Streik immer, ebensoviel an Sympathie bei allen andern Klassen zu verlieren als es an Beachtung gewinnt — ein Umstand, der auch sozialdemokratische Gegner energischer, rücksichtsloser Aktionen des Proletariats dazu gebracht hat, ihm jedenfalls die äußerste Mäßigung beim Protestationsstreik anzubefehlen.

Ein weiterer Nachteil dieser Art des Streiks ist, daß er bei etwaiger Wiederholung in bezug auf Dauer oder Ausdehnung — oder beide zugleich — wesentlich verstärkt werden muß, wenn sein Eindruck gesteigert oder nur der gleiche sein soll, ein Umstand, der schon an und für sich seine oftmalige Anwendung unmöglich macht. Kann auch bei diesem Streik von einem bestimmten Erfolg oder einer eigentlichen Nieder-

lage nicht die Rede sein — da er ja seinem Charakter gemäß auf direkte Erfolge verzichtet — so wird sein mehr oder weniger glänzender Verlauf, seine größere oder geringere Ausdehnung, die in ihm vom Proletariat bekundete Energie und Gesittung jedenfalls einen im Zusammenhange mit der allgemeinen Lage stehenden, bald merkbaren Einfluß ausüben. Er wird die herrschenden Klassen auf dem Wege der vom Proletariat erwünschten Konzessionen vorwärts treiben oder auch im Gegenteil unter Umständen diese Klassen von Konzessionen abhalten, da die Einmütigkeit und Kraft des Proletariats ihnen im Streik größer erschien als sie annahmen. In diesem Falle wird er die Reaktion stärken, aber auch das Klassenbewußtsein der Arbeiter heben, kurz, der Streik wird die Verschärfung der Klassengegensätze schneller vorwärts treiben.

Die große Meinungsverschiedenheit innerhalb der Sozialdemokratie über die Anwendbarkeit der Arbeitseinstellung als politisches Kampfmittel bezieht sich auf den Streik, der sich nicht begnügt, zu protestieren oder zu demonstrieren, sondern der eine Waffe im Kampf gegen die Regierung sein will. Sei es, daß er für eine wichtige Einzelaktion des Proletariats ins Auge gefaßt wird, sei es, daß er sich zur entscheidenden Phase, zum Kampf um die politische Herrschaft entwickelt, — ist es dem Proletariat m ö g l i c h, das eine oder andre Ziel auf diesem Wege zu erreichen?

Auf diese Frage antworten die unbedingten Gegner des politischen Massenstreiks mit einem Nein. Es scheint ihnen ausgeschlossen, auf dem Wege des Streiks für die Arbeiter große politische Entscheidungen in ihrem Sinne herbeiführen zu können. Der Reichtum der kapitalistischen Klassen an Geld und Konsummitteln, sowie der Reichtum der Regierung an organisierten Zwangs- und Repressionsmitteln macht nach ihrer Meinung die Anwendung von ökonomischen Pressionsversuchen zu einem hoffnungslosen Beginnen. Das Proletariat, als die Klasse der Besitzlosen, kann ebensowenig die Klasse der Besitzenden „aushungern", wie es sich der staatlichen Gewalt gegenüber zu behaupten vermag.

Die Ansicht der Gegner des politischen Massenstreiks, daß die ökonomische Besiegung der herrschenden Klassen durch „Aushungerung", wie der beliebte Ausdruck lautet, mittels des Streiks unmöglich ist, unterschreiben auch wir vollständig.

Zu ihr reichte die Dauer des Ausstands nicht entfernt aus, sie würde das Ausharrungsvermögen des Proletariats weit überschreiten.

Seine Beschränkung auf einige wenige Erwerbszweige wäre von lächerlicher Unzulänglichkeit, jede grössere Ausdehnung aber für die Arbeiter von verhängnisvoller Wirkung, da sie ihnen ein Teil der Hilfsmittel entzöge, die ihnen die weiterarbeitenden Kameraden sonst gewähren könnten.

Es ist aber noch andrer Gründe wegen rein unmöglich, die herrschenden Klassen durch „Aushungerung" zu besiegen. Wie G. Eckstein in der Neuen Zeit (Jg. 22, Bd. I, Nr. 12) nachweist, können auf diesem Wege die materiellen Interessen gewisser Kategorien der vom Mehrwert Lebenden gar nicht getroffen werden. Dem Großgrundbesitz, dem Geld- sowie dem Kolonialkapital ist auf diesem Wege des Streiks nicht beizukommen.

Bleiben übrig: die industriellen Kapitalisten. Diese kann der Streik ohne Zweifel ganz beträchtlich schädigen, hierauf beruht ja auch zum Teil seine Wirkung, aber sie zum Untergang bringen, als Kapitalisten vernichten, das vermag er nicht. In einem Dauerkampf müßte sich der Sieg zweifellos auf die Seite derer neigen, die sich im Besitz aller wichtigen Produktionsmittel, sowie aller großen Vorräte an Konsummitteln befinden. Mit Recht hebt Leimpeters in den Sozialistischen Monatsheften (II. Band, 2. Heft, S. 880) hervor, daß der Streik gerade die mächtigsten Kapitalisten am wenigsten zu treffen vermag. Die unermeßlich reichen Spitzen der hohen Finanz, die Eisenbahn- und Petroleumkönige, die Kohlenbarone und Stahlkönige, sie alle würde der stärkste ökonomische Sturm kaum erschüttern. „Die Großkapitalisten werden", sagt Leimpeters, „in einem Kampfe, in welchem es sich für sie schließlich um Sein oder Nichtsein handelt, durch keine achttägige Arbeitsruhe zu besiegen sein." Ja, wenn es sich darum handelte, die Kapitalisten durch den Streik zu besiegen, zum „Nichtsein" zu bringen, so würde allerdings auch eine achtmonatliche Arbeitseinstellung kaum genügen. Das Großkapital ist eben durch die ökonomischen Wirkungen des Streiks nicht zu besiegen, einfach darum, weil die Kapitalisten Kapitalisten, das heißt Besitzer der Produktionsmittel sind.

Die Herren Monopolisten würden nicht säumen, ihre Vorräte während des Kampfes zu wahnsinnigen Preisen zu ver-

kaufen und einen hübschen Extraprofit einzuheimsen. Sobald der Streik wegen der ökonomischen Erschöpfung der Arbeiter beendet wäre und die Produktion unter den alten gesellschaftlichen Verhältnissen wieder anfing, würde der den Kapitalisten von neuem zufließende Mehrwert den eventuell erlittenen Verlust bald wieder ersetzen.

Wohl dürfte der Ruin vieler kleiner Kapitalisten und ihre Verdrängung durch größere eine der Folgen des Streiks sein; das Tempo der kapitalistischen Konzentration würde beschleunigt werden, die Arbeiterklasse aber erreichte dadurch nur, ihre Ausbeuter noch mächtiger zu machen, als sie zuvor waren.

Als Konsumenten aber ist den großen Kapitalisten erst recht nicht beizukommen; das Aushungern in diesem Sinne hat noch weniger Aussichten! Die Allmacht des Reichtums bringt es sogar in einer belagerten, buchstäblich ausgehungerten Stadt zuwege, sich die gewohnten Luxusmittel zu verschaffen. Dies würde auch während eines Streiks der Fall sein.

Aber der politische Massenstreik stellt sich nicht das unmögliche Ziel, die kapitalistische Gesellschaft „auszuhungern". Wer ihn deswegen bekämpft, bekämpft nur eine irrige Vorstellung, die sich in seinem Kopfe infolge der Verwechslung des politischen Streiks mit dem ökonomischen Generalstreik gebildet hat. Der politische Streik richtet seine Spitze gegen den Staat; durch seinen Druck versucht er nicht, die Gesellschaft aufzureiben, sondern die politischen Machthaber zum Weichen zu bringen.

Dieser Druck auf die Regierung ist sowohl direkter wie indirekter Art. Den indirekten besorgt die vom Streik hervorgerufene gesellschaftliche Krise, die natürlich um so heftiger wirkt, je allgemeiner er ist, je länger er anhält und je wichtiger im gesellschaftlichen Organismus die von ihm umfaßten Erwerbszweige sind. Der Großbetrieb stellt die Produktion ein, der Verkehr steht vollständig still oder ist erheblich gestört, die Nachrichten kommen nicht oder doch unregelmäßig und verspätet ans Ziel; der Preis der Lebensmittel steigt rasch, Beleuchtung, Reinigung, Kommunikationsdienst, vielleicht auch Wasserzufuhr sind in den Großstädten, den Zentren der Bevölkerung, unterbunden. Man lebt wie im feindlichen Lande, die materiellen Interessen des Mittelstandes werden schwer geschädigt, die Handelsverhältnisse von Tag zu Tag zerrütteter.

Jeder Besitzende fürchtet für Eigentum und Leben, das Geld hat seine Allmacht verloren: dieser neue, unheimliche Zustand der gesellschaftlichen Machtlosigkeit versetzt die kapitalistischen Klassen in nervöse Angst. Jeder blickt auf die Regierung um Hilfe; sie soll schnell und nachdrücklich handeln, das Eigentum bewachen und beschützen, Ruhe und Ordnung aufrecht halten, vor allem aber: dem Stillstand der Produktion und des Verkehrs bald ein Ende bereiten, die ungeheueren Massen der feiernden Arbeiter wieder in die Bergwerke, Fabriken und Werkstätten einsperren, damit sich das Leben von neuem in den alten Geleisen fortbewegen könne. Wie aber soll das die Regierung anstellen?

Der politische Streik ist eine nationale Erhebung: auch in den zurückgebliebenen oder abseits gelegenen Orten, wo noch gearbeitet wird, droht er auszubrechen, die Gärung erfaßt die Arbeiterschaft des ganzen Landes. Überall ist Unruhe, überall Gefahr. Es sind Repressionsmaßregeln von nationaler Tragweite erforderlich, um Herr des Streiks zu werden, das heißt, das Proletariat zu desorganisieren.

Wohl verfügt der moderne Staat über ungeheuere Repressionsmittel, wird er sie aber in diesem Falle ganz entfalten können?

Jene Machtmittel beruhen vor allem auf der Stärke des mit moderner Bewaffnung ausgerüsteten Heeres, sowie auf der Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel für Nachrichten, Personen und Güter. Damit aber der Staat seine Machtmittel ganz entfalten kann, ist die schnelle, sichere Verbindung der Zentralgewalt mit allen Teilen des Landes unbedingt geboten. Von allen bedrohten Punkten, allen industriellen Zentren werden Truppensendungen gefordert; von überall her werden baldige, genaue Befehle verlangt. Aber alle Verbindungen sind unsicher, jede regelmäßige und schnelle Kommunikation unmöglich. Der zentralisierte Staat fällt auseinander; jede Provinz, jeder Distrikt wird sich selbst überlassen; den Unterdrückungsmaßregeln der Regierung muß es an planmäßigem Zusammenhang, an Einheitlichkeit fehlen.

Dies ist jedoch nicht die einzige Ursache der Desorganisation des Staates. Weiter unten werden wir untersuchen, ob sein wichtigstes Machtmittel, das Heer, auch ohne Einheitlichkeit der Aktion, imstande sein würde, eine Volkserhebung gewaltsam zu unterdrücken, und wie es sich der Wahrscheinlichkeit

nach den Kämpfenden gegenüberstellen würde. Hier wollen wir bloß bemerken, daß der Ausstand keineswegs dem Heer Gelegenheit zu bieten braucht, gewaltsam aufzutreten. Die Gewalt kann sich nicht äußern, solange sich ihr kein zur Vergewaltigung geeignetes Objekt entgegenstellt. Der Streik braucht keinen aufrührerischen Charakter anzunehmen, die Masse der Streikenden kann sich friedlich verhalten, Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht aus dem Wege gehen, Plünderungen, Krawalle vermeiden. Sie kann bei jeder Aufforderung auseinandergehen, sich aber immer wieder zusammenfinden, immer den unsichtbaren, innerlichen Zusammenhang bewahren, den ihr Klassenbewußtsein und gleiches Streben geben.

Anders bei den Herrschenden. Da gibt es von Anfang an Differenzen über die Frage, wie der Streik am besten und schnellsten niederzuschlagen sei. Da gibt es Draufgänger, die energisches Vorgehen, eine Blut- und Eisentaktik, fordern; Schlauköpfe, die mit Provokationen oder Verlockungen vorgehen wollen; Gemäßigte, die eine Politik der Zugeständnisse verlangen; Unzufriedene, welche die Ereignisse auf Unfähigkeit und Unschlüssigkeit der Regierung zurückführen. In dem Maße, wie die Wirkungen der gesellschaftlichen Krise an Intensität zunehmen, die Preise der notwendigsten Lebensmittel — Brot, Fleisch, Milch — steigen, die Gefahr der Plünderung, der Exzesse des Lumpenproletariats wächst, allgemeine Unzufriedenheit und Unsicherheit größer werden, wächst auch die Uneinigkeit in den Reihen der politischen Machthaber. Mit jedem neuen Zeichen ihrer Unschlüssigkeit und Verwirrung wird das Vordringen stärker, wachsen Entschlossenheit und Siegeszuversicht der revolutionären Massen. Der politische Erfolg winkt ihren ökonomischen Machtmitteln; der Sieg neigt sich ihrer Seite, als der zäheren und widerstandsfähigeren Organisation, zu. Die Wirkungen eines solchen Erfolges werden von Kautsky in folgenden Sätzen anschaulich dargestellt:

„Gelingt es den Streikenden; solange ihren Zusammenhalt und ihre zielbewußte Passivität zu bewahren, bis sie die Regierungsgewalt an irgend einem Punkte desorganisiert haben, sei es, indem es ihnen gelingt, Faktoren, deren die Regierung bedarf, zu sich herüberzuziehen, sei es, daß die Regierung selbst durch Order, Konterorder, Desorder Verwirrung, Schwäche und Ratlosigkeit unter ihrem Anhang erzeugt, dann ist das

Proletariat auf dem Wege zum Siege; die Besitzenden verlieren dann die Zuversicht, daß die Regierung sie schützen könne, es wächst unter ihnen die Furcht, jede Fortsetzung des Widerstandes könne ihnen Verderben bringen, sie bestürmen die Regierungsgewalt, nachzugeben, sie lassen sie im Stiche, um mit den aufsteigenden Gewalten zu paktieren und zu retten, was zu retten ist; die Regierung verliert jeden Boden unter den Füßen, und die Staatsgewalt fällt derjenigen Klasse zu, die ihren organisatorischen Zusammenhalt in dieser Krise am längsten zu wahren wußte, deren Ruhe und Zuversicht der großen, indifferenten Masse am meisten imponierte, die durch ihre besonnene Kraft selbst ihre Gegner entwaffnete: dem sozialdemokratisch geschulten Proletariat." (Neue Zeit, Jahrg. XXII, Bd. I, Nr. 22, S. 695.)

Diese Ausführungen sollen bloß dartun, wie der Sieg sich auf die Seite des Proletariats neigen kann, ohne daß von Aushungerung, von ökonomischer Vernichtung der kapitalistischen Klassen die Rede ist. Ob es jedoch so geschehen wird, beruht auf einer Reihe von Voraussetzungen, auf dem Zusammentreffen einer Anzahl Bedingungen und Umstände, die noch näher zu untersuchen sind. Jetzt soll nur dies festgestellt werden: mit der Ausschaltung des Aushungerungszweckes werden eine Anzahl Unmöglichkeiten hinfällig, die sich dem Gelingen jedes politischen Massenstreiks sonst notwendig in den Weg stellen. Nicht die ökonomische, sondern die organisatorische Überlegenheit der Klasse wird entscheidend; damit verschwindet jegliche Notwendigkeit einer so langen Zeitdauer des Kampfes, daß sie das Ausharrungsvermögen des Proletariats weit überschritte und unerbittlich entweder mit verzweifelter Unterwerfung oder verzweifelter Gewalttätigkeit enden müßte.

Gewiß wird auch der Sieg durch Desorganisation der Regierung nicht in ganz kurzer Zeit zu erringen sein. Und jeder Tag, um den es ihr gelingt, sich zu behaupten und den Streik länger hinauszuziehen, bringt für die Massen die Gefahr der ökonomischen Erschöpfung und des Zusammenbruchs näher, die Gefahr, daß die Not sie zwingt, entweder den Nacken unter das Joch zu beugen oder die Schranken der bürgerlichen Rechtsordnung zu durchbrechen.

Wären die Arbeiter überhaupt nur imstande, den Kampf auf ganz kurze Zeit, auf wenige Tage, auszuhalten, so stünde

es um ihre Aussichten freilich schlecht. Unter bestimmten Voraussetzungen aber braucht dies nicht der Fall zu sein. Man soll bei der Beantwortung der Frage: wie bald wird der Hunger die Arbeiter zur Unterwerfung treiben, nicht vergessen, daß es sich keineswegs um einen absoluten, sondern jedenfalls um einen relativen Mangel an Nahrungsmitteln handeln würde. In der modernen Gesellschaft mit ihren kolossal entwickelten Produktionskräften sind ja zu jeder Zeit große Vorräte an Konsummitteln aufgestapelt, und bis diese aufgezehrt sind, vergeht schon einige Zeit. Es gibt zwar einige Lebensmittel, wie das Brot, die nur für ganz kurze Zeit im voraus hergestellt werden, sie können aber zur Not durch andre, wie Reis, Bohnen usw., ersetzt werden. Nicht ein absoluter Mangel an Lebensmitteln bedroht die Arbeiter, sondern die Preissteigerung der Waren. Diese Preissteigerung würde zwar, da die meisten Lebensmittel für den proletarischen Konsum in minderwertigen Qualitäten fertiggestellt werden, voraussichtlich eine geringere sein, als die der erstklassigen Ware, immerhin aber würde sie die Arbeiterklasse schwer empfinden. Für solche Fälle kommen eine Reihe Hilfsmittel in Betracht, die das Proletariat während der Krise aufrecht erhalten können. Zuerst für die besser situierten Arbeiter die privaten Reserven. Manche Arbeiterfamilie würde sich mit dem Verlust ihrer Sparpfennige einige Zeit über Wasser zu halten vermögen. In zweiter Linie kommt die Unterstützung durch die Gewerkschaftskassen und die Konsumvereine in Frage; beide würden dem Proletariat eine beträchtliche Stütze sein können, — die einen an Geld, die andern an Waren. Ferner der Kredit, den Bäcker und Krämer auch sonst bei Streik, Arbeitslosigkeit usw. gewähren und gewähren müssen, um nicht ihre proletarische Kundschaft für immer zu verlieren. Endlich die Geldmittel, die den Kämpfenden aus den Mittelschichten zufließen, falls die öffentliche Meinung ihnen günstig wäre, schließlich die Geldsendungen des internationalen Proletariats.

Freilich, auch im günstigsten Falle würde die kämpfenden Arbeiter manche Entbehrung und manche Not treffen. Not und Entbehrung gibt es aber bei vielen Streiks auch heute, ohne daß die Streikenden deswegen gleich zusammenbrechen. Unendlich viel können die Menschen aushalten, wenn für sie Grosses auf dem Spiele steht, wenn eine große Sache sie be-

geistert, ja sogar schon, wenn eine starke Disziplin sie zusammenhält. Die Geschichte unzähliger Kriege und Belagerungen lehrt dies, sowie die mancher Aussperrungen und Streiks. Beim Proletariat wirken beide Momente zusammen: Hingabe für ein großes Ziel und Disziplin; das verleiht ihm erstaunliche Kraft.

Gewiß würde die Bourgeoisie während einer revolutionären Streikperiode materiell besser daran sein wie die Arbeiterklasse; sie hätte den Vorzug besserer Verproviantierung, das Proletariat aber den größerer Bedürfnislosigkeit. Der verzärtelte Bourgeois empfindet jeden Mangel, schon den an gewohnten Luxusmitteln, als schwere Plage. Der Proletarier dagegen ist gegen die Widrigkeiten des Lebens abgehärtet und gewohnt, zu darben und zu entbehren. Wie manche Arbeiterfamilie gibt es, in der Arbeitslosigkeit oder Erkrankung ihres Ernährers sofort zur Einschränkung der Lebenshaltung führt. Die harte Schule des Lebens stählt das Proletariat, gibt ihm in den Tagen des Kampfes eine moralische Überlegenheit über die materielle Überlegenheit der Bourgeoisie.

Es gibt also keinen Grund, anzunehmen, daß eine organisierte, disziplinierte, über gemeinschaftliche Kassen und Einrichtungen verfügende Arbeiterschaft den Streik nur wenige Tage aushalten könnte. Auch in dieser Beziehung dürften die russischen Ereignisse nicht ohne Lehre sein. Sie zeigen, wie sogar größtenteils unorganisierte, ungeschulte Massen in elender Lebensführung den Kampf mehrere Wochen fortsetzen konnten, ohne daß Hungerrevolten ausbrachen.

Die russische Arbeiterklasse hat aber zudem den politischen Massenstreik in einer Form in Anwendung gebracht, die ermöglicht, ihn auf Wochen und Monate auszudehnen, ohne das Proletariat durch eine völlige Erschöpfung zu gefährden. Der Generalstreik wird sozusagen parzelliert; es kommt nicht zur allgemeinen gleichzeitigen Arbeitseinstellung in allen wichtigen Erwerbszweigen, sondern die Bewegung nimmt die Form einer Reihe von ebensowohl neben- wie nacheinander verlaufender Streiks an, die unaufhörlich sowohl in neuen Betrieben ausbrechen als sich in alten wiederholen. Diese schleppende Form des politisch-revolutionären Streiks wird zwar nie eine so schnelle Entscheidung herbeiführen, wie dies die allgemeine, gleichzeitige Arbeitseinstellung in den wichtigsten Produktions-

zweigen vermag; sie gleicht in ihrem Wesen wie in ihren Wirkungen weniger einem Ansturm als einer Belagerung. Auf die Dauer aber kann eine derartige Streikbewegung, die jede Stabilität des gesellschaftlichen Lebens untergräbt, der Industrie und dem Handel jedes Gefühl der Sicherheit raubt, zweifelsohne die Desorganisation des Staates bewirken. Dazu ist vor allem erforderlich, daß das Proletariat imstande ist, die Streikbewegung mit kurzen Unterbrechungen immer wieder von neuem zu beginnen, die ruhige Produktion zur Ausnahme, Stockung und Krise dagegen zum gewöhnlichen gesellschaftlichen Zustand zu machen, also alle normalen gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf zu stellen.

Diese Ausführungen bezwecken keineswegs, zu leugnen, daß die Verproviantierung der Massen während einer politisch-revolutionären Streikperiode zu den schwierigsten Problemen in bezug auf Durchführbarkeit gehört. Dieses Problem wird aber nicht dadurch gelöst, daß man, wie es die unbedingten Gegner des politischen Streiks in unsern Reihen tun, die Schwierigkeiten aufeinanderstapelt, sich von ihnen jede Aussicht versperren läßt und auf ihre Lösung von vornherein verzichtet. Das Studium der Geschichte lehrt uns, wie jede Revolution die Produktion mehr oder weniger ins Stocken bringt. Es hat kaum eine revolutionäre Krise gegeben, die nicht für die Volksmassen Armut und Not in großem Maßstabe mit sich brachte. Die Geschichte lehrt uns aber auch, daß eine revolutionäre Bewegung nicht notwendig scheitern muß, und lehrt uns ferner, daß die weitere Verschärfung der revolutionären Krise eine notwendige Folge der Not unter den Volksmassen war. Besonders das Studium der großen französischen Revolution ist in diesem Punkte sehr lehrreich.

Aus den vorhergehenden Betrachtungen über die Hilfsquellen, die den Arbeitern bei einem politischen Massenstreik zu Gebote stehen, und über die Formen, welche er annehmen kann, geht jedenfalls hervor, daß es nicht notwendig ihr Verhängnis sein muß, schon in den ersten Tagen des Kampfes, noch ehe der Sieg ihnen winken kann, die Rechtsordnung zu durchbrechen und eine Niederlage heraufzubeschwören. Damit aber fällt die zweite „Unmöglichkeit" weg, die sich einem eventuellen Sieg in den Weg stellt: die unausbleibliche Kollision mit der bewaffneten Macht. Soll die Regierung mit

Hilfe der Armee, das heißt durch Gewalt, des Streiks Herr werden, so kann es nur dadurch geschehen, daß die Streikenden vom zielbewußten passiven zum aktiven Widerstand übergehen. Denn um den passiven Widerstand zu brechen, die Arbeiter mit Gewalt zur Arbeit zurückzutreiben, dazu reicht die Kraft des mächtigsten Heeres nicht aus. Bei der eigentlichen Großindustrie ist jeder Versuch, die Arbeiter zur Produktion zu zwingen, unmöglich. Im Verkehrswesen wie im Nachrichtendienst dürften vereinzelte Zwangsversuche schon eher gemacht werden. Ob sie etwas ausrichten könnten, ist freilich eine andere Frage. Im modernen, auf weitgehender Arbeitsteilung beruhenden Produktionsprozeß greift alles ineinander; sobald die Funktion eines Unterteils unterbunden ist, wird der Organismus gestört. Dies gilt für jedes einzelne Gewerbe wie für das Ganze der gesellschaftlichen Arbeit. Nehmen wir zum Beispiel den Eisenbahnbetrieb. Van Kol führt den Fall des Lokomotivführers an, der mit vorgehaltenem Revolver zur Arbeit gezwungen werden soll. Wie vermag er aber die geforderte Arbeit zu leisten, wenn nicht gleichfalls Heizer, Signalwächter, Rangierer usw. die ihrige verrichten? Seine Arbeit ist ja nur ein einziges Rädchen in dem ungeheueren, komplizierten Mechanismus des modernen Verkehrs. Soll das gesamte Eisenbahnpersonal „mit vorgehaltenem Revolver" zu seiner Arbeit angehalten werden? Ist der Streik allgemein, so wird die Armee nicht ausreichen, die Arbeiter zur Produktion zu zwingen. Dies widerstrebt dem Charakter des modernen Produktionsprozesses. Anwendung von Gewalt zu diesem Zweck kann nur sporadisch stattfinden und wird den Gesamtverlauf des Kampfes kaum beeinflussen.

IV. Die Voraussetzungen des politischen Massenstreiks*

Die erste Vorbedingung des politischen Massenstreiks ist ein zahlreiches, im Großbetrieb konzentriertes Proletariat. In Ländern, wo die Konzentration des Kapitals gering, das Proletariat schwach an Zahl und zersplittert ist, die kleinbürgerliche Produktionsweise vorherrscht, der größte Teil der

* Wo im folgenden von den Voraussetzungen des politischen Massenstreiks die Rede ist, da sind immer nicht die zu seinem Versuch, sondern zu seinem Gelingen erforderlichen Bedingungen gemeint.

Bevölkerung auf dem Lande angesiedelt ist, freie Bauern und Handwerker ihr Rückgrat bilden — in solchen Ländern ist der Sieg des politischen Massenstreiks ebenso ausgeschlossen, wie der des Proletariats überhaupt. Sobald aber die kapitalistische Entwicklung so weit vorgeschritten ist, daß sich ein, wenn auch im Vergleich zur Gesamtzahl der Bevölkerung noch schwaches, großindustrielles Proletariat gebildet hat, so wird, wenn andre Kampfmittel, vor allem politische Rechte noch fehlen, der politische Streik in Anwendung kommen können. Bei einem Gesamtkampf aller modernen Klassen gegen vorkapitalistische Staats- und Ausbeutungsformen wird er auch da die dem Proletariat eigentümliche revolutionäre Waffe bilden und gesellschaftliche Wirkungen hervorrufen, die, wenn sie auch für sich allein zum Sturze der bestehenden Staatsgewalt nicht ausreichen, so doch erheblich dazu beitragen können.

Seine ganze Kraft wird aber der politische Streik nur in ökonomisch hochentwickelten Ländern entfalten können, in denen, wo die agrarische hinter der industriellen Bevölkerung zurücksteht und das Proletariat einen ansehnlichen Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmacht. Wie weit dies schon jetzt in den Ländern des entwickelten Kapitalismus der Fall ist und immer mehr wird, beweisen folgende Zahlen:

Deutschland

1882:	Selbständige	344,	Unselbständige	640	per	1000
1895:	„	249,	„	751	„	1000

Belgien

1895:	Selbständige	183,	Unselbständige	817	per	1000

Die deutschen Zahlen beziehen sich auf Gewerbe, Handel und Ackerbau, die belgischen nur allein auf Gewerbe. In Deutschland bildeten somit die Selbständigen 1895 24,94 Prozent der Bevölkerung, die Arbeiter 66,07 Prozent.

Es ist aber nicht allein die Massenanhäufung des Proletariats, sondern ebensosehr seine Zusammensetzung in Betracht zu ziehen.

Je zahlreicher der Teil der Arbeiterschaft eines Landes, der in den Mittel- und Großbetrieben konzentriert ist, desto größer die Möglichkeit des politischen Massenstreiks. Seine Aussichten sind günstiger bei einem an Zahl schwächeren, aber im großindustriellen Betriebe konzentrierten Proletariat, als bei einer zwar zahlreicheren, aber über eine Menge von Klein-

betrieben zerstreuten Arbeiterschaft. Diese ist der Agitation nur schwer zugänglich, sie lebt in größerer moralischer Abhängigkeit von ihren Brotherren, es kostet unendliche Mühe, sie in eine ökonomische oder politische Bewegung hineinzuziehen; bei ihr hätte der politische Streik nur geringe Aussichten, — jedenfalls würde er sich nur langsam ausbreiten können. In der Produktion sind die Kleinbetriebe unabhängig von einander; der Stillstand des einen bedingt keineswegs den des andern. In der Großindustrie dagegen wird infolge ihrer höheren Organisation die ganze Produktion eines Betriebes zum Stillstand gebracht, wenn ein Teil der in ihr beschäftigten Arbeiter die Arbeit niederlegt.

Die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise ist die unaufhaltsame Zunahme des Groß- und Mittel- auf Kosten des Kleinbetriebs. Wie rasch diese Zentralisation vor sich geht, und wie weit sie in den entwickelten Industrieländern schon vorgeschritten ist, davon zeugen folgende Zahlen über die Bewegung der Klein-, Mittel- und Großbetriebe in Deutschland:

Betriebe

	1882	1895	Zu- oder Abnahme	
Kleinbetrieb Alleinbetriebe	1 877 872	1 714 351	— 163 251	— 8,7 %
Gehilfenbetriebe 1—5 Personen	1 004 896	1 220 372	+ 215 376	+ 21,4 %
Mittelbetrieb 6—50 Personen	112 715	191 301	+ 78 586	+ 69,7 %
Großbetrieb 51—1000 Pers. u. mehr	9 974	18 953	+ 8 979	+ 90 %

Personen

	1882	1895	Zu- oder Abnahme	
Kleinbetrieb Alleinbetriebe	1 877 872	1 714 351	— 163 521	— 8,7 %
Gehilfenbetriebe 1—5 Personen	2 457 950	3 056 318	+ 598 368	+ 24,3 %
Mittelbetrieb 6—50 Personen	1 391 720	2 454 333	+ 1062613	+ 76,3 %
Großbetrieb 51—1000 Pers. u. mehr	1 613 247	3 044 267	+ 1431020	+ 88,7 %

Auf je 100 im Gewerbe beschäftigte Personen entfielen 1895 auf den Kleinbetrieb 39,9, auf den Mittelbetrieb 23,6 und auf den Großbetrieb 36,3 Prozent; also auf Mittel- und Großbetrieb zusammen 60 Prozent. Von 10 269 269 Arbeitern arbeiteten schon 1895 5 498 600 im Mittel- und Großbetriebe.

In Belgien sind die Zahlen für den Großbetrieb noch etwas günstiger. Es arbeiteten im Jahre 1896 pro Hundert aller Arbeiter:

Kleinbetrieb (1— 4 Personen) .	16,56
Mittelbetrieb (5— 49 „) .	19,85
Großbetrieb (50—500 „) .	26,96
(mehr wie 500 „) .	16,97.

Es arbeiteten also 63,78 Prozent aller Arbeiter in Mittel- und Großbetrieben. Von diesen gehörten 36 Prozent dem kombinierten Riesenbetrieb an.

Aus diesen Zahlen ist aber die Überlegenheit des Groß- und Riesenbetriebs noch beileibe nicht ersichtlich. Die Konzentration der Produktionsmittel ist viel weiter fortgeschritten wie die der Arbeiter. Die deutsche Gewerbestatistik von 1895 gibt folgendes Verhältnis als die Durchnittszahl der Personen und Pferdekräfte an, die in den Betrieben, die mit Gehilfen und Kraftwerkzeugen arbeiten, angewendet werden.

Betriebe mit Personen	Auf einen Betrieb kommen Personen	Pferdekräfte
1—5	2,6	0,3
6—20	9,3	2,2
21—100	41,6	16,8
101—1000	231,5	161,2
1001 und mehr	1900,8	2247,5

Es ist klar, daß die Zahl der Pferdekräfte viel schneller wächst, wie die der im Betrieb beschäftigten Personen. Man vergegenwärtige sich zudem, daß eine Pferdekraft 24 menschlichen Arbeitskräften gleichgestellt wird.

Aus dieser kolossalen Zahl von Arbeitskräften ist, wie der Schlußbericht der Gewerbestatistik sich ausdrückt, das gewaltige Übergewicht zu erklären, das die Großbetriebe in der heutigen Volkswirtschaft erobert haben. Es besorgten 1895 die 296 Riesenbetriebe schon ein Fünftel und die Betriebe mit mehr als 100 Personen über die Hälfte der gesamten Produktion; die Kleinbetriebe (unter 20 Personen) aber bloß ein Viertel.

Erst aus diesen Zahlen ersieht man die wirkliche Überlegenheit des Großbetriebs. Aus ihnen geht hervor, daß wenn in den 18953 Großbetrieben die Produktion unterbrochen wird, die 2934723 Kleinbetriebe, sogar vermehrt um die 191301 Mittelbetriebe, höchstens ein Fünftel bis ein Viertel der Produktion besorgen können. Es braucht also nicht die ganze Produktion eines industriell entwickelten Landes lahmgelegt zu werden, damit die Arbeiter auf die Gesellschaft einen starken Druck ausüben können. Der Stillstand der Großbetriebe würde dazu ausreichen. Dieser aber wäre bereits durchzuführen, wenn noch keine 40 Prozent der Arbeiter eines hochentwickelten Industrielandes, wie Deutschland, in den Ausstand träten.

Die Groß- und Kleinbetriebe sind aber nicht gleichmäßig über alle Produktionszweige verteilt. Im Gegenteil. Während der Kleinbetrieb in manchen Erwerbszweigen das Feld noch behauptet, ist in andern der Riesenbetrieb schon fast alleinherrschend geworden. In Deutschland kamen nach der Gewerbezählung von 1895 auf je hundert beschäftigte Personen auf den Großbetrieb (mit über 50 Arbeitern) in folgenden Gewerben:

Bergbau	95,2	Personen
Chemische Industrie . .	61,7	"
Textil-Industrie	59,2	"
Maschinen-Industrie . .	59,0	"
Papier-Industrie	50,8	"
Stein- und Erd-Industrie	47,7	"

Im Bergbau gehören 45,3 Prozent aller beschäftigten Personen sogar den Riesenbetrieben mit mehr als tausend Personen an. In den wichtigsten Zweigen der modernen Industrie: Bergbau-, Stahl- und Eisen-, Chemische und Textil-Industrie, ist also die Konzentration am weitesten vorgeschritten.*

* Es ist ein Hauptfehler der jüngst in der Bibliothèque Socialiste erschienenen Broschüre des Genossen E. Buisson über den Generalstreik, daß er zwar die Zahl der im Groß-, Mittel und Kleinbetrieb beschäftigten Personen, nicht aber deren Verteilung auf die verschiedenen Produktionszweige und ebensowenig die unvergleichlich viel größere Leistungsfähigkeit des Großbetriebs untersucht. Die im Groß- und im Kleinbetrieb beschäftigten Personen werden bei ihm einfach als Produktionskräfte einander gleichgestellt. Bei dieser Methode gelangt Genosse Buisson

Am allerweitesten im Bergbau. Und gerade in diesem Erwerbszweige haben die Arbeitseinstellungen, wie sich aus unsrer Untersuchung der ökonomischen Massenstreiks der letzten Jahre ergab, fast die stärksten gesellschaftlichen Erschütterungen hervorgerufen und sich zu wichtigen politischen Ereignissen erweitert. In Ländern, die keinen oder nur unbedeutenden Bergbau haben, wird also dem politischen Massenstreik immer einer seiner bedeutendsten Stützpunkte fehlen.

Nur in einem andern Gewerbe erwiesen sich die gesellschaftlichen und politischen Folgen des Streiks noch wichtiger als im Bergbau: im Eisenbahnbetrieb. Hier ist von Konzentration kaum die Rede, weil die zu diesem Betriebe notwendige gewaltige Kapitalanlage ihn von vornherein fast nur als Riesenbetrieb in der Form der Aktiengesellschaft aufkommen ließ. Entweder befindet sich also der Eisenbahnbetrieb in den Händen einer kleinen Zahl mächtiger Gesellschaften, oder die Forderungen des Verkehrs sowie militärische Rücksichten haben den Staat zum Alleinbesitzer der Haupteisenbahnlinien gemacht.**

In letzterem Falle befinden sich also die Eisenbahnarbeiter in derselben Lage wie die des Post- und des Telegraphendienstes. Die Tatsache des staatlichen Monopols steigert ihre ökono mische Abhängigkeit, und die politische Macht ihres Brotherrn raubt ihnen — wo nicht der Staat eine ganz ausgebildete Demokratie ist — jede politische Bewegungsfreiheit und macht auch dort, wo ihnen Vereins- und Versammlungsrecht gesetzlich gewährt werden, diese Rechte illusorisch. Zum isolierten ökonomischen Streik fehlt ihnen mehr und mehr die Möglichkeit; nur in einer Zeit allgemeiner Gärung, unterstützt von der gesamten Arbeiterschaft, können sie den Ausstand wagen. Der politische Streik ist — und wird für die Eisenbahnarbeiter jeden Tag mehr — die einzig mögliche Form des Streiks; sie setzen dabei freilich ihre ganze Existenz aufs Spiel.

---

natürlich zu einem Schlusse, dem meinen diametral entgegengesetzt, nämlich, daß wenn auch die Produktion im Großbetrieb vollständig lahmgelegt würde, die Arbeiter der Klein- und Alleinbetriebe imstande wären, die Produktion auf gewisse Zeit notdürftig aufrecht zu erhalten.

** Das hier von den Eisenbahnen Gesagte gilt nur für Europa, nicht zum Beispiel für Nordamerika, wo das Eisenbahnkapital noch eine ganz andre wichtige politische Rolle spielt.

In ihrer Lage macht es dabei wenig Unterschied, ob Staat oder Privatkapitalisten als Unternehmer fungieren. Die Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung geht für sie so wie so auf steigende Abhängigkeit, abnehmende Bewegungsfreiheit infolge ihrer Unentbehrlichkeit für das gesellschaftliche Leben wie für die staatliche Organisation. Denn sind die Eisenbahnarbeiter in hohem Maße vom Staat abhängig, so, wie wir sahen, der Staat nicht weniger von ihnen. Die Unterbrechung des Eisenbahndienstes lähmt die staatliche Organisation, paralysiert seine Herrschaftsmittel. Deshalb das Bestreben, dort sowohl, wo der Staat als Unternehmer auftritt, als auch da, wo dies nicht der Fall ist, durch militärische Disziplin die Eisenbahner in stramme Zucht zu nehmen und der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Deshalb das Aufkommen einer Spezialgesetzgebung, die die Arbeitseinstellung für sie zu einem Kriminalverbrechen stempelt, das mit langjähriger Gefängnisstrafe gebüßt werden muß.

Es ist klar, daß die Eisenbahner, die sich ganz in der ökonomischen Abhängigkeit mächtiger Monopolisten, sowie in der politischen des Staates befinden, für den politischen Massenstreik eine sehr ungünstige Position haben. Alle Bedingungen, die beim Proletariat eintreffen müssen, soll er die große Mehrzahl der Arbeiter eines Erwerbszweiges hinreißen, sind hier im allerhöchsten Maße erforderlich. Nicht nur starke Organisation, klares Klassenbewußtsein, tiefste Erregung sind notwendig, um die Eisenbahner zum Streik zu bringen, sondern dazu noch gute Aussichten auf Erfolg. Dieser Erfolg aber soll, wie Kautsky bemerkt, wollen sie sich einem Streik ohne zu große Gefahren anschließen, in der Gewinnung einer vom Proletariat beherrschten Regierung, eines proletarischen Regimes bestehen. Beim Protest- oder Demonstrationsstreik, im allgemeinen bei jedem Streik, der nicht den Entscheidungskampf mit der bürgerlichen Staatsgewalt bringt, wird wahrscheinlich von der Beteiligung der Eisenbahner immer weniger, jedenfalls nur in beschränktem Maße, die Rede sein. Es ist somit ebenso bezeichnend wie erklärlich, daß sich die Masse der Eisenbahnarbeiter keinem der politischen Streikversuche der letzten Jahre angeschlossen hat. Sie riskierten eben zu viel; die Bewegungen waren in keinem einzigen Falle imposant, überwältigend genug, um sie mit fortzureißen. In Holland, wo der Streik ihre eigne Sache betraf, wo die vorangegangene

Agitation in der Hauptsache darauf zugeschnitten war, die Eisenbahner zu gewinnen, wo sie zudem kurz zuvor einen epochemachenden Sieg errungen hatten, streikten von ihnen noch keine 20 Prozent.

* * *

Die moderne Staatsgewalt ist dem Proletariat an allen materiellen Hilfsmitteln politischer wie wirtschaftlicher Art weit überlegen. Die Tatsache des politischen Streiks kann daran nichts ändern. Ebensowenig wie ökonomisch durch Aushungerung, kann das Proletariat politisch den Gegner überwinden durch Machtentfaltung der gleichen Art, wie der Staat sie anwendet: durch Gewalt.

In einem einzigen Punkt ist das Proletariat der herrschenden Klasse von Haus aus überlegen: an Zahl. Die selbständige Organisation des Proletariats ist die systematische Anwendung dieser Zahl im Klassenkampf. Der politische Streik aber, besonders wenn er mehr wie Demonstration oder Protest, wenn er Pressionsmittel sein will, ist ein äußerstes Ringen zwischen der staatlichen und der proletarischen Organisation.

Staatliche und proletarische Organisation sind aber ganz verschiedenartige Größen: die erste ist Zwangs-, die zweite freiwillige Organisation. Die Macht der ersten beruht vor allem auf ihren materiellen Gewaltmitteln; die der zweiten, der diese Mittel fehlen, kann die materielle Übermacht des Staates nur durch moralische Überlegenheit brechen.

Nicht so sehr die physische Übermacht als die überlegene Organisation des Herrschaftsapparates bildet nach Kautsky die Grundlage jeder Herrschermacht. Auch bei Organisationen desselben Typus — zum Beispiel bei zwei Armeen — ist der große Vorteil zu beobachten, den — sogar bei ungefähr gleicher Zahl und Bewaffnung — organisatorische Vorzüge verschaffen. Noch viel folgenreicher aber wirkt die Differenz zwischen Organisationen von verschiedenem Typus, wie sie die staatliche Zwangs- und die proletarische, freiwillige Organisation darstellen.

Die moderne, zentralisierte, sich auf Bureaukratie und Militarismus stützende staatliche Organisation verfügt zwar über gewaltigere Herrschaftsmittel wie irgend eine frühere Herrschermacht; in einem wichtigen Punkte aber steht sie bekanntlich

hinter diesen zurück. Die Organisation des feudalen und in geringerem Maße auch die des absolutistischen Staates war die Organisation der herrschenden Klassen selbst. Militär, Verwaltung, Rechtswesen waren in ihren Händen. Im bürgerlich-kapitalistischen Staate aber haben die herrschenden Klassen sich den Herrscheraufgaben entzogen, um sich ausschließlich dem Erwerb und Genuß widmen zu können. Deshalb ist der bürgerliche Staat weniger eine Organisation der bürgerlichen Klasse wie eine dieser dienenden Organisation. Die Elemente, die ihn bilden, sind nicht dieselben, die den Staat beherrschen, sie sind von den kapitalistischen Klassen gekauft, um ihre staatlichen Interessen wahrzunehmen. Sie können ohne jegliche Neigung in den Dienst des Staates übergegangen sein; die einen, die bureaukratischen Elemente, um des Erwerbs willen, die andern, die militärischen, größtenteils durch Zwang gepreßt. Weit entfernt, daß alle diese Diener des Staates sich in gleicher Liebe zu ihm zusammenfinden! Im Gegenteil: unter ihnen gibt es eine Anzahl unzufriedene, oppositionelle Elemente, schlecht bezahlte und rücksichtlos behandelte Angestellte, die um des lieben Brotes willen Jahr für Jahr so manches hinunterschlucken, und keine Sekunde zögern würden, das sinkende Schiff in der Stunde der Gefahr zu verlassen und zu den aufsteigenden Mächten überzugehen.

Wie anders bei der proletarischen Organisation. In ihr finden sich nur Menschen in gleicher Lage zusammen, mit gleichen Lebensinteressen und Zielen. Freiwillig treten sie in die Organisation ein, sich bewußt, daß sie ihrer bedürfen. Die Stärke dieser liegt in der Hingebung und Begeisterung der Massen, in deren Liebe; einen andern Pfeiler hat sie nicht. Gerade deshalb ist sie unzerstörbar. Ihre Form kann zersprengt, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aber, die Einheitlichkeit des Wollens, kann den Massen nicht genommen werden.

Die Zwangs- — vor allem die militärische — Organisation fällt auseinander, sobald ihre Form zerstört wird. Solange eine geschlagene Armee den Zusammenhang bewahrt, ist sie imstande, einen geordneten Rückzug anzutreten; werden aber die organisatorischen Einheiten aufgelöst, sind alle Bande zerrissen, so ist's mit der Disziplin vorbei: der Rückzug wird zur wilden Flucht. Wie dagegen geschulte proletarische Massen,

auch wo die Form der Organisation durch Gewalt zersprengt wird, zu kämpfen wissen, das haben unter anderm die deutschen Arbeiter während des Sozialistengesetzes gezeigt.

Die freiwillige, proletarische Organisation erzeugt ihre eignen Führer. Sie wählt jene aus ihrer Mitte, die ihr eignes Denken und Empfinden, ihre Lebensinteressen und Ziele am klarsten zu erfassen und am schärfsten auszusprechen wissen. Solche Menschen bringt die Organisation aber immer wieder von neuem hervor: mithin ist ihr kein Führer unentbehrlich; fällt er, so finden sich andre, die an seine Stelle treten. In der Zwangsorganisation aber ist jener der Führer, der am besten zu gebieten, zu herrschen weiß und am besten versteht, die Masse für fremde Zwecke zu gebrauchen. Seine persönlichen Fähigkeiten bestimmen ihr Los. Der große Feldherr, der autoritäre Minister eines autokratischen Staates sind der militärischen oder bureaukratischen Organisation unentbehrlich; fallen sie, so kommt alles zeitweilig ins Schwanken, eine Periode der Unsicherheit und Desorganisation tritt ein.

Aus der Organisation geht hervor, auf der Organisation beruht alle Kraft und alles Selbstgefühl des modernen Proletariers. Sie gibt ihm, was dem Feudaladligen seine Waffen gaben, dem Bourgeois sein Geld gibt: Widerstandsvermögen, Stolz und Würde. Ein unorganisierter Arbeiter ist das schwächlichste Geschöpf der Welt; jede Drohung macht ihn zittern; nur zu leicht raubt ihm das Gefühl seiner Abhängigkeit jeden moralischen Halt, macht ihn feig und sklavisch.

Die Organisation besorgt die Selbsterziehung des Proletariats nicht nur für den Klassenkampf, sondern auch für das gesamte gesellschaftliche Leben. In der Organisation lernt es, sich selbst regieren. In ihr lernt jeder einzelne seine kleinen und zufälligen Interessen denen des Ganzen, von dem er ein Teil ist, unterordnen; seine gelegentlichen und zufälligen Ziele dem auch von ihm gewollten großen, allgemeinen Ziele opfern; er lernt mit einem Worte Disziplin.

Die proletarische Disziplin bildet das Gegenstück zur Zwangsdisziplin der militärischen Organisation. Bei dieser muß der Einzelwille geschwächt, gebrochen, bei der proletarischen erzogen werden. Je stärker der Wille, wenn die Einsicht vorhanden, desto besser. Die militärische Disziplin hat zum Zweck, jede Regung des Einzelwillens zurückzudrängen, den

Menschen für fremde Zwecke abzurichten, ihm den blinden Gehorsam, ohne Einsicht in die Ziele des Befehlenden, zur Lebensgewohnheit zu machen. Die proletarische Disziplin lehrt den einzelnen, alle die Regungen zurückzudrängen, die das Erreichen des auch von ihm erstrebten Zieles erschweren — um dieses Zieles selbst willen. Sie lehrt ihn, seinem gefesteten vernünftigen Ich zu gehorchen, das inmitten einer sich selbst bestimmenden Vielheit gleichgesinnter Kameraden selbständiger wird und in der Autorität seiner selbsterwählten Führer ein Gegengewicht gegen vorübergehende Anwandlungen seines unvernünftigen Ichs gewinnt. Die militärische Disziplin erniedrigt den Menschen, indem sie ihn für fremde Zwecke abrichtet, Zwecke, die seinen Interessen, seiner Einsicht, seinem Gewissen widerstreben können. Die proletarische Disziplin erhebt ihn, indem sie ihm ermöglicht, gemeinsame Zwecke besser zu fördern. Die militärische Disziplin tötet im Menschen das Verantwortlichkeitsgefühl, die freiwillige, proletarische kräftigt es.

Die freiwillige Disziplin ermöglicht es erst dem Proletariat, den Kampf mit dem ihm an Gewaltmitteln überlegenen Gegner zu führen, fest und ruhig zu bleiben in der Gefahr wie der Soldat in der Schlacht. Sie gibt dem Führer Vertrauen in die Masse, der Masse Vertrauen in den Führer, jedem einzelnen zu seinen Kameraden. Nicht so sehr, um den Kampf aufzunehmen bedarf das Proletariat der Disziplin sowie der Geübtheit und Schulung, sondern um ihn fortzusetzen; vor allem, um sich nicht vom Gegner erschrecken und betrügen zu lassen. Kampfeslustig erweist sich auch, wenn es einmal erregt ist, das ungeschulte und unorganisierte Proletariat, manchmal sogar in höherem Maße als das geschulte und organisierte, weil es weniger zu verlieren hat; es ist aber in weit geringerem Maße zum andauernden Kampfe fähig. Die Masse des unorganisierten Proletariats läßt sich von Stimmungen beherrschen. Ihr Mut wogt auf und ab wie die Wellen: heute stürzt sie sich todesmutig auf einen übermächtigen Gegner, morgen stiebt sie vor einer eingebildeten Gefahr auseinander. Sie erschrickt leicht bei jeder Drohung, wird durch jede Verlockung entwaffnet, jede Aufreizung bringt sie in Wut. Anders das disziplinierte, geschulte, organisierte Proletariat. Wohl ist es auch den menschlichen Stimmungen der Furcht und Hoffnung zugänglich, aber es läßt sich nicht von ihnen beherrschen, sondern wird ihrer

Herr. Auch in der Erregung bewahrt es seine Besonnenheit; die Erfahrung im Kampfe hat es gelehrt, sich ebensowenig entmutigen wie zum Übermut hinreißen zu lassen. Nur ein geschultes Proletariat vermag, allen Drohungen, Provokationen und Verlockungen unerschütterliche Entschlossenheit entgegenzustellen.

Um gewahr zu werden, wie unentbehrlich dem Proletariat Kampfgeübtheit und Disziplin für den politischen Streik sind, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, welche Mittel die politischen Machthaber anwenden können, um die Kämpfenden in Verwirrung zu bringen. Wir haben gesehen, daß die Militärgewalt deshalb des Streiks nicht Herr werden kann, weil sie, was allein der gesellschaftlichen Spannung und Krise ein Ende machen würde, nicht vermag, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Wohl aber kann der Staat den Versuch machen, die Kämpfer durch Entfaltung all seiner Gewaltmittel einzuschüchtern. Er kann bei den Staats- und Gemeindearbeitern Massenverhaftungen vornehmen; er kann die Arbeiter gewaltsam aus ihren Wohnungen werfen, wenn sie Eigentum des Staates, der Gemeinde, der Eisenbahngesellschaften usw. sind; er kann Versammlungsrecht und Bewegungsfreiheit aufheben, die Führer ins Gefängnis schleppen, mit einem Wort: die Bewegung kopflos machen, in der Hoffnung, einen Wutausbruch zu provozieren. Er kann aber auch mit Mitteln der Überredung auf die Arbeiter einwirken, ihnen drohen mit allgemeiner Entlassung, ihnen versprechen, ihre Beschwerden abzustellen, die Ursachen des Kampfes zu beseitigen, sobald nur die Arbeit wieder aufgenommen ist. Er wird falsche Nachrichten von Verrat und Entmutigung verbreiten lassen, von der Aufnahme der Arbeit an andern Orten. Er wird das Lumpenproletariat zur Plünderung antreiben und Krawalle anzetteln, um die Bewegung zu diskreditieren und dem Militär einen Vorwand zur Anwendung von Gewalt zu geben. Er wird sich aller bestehenden Institutionen bedienen sowie aller Vorurteile und jedes Aberglaubens, um die Arbeiter vom Kampfe abzulenken: die Streikenden von der Kirche verdammen, von der Presse als Opfer ausländischer Verschwörer hinstellen lassen. Wer sich vergegenwärtigen will, welch Tausende von Mitteln der Grausamkeit und der Niedertracht der Staat gegen eine politische Streikbewegung in Anwendung bringen

wird, denke nur an das schamlose Vorgehen der russischen Regierung seit den Januartagen bis heute, an ihre Maßnahmen der brutalsten Grausamkeit bis zur raffiniertesten Schlauheit.

Eine ungeschulte, undisziplinierte Arbeiterschaft, wie begeistert sie auch den Kampf aufnahm, wird unter diesen Verhältnissen leicht versagen, oder zur Gewalt übergehen. Nur abgehärtete, geübte Kämpfer sind imstande, allem Betrug und aller Brutalität kalte Verachtung entgegenzusetzen, der äußerlichen Mittel der Verständigung sowie der Führer beraubt, in ungewaltsamem Widerstand auszuharren. Freilich darf auch hier nicht übersehen werden, daß seinerseits der revolutionäre Kampf am besten geeignet ist, die Schulung und Disziplin des Proletariats im Sturmschritt vorwärts zu bringen.

Eins ist die Organisation des Proletariats; ein andres das Bewußtsein, der Geist, der dieses beseelt und auch die unorganisierte Masse beeinflußt. Auch an diesen Geist stellt der politische Massenstreik die höchsten Ansprüche. Das Proletariat muß, um Großes vollbringen zu können, von klarem Klassenbewußtsein erfüllt, das heißt sozialdemokratisch erzogen sein. Es muß in seinen Anschauungen und Gewohnheiten immer mit der Möglichkeit einer Phase des entscheidenden Kampfes, als Frucht der langsam gereiften Umkehr in den Verhältnissen der Klassen, gerechnet haben. Es muß entschlossen sein, in einem solchen Falle seine äußersten Kräfte gegen die Machtmittel der herrschenden Klassen einzusetzen, vor keinem Opfer an Gut und Blut zurückzuschrecken. Es muß in allen Alltagskämpfen und bei aller Alltagsarbeit das Bewußtsein seiner großen Kulturmission, den stolzen Willen, die Gesellschaft umzuwälzen, wach und lebendig erhalten haben.

Nur ein so denkendes und empfindendes Proletariat — ein Proletariat, durchglüht von revolutionärer Gesinnung — wird willig sein, in entscheidenden Situationen die Entbehrungen und Leiden des Massenstreiks auf sich zu nehmen, seinen Gefahren die Stirn zu bieten. Denn nur ein solches Proletariat ist imstande, sich von einer großen Welle revolutionärer Begeisterung über alle Alltagsrücksichten und Alltagsängstlichkeit erheben zu lassen.

Nur die Sozialdemokratie aber stellt dem Proletariat große Ziele, erhabene Ideale vor Augen, für die es sich begeistern kann. Wo die Arbeiterbewegung, wie zurzeit in England,

größtenteils in den Gleisen einer engherzigen, kleinlichen Gewerkschaftspolitik läuft, wo die bürgerlichen Rechte der großen Zahl der Arbeiter nur dazu dienen, um Augenblicksforderungen mit dieser oder jener der bürgerlichen Parteien zu schachern, da kann der politisch-revolutionäre Streik, wie festgefügt und umfassend auch die gewerkschaftliche Organisation sei, nicht in Anwendung kommen. Das Bewußtsein des Proletariats, eine geschichtliche Mission zu erfüllen, seine Kampfesstimmung und seine revolutionäre Gesinnung ist und bleibt das entscheidende Moment, das über die Möglichkeit nicht zwar seines Gelingens, sondern eines Versuches des politischen Massenstreiks entscheidet. Deshalb war er in Rußland möglich und aus demselben Grunde fehlt zur Zeit in England seine wichtigste Vorbedingung.

Der politische Streik ist die Verbindung von politischem und wirtschaftlichem Kampf, die Mobilisierung der ökonomischen Macht des Proletariats zum Zwecke der Erreichung politischer Ziele. Er macht es somit notwendig, daß der Zusammenhang aller seiner Kampfmittel ihm klar vor Augen steht. Wo die politische und die wirtschaftliche Organisation im Gegensatz zu einander stehen, statt einander zu ergänzen, wo die Gewerkschaftsbewegung antiparlamentarisch ist, die politische Partei ausschließlich dem Kampf im Parlament ihre Kraft und Aufmerksamkeit zuwendet, die Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes unterschätzt und sich infolgedessen eine gewisse Animosität zwischen den verschiedenen Formen der proletarischen Organisation entwickelt, da ist der politische Streik ein überaus gefährliches Experiment. Hier besteht die Gefahr, daß die Massen das politische Ziel des Streiks, sei er Demonstration oder Pression, nicht klar erkennen und ihn als endgültigen, auf die Vernichtung des Kapitalismus gerichteten Kampf auffassen werden. Dies ist dann wieder nicht geeignet, dem Streik die Sympathien der politischen Vertreter des Proletariats zuzuführen; er wird ihnen als ein unsinniges Unternehmen erscheinen, dem sie sich unmöglich von Herzen anschließen können. Unter solchen Verhältnissen ist der Sieg ausgeschlossen — die Niederlage verhängnisvoll. Der Kampf muß in Zank und Zwietracht enden, die Arbeiterklasse wird sich in dem Moment zerfleischen, in dem die äußerste Eintracht geboten wäre.

Auch wo die Gewerkschaftsbewegung in den umgekehrten Fehler verfällt, nämlich nur auf die Erzielung kleiner Augenblickserfolge gerichtet ist, darin ganz aufgeht und in einem bewußten Gegensatz zum Sozialismus steht, kann der politische Streikversuch nur mißglücken, denn es ist unmöglich, daß die Anschauungen und Gewohnheiten der Massen plötzlich eine ganz andre Richtung einschlagen.

Die Erfahrung lehrt, daß sozialdemokratisches Bewußtsein, gutes Einvernehmen und Zusammenhalt zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation, inneres Verwachsen beider, noch weit wichtiger ist als der Umfang dieser Organisation. In Belgien, wo dieser Zusammenhalt bestand, wo von jeher der wirtschaftliche mit dem politischen Kampf als ein organisches Ganze funktionierten, war es dem Proletariat, als der Sieg nicht zu erringen war, möglich, einen geordneten Rückzug auszuführen; die Organisation wurde kaum erschüttert. In Holland, wo dieses gute Einvernehmen fehlte, Partei und Gewerkschaften nicht gewohnt waren, bei jeder wichtigen Aktion zusammenzugehen, wo die Masse der Arbeiter sich über das Ziel des politischen Streiks gänzlich im unklaren befand, führte die Niederlage bekanntlich zu einer Katastrophe der gewerkschaftlichen Organisation.

* * *

Es ist bei der Diskussion über den Generalstreik oft davon die Rede, ob der politische Massenstreik in diesem oder jenem Fall, z. B. zur Erringung oder Sicherung des Wahlrechts, anzuwenden sei. Wer dies im voraus bestimmen will, beweist nur, daß er von den psychologischen Bedingungen, die sich zu den wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen der siegreichen Volkserhebung gesellen müßten, keine Ahnung hat. Der politische Massenstreik läßt sich ebensowenig beschließen oder verbieten, wie irgend ein großer Streik, eine Massenbewegung, eine Volkserhebung, eine Revolution.

Jeder Gewerkschaftsführer weiß, wie unmöglich es ist, den Massenstreik, selbst wenn die Situation die denkbar günstigste wäre, zu dekretieren, wenn die Massen nicht mit ihrer ganzen Seele hinter ihm stehen. Jeder Gewerkschaftsführer weiß aber auch, wie schwer und oft unmöglich es ist, einen Streik zurückzuhalten, wenn der Unwille, noch länger zu dulden, und die

Kampfstimmung in den Massen erwacht sind. Die Erregung, die sich der Arbeiter bemächtigt, treibt sie von ihrer Arbeit fort; sie können nicht anders; sie müssen streiken. So sehr das „blitzartige" Ausbreiten und Umsichgreifen des Streiks die bürgerlichen Kreise überrascht, alle die dem Proletariat nahestehen, wissen, daß diese Erregung keine Augenblickslaune, sondern die Entladung eines seit langen Jahren von Druck, Elend, Erniedrigung aufgespeicherten Grimmes ist. Welche Veranlassung auch den Streik herbeigeführt haben mag, sie ist immer nur der letzte Tropfen im vollen Becher. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung schlägt dem Proletariat so viele und so tiefe Wunden, daß es, wenn einmal seine Kampflust erwacht, wenn es sich einmal dazu aufrafft, die Alltagsrücksichten, den Indifferentismus und den Stumpfsinn abzuschütteln, den Kampf gegen die Ausbeuter wie eine beglückende Erlösung empfindet.

Deshalb kann sich mit einem Schlage, sowie tiefe Erregung zum Ausbruch des Massenkampfes führt, die seelische Physiognomie der Masse ändern. Es gibt keine Indifferenten, keine Entnervten, keine Widerstrebenden mehr, alle folgen dem Strom der allgemeinen Begeisterung. In ihm verschwindet individuelle Schwäche und Indifferentismus wie ein Stück Treibholz in den Wellen des Meeres. Die tiefe Falte der Unterwürfigkeit wird in den Seelen glatt gestrichen, die Tradition sklavischer Genügsamkeit wie ein altes Gewand abgestreift. Der Wille zur Freiheit dämmert auf und schlägt die kleinen Sorgen des Lebens zu Boden. Im Vordergrunde des Bewußtseins der Kämpfenden steht nur eins und dies eine scheint sie ganz zu erfüllen: der Wille zum Kampf. „Kämpfen, und wenn wir sterben", „lieber sterben als länger kampflos dulden" — diese Grundstimmung klingt aus jedem Massenkampf heraus. Die Erlösung von der täglichen, eintönigen Arbeitsqual, das Bewußtsein, sich endlich nach langer Erniedrigung aufgerichtet zu haben, das Sicheinsfühlen in einem großen Ziel, das vollkommene Aufgehen des einzelnen in der Gemeinschaft der Tausende: dies alles erweckt in der Masse eine heroische Begeisterung. Unorganisierte und unklare Köpfe, Alte und Junge, Weiber und Kinder werden von ihr erfaßt. Alle Vorsicht wird vergessen, alle Rücksicht hört auf. Der Streikimpuls wirkt unwiderstehlich, und wie der Himmel von Wolken überzogen

wird, überziehen die Scharen der Feiernden die Stadt oder das Land. Der stärkste Zügel des Proletariats, sein eigener vernünftiger Wille, der sich als Beschluß der Organisation seiner Leidenschaft entgegenstellt, wird zur Seite geschleudert, die proletarische Disziplin durchbrochen.

Eine solche Erregung hat der erstaunten Gesellschaft manchen ökonomischen Massenstreik und manchen Sympathiestreik vor Augen geführt. Und nur eine so tiefe und gewaltige Erregung vermag einen allgemeinen politischen Streik hervorzurufen. Nicht bloß die Organisierten werden von ihm fortgerissen; im Gegenteil: kommt er zur rechten Stunde, als Ausbruch einer unwiderstehlichen revolutionären Erregung, so wird er unzweifelhaft viel größre Massen in die Bewegung reißen, als es dem sozialistischen Bewußtsein im eigentlichen Sinne entspricht.* Schon die belgischen Generalstreiks zur Erlangung des Wahlrechts bekundeten dies; in noch höherem Grade der italienische Streik und erst recht die ungeheuere russische Streikbewegung.

Es ist dies natürlich nur der Fall, wenn die Erregung nicht bloß die Arbeiter eines Erwerbszweigs oder eines Distrikts, sondern die gesamte Arbeiterschaft eines Landes umfaßt. Dies kann aber nur eintreten bei Fragen, die die Lebensinteressen — materielle wie ideelle — des ganzen Proletariats aufs innigste berühren. So tief muß die Empörung, so überwältigend die Sehnsucht der Massen sein, daß es ihnen zu einer unumstößlichen Gewißheit wird, in den alten Verhältnissen nicht weiter leben zu können, und so erstrebenswert ihnen des Kampfes Ziel sein, daß ein jeder seine ökonomische Existenz, ja sein Leben mit Begeisterung dafür einsetzt. Der politische Massenstreik kann also nur das Ergebnis einer heftigen moralischen Krise im Proletariat sein, eines Ausbruchs lang angesammelter revolutionärer Erregung und Energie. Keineswegs aber braucht er, wie Jaurès annimmt, stets aus einer durchaus ungünstigen politischen Lage, somit aus einem Gefühl der Verzweiflung hervorzugehen. Verzweiflung, abwechselnd mit roher Genußsucht und dumpfer Resignation, sind die vorherrschenden Aufwallungen und Triebe des unauf-

* Siehe hierüber auch: Rosa Luxemburg: Und zum dritten Male das Belgische Experiment, Neue Zeit, Jahrg. XX, Bd. II, S. 208 usw. Die Verfasserin beruft sich hier, als interessantes Exempel, auf einen lokalen politischen Generalstreik zu Carmaux.

geklärten, unorganisierten Proletariats. Das dem aufgeklärten und organisierten Proletariat aber eigentümliche Charakteristikum ist Empörung gegen alles Unrecht und Siegeszuversicht. Diese Empfindungen, aufs äußerste gesteigert, treiben es in den Kampf. Von revolutionärer Energie durchglüht, von Siegeszuversicht beseelt, stark und gewaltig, weil es freudig hofft, nicht weil es verzweifelt: so wird das organisierte Proletariat zum politischen Massenstreik übergehen.

Es leuchtet aus dem Vorhergesagten ein, daß der politische Streik sich nicht für bestimmte Fälle in Aussicht stellen läßt. Aber vermag man auch nicht, den Sturm zu befehlen, so läßt er sich doch manchmal voraussagen. So kann auch aus gewissen Erscheinungen, aus der Stimmung der Arbeiterschaft und ihrer Organe, aus der steigenden Erregung und Erbitterung, dem drohenden Charakter der Manifestationen und Demonstrationen ein Ausbruch des angesammelten Zornes mit einiger Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden. Dies annehmen, ist aber ganz etwas andres, wie den politischen Streik als eine bestimmte Maßregel für ganz bestimmte Fälle ins Auge fassen oder für einen bestimmten Termin ansagen, — wie als Verteidigungsmittel des Wahlrechts, als Abwehr gegen den Verfassungsbruch überhaupt oder als Angriffsmittel zur Eroberung irgend eines wichtigen politischen Rechtes.

Es ist eben nie vorher zu sagen, welche Ereignisse beim Proletariat jene gewaltige Glut des Zornes, der Empörung und der Begeisterung anfachen werden, die zum politischen Massenstreik absolut erforderlich sind. Dies hängt mit der geschichtlichen Entwicklung und der ganzen Lage zusammen. Eine Enttäuschung oder Entrechtung wird sowohl von der Arbeiterschaft verschiedener Länder anders empfunden werden, wie von der ein und desselben Landes zu verschiedenen Zeiten. Es kommt hier ein Gesetz des seelischen Lebens in Betracht, das für die Masse wie für den einzelnen Geltung hat, das Gesetz von Aktion und Reaktion. Jede aufsteigende Linie geht in eine niedersteigende über; auf jeden Höhepunkt folgt ein Niedergang, und erst wenn dieser erreicht ist, kann die Bewegung einem neuen, weiteren Höhepunkt zustreben. Dies Gesetz erklärt, wie das eine Mal ein Ausbruch der Entrüstung durch ungefähr gleiche Ereignisse wachgerufen werden kann,

die zu andrer Zeit wohl einen gewissen Unwillen, keineswegs aber einen Sturm hervorzurufen imstande wären und umgekehrt. Die holländischen Arbeiter, die sich unter dem erhebenden Eindruck des Sieges der Eisenbahner gegen den Angriff der Regierung auf das Streikrecht in zorniger Empörung aufbäumten, nahmen ohne besondere Erregung die Vorlage eines Arbeitskontraktentwurfes entgegen, der in seiner ursprünglichen Fassung jede Möglichkeit, zu streiken, aufhob. Die italienischen Arbeiter antworteten auf die Mailänder Metzeleien vom Jahre 1898, wobei Hunderte von Männern, Frauen und Kindern niedergeschossen wurden, nur mit dumpfem Grollen; sechs Jahre später, bei der Nachricht der Mordtaten von Buggeru und Castelluzzi, durchwühlte ein gewaltiger Zorn das Herz des italienischen Proletariats — und der Streik als spontane Riesendemonstration dieses Zornes war da.

Wohl gibt es verschiedene Faktoren, die den Ausbruch des politischen Streiks in einem gegebenen Lande fördern oder hemmen können. Einer dieser Faktoren ist zweifellos das nationale Temperament. Teilweise ist das eine Sache der Rasse: gewiß werden unter den gleichen Umständen die Völker der romanischen Rasse eher zu spontanen Erhebungen übergehen, als die phlegmatischen und besonneneren Nordländer. Das nationale Temperament ist aber auch ein Ergebnis der jüngeren geschichtlichen Vergangenheit und der unter ihrem Einfluß gebildeten Traditionen und Sitten. Eine Volk ohne revolutionäre Vergangenheit und revolutionäre Traditionen wird sich schwerer erheben und entschließen, den politischen Massenstreik als revolutionäres Mittel anzuwenden als eine Nation mit revolutionärer Vergangenheit und Tradition. Aber die durch die kapitalistische Entwicklung erzeugte Gleichheit der Verhältnisse drängt dem Proletariat aller Völker, — welches seine Rasseneigentümlichkeiten auch seien und wie seine nationale Vergangenheit auch beschaffen sein möge — die gleichen Anschauungen, die gleiche Organisation und Kampfesweise auf. Und weder das kalte, nordische Blut noch der völlige Mangel jeder revolutionären Tradition bei der Masse hat den politischen Massenstreik des russischen Proletariats verhindert, sobald der großindustriellen Arbeiterschaft die Anwendung dieses ihr fremden Kampfmittels von den geschichtlichen Ereignissen nahegelegt wurde.

Unter den mannigfaltigen Umständen, die den Ausbruch des politischen Streiks fördern oder hemmen können, verdient noch besondere Beachtung die Stärke der Organisation. In den älteren Ländern des Kapitalismus besteht zwischen dem heutigen Proletariat und demjenigen zur Zeit des kommunistischen Manifests der Unterschied, daß es, wenn nichts andres, so doch die von ihm oft in jahrzehntelangem Ringen eroberten Rechte und seine ausgebildeten Organisationen zu verlieren hat. Ein auf politischem Gebiete rechtloses, auch ein sich zwar bürgerlicher Rechte erfreuendes, aber nur schwach organisiertes Proletariat wird leichter für den politischen Massenstreik zu gewinnen sein, als ein Proletariat, das sich gewisser politischer Rechte erfreut und stark organisiert ist, denn dieses hat bei einer eventuellen Niederlage unendlich mehr zu verlieren. Kommt es aber zum Kampf, dann wird ihn das weiter fortgeschrittene Proletariat mit äußerster Anstrengung und zähester Beharrlichkeit führen.

Je umfassender und festgefügter die Organisation, um so tiefer und nachhaltiger ist die Erregung, welche die Massen erfassen muß, um sie in den Streik zu treiben, um so größer sind demnach auch die Aussichten seines Sieges. Diese Aussichten hängen indes nicht nur von der Zahl und Tüchtigkeit des Proletariats ab, sondern es kommen dabei noch Momente in Frage, ohne die der Sieg unmöglich ist, wie zahlreich und stark die industrielle Arbeiterschaft auch sein mag, wie mustergültig ihre Organisation, wie mächtig die Erregung, die sie in den Kampf treibt.

Die Möglichkeiten und Aussichten des politischen Massenstreiks hängen außer von der Kraft und Reife des Proletariats auch vom Charakter des Staates ab.

Es ist oft der politische Streik zu der parlamentarischen Methode in einen Gegensatz gebracht worden. Die Annahme eines solchen Gegensatzes aber beruht auf einem Irrtum. Dieser entsteht entweder aus dem Grunde, daß der politische Streik mit der anarchistischen Generalstreikidee verwirrt und verwechselt wird. Diese letztere steht tatsächlich als absolutes Universalmittel, das in allen Lagen und Verhältnissen mit Erfolg angewendet werden kann, falls nur die Einsicht und der Wille vorhanden sind, nicht bloß zum Parlamentarismus, sondern zu allen andern Methoden des

proletarischen Klassenkampfes in einem wirklichen Gegensatz. Oder aber der Irrtum beruht auf der Überschätzung des Parlamentarismus, der zu der einzigen Methode und der einzigen Marschroute gemacht wird, auf welcher das Proletariat seine Schlachten schlagen und seine Ziele erreichen kann.

In Wahrheit besteht zwischen Parlamentarismus und politischem Massenstreik ebensowenig ein Gegensatz, wie zwischen Organisation und Begeisterung oder Disziplin und revolutionärer Energie. Sie heben einander nicht auf, sondern ergänzen sich wechselseitig. Einerseits kam die Idee des politischen Massenstreiks ursprünglich auf als ein Mittel, den Zugang zum parlamentarischen Kampfplatz zu erzwingen; diesem Ziele sind auch verschiedene seiner Versuche gewidmet. Andrerseits ist der Massenstreik in seinen mildern Formen des Protests und der Demonstration bis jetzt nur in Ländern zur Anwendung gekommen, in denen ziemlich entwickelte parlamentarische Einrichtungen bestehen und das Proletariat sich eines nicht allzu geringen Maßes bürgerlicher Freiheit erfreut.

In Staaten von ganz oder halb absolutistischem Charakter, mit starker Zentralregierung und dürftig entwickelten, wenig einflußreichen parlamentarischen Einrichtungen, ist der politische Streik als gesetzliches Demonstrations- oder Manifestationsmittel, wie er in Schweden und Italien gehandhabt wurde, noch nie versucht worden.

Es ist überhaupt zweifelhaft, ob er in solchen Staaten, vor allem in Deutschland, in dieser Form je Anwendung wird finden können. Der Grund, weshalb sich hier die parlamentarischen Einrichtungen nicht weiter entwickeln und das Proletariat nicht zu größerer Bewegungsfreiheit kommt, liegt gerade an der Massenanhäufung dieses Proletariats, an der starken Entwicklung seines Selbstbewußtseins, an dem Umfang und der Macht seiner Organisationen. Diese Umstände wieder machen es unwahrscheinlich, daß der Massenstreik etwas andres sein kann als die Einleitung zu entscheidenden Kämpfen; nicht, weil das Proletariat es so will, sondern weil seine Gegner auch in der friedlichsten Demonstration die Todesdrohung ihrer politischen Herrschaft erblicken würden.

Die Demokratie hat sich nur dort voll entwickeln, die parlamentarischen Einrichtungen haben nur da starke Wurzel im Nationaldasein fassen und üppig in die Höhe schießen können,

wo die Kämpfe des modernen Bürgertums gegen Absolutismus und feudal-agrarische Klassen in eine Zeit fielen, da das Proletariat noch unentwickelt und unselbständig war. Dort hat das Bürgertum, als seine Feinde niedergeschlagen waren, diejenigen politischen Einrichtungen konsequent durchführen können, die dem Wesen seiner Klassenherrschaft entsprachen, ohne Furcht, daß das Proletariat jene Einrichtungen als Mittel anwenden würde, die bürgerliche Herrschaft zu stürzen.

Wo aber, wie in Deutschland, die Revolutionskämpfe des Bürgertums mit den Anfängen der proletarischen selbständigen Organisation und des proletarischen Emanzipationskampfes zusammenfallen, da wachsen Parlamentarismus und Demokratie nicht über dürftige Anfänge hinaus. Das Bürgertum wagt nicht, den Absolutismus und die feudal-agrarischen Klassen vollständig abzutun, weil es in der politischen Macht dieser Klassen, in ihren Anschauungen, ihren Sitten einen Schutz gegen das andrängende Proletariat findet. Es begnügt sich, wie mit einer halben Revolution, so mit halbwegs-parlamentarischen Institutionen. Es nimmt die schmachvolle Geringschätzung, mit der es vom Throne behandelt wird, gern in den Kauf, um den von ihm gewährten Schutz weiter zu genießen.

In solchen Ländern, unter solchen Verhältnissen kann das Wachstum der Macht des Proletariats sich keineswegs in einem weiteren ununterbrochenen Ausbau der parlamentarischen Einrichtungen zeigen. Im Gegenteil: je zahlreicher seine Anhänger werden, je mehr sein gesellschaftlicher Einfluß zunimmt, desto geringer sind die Aussichten auf demokratische Reformen, desto einflußloser ist der Parlamentarismus und desto gefährdeter erscheinen die bestehenden Volksrechte. Politische Reaktion in der Gesetzgebung und in der Handhabung bestehender Gesetze geht mit dem Verfall des Parlamentarismus Hand in Land: beide entspringen der selben Wurzel, der Furcht vor der modernen Arbeiterbewegung. Wohl versuchen die herrschenden Klassen, wenigstens ihre klügeren und weitsichtigeren Schichten, ab und zu das Proletariat durch materielle Konzessionen zu ködern. Aber die Politik der Korruption erweist sich in dem Maße erfolglos, wie das Proletariat sich seiner Aufgaben und Kräfte bewußt geworden ist, je fester es die Möglichkeit, Ausbeutung und Unterdrückung ganz zu beseitigen, ins Auge gefaßt hat. Es ist aber den herrschenden Klassen unmöglich, das Prole-

tariat durch politische Reformen in freiheitlichem Sinne zu beschwichtigen; sie können nicht wagen, die Bewegungsfreiheit ihres Gegners zu stärken, ihn aus dem Siege neuen Mut und neue Kräfte schöpfen zu lassen.

Bei diesen Voraussetzungen also: die Kämpfe des Bürgertums gegen Absolutismus und feudal-agrarische Klassen, zeitlich zusammenfallend mit dem Anfang des proletarischen Klassenkampfes für die sozialistische Gesellschaft, ist der weitere Verlauf der Entwicklung notwendig ein solcher, daß das Proletariat unmöglich an innerem gesellschaftlichem Einfluß und an äußerlicher politischer Macht gleichmäßig zunehmen kann. Im Gegenteil: der Abstand zwischen seiner realen Macht, seiner Reife, seinem Selbstbewußtsein und dem von ihm in der staatlichen Sphäre Erreichten muß immer größer werden. Seine politisch-parlamentarischen Erfolge werden immer geringer, wie gleichzeitig der bürgerliche Parlamentarismus selbst immer greisenhaft-ohnmächtiger wird. In diesem Stadium der Entwicklung ist nicht bloß keine Rede davon, daß das Proletariat auf parlamentarischem Wege neue Rechte und Freiheiten gewinnen könne, sondern es muß sich gefaßt machen, drohende Angriffe auf vorhandene Rechte zurückzuweisen.

Es ist selbstverständlich, daß eine proletarische Aktion, die in mehr demokratischen Ländern zwar scharfe Abwehr seitens der bürgerlichen Gesellschaft erfahren, aber nicht als revolutionäre Tat angesehen würde, in Ländern des stärkeren Drucks und Gegendrucks, der antidemokratischen Lebensformen und Sitten, des entwickelteren Klassengegensatzes und der größern Spannung, die sich daraus ergibt, von den Gegnern viel schärfer beurteilt und mit viel größerer Einmütigkeit, Energie und Rücksichtslosigkeit bekämpft werden wird. Nicht so sehr auf das unmittelbare Ziel der Aktion des Proletariats kommt es hier an, nicht in erster Reihe der abstrakte Inhalt der Forderung, für die es in den politischen Streik tritt, ist es, die ihn in den Augen der herrschenden Klassen zu einem revolutionären Unternehmen macht, sondern die konkrete Bedeutung, die dieser Inhalt aus den vorhandenen Gegensätzen, den Kräfteverhältnissen und der allgemeinen Lage schöpft. Der politische Massenstreik kann in dem einen Staate eine Erweiterung der Volksrechte, zum Beispiel das Wahlrecht, zum Ziel haben, aber als ruhiger Demonstrationsstreik verlaufen,

während in einem andern Lande ein Streik zum Zweck der Verteidigung des Wahlrechts, also bloß zur Erhaltung bestehender Zustände, von der Regierung als revolutionäre Erhebung betrachtet und als solcher begegnet wird. Entscheidend ist nicht der abstrakte Inhalt der Forderung, sondern die allgemeine politische Situation, das Maß der Kräfte, die Tatsache, ob die herrschenden Klassen sich schon vom Proletariat bedroht fühlen — nicht in dieser oder jener Hinsicht — sondern in ihrer ganzen Klassenherrschaft, ob der Sieg auf einem Punkt schon Sieg auf der ganzen Linie bedeutet.

Wenn auch die Arbeiter in einer solchen Situation nur zum Streik greifen, um auf eindringlichere Weise gegen einen Regierungsakt, etwa eine Einschränkung ihrer Rechte, zu protestieren, so würde der Charakter des Regierungssystems unmöglich machen, daß der Streik als Manifestation verliefe. Der Staat würde die Arbeiterschaft zwingen, entweder den Streik sofort aufzugeben oder ihn, ihren Absichten entgegengesetzt, zu einer Entscheidungsschlacht zu machen. Den Arbeitern wäre es unmöglich, den Kampf, wie es beim Manifestationsstreik der Fall ist, nach ihrem Gutdünken abzubrechen, unmöglich auch der Kompromiß oder der geordnete Rückzug, weil die Regierung sofort die strengsten Maßnahmen zur Unterdrückung des Streiks, der in ihren Augen eine schwere Ungesetzlichkeit bedeutet, treffen würde. Würden die Arbeiter diesem Drucke nachgeben und den Streik beenden, noch ehe er recht begonnen, so wäre der politische wie der moralische Erfolg ganz auf seiten des Staates. Es wäre für das Proletariat besser gewesen, überhaupt nicht gekämpft, als einen schwachen, mattherzigen Kampfversuch gewagt zu haben, dessen Mißlingen nicht nur seinem Selbstvertrauen, sondern auch seinen Organisationen einen schweren Schlag versetzen müßte. Hielte das Proletariat aber stand, ließe es sich durch die Drohungen und die Machtentfaltung der Regierung nicht einschüchtern, dehnte sich der Streik infolge der wachsenden Erregung immer weiter aus, so würde das Proletariat, ob es wollte oder nicht, zum Entscheidungskampfe gedrängt werden. Der als Demonstration begonnene Streik würde sich rasch zum Kampfe um die politische Macht erweitern. Er endete entweder mit der völligen Niederwerfung des Proletariats, der Zerstörung seiner Organisationen, dem Lahmlegen seines Kampfes auf Jahre hinaus, —

oder mit dem Sturz des herrschenden Regiments, der Einsetzung einer vom Proletariat abhängigen Regierung.

Der friedliche Manifestations- oder Proteststreik unterstellt also einen schon halbwegs demokratischen Boden, und ein Verhältnis der Kräfte, wobei das Proletariat sich zwar schon zu einem bewußten Zusammengehen, zu der Möglichkeit eines geschlossenen Vorgehens emporgehoben hat, aber doch seinem Gegner nicht allzu furchtbar und stark erscheint, und seine Macht noch bei weitem nicht ausreicht, die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu stürzen. Diese Form des Streiks kann also nur unter bestimmten Verhältnissen und bei bestimmten politischen Gebräuchen in Anwendung kommen, am ehesten in Klein- und Mittelstaaten, bei mehr oder weniger demokratischen Einrichtungen, wo die Staatsgewalt weniger zentralisiert, der Militarismus zu keiner so furchtbaren autonomen Macht ausgewachsen ist. Da zeigt sich der friedliche politische Streik von einigen Tagen Dauer als eindrucksvolle, aggressive Demonstration sehr wohl möglich. Er kann als Unterstützung des parlamentarischen Kampfes in gewissen Fällen ein geeignetes Mittel sein, spruchreife, politische Reformen durchzusetzen, Verschlechterungen vorzubeugen und gegen Vergewaltigungen zu protestieren. In allen solchen Fällen hat er keine besondern Gefahren für das Proletariat im Gefolge. Er erfordert aber eine geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft, die sich über den Charakter des Streiks als Demonstrationsmittel absolut klar und bereit ist, ihn auf das erste Zeichen der Führer zur festgesetzten Zeit zu beenden, damit er nicht den Charakter eines Pressionsstreiks annehme.

Es leuchtet ein, der Manifestationsstreik macht nicht erforderlich, daß die gesamte Arbeiterschaft des Landes in den Ausstand tritt. Es handelt sich ja nur um einen Druck auf die öffentliche Meinung, und dieser kann durch das einige Tage währende Stillegen der wichtigsten Erwerbszweige der Großindustrie, des Bergbaus, des Hafentransports, erreicht werden. Hauptsache ist die Masse der Feiernden. Es ist nicht notwendig, das gesamte öffentliche Leben durch Stillegen des Verkehrs usw. zu desorganisieren. Vielmehr könnte eine zu allgemeine Arbeitseinstellung in diesem Falle über ihr Ziel hinausschießen. Wohl werden sowieso die reaktionären Parteien immer bereit sein, den Demonstrationsstreik zu einem

revolutionären Pressionsversuch aufzubauschen, die Führer als Aufrührer zu denunzieren — das ist unvermeidlich. Aber wenn sich die Arbeitseinstellung auch über die Produktionszweige von unbedingter, allgemeiner Notwendigkeit erstrecken würde, brächte sie den größten Teil der Bevölkerung gegen die Streikenden auf die Beine. Wo es also nur auf die feierliche Wirkung einer Demonstration abgesehen ist, wäre der von Turati* gegebene Rat zu beachten, die wesentlichen Erfordernisse des öffentlichen Lebens zu respektieren, wenngleich auch in geringerem Maße, als er dies vorschlägt. Denn wenn, wie Turati verlangt, Eisenbahnverkehr, Post und Telegraph, Wasserzufuhr, Sanitätsdienst, Brotversorgung, Beleuchtung und Tagespresse, wenn alle diese Einrichtungen vom Streik unberührt bleiben sollen, so dürfte seine demonstrative Wirkung allzusehr geschwächt werden. Auch soll man, wie Oda Olberg mit Recht bemerkt, keine Masche im Gewebe der Solidarität unnötig zerschneiden.

In politisch vollständig ausgebildeten Demokratien dagegen, wie zum Beispiel die Schweiz, würde der Manifestationsstreik von der Mehrzahl der Bevölkerung als eine unnötige Störung des wirtschaftlichen Lebens empfunden werden. Es ist also unwahrscheinlich, daß man sich dort seiner bedienen wird. Wo sich die Gesamtheit der Bürger politischer Rechte erfreut, die ihr ermöglichen, zu jeder Zeit auf direktem Wege in die Verwaltung des Landes einzugreifen, die Regierung somit direkt im Volkswillen wurzelt, hat der politische Streik keine Berechtigung. Eine Arbeiterklasse, die über die direkten politischen Waffen des allgemeinen Wahlrechts, der Volksinitiative und des Referendums verfügt, braucht für den Klassenkampf das indirekte Mittel, den politischen Streik, nicht, um ihren Willen durchzusetzen. Die normale Entwicklung des Klassenkampfes ist hier die Aufklärung und Organisation zum richtigen, das heißt den proletarischen Klasseninteressen dienenden Gebrauch aller bürgerlichen Rechte.

Es ist jetzt, im Zusammenhang mit dem vorher Ausgeführten, noch zu untersuchen, unter welchen Bedingungen der politische Streik im letzten Stadium des proletarischen Klassenkampfes

* Filippo Turati: Lehren und Folgen des Generalstreiks in Italien. Sozialistische Monatshefte 1904, Bd. II, Heft 2.

— das Stadium der annähernd gleichen Kräfte, das Stadium der großen Entscheidungen — dem Proletariat günstige Aussichten bietet. Dies wird immer ein Stadium sein, in dem die Reaktion äußerlich stark erscheint. Ebensowenig aber wie diese äußerliche Stärke der Reaktion gleichbedeutend ist mit der Schwäche des Proletariats (vielmehr ist sie eine Folge seiner realen Macht), ebensowenig brauchen die nicht proletarischen Klassen einmütig und geschlossen hinter ihr zu stehen, gesinnt, der Regierung in ihrem Kampfe gegen die Erhebung der Massen zuzustimmen und willig sie zu unterstützen. Ist dies der Fall, stehen starke Klassen einmütig hinter einer Regierung, so wird sie schwer von einer Klasse, wie zahlreich und energisch sie auch sei, gestürzt werden können.

Wenn nur das Proletariat mit der Regierung unzufrieden ist, sie aber das Zutrauen der Mittelschichten genießt, Armee und Bureaukratie ihr ergeben sind, so kann sie dem Ansturme ziemlich ruhig entgegensehen. Sie wird ihre Maßregeln ergreifen im Bewußtsein ihrer Kraft und konsequent und entschlossen gegen die Unbotmäßigen vorgehen. Sind aber alle Klassen mit einer Regierung mehr oder weniger unzufrieden und hat sie zu fürchten, daß ihre Anhänger von heute auf morgen zu den neuen Mächten überlaufen, so fühlt sie sich, gebärdete sie sich auch noch so brutal, innerlich schwach, handelt unentschlossen, ist weder weitblickender Konsequenz des Handelns, noch ruhiger Unerschütterlichkeit fähig. Solche innerlich morsche Regierung, zu der keine Klasse mehr in fester Zuversicht und Treue steht, kann der proletarische Ansturm zum Zusammenbruch treiben.

Kautsky bemerkt einmal: Die moderne Entwicklung habe die Tendenz, die Regierungen zu schwächen und alle Klassen mit ihnen unzufrieden zu machen. Die Staatsgewalt und die hinter ihr stehenden Klassen haben heute im wesentlichen alles erreicht, was sie wollen, sie haben keine großen Ziele mehr zu verwirklichen: deshalb gibt es keine geschlossenen bürgerlichen Parteien, keine starken bürgerlichen Regierungen mehr. Es gibt kein großes gemeinsames Interesse, das die Klassen zusammenschweißen könnte, die kleinen, lokalen und beruflichen Sonderinteressen kommen in den Vordergrund, die Parteien der besitzenden Klassen spalten sich immer mehr in kleine, kurzsichtige Cliquen. Die Regierungen aber

werden immer mehr zu Koalitionsregierungen, deren Aufgabe nicht mehr darin besteht, ein großes Programm durchzuführen, sondern darin, die auseinanderstrebenden Elemente unter einen Hut zu bringen, was nur möglich ist in der Weise, daß man jede zum Verzicht auf den Rest ihres traditionellen Programms veranlaßt, daß man also ihre gesetzgeberische Unfähigkeit steigert und ihre ganze Kraft auf irgendeine naheliegende Maßregel konzentriert.*

Es gibt also gesellschaftliche Tendenzen, die der Tendenz der zunehmenden Geschlossenheit und Einmütigkeit der bürgerlichen Gesellschaft in der Abwehr gegen den Massenstreik entgegenwirken. Das Proletariat braucht nicht notwendig alle nichtproletarischen Klassen als eine „reaktionäre Masse" sich gegenüber zu haben, wenn sein Emanzipationskampf ein revolutionäres Tempo annimmt.

Werden sich aber, auch wo allgemeine Unzufriedenheit mit einer unfähigen und untätigen Regierung vorhanden ist, der Erhebung des Proletariats nicht alle nichtproletarischen Elemente entgegenstemmen und sich gegen das Proletariat zusammenschließen? Werden sie nicht alle ihre Klagen und Schmerzen vergessen, wenn der Sieg des Proletariats in greifbare Nähe rückt?

Eine unbedingte Antwort ist auf diese Frage nicht zu geben. Die Gruppierung der gesellschaftlichen Kräfte hängt in der entscheidenden Kampfesphase von mancherlei Umständen ab, vor allem aber davon, ob die Mittelschichten in einer revolutionären Situation dem Sieg des Proletariats oder aber dem der Reaktion mit größerer Furcht entgegensehen würden. Mit Gewißheit behaupten, diese Schichten würden sich immer, unter allen Umständen, auf die Seite der Reaktion schlagen, heißt zweierlei vergessen. Erstens, daß Koalitionsregierungen nicht in gleichem Maße die Interessen aller Klassen außer der proletarischen vertreten, sondern hauptsächlich die einiger einflußreicher Cliquen, wie die hohe Finanz, die großen Monopolisten, den Großgrundbesitz, die Spitzen der Armee und die Bureaukratie. Zweitens die Tatsache — sie bildet das Gegenstück zur ersten —, daß das Proletariat mehr und mehr zum einzigen Vorkämpfer der allgemeingesellschaftlichen Interessen

* K. Kautsky, Allerhand Revolutionäres, Neue Zeit, Jg. 22, Bd. I, Nr. 23.

wird. Dies ist nicht nur der Fall, wo es für gute internationale Beziehungen, für Förderungen der Kultur und Wissenschaft, der öffentlichen Hygiene usw. eintritt, sondern auch, wo es augenscheinlich nur für sein Klasseninteresse kämpft. So träfe zum Beispiel eine Wahlrechtsverkürzung, welche die arbeitenden Klassen ihres politischen Einflusses beraubte, mittelbar die ganze Gesellschaft und brächte die gesellschaftliche Entwicklung ins Stocken. Dies hätte das Emporkommen der reaktionärsten, borniertesten und gewalttätigsten kapitalistischen Cliquen zur Folge, die eine verhängnisvolle Politik der Ausplünderung der Massen, der Zollkriege, des tollen Militarismus und Marinismus, der gefährlichen Kolonialabenteuer herbeiführen würden. Keineswegs aber würde sie zu einer größeren Berücksichtigung der Interessen der Mittelschichten, der Kleinbürger und Bauern, der Intellektuellen führen.

Aber die Tatsache, die Niederschmetterung des Proletariats, der Sieg der Reaktion brächte dem Mittelstand keineswegs eine Verbesserung, sondern eine Verschlimmerung seiner Lage, bedeutet noch keineswegs, daß er dies notwendig erkennen wird. Es sind sehr verschiedene Gruppen, mit äußerst abweichenden Anschauungen, Lebensgewohnheiten und Interessen, die unter diesem Sammelnamen des Mittelstandes zusammengefügt werden. Mit dem „alten Mittelstand", dieser festgefügten, einheitlichen Masse — einheitlich in der Lebensführung und im Denken — haben sie nur den Namen gemein. Es befinden sich unter ihnen Bruchstücke des alten, unabhängigen Handwerkerstandes, die zu den bornierten und reaktionärsten Schichten der Bevölkerung gehören; kleine Kapitalisten und Rentiers, die vor allem von einer Regierung Ruhe und geringe Steuern verlangen, Werkführer, Vorarbeiter, Techniker, Angestellte und Beamte, Angehörige der freien Berufe und Intellektuelle aller Art. Von den letzten Kategorien dürften viele fortschrittlich gesinnt sein, manche sogar in normalen Zeiten zu den Mitläufern der Sozialdemokratie gehören, sich sympathisch zu vielen ihrer Forderungen stellen, solange das Proletariat friedlich-ungewaltsam vorgeht. Ob sie die ungeheuere Änderung der Taktik, als die der Massenstreik erscheint und die eine Folge des Umschlags der Verhältnisse ist, auch verstehen und ihr zustimmen würden, ist freilich eine andre Sache.

Jedenfalls aber ist klar, daß man diese Mittelschichten unmöglich unter einen Begriff fassen kann. Sie sind keine einheitliche Klasse, weder ökonomisch noch politisch und moralisch. Wie die Grundlage ihres Daseins von der kapitalistischen Entwicklung fortwährend erschüttert wird, wie ihre Zusammensetzung unaufhörlichen Veränderungen untersteht, so wird man sich auch auf ihre Gesinnung nie verlassen können. Ihre seelische Physiognomie ist zeitlich wie räumlich unendlich verschieden. Je nach Tradition, Lage, Augenblicksinteressen und Stimmungen, schließt sich die eine oder die andre der Gruppen, die sie ausmachen, dieser oder jener Partei an. Dieselbe ihrer Schichten, die in einem Lande oder einer Stadt, der scheinbar-demokratischen Reaktion gehört, wie dem Nationalismus, den Christlichsozialen usw., wird sich anderwärts unter die Führung der Sozialdemokratie stellen. Es ist ja allgemein bekannt, wie die seelische Physiognomie der Klasse der Kleinhändler und andrer von Stadtviertel zu Stadtviertel verschieden sein kann, je nachdem sie durch Abstammung, Interessen usw., mit dem Proletariat verbunden ist oder nicht.

Diese breiten Schichten sind es, die in der heutigen Gesellschaft nicht unmittelbar am Klassenkampf zwischen der eigentlichen Bourgeoisie und dem Proletariat beteiligt, größtenteils die „öffentliche Meinung" bilden. Es ist wohl unzweifelhaft, daß die Stimmen dieser öffentlichen Meinung einen gewissen Machtfaktor im modernen Leben bilden und die Regierungen bei ihren Entschließungen gewisse Rücksichten auf sie nehmen müssen. Das aber bedeutet noch keineswegs, daß der Beistand dieser „öffentlichen Meinung" in einer revolutionären Situation der Klasse, der er zukäme, ein entschiedenes Übergewicht geben würde, deren eigne Schwäche wett zu machen imstande wäre.

Alles in allem können wir uns ebensowenig auf Seite derer stellen, die von der „öffentlichen Meinung" wichtige Hilfe für das Proletariat bei einer revolutionären Erhebung erwarten, wie jenen zustimmen, die da fürchten, die öffentliche Meinung würde sich in einer solchen Situation immer gegen das Proletariat erklären. Gewiß würde dies bei großen Schichten des Mittelstandes zutreffen, wenn nur sein Gerechtigkeitssinn, seine moralische Aufwallung ihn auf die Seite der Arbeiter zöge, sein Interesse aber notwendig ein der Volkserhebung

entgegengesetztes wäre. Es sind aber Fälle nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, wo der öffentlichen Meinung die Störungen des wirtschaftlichen Lebens, die Unruhe und Unsicherheit, die der Streik im Gefolge hat, das kleinere Übel erscheinen mögen als die Niederwerfung des Proletariats, der einzigen Klasse, die sich den Plänen der Staatsgewalt mit revolutionärer Entschlossenheit widersetzen kann. Ein solcher Fall wäre zum Beispiel ein Krieg, der gegen den Wunsch und die Interessen der Bevölkerung vermöge des Einflusses einiger gewalttätiger, reaktionärer Cliquen angefacht würde, sei es, um ihre Eroberungslust zu befriedigen, oder um eine Ablenkung von ihnen unbequemen inneren Verhältnissen zu schaffen.

Wenn die fortgesetzt wachsende Kartellierung und Monopolisierung wichtiger Produktionszweige die Mittelschichten als Produzenten und Konsumenten in eine verzweifelt abhängige Lage bringt, dann ist es auch ohne Furcht vor einer Kriegskatastrophe möglich, daß sie einer proletarischen Erhebung keineswegs mit „wahnsinniger Angst" entgegensehen, sondern sie mit hoffnungsvoller Sympathie begrüßen werden, denn nur von einer proletarischen Revolution könnten sie Befreiung erwarten.

Die Erkenntnis der ungleichartigen Zusammensetzung des Mittelstandes wird uns jedoch vor der Täuschung bewahren, zu erwarten, daß er sich ganz und ungeteilt auf die Seite des Proletariats schlagen würde. Viel wahrscheinlicher erscheint, daß er sich spalten wird: die mehr radikalen, proletarisch gesinnten und der sozialistischen Idee zugänglichen Schichten werden für die Forderungen der Massen eintreten, die andern sich der Regierung anschließen. So würde die öffentliche Meinung gespalten erscheinen, wie sie ja tatsächlich schon heute infolge der ökonomischen und politisch-moralischen Zerstückelung des Mittelstandes in fast allen wichtigen öffentlichen Fragen gespalten ist.

Aber auch die günstigste Stimmung der öffentlichen Meinung wird die proletarische Erhebung zwar fördern und moralisch unterstützen, n i e aber ihren Sieg entscheiden können. Das entscheidende Moment beim Siege kann sie schon deshalb nimmer sein, weil die Mittelklassen, die die öffentliche Meinung bilden, zum größten Teile dem Proletariat ebensowenig aktive Hilfe bringen, wie der Staatsgewalt aktiven Widerstand leisten

können. Das, was dem Proletariat seinen ungewaltsamen Widerstand ermöglicht, seine Organisation, fehlt ja diesen Klassen vollständig. Bei der Straßenschlacht hob die Barrikade in gewissem Maße diesen Mangel wieder auf, indem sie den unorganisierten Massen als Bindemittel diente. Bei der Volkserhebung in der Form des politischen Massenstreiks, wo es an jeglichem derartigen Bindemittel fehlt, können nur organisierte Klassen Truppen stellen, weil ja nur die Widerstandskraft, die auf einer zähen, starken, leistungsfähigen Organisation beruht, den Sieg herbeizuführen vermag.

Der Beistand des Mittelstandes würde sich hauptsächlich darauf beschränken müssen, dem Streik nicht entgegenzuwirken, die unvermeidlichen Entbehrungen und Unbequemlichkeiten ruhig auf sich zu nehmen und gegen die Brutalitäten und Ungesetzlichkeiten der Regierung zu protestieren. Ferner könnte er die revolutionären Kämpfer finanziell unterstützen, sowie bei der Organisierung des Nachrichtendienstes, der Verproviantierung usw. hilfreiche Hand leisten. Wir resümieren: auf die unmittelbare Unterstützung des Mittelstandes ist wenig Wert zu legen; aber der moralische Halt, den er den Kämpfenden durch ehrende, begeisternde Anerkennung ihrer Anstrengungen und Opfer gewähren könnte, ist nicht gering zu achten.

Am wichtigsten für das Proletariat könnte sich der Beistand der Schichten des Mittelstandes, die den freien Berufen, dem Beamtentum, der Lehrerschaft angehören, zeigen. Vor dem Ausbruch des Kampfes in der ihm vorangehenden Periode steigender Erregung, könnte die Intelligenz durch Wort und Schrift die Situation beleuchten und die revolutionäre Entwicklung der Geister fördern. Am Kampfe selbst könnte sie gewissermaßen teilnehmen, das Beispiel der Arbeiter befolgen und zum Streik im Unterrichtswesen, in der Verwaltung usw. übergehen. Das geschieht heutzutage, wenn auch nicht allgemein, in Rußland. Es soll aber nicht vergessen werden, daß eine derartige Übertragung des Streiks auf das Unterrichtswesen usw. eine entschieden revolutionär gesinnte Intelligenz voraussetzt, vor allem eine studierende Jugend, die ganz einmütig mit dem Proletariat empfindet. Beide sind ja heutzutage in Rußland vorhanden, wo die Intelligenz der älteste Feind des Absolutismus ist, von ihm im jahrzehntelangen

Ringen furchtbar unterdrückt und mißhandelt wurde, und die freie Entwicklung des Standes der Intellektuellen den Sturz des Absolutismus zur Vorbedingung hat.*

Wir reden hier nicht vom friedlichen Manifestationsstreik. Gewiß kann in den Verhältnissen, aus denen er hervorgeht, die Bedeutung der öffentlichen Meinung eine verhältnismäßig wichtige sein. Sie kann eine Regierung bestimmen, den Forderungen der Arbeiter — es handelt sich ja nicht um Lebensinteressen der bürgerlichen Gesellschaft — zuzustimmen, Racheakten seitens der Unternehmer vorbeugen usw. Wo aber das Proletariat in den Entscheidungskampf tritt, soll es — werden auch viele Teile der Bevölkerung geneigt sein, ihm beim ersten Erfolge zuzufallen — am besten nur auf sich selbst, auf seine eigne Kraft vertrauen.

V. Die angebliche Unnötigkeit des politischen Massenstreiks

Die Überzeugung der Unmöglichkeit des politischen Massenstreiks beruht, außer der irrtümlichen Auffassung seines Zieles, auf einer pessimistischen Vorstellung der Machtverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und kapitalistischem Staate. Die Überzeugung der Unnötigkeit des Streiks als politisches Kampfmittel dagegen hat ihren Grund in einer allzu optimistischen Auffassung vom Verlauf des proletarischen Emanzipationskampfes. Sie stützt sich auf die Gewißheit, daß es dem Prole-

* Die jüngsten Ereignisse in Rußland zeigen, wie auch unter Verhältnissen, die außerordentlich geeignet sind, das revolutionäre Empfinden der Intelligenz zu schärfen, geringe Konzessionen genügen, um den sozial höher stehenden Teil der Bevölkerung zu veranlassen, den revolutionären Kampf im Stich zu lassen. Die russischen Professoren haben bekanntlich, als die Regierung den Hochschulen eine teilweise „Autonomie" gewährte — eine solche nämlich, die bloß die Professoren selbst gegen Eingriffe der Polizei sicherstellte und sonst alles beim alten ließ — sich beeilt, die auch von ihnen erhobenen allgemein-politischen Forderungen zu vergessen und sich bereit erklärt, den Unterricht wieder aufzunehmen. Die Studenten dagegen haben sich, als sie erklärten, die Universität bis zur Gewährung der politischen Freiheit als eine revolutionäre Tribüne, eine Stätte der Propaganda und Agitation zu betrachten, ihrer ruhmreichen Vergangenheit würdig gezeigt.

tariat möglich sein wird, sein Ziel, die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Aufhebung des Klassenstaats, ohne Anwendung von Zwangsmitteln zu erreichen.

Diese optimistische Auffassung wird von den Gegnern des politischen Massenstreiks mit Beweisen sowohl politischer wie wirtschaftlicher Art erhärtet. Ihre wirtschaftliche Argumentation stützt sich angeblich auf den Grundgedanken des historischen Materialismus, daß die Entwicklung der Produktivkräfte, wenn diese einen gewissen Reifegrad erreicht haben, das Weiterbestehen der alten Produktionsweise und Produktionsverhältnisse unmöglich macht. Sie werden zersprengt und neue treten an ihre Stelle. Alle politische Kraftentfaltung des Proletariats kann dem Sozialismus nicht zum Siege verhelfen, bevor nicht der Zeiger der ökonomischen Entwicklung seine Stunde angibt, hat er sie aber angegeben, dann können weder Staatsstreich und Verfassungsbruch noch die Gewalt reaktionärer Regierungen den Augenblick der Befreiung zurückhalten. „Das Los des Sozialismus", schreibt W. H. Vliegen (Neue Zeit, Jg. 22, Bd. I, No. 7), „hängt glücklicherweise nicht ab von Umständen, welche durch eine plötzliche Tat des Proletariats oder der herrschenden Klassen begangen oder beseitigt werden können. Reaktionäre Regierungen haben Sozialreformen weichen müssen, antisozialistische Regierungen werden sozialistische Taten vollbringen müssen, wenn die ökonomischen Verhältnisse es fordern. Der Sieg des Sozialismus ist ein ökonomischer Entwicklungsprozeß, auf den Regierungen in großen, entscheidenden Augenblicken einigen, aber nicht großen, fördernden oder hemmenden Einfluß ausüben können. Der Generalstreik kann nichts andres bewirken, als für einige Zeit das ökonomische Leben zerstören. Den Sozialismus kann eine Störung des ökonomischen Lebens nur schädigen."

Der größte Zukunftsoptimismus kann sich aber den Tatsachen des heutigen wirtschaftlichen wie politischen Lebens nicht verschließen. Es ist möglich, zu glauben, die wirtschaftliche Entwicklung wird dazu führen, daß antisozialistische, das heißt bürgerliche Regierungen die sozialistische Gesellschaftsordnung einführen. Es ist aber unmöglich, nicht zu sehen, daß diese Entwicklung die bürgerlichen Regierungen bis jetzt nur dazu geführt hat, — außer dann und wann ein wenig notdürftiger Sozialreform — antiproletarische, anti-

sozialistische Taten zu vollbringen: Militarismus, Kolonialpolitik, Brotwucher und dergleichen mehr.

Aber dennoch entkeimt den Gegnern des politischen Massenstreiks auch aus den heutigen politischen Verhältnissen die Pflanze der Hoffnung. Sie sehen überall das große Anwachsen der sozialistischen Stimmen und die Zunahme der Vertreter des Proletariats in den Parlamenten. Wenn nicht die wirtschaftliche Entwicklung „von selbst" den Sozialismus bringt, so wird der durch die „Methode der Legalität" errungene, politisch-parlamentarische Sieg des Proletariats ihn doch gewiß bringen. Die Zahl der sozialistischen Stimmen wird wachsen, bis sie die Mehrheit der Nation, die Zahl der sozialistischen Abgeordneten, bis sie die Majorität im Parlament bilden: zu welchem Zweck noch die Diskussion über die unsichere, gefährliche Methode des politischen Streiks, wenn die „Methode der Legalität" dem Proletariat ermöglicht, ohne Störung der Produktion, ohne gesellschaftliche Krise wie ohne persönliche Gefahr sein Ziel zu erreichen — durch die Eroberung der parlamentarischen Majorität? Für den Streik als proletarische Waffe im Entscheidungskampfe zwischen bürgerlicher und proletarischer Welt — ein Kampf, der nicht im Parlament, sondern nur in der Gesellschaft, von der großen Masse der Interessierten selbst ausgefochten werden kann — fällt jede Veranlassung fort. Die kapitalistische Gesellschaft, durch Reformen „ausgehöhlt", gleitet, sobald die Verschiebung der Parteiverhältnisse im Parlament erreicht ist, wie ein Schiff von der Werft, sanft in das ruhige, klare Meer der sozialistischen Gesellschaft hinaus.

Es ist vor allem Jaurès, der in seiner Abhandlung über den Generalstreik* die Methode der gesetzlichen Eroberung der parlamentarischen Majorität der Methode des revolutionären Streiks entgegensetzt und die Ansicht vertritt, jene mache diese überflüssig. Zwar wendet sich Jaurès fast ausschließlich gegen die Idee des wirtschaftlichen Generalstreiks, er unterscheidet aber zwischen diesem und dem revolutionär-politischen Streik nicht genau. Seine Argumente über die Vorzüge der „legalen Methode" gelten jedoch selbstverständlich ebensogut diesem. „Außer den konvulsiven Erschütterungen", schließt Jaurès seine Betrachtungen, „die man nicht vorhersehen kann, die

* Enquete des Mouvement Socialiste, S. 229 usw.

außer jeder Regel stehen und manchmal die äußersten Hilfsmittel der Geschichte sind, gibt es heute für den Sozialismus nur eine souveräne Methode: die gesetzliche Eroberung der Majorität."

Der parlamentarische Illusionismus von Jaurès, der die Eventualität einer proletarischen Revolution ganz auszuschließen scheint, rechnet also doch mit der Möglichkeit, daß der Generalstreik einmal als „konvulsive Erschütterung", als „äußerstes Hilfsmittel der Geschichte" ausbrechen könnte. Und zwar, wie die folgende Stelle beweist, als Verteidigungsmittel gegen einen Angriff auf die Rechte des Proletariats. „Wenn die Herrschenden so verrückt wären, die dürftigen bestehenden Freiheiten, die schwachen Mittel der Betätigung des Proletariats anzugreifen, wenn sie das allgemeine Wahlrecht bedrohten oder vergewaltigten, wenn sie durch von den Unternehmern und der Polizei ausgehende Verfolgungen das Koalitions- und Streikrecht zu einer Illusion machten,* so würde der Generalstreik gewiß die spontane Form der Arbeiterrevolte sein, ein letztes und verzweifeltes Mittel, weniger geeignet, sich selbst zu retten, wie den Feind zu benachteiligen. Aber die Arbeiterklasse würde das Opfer eines unheilvollen Wahns und einer krankhaften Zwangsvorstellung, wenn sie das, was nur eine Taktik der Verzweiflung sein kann, für eine Methode der Revolution ansähe." (S. 228—229.)

Trotz seiner Ueberschätzung des Parlamentarismus rechnet Jaurès also doch nicht darauf, daß die herrschenden Klassen nie einen Ausfall auf die „dürftigen Freiheiten und schwachen Mittel der Betätigung" des Proletariats versuchen werden. Gegen solche Möglichkeiten, die allerdings der „gesetzlichen Eroberung der Majorität" sehr in die Quere kommen würden, sieht er in dem politischen Massenstreik aber weniger eine zweckmäßige Waffe wie eine Art psychologischer Notwendigkeit.

Es gibt aber noch einen andern Optimismus, als den, daß das Proletariat mechanisch auf legal-parlamentarischem Wege sein Ziel erreichen werde. Das ist nämlich die Auffassung: daß wenn

* Der Ausbruch des politischen Massenstreiks als spontane Arbeiterrevolte gegen „Verfolgungen der Polizei, die das Streikrecht illusorisch machen," ist für Italien unterdessen eingetroffen. Es hat aber nicht den Anschein, daß die italienischen Arbeiter den Streik als „Taktik der Verzweiflung" betrachtet und empfunden haben.

auch dem Proletariat seine „armseligen Rechte und schwachen Mittel der Betätigung" genommen oder geschmälert werden, dies nur eine unwichtige Unterbrechung seines Siegeslaufs bedeute, dieses also gar keine Veranlassung habe, in solchem Falle das Äußerste zu wagen.

Diese Auffassung wird unter anderm von Ed. David vertreten. In seinem Aufsatz über „Die Eroberung der politischen Macht" äußert er sich folgendermaßen über den — für ihn sehr unwahrscheinlichen — Fall, daß es einer reaktionären Regierung einfallen könnte, die Sozialdemokratie mit Ausnahmegesetzen, Schmälerung der politischen Rechte usw. zu bekämpfen:

„Aber wenn uns auf diesem Wege zur friedlichen Macht Männer der Tat entgegentreten, wenn man versucht, uns mit Repressivmaßregeln niederzudrücken, wenn uns ein Entscheidungskampf aufgedrängt wird: was sollen wir dann tun?

Nun, dann werden wir der Ungesetzlichkeit die Gesetzlichkeit entgegenstellen, der Gewalt mit Friedsamkeit begegnen. Das ist der einzige Weg, die Gewalt schließlich zu brechen, das einzige Kampfmittel gegen Bajonette. Wir haben dafür zu sorgen, daß das ganze Gewicht der moralischen Verurteilung auf diejenigen fällt, die den Versuch machen, mit Gewaltanwendung den Fortgang der sozialdemokratischen Kulturbewegung zu hindern.

Es heißt, den Scharfmachern willkommenes Wasser auf ihre Mühle liefern, erörtert man die Möglichkeit einer andern Haltung unsrerseits. Auch haben wir nicht nötig, zu andern Mitteln, die sich unfehlbar gegen uns kehren müßten, zu greifen, solange wir in der Gerechtigkeit, Sachrichtigkeit und Zweckmäßigkeit unsrer Forderungen die Garantie haben, daß sie nicht von der Tagesordnung der Menschheit verschwinden werden."*

Und in demselben Hefte der Monatshefte meint übereinstimmend W. Kolb in einem Aufsatz „Zur Frage des Generalstreiks", der sich vorzüglich gegen die Idee der Zuspitzung des Klassenkampfes wendet: „Wir verlassen uns auf die organische Entwicklung der Dinge. Diese organische Entwicklung suchen wir mit allen Kräften zu beeinflussen und zu beschleunigen. Unsre bewährte Taktik ist die in die Theorie (?)

* Ed. David, Die Eroberung der politischen Macht. Sozialistische Monatshefte 1904, I. Bd., 3. Heft, S. 206.

übersetzte Evolution. Aus dieser Tatsache gilt es ohne Furcht die Konsequenzen zu ziehen, damit der Widerspruch beseitigt wird, der heute zwischen unsrer Taktik und der Katastrophentheorie besteht. Hic Rhodus, hic salta. Das ist es, worum sich der ganze Streit dreht. Mit der Lösung dieser Frage ist auch die des Generalstreiks entschieden. (S. 209.)

Das Proletariat, meint also David in seinen tolstoianisch angehauchten Ausführungen, brauche sich um die Repressivmaßregeln der „Männer der Tat“ nicht viel zu kümmern. Aus welchem Grunde zu „andern Mitteln“ greifen, sich auf gefährliche Experimente einlassen? Das Proletariat ist ja sicher, daß seine Forderungen, solange sie nicht erfüllt sind, nicht von der „Tagesordnung der Menschheit“ verschwinden werden.

Diese Gewißheit, ebenso der Gedanke, daß die moralische Verurteilung ganz auf diejenigen zurückfällt, die mit Gewalt die Entwicklung der Sozialdemokratie verhindern, mag bürgerlichen Ideologen und tolstoianisch empfindenden Schwärmern Trost gewähren. Aber das kämpfende Proletariat ist zum Glück für die Sache der Menschheit solchem Trost nicht zugänglich. Es brennt vor Begierde, so schnell als möglich ans Ziel zu kommen. Es will handeln und findet für den Raub seiner Rechte keinen Ersatz in ethischen Betrachtungen über die „ewige Gerechtigkeit“ seiner Sache.

Mit welchen Mitteln also wird das Proletariat, wenn ihm der heutige Rechtsboden des Klassenkampfes eingeengt oder zertrümmert wird, das herrschende Regime stürzen und ein neues an seine Stelle setzen, sofern von einer revolutionären Erhebung in der Gestalt des Massenstreiks abgesehen werden soll? Das ist die Frage, die sich aufdrängt, sobald man den Repressionsversuch der „Männer der Tat“ zur Rettung der bürgerlichen Gesellschaft für möglich hält, und das Proletariat weder mit billigen Redensarten vertrösten, noch seinen Sieg auf den St. Nimmerleinstag hinausschieben will.

Das Proletariat besitzt dafür, antworten einige von den Gegnern des politischen Streiks, ein unfehlbares Mittel in seiner Organisation. Wenn diese erst einmal den weitaus größten Teil des Proletariats umfassen wird, ist die Machtprobe des Generalstreiks, zu welchem nur ein hoher Reifegrad der Organisation befähigen kann, überflüssig geworden: der Gegner wird ihren geschlossenen Reihen ohne Kampf weichen und ihnen

wird die Macht im Staate zufallen, mühelos und ganz von selbst. Die Einwendung, „ohne überlegene Organisation des Proletariats ist der Generalstreik unmöglich, ist diese aber erreicht, brauchen wir ihn nicht mehr", ist das am häufigsten angeführte Moment für die Unnötigkeit des Streiks als politisch-revolutionärem Kampfmittel.

Die Aufzählung der Argumente, die für diese angebliche Unnötigkeit ins Feld geführt werden, zeigt, daß sie in keinem einzigen Falle ihren Grund in dem Hinweis auf andre, zweckmäßigere oder weniger gefährliche Kampfmittel haben, die dem Proletariat für den Fall seiner Vergewaltigung oder Entrechtung bessere Aussichten des Widerstands und des Gegenangriffs bieten. Es wird nur immer das Bedürfnis einer solchen Waffe, eines Zwangs- oder Gewaltmittels geleugnet und der Beweis beizubringen versucht, daß auch ohne eine solche Waffe der Sieg des Proletariats nicht aufzuhalten sei. Dies gilt auch in bezug auf die Gründe der überlegenen Organisation. Denn die Organisation an sich kann unmöglich als eine äußerste Waffe im Klassenkampf angesehen werden, sondern sie macht es nur dem Proletariat möglich, eine solche Waffe anzuwenden, um den Klassenkampf mit größerem Nachdruck zu führen.

Die Prüfung, inwieweit die Gründe für die angebliche Unnötigkeit des politischen Massenstreiks stichhaltig sind, wird am besten als eine Untersuchung der Aussichten des proletarischen Klassenkampfes und der Wahrscheinlichkeit für das Proletariat, das Ziel auf legalem Wege ohne Anwendung von Zwangsmaßregeln zu erreichen, vorgenommen. Ergibt die Untersuchung diese Wahrscheinlichkeit nicht, so wäre in eine Prüfung der dem Proletariat zu Gebote stehenden Entscheidungswaffen einzutreten.

VI. Politischer Massenstreik und proletarischer Klassenkampf

Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß eine neu aufsteigende Klasse die Macht im Staate und in der Gesellschaft nur erobern kann, wenn das Fortbestehen der Herrschaft überlebter Klassen zu einer die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskräfte beeinträchtigenden Fessel geworden ist. Sobald aber dieser Fall eintritt, und der Übergang von der alten zur

neuen, höhern Produktionsweise im Interesse der Gesellschaft liegt, wird der politische Sieg der neuen Klasse, dessen Wirtschaftsprinzip diese Produktionsweise ist, historische Bedingung für die normale Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Organismus. Sie allein ist fähig, alle Möglichkeiten der neuen Produktionsweise auszunützen: gelingt es ihr nicht, ihre Gegner zu besiegen und die Staatsgewalt zu erobern, um sich dieser als Hebel zur Durchführung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Änderungen zu bedienen, so kann sich die gesellschaftliche Entwicklung nicht weiter vollziehen; die Gesellschaft stagniert und verkümmert. Es findet sich kein Beispiel in der Geschichte dafür, daß eine ausgelebte, dem Untergange geweihte Klasse ihre politische Macht benützt hätte, eine wirtschaftliche Revolution zu ermöglichen; sie würde ja dadurch den eigenen Untergang beschlossen und beschleunigt haben.

Wohl haben verfallende, vor dem Untergang stehende Klassen oft Reformen gemacht, das heißt versucht, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, dem Drange nach Umbildung alter Lebensformen halbwegs Rechnung zu tragen. Diese Reformen hatten immer einen konservativen Zweck, ihre Wirkung war aber durchwegs eine jenem entgegengesetzte. Sie führten dazu, die überlebten Klassen noch mehr zu schwächen und die neuaufkommenden zu stärken, sie zu weiterem Kampfe anzufeuern und mit Siegeszuversicht zu erfüllen. Der Behauptung, daß der politische Sieg des Proletariats, die politische Revolution zur Einführung der sozialistischen Produktionsweise unnötig sei, weil die ökonomische Entwicklung antisozialistische Regierungen zu sozialistischen Taten zwingen werde, fehlt jede historische Unterlage. Sozialreformen freilich (wenn auch recht dürftige und oft nur Scheinreformen ohne Wert für das Proletariat) machen die antisozialistischen Regierungen der Gegenwart und werden sie auch künftig machen, um durch Konzessionen den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufzuhalten. Aber zu glauben, daß eine bürgerliche Klassenregierung den Sozialismus bringen wird, weil die ökonomischen Verhältnisse ihn fördern, ist eine Naivität ohnegleichen. Die kapitalistische Klasse in ihrer höchsten ökonomischen Entwicklung, das heißt in ihrer Organisation als Trust, wird sich schwerlich dazu hergeben, durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel ihrer gesellschaftlichen Macht, ihrem Fortbestehen als Klasse ein Ende zu machen.

Die in ihr mehr und mehr ausschlaggebenden Gruppen: die haute finance, die Grubenbesitzer, die Industriellen der Stahl- und Eisenfabrikation, die Kolonialkapitalisten, werden nicht die geringste Neigung haben, sich selbst den Todesstoß zu versetzen. Wohl wäre in diesem Falle der Sozialismus eine Notwendigkeit für die gesellschaftliche Weiterentwicklung, aber was geht das die Monopolisten an? Ein Gesellschaftszustand ist sehr gut möglich, in der die Konzentration der wichtigsten Produktionsmittel ihren Höhepunkt erreicht hätte, die Monopolisten Staat und Gesellschaft vollständig beherrschten und die Masse der Bevölkerung als Produzenten und Konsumenten vollkommen von ihnen abhängig wäre. Es gibt sogar ein Land, Nordamerika, wo sich die gesellschaftlichen Zustände solchen Verhältnissen rasch nähern. Und auch hier wird der Trust nicht „von selbst" in den Sozialismus umschlagen, sondern die neue Gesellschaftsordnung wird von den arbeitenden Klassen im langen, schweren Ringen erkämpft werden müssen.

Wohl arbeitet die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft in der Richtung des Sozialismus; der Stand der Produktionskräfte macht zum erstenmal in der Geschichte eine Gesellschaftseinrichtung auf sozialistischer Basis mit Teilnahme jedes menschlichen Wesens an den Errungenschaften der Kultur möglich. Aber nur die am Sozialismus interessierten Klassen, an erster Stelle die zahlreichste, kühnste und kampffähigste, das Proletariat, können die politischen, juridischen und wirtschaftlichen Schranken und Hindernisse beseitigen, die der Entfaltung der sozialistischen Produktionsweise im Wege stehen. Der Sieg des Proletariats ist die unentbehrliche Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Die kapitalistische Entwicklung aber hat die Wirkung, das Proletariat zu einem immer größeren Bruchteil der Bevölkerung zu machen, es zu konzentrieren und zu organisieren, es mit Haß gegen den Kapitalismus zu erfüllen und der sozialistischen Agitation zugänglich zu machen. Die kapitalistische Entwicklung macht also deswegen den Sozialismus unvermeidlich, weil sie die Klasse immer mehr anschwellen und erstarken läßt, deren ganze öffentliche und politische Tätigkeit in immer steigendem Maße darauf gerichtet sein muß, den Kapitalismus zu überwinden und den Sozialismus an seine Stelle zu setzen.

Wird aber das Proletariat diesen Sieg mit legalen Mitteln, durch allmähliche Eroberung der Majorität in den gesetzgebenden Körperschaften, erringen können? Dies annehmen, bedingt, daß die bürgerlichen Klassen — ist es auch heller Wahnsinn, zu denken, daß sie den Sozialismus durchführen werden — nach und nach ihren Widerstand gegen ihn aufgeben und der Stunde ihrer parlamentarischen Überflügelung resigniert entgegensehen werden. Es bedingt weiter, daß sie die von ihnen zu ihren Herrschaftszwecken geschaffenen Formen der Gesetzlichkeit beachten werden, auch wenn diese aus Dienern und Helfern des bürgerlichen Staates sich in Diener und Helfer der Revolution verwandeln.

Träfe dies ein, so wäre der politisch-revolutionäre Massenstreik, wie jedes andre Zwangsmittel, tatsächlich überflüssig. Die Sozialdemokratie könnte ihr Ziel durch die politische Demokratie erreichen, die einzige unter diesen Umständen angebrachte Kampfesweise wäre die unaufhörliche Aufklärung und Organisation des Proletariats, um seine politischen Rechte richtig, das heißt: zur Befreiung seiner Klasse gebrauchen zu lernen.

Hier wäre eine Untersuchung der Aussichten des Proletariats, sein Ziel auf dem friedlichen Wege der Demokratie und des Parlamentarismus zu erreichen, am Platze. Nur durch eine Prüfung der Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung läßt sich die Frage beantworten, ob diese Evolution die Arbeiterklasse mit Wahrscheinlichkeit allmählich zur politischen Herrschaft führen wird. Eine solche Untersuchung ist aber aus dem Grunde hier überflüssig, weil man nur bereits oft angeführtes wiederholen könnte. Die nämliche Frage bildete ja in den letzten Jahren das eigentliche Thema der großen Parteidiskussion zwischen revolutionärem Marxismus einerseits, theoretischem Revisionismus und praktischem Reformismus andrerseits, eine Diskussion, die nach unsrer Ansicht die Zunahme der reaktionären Gruppen, Neigungen und Tendenzen in den herrschenden Klassen, sowie den Niedergang des bürgerlichen Parlamentarismus unzweifelhaft erwiesen hat. Wer über diese Frage Aufklärung und Belehrung wünscht, findet in der internationalen Parteiliteratur, besonders in der deutschen, dazu reichlich Gelegenheit. In diesem Buche soll nicht versucht werden, den Beweis zu liefern, daß die Zuspitzung

der Gegensätze bis zur Katastrophe der Weg der Geschichte sein muß. Nur aus einem solchen Beweis würde — vorausgesetzt, daß andre Zwangsmittel dem Proletariat fehlen — die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks hervorgehen. Ein solcher mathematischer Beweis ist aber nicht zu liefern. Er kann deswegen nicht geführt werden, weil es nicht auf die Tatsachen, sondern auf ihre Interpretierung ankommt. Das Buch will hier also nicht die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks beweisen, sondern bloß die Ansicht seiner angeblichen Unnötigkeit bekämpfen und zurückweisen.

Aber noch aus einem andern Grunde ist hier das tiefere Eingehen auf die Frage der Aussichten des Proletariats, auf friedlichem Wege allmählich den Kapitalismus zu überwinden, nicht notwendig. Bei der Darstellung der Tatsachen des politischen Massenstreiks haben wir die Schlüsse schon einmal gezogen, wohin eine solche Untersuchung unbedingt führen müßte. Als eine der Hauptursachen der zunehmenden Häufigkeit politischer Streikversuche, sei es als einfache Manifestation oder als Pressionsmittel, erwies sich die wachsende Abneigung der herrschenden Klassen, die Demokratie weiter zu entwickeln, die daraus folgende Notwendigkeit für das Proletariat, die äußersten Anstrengungen zu machen, um auch nur ein verstümmeltes Wahlrecht zu erobern. Es erwies sich weiter, wie wenig die „armseligen Rechte und Freiheiten" des Proletariats, vor allem das Koalitions- und Streikrecht, gesichert sind, sobald ihre Anwendung den herrschenden Klassen ernste Verlegenheiten bereitet und ihre politisch-soziale Macht gefährdet. Die Unzulänglichkeit der politisch-parlamentarischen Waffen hat die Arbeiter schon wiederholt veranlaßt, den politischen Streik zu versuchen, nicht weil sie glaubten, Parlamentarismus und Wahlkampf durch seine Anwendung überflüssig zu machen, sondern im Gegenteil, um das Parlament aus einem Tummelplatz herrschender Cliquen, gesellschaftlicher Minoritäten, zum Kampfplatz der bürgerlichen und proletarischen Klasse zu erweitern. Es ist nicht wahrscheinlich, daß in Zukunft die herrschenden Klassen und die von ihnen beeinflußten Regierungen die Schranken der Demokratie weiter niederreißen würden, wenn sie fürchten müßten, daß die erste Tat des hineinziehenden Proletariats darin bestünde, dem bürgerlichen Staat selbst mit Hilfe der Gesetzgebung ein Ende zu bereiten.

Im Gegenteil: wahrscheinlich wird die herrschende Klasse nicht zaudern, die Formen der Gesetzlichkeit zu durchbrechen, sobald ihr diese gefährlich werden. Die Bourgeoisie schwört auf die Gesetzlichkeit, das heißt auf die in bindende Formen gebrachte Gewalt, solange sie ihr Herrschaftsmittel ist und bleibt. Daß sie sie aber keineswegs als einen Talismann betrachtet, der in allen Fährlichkeiten rein erhalten bleiben muß, erhellt aus zahlreichen Begebenheiten der letzten Jahre. Und sobald es triftigen Grund zu der Befürchtung gäbe, daß die Revolution von unten den Parlamentarismus aus einem Werkzeuge der Prellerei in eine Waffe der Befreiung verwandeln könnte, würde die Revolution von oben wohl nicht zögern, so viel Parlamentarismus über den Haufen zu werfen, als im Interesse des Fortbestandes des bürgerlichen Staates geboten erscheinen würde. Die „Männer der Tat" würden ohne Bedenken die Gesetzlichkeit beseitigen, die den Kapitalismus zu töten drohte, und eine neue schaffen, die ihn kräftigte.

Wer anders denkt, dem muß der Gang der heutigen Entwicklung unerklärlich vorkommen. Denn es ist ja kein Zweifel, daß die Zunahme der gesellschaftlichen Macht der proletarischen Organisation und der Anhängerzahl der Sozialdemokratie dem steigenden Unwillen der herrschenden Klassen begegnet und zur Folge hat, der Arbeiterklasse keine weiteren Rechte und Freiheiten zu gewähren. Wo die Arbeiterklasse das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht besitzt, wie in Belgien, Schweden, Holland, Oesterreich-Ungarn, bedarf es jetzt zu seiner allmählichen Eroberung Jahrzehnte heftigsten Klassenkampfes! Nur Stück vor Stück, mit äußerstem Widerwillen, lassen die Herrschenden von ihren politischen Vorrechten ab, sie müssen ihnen entrissen werden, wie eine Armee dem entschlossen Kämpfenden ein jedes Stück fußbreiten Bodens entreißt.

Wo aber diese Rechte dem Proletariat vor der Zeit des fast ausschließlichen Klassenkampfes zufielen, als Frucht der vorhandenen Klassengegensätze und in Folge der Hoffnung einer Regierung, das Proletariat gegen alle politischen Parteien abwechselnd ausspielen und sie in Schach halten zu können — da geht die Entwicklung einen andern Weg. Das allgemeine Wahlrecht ist keineswegs leicht abzuschaffen; wo es seit geraumer Zeit besteht, bildet es die politische Grundlage des Staates. Es sichert seine Einheit, hält partikularistische Strö-

mungen und Tendenzen in Schranken, leitet den Klassenkampf in ruhige, geordnete Bahnen. Seine Abschaffung würde die denkbar größte innerliche Erschütterung des Staates bedeuten. Deshalb versuchen die herrschenden Klassen, auf Schleichwegen das Ziel zu erreichen. Sie haben nicht gleich nötig, das allgemeine Wahlrecht zu zerstören, es genügt ihnen vorderhand, seine Wirkungen zu neutralisieren. Diese Tendenz zeigt sich äußerlich als Niedergang des bürgerlichen Parlamentarismus; Niedergang seines Glanzes, seiner Befugnisse und seiner Macht. Zusammen hiermit geht ein unaufhörliches Nagen am Wahlrecht in seinen wenig-wichtigeren, lokalen oder lokal-nationalen Formen, gewissermaßen zur Probe, wieviel sich die Volksmassen gefallen lassen werden. Jede Verbesserung des Wahlrechts, jede demokratische Reform überhaupt, ist in diesem Stadium selbstverständlich ausgeschlossen.

Diese scheinbar rückläufige Entwicklung kann natürlich nicht in alle Ewigkeit vor sich gehen. Die Stunde muß schlagen, in der entweder auch der Rest der politisch-parlamentarischen Rechte des Proletariats den Herrschenden gefährlich wird und sie die Hand daran legen, oder den arbeitenden Klassen selbst die Schmälerung des Rechts und des Kampfbodens unerträglich erscheint und sie selber — vielleicht durch ein großes Ereignis, durch einen Krieg oder durch eine heftige Krise aufgepeitscht — zum Angriff übergehen.

Mit diesen Ausführungen soll keineswegs der Gang der Ereignisse schablonenmäßig angegeben und am wenigsten behauptet werden, daß eine derartige Entwicklung in allen Fällen eintreten muß, auch dort, wo der verhältnismäßigen Macht und Reife des Proletariats das Entstehen demokratischer Lebensformen und Einrichtungen vorausging. Es gibt aber bis jetzt kein Beispiel eines derartigen Anwachsens der modernen Arbeiterbewegung bis zu dem Grade, wo sie die Klassenherrschaft selbst ernstlich bedroht. Dies ist auch sehr erklärlich, da demokratische Formen ja selber einen Faktor bilden, welcher die Selbständigkeit des Proletariats aufhalten und ihr entgegenwirken kann. Es gibt aber ein Land, in welchem die Entwicklung ganz den hier beschriebenen Weg nahm. Das ist Deutschland, einer der ökonomisch am meisten entwickelten, politisch führenden Staaten der Welt, dessen Arbeiterbewegung für das internationale Proletariat die gleiche Bedeutung hat,

wie dies die Kämpfe und Siege des französischen Bürgertums für die internationale Bourgeoisie hatten. In Deutschland scheint die Zuspitzung der Verhältnisse einem Punkt entgegenzueilen, wo es zur scharfen, sozialpolitischen Krise kommen muß. Gewiß können auch hier äußere Umstände: die Ergebnisse einer Revolution in den Nachbarstaaten, das Ausbrechen eines Krieges mit seinen ökonomischen und politischen Folgen — den Gang der Ereignisse beeinflussen und verwickeln. Die Lage aber, die der Arbeiterklasse aus ihrer eigenen Machtstellung und der mit ihrem Schrecken zunehmenden Entschlossenheit ihrer Feinde erwächst, ist eine derartige, daß sie verpflichtet ist, die Möglichkeit eines Staatsstreiches, einer Revolution von oben, zum Zwecke, der Evolution von unten eine Schranke zu setzen, ins Auge zu fassen.

Könnte die Arbeiterklasse in einem solchen Falle den Staatsstreich so ruhig hinnehmen, wie die Gegner des politischen Streiks das in der Überzeugung empfehlen, daß die Forderungen des Proletariats „nicht von der Tagesordnung der Menschheit verschwinden können, bevor sie erfüllt sind", und sich, ungeachtet der politischen Entrechtung, auf die organische Entwicklung der Dinge verlassen?*

---

* Mit der Anschauungsweise der oben zitierten Schriften stimmten die Ausführungen des Genossen Bömelburg in seinem Referat über den Generalstreik auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß vollständig überein. „Man fragt, was wir anfangen sollten, wenn wir kein Wahlrecht mehr hätten. Wir werden dann im Kampfe die Mittel anwenden, die wir als zeitgemäß betrachten. Und wenn uns die Reaktionäre trotzdem das Wahlrecht nehmen, glauben Sie, daß wir dann am Ende unseres Lateins sind? (Vielfache Zurufe: Nein, noch lange nicht!) Und wenn man uns auch noch das Koalitionsrecht nähme, glauben Sie, wir wären dann am Ende unseres Lateins? (Erneute Zurufe.) Heute hat das Gefühl in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt, daß wir ungerecht behandelt werden. Wir wissen, was wir für Menschenrechte haben, und keine Reaktion wird imstande sein, diesen Gedanken in der Bevölkerung auszurotten. Wenn wir die Organisationen stärken und ihre Mitglieder zu klassenbewußten, überzeugungstreuen Genossen erziehen, können wir mit ruhigem Mute der Zukunft entgegensehen. Dann wird, wenn es einst heißt: kämpfen, die Arbeiterschaft am Platze sein, sie wird siegen und das Ziel erreichen, das sie sich gestellt hat."

Der Redner fand lebhaften Beifall. Die David und Kolb haben Schule gemacht! Nur schade, daß Genosse Bömelburg dem Kongreß nicht verriet, auf welche „zeitgemäße Mittel" er sich, soll vom politischen Streik nicht die Rede sein, bei Verlust der politischen Rechte verläßt, um den Kampf weiter zu führen.

Eine solche Auffassung verkennt sowohl den Charakter des proletarischen Emanzipationskampfes als auch das Wesen des Proletariats vollständig. Sie befindet sich in einem gefährlichen Irrtum über die Bedeutung, die dem Staatsstreich und dem Raub des wichtigsten politischen Rechtes — des Wahlrechts — beim jetzigen Stand der proletarischen Bewegung in den am meisten entwickelten Ländern zukäme. Das Gelingen eines Staatsstreichs, der entweder dem allgemeinen Wahlrecht ein Ende oder die Regierung vom Parlament unabhängig machte, würde nichts andres bedeuten als einen gelungenen Vorstoß der Reaktion einerseits und anderseits ein Aufgeben von Positionen, die das Proletariat seit langem behauptet.

Auch ohne allgemeines wie ohne jegliches Wahlrecht kann das Proletariat den politischen Kampf führen und in ihm seine Kräfte anwenden und seine Klassenorganisation ausbilden lernen. An Stelle des Kampfes mit dem Wahlrecht, des politisch-parlamentarischen Kampfes also, tritt dann der Kampf zur Eroberung des Wahlrechts in den Mittelpunkt des proletarischen Bewußtseins und bildet die Schule der proletarischen Organisation.

Das allgemeine Wahlrecht ist aber das vortrefflichste Mittel, die gesamte Arbeiterklasse politisch zu schulen und zum gemeinsamen Kampf gegen die herrschenden Klassen zusammenzuschweißen. Wo das Proletariat dieses Kampfmittel besitzt, bildet seine Aufhebung entweder die Einschränkung seiner Klassenaktion, die Hemmung seiner politischen Tätigkeit oder aber die Notwendigkeit, zu neuen Kampfmethoden überzugehen oder doch weit größeren Nachdruck auf sie zu legen wie bisher.

Das Wahlrecht hat andre Aufgaben je nach dem Stadium der Entwicklung, in der sich die Gesellschaft befindet. Kommt ihm beim Anfang des proletarischen Klassenkampfes vorzugsweise die Bedeutung zu, ein Mittel der Eroberung andrer Rechte und sozialer Reformen zu sein, so tritt es in dessen letzten Stadien vor allem auf als Schutzwehr, als Mittel des Proletariats, sich vorhandene Rechte und Freiheiten zu erhalten. Mit seiner Aufhebung werden Rede- und Preßfreiheit, Koalitions- und Streikrecht gefährdet und auf schwankende Grundlagen gestellt. Seine Beseitigung kann nur das erste Glied in einer Kette von Maßnahmen sein, deren jede neue eine weitere Stärkung der Reaktion bedeutet. Sie wäre der Aus-

gangspunkt einer rückläufigen Bewegung, deren weitere Merkmale die Beschränkung der Presse, der Versammlungsfreiheit, kurz der politischen Tätigkeit überhaupt würden.*

Es ist verschiedentlich ein Vergleich zwischen der Beseitigung des Wahlrechts und dem Sozialistengesetz gezogen worden. Diesem Vergleich fehlt aber jeder Grund. Das Sozialistengesetz war ein scharfes Schwert gegen das deutsche Proletariat; es ließ aber das allgemeine Wahlrecht bestehen und damit das legale Mittel zu seiner Beseitigung. Wenn aber das Wahlrecht selbst beseitigt ist, welche legalen Mittel bleiben dem Proletariat? Nun, es ist damit politisch noch lange nicht wehrlos: vor allem bleibt ihm die Agitation in der Presse und in Versammlungen. Die Einschränkung oder gar Aufhebung des Wahlrechts vergrößert natürlich die Bedeutung dieser außerparlamentarischen Kampfmittel beträchtlich; je mehr ihm der parlamentarische Weg versperrt wird, mit desto größerer Wucht wird sich das Proletariat auf die Presse und die Versammlungen werfen. Vor allem kommen, wo der Stimmzettel fehlt, als die am besten geeigneten Mittel, seine Macht und seinen Zusammenhalt zu erweisen, Protestversammlungen und Straßendemonstrationen in Betracht.

Diese Mittel haben aber sowieso einen in den Augen der Hüter der bürgerlichen Ordnung gefährlicheren, mehr revolutionären Charakter, als die Methoden des parlamentarischen Kampfes. Beim Wahlgang erscheint die Kraft des Proletariats in zahllose Einzelaktionen zersplittert, nur im Endergebnis der Wahl tritt der Gesellschaft die proletarische Massenkraft mächtig entgegen. Bei der Protestversammlung dagegen, vor allem aber bei der Straßendemonstration tritt diese Massenkraft selbst aktiv auf, dies Auftreten bildet ja gerade den politischen Akt, die politische Betätigung, und das Vorhandensein dieser Kraft, als eine fortwährende Bedrohung, kommt der bürgerlichen Gesellschaft eindringlich zum Bewußtsein.

Schon diese Tatsache legt die Erwägung nahe, daß eine Regierung, die dem Proletariat die Wahlarbeit unmöglich machen, ihm auch die Wühlarbeit sehr erschweren würde, diese also gewissermaßen nur als ungesetzliche, unterirdische Tätigkeit

* Man lese über diesen Punkt die Ausführungen von Parvus in seiner vortrefflichen Artikelserie: „Staatsstreich und politischer Massenstreik", Neue Zeit, Jahrg. 19, Bd. II.

fortbestehen könnte. Die erste Einschränkung der politischen Rechte des Proletariats bedeutet den ersten Schritt zurück auf dem zurückgelegten Weg, der vom Konstitutionalismus zum Absolutismus herunter führt.

Selbstverständlich ist der ungestörte Fortgang dieser rückläufigen Bewegung undenkbar. In den ökonomisch am meisten vorgeschrittenen, mehr oder weniger konstitutionell regierten Ländern Europas würde sie die politischen Bedingungen zur Weiterentwicklung oder auch nur zur Aufrechterhaltung der Produktion auf der jetzigen Höhe zerstören. Ihre Wirkung wäre die gesellschaftliche Desorganisation, der Niedergang des Kapitalismus. Schon beim jetzigen Stand der proletarischen Organisation würde die Beseitigung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse — allem Predigen des ökonomischen Fatalismus und politischen Quietismus zum Trotz — einen so hartnäckigen und zähen Widerstand der Massen hervorrufen, daß der reaktionäre Vorstoß zum Scheitern käme.

An welchem Punkt dieser Widerstand einsetzen würde, ist natürlich nicht vorauszusagen. Der Ausbruch revolutionärer Massenbewegungen läßt sich ebensowenig wie ihr Verlauf, wie das bereits eingehend ausgeführt wurde, vorausbestimmen. Möglich, daß der erste Akt der Revolution von oben — sei er die Einschränkung der parlamentarischen Macht, die Einführung der Zensuswahl oder dergleichen — nicht gleich von den Massen mit einer Kriegserklärung beantwortet werden würde, möglich, daß ihnen erst die Wirkung ihrer Entrechtung, gepaart mit neuen, drohenden Angriffen, ein Weiterleben in der Knechtschaft als unerträgliche Schmach erscheinen ließe und die Revolution von unten als unerläßliche Tat aufdrängen würde.

Aber mag diese Stunde früher oder später kommen, schlagen wird sie wohl, und diese Voraussicht macht es der Sozialdemokratie zur Pflicht, die Wege zu prüfen, die ihr zu Gebote stehen, wenn die Türen der Gesetzlichkeit dem Proletariat verschlossen werden.

* * *

Um Eingriffe in ihre Rechte abzuwehren, sowie den ihr durch gesetzliche Schranken verschlossenen Zutritt zur politischen Herrschaft zu erobern, muß eine Klasse über reale Machtmittel verfügen, unveräußerliche Mittel, mit denen sie ihren Willen

nötigenfalls gewaltsam durchsetzen kann. Diese Mittel werden verschieden sein, sie richten sich ganz nach dem Grade der wirtschaftlichen Entwicklung und der Stellung der betreffenden Klasse im Wirtschaftsgetriebe der Zeit. Im letzten Grunde beruhen sie immer auf der Wurzel aller politischen Rechte, der Gewalt, das Wort jedoch nicht in seinem engeren Sinn, nur physischer Übermacht, sondern in seiner erweiterten Bedeutung, als Fähigkeit zu zwingen, genommen.

Die Gewalt in diesem Sinne resultiert keineswegs ohne weiteres aus der Unentbehrlichkeit einer Klasse im Produktionsprozeß. Schon das Beispiel des antiken Sklaven und des mittelalterlichen Fronbauern beweist dies.* Auch ist dazu nicht unbedingt die physisch-technische Überlegenheit der Waffen erforderlich, andernfalls wäre der Sieg des städtischen Bürgertums gegen den Absolutismus, wie ihn zum Beispiel der niederländische Befreiungskampf gegen Spanien brachte, nicht möglich gewesen. Es genügt die Fähigkeit der selbständigen, der dem Gegner überlegenen Organisation und die Fähigkeit ihrer Anwendung zu seinem Schaden und Verderben. Durch die Organisation an sich, ohne ihre Anwendung, das heißt ohne Kampf, ist noch keine Klasse zur Herrschaft gelangt, und die Annahme, die Bourgeoisie werde der proletarischen Organisation weichen, sobald diese einen gewissen Umfang erreicht habe, widerspricht jeder historischen Lehre. Die Übermacht der Organisation einer aufsteigenden Klasse wie der organisatorische Zerfall untergehender Klassen erweist sich nur durch die Praxis, das heißt durch den Kampf.

Welche Praxis die Organisation befolgen, welcher Kampfmittel sich die organisierte Klasse bedienen wird, das hängt mit der gesellschaftlichen Entwicklung zusammen. Neue Klassen, aus neuen Produktionsverhältnissen geboren, können neue Kampfmethoden finden und zur Anwendung bringen. Die von Eckstein hervorgehobene Tatsache, daß die Einstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit bis jetzt noch nie politische Kampfmethode einer Klasse gewesen ist, braucht also für Gegenwart und nächste Zukunft nicht im mindesten maßgebend zu sein. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind heute ganz andre wie zur Zeit aller früheren Klassenkämpfe, und Mittel, die für die

---

* Siehe G. Eckstein, Neue Zeit, Jahrg. 22, Bd. I, No. 12.

Vergangenheit nicht in Frage kommen konnten, können sich dessenungeachtet für den proletarischen Kampf der Zukunft sehr wohl als durchführbar und nützlich erweisen.

Eine kurze Übersicht der Gewaltmittel, die von den verschiedenen Klassen im Laufe ihrer geschichtlichen Klassenkämpfe angewendet wurden, wird dies bestätigen. Dem antiken Sklaven fehlte mit der Möglichkeit der Organisation die der verabredeten, gleichzeitigen Arbeitseinstellung. Während des Mittelalters herrschte die Naturalwirtschaft vor, die Produzenten waren von einander unabhängige wirtschaftliche Einheiten; die sozialen Verhältnisse beruhten nicht auf ökonomischer, sondern auf persönlicher Abhängigkeit, auf dem Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, dem Schutz und Schutzbedürfnis.

Aber auch die persönlich Abhängigen und Schutzbedürftigen des Mittelalters waren nicht besitzlos: der unfreie Bauer besaß Vieh, Arbeitsgeräte, kurz Produktionsmittel. Sobald eine Klasse diese besitzt, ist sie einerseits am ungestörten Fortgange der Produktion interessiert, anderseits aber können die Herrschenden sich bei Arbeitsverweigerung durch Konfiskation schadlos halten. Nur der Lohnarbeiter, der Proletarier, der aller Produktionsmittel los und ledig ist, kann die Arbeitsniederlegung wagen: das Stillegen der Produktion bildet seine besondere Methode des Widerstandes, die der besonderen Art seines Abhängigkeitsverhältnisses entspricht.

Während des Mittelalters bestand dagegen infolge der sozialen Struktur für alle kämpfenden Klassen in geringerem oder größerem Maße die Möglichkeit, dem Gegner durch Verweigerung der persönlichen Verpflichtungen zu schaden; folglich wurde diese Verweigerung eine Waffe im Klassenkampf. Die Heeresfolge war eine der wichtigsten Verpflichtungen des Adels gegen die Fürsten, ihre Verweigerung ein gewöhnlicher Akt der Notwehr, wenn der Adel sich in seinen Rechten gekürzt oder bedroht fühlte.

Wohl bildete diese Verweigerung der Heeresfolge oft nur die Einleitung zum bewaffneten Widerstand. Der Adel hatte aber keinen Grund, der Entscheidung der Waffen aus dem Wege zu gehen. Der moderne Staat als Zentralisation mächtiger Herrschaftsmittel war noch nicht aufgekommen; die Ungleichheit der Waffen, die den verschiedenen Klassen zu Gebote standen, war unendlich geringer als in späteren Zeiten: die

physische Gewalt, der bewaffnete Widerstand war für jede Klasse eine Möglichkeit, sogar für die unterste Klasse, die der hörigen Bauern.

Die Verweigerung der wirtschaftlichen Funktion aber hatte in den Zeiten der vorherrschenden Naturalwirtschaft für diese Bauern, die Masse der Bevölkerung, keinen Sinn. Sie war nur möglich für die wenig zahlreiche Klasse der städtischen Lohnarbeiter, der Gesellen. Im ökonomischen Kampfe gegen die Meister wendeten die Gesellen oft mit gutem Erfolge sowohl Streik wie Boykott an, als politische Kampfmittel aber wären diese Methoden ganz ungenügend gewesen. Bessere Aussichten im politischen Kampf bot auch ihnen, wie den andern Teilen des Bürgertums, die physische Gewalt, da es ihnen weder an körperlicher Energie, noch an Organisation und Bewaffnung mangelte.

Die Kämpfe des aufkommenden Bürgertums gegen Absolutismus und feudale Klassen spielten sich unter andern, neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Die Naturalwirtschaft war von der einfachen Warenproduktion zurückgedrängt, diese wiederum fing an, der kapitalistischen Produktionsweise Platz zu machen. Die ökonomische Abhängigkeit der Produzenten von einander hatte große Fortschritte gemacht, die Mehrzahl von ihnen verfügte jedoch noch über ihre eigenen Produktionsmittel und folglich über das Produkt ihrer Arbeit.

Solange diese Verhältnisse währten, das heißt, solange die Produktion die Mehrzahl der Produzenten selbst bereicherte, konnte die Arbeitsverweigerung im Arsenal politischer Waffen keine Verwendung finden. Es mußte da naheliegen, nicht die wirtschaftliche Tätigkeit selbst, sondern ihre Früchte dem Gegner zu verweigern, das heißt, dem absolutistischen Staate die Geldabgaben vorzuenthalten, die er zu seinem Heerwesen und seiner Bureaukratie brauchte und dem wohlhabenden Bürgertum entnahm. So wurde die Steuerverweigerung zu einer wichtigen, oft angewendeten Waffe im Klassenkampf der aufkommenden Bourgeoisie.

Daneben aber kam auch für sie, wie früher für den Adel, der bewaffnete Widerstand in Betracht. Vielmals fand er Anwendung, wenngleich seine Formen mit den Zeiten sich geändert hatten. Der rebellische Vasall, an der Spitze seiner

Männer dahinreitend, konnte mit gutem Grunde hoffen, seinen Souverän in offener Schlacht niederzuwerfen, dessen Schlösser zu stürmen und einzunehmen: er verfügte über Gewaltmittel, die denen seines Herrn immer gleichartig, oft ebenbürtig, manchmal, wenn mehrere Edle sich verbündeten, sogar überlegen waren.

Schon beim städtischen Bürgertum des Mittelalters war dies nicht mehr der Fall. Die Bewaffnung der ritterlichen und fürstlichen Heere war ganz anders als die der städtischen Miliz. Die schwere Bewaffnung und Rüstung jedoch, herrührend aus den Zeiten, wo die Schlacht sich in eine Reihe von Zweikämpfen auflöste, gereichte den Rittern nicht immer zum Vorteil gegenüber der Beweglichkeit der städtischen Fußgänger. Und überall, wo fürstliche Söldnerheere der kampftüchtigen städtischen Miliz gegenüberstanden, stellte sich, bei ungefähr gleicher Bewaffnung, der folgenschwere Unterschied zwischen Zwangs- und freiwilliger Organisation ein.

Wiederum waren die Bedingungen des bewaffneten Widerstandes verändert worden, als das „Volk" zu Ende des achtzehnten und in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — das heißt die zum Kampf verbundenen Arbeiter, Handwerker, Kleinbürger und Intellektuellen — den Straßenkampf als eine Waffe in den Revolutionskämpfen gegen Absolutismus und privilegierte Klassen oftmals mit gutem Erfolge anwendeten. Aus dem modernen Staat und der Entwicklung der Technik war das mit moderner Bewaffnung versehene Heer hervorgegangen. Wurden auch dem Aushaltungsvermögen immer größre Forderungen gestellt, so spielte doch physische Kraft keine entscheidende Rolle mehr, die technische Ausrüstung war ein wichtiger, oft ausschlaggebender Faktor geworden; der Unterschied in der Bewaffnung zwischen Volk und Militär vergrößerte sich immer mehr. Die neuen Verhältnisse, die technische Überlegenheit des Militärs vor allem, führten zu einer neuen Taktik. Es in offener Schlacht besiegen zu wollen, wäre Torheit gewesen, aber die schmalen, winkligen Straßen und Gassen der Städte, ein Vermächtnis früherer Jahrhunderte, boten der Insurrektion noch einen für sie äußerst günstigen Kampfplatz. Dennoch war die technisch-militärische Überlegenheit des Heeres eine so ungeheuere, daß, wie Engels in seinem berühmten Vorwort zu den Marxschen Klassenkämpfen klar-

gelegt hat, ein wirklicher Sieg der Insurrektion über das Militär, ein Sieg wie zwischen zwei Armeen, schon damals zu den größten Seltenheiten gehörte. Trotz seiner militärtechnischen Unterlegenheit konnte aber der Aufstand dennoch siegen, weil er der Armee in Vorzügen andrer — moralischer — Art, in Zähigkeit, Einmütigkeit und Energie manchmal überlegen war.

„Auf den wirtschaftlichen Sieg", schreibt Engels, „hatten die Insurgenten es auch nur selten angelegt. Es handelte sich für sie nur darum, die Truppen durch moralische Einflüsse, die beim Kampfe zwischen den Armeen zweier kriegführender Länder gar nicht oder doch in weit geringerem Grade ins Spiel kommen, mürbe zu machen. Gelingt das, so versagt die Truppe oder die Befehlshaber verlieren den Kopf und der Aufstand siegt. . . . Selbst in der klassischen Zeit der Straßenkämpfe wirkte also die Barrikade mehr moralisch als materiell. Sie war ein Mittel, die Festigkeit des Militärs zu erschüttern. Hielt sie vor, bis dies gelang, so war der Sieg erreicht; wo nicht, war man geschlagen."

In seiner schon vorhin erwähnten Artikelserie über „Staatsstreich und politischer Massenstreik" gibt Parvus eine anschauliche Darstellung von der Art, wie die Barrikadenkämpfe zustande kamen und von den moralischen Mitteln, die den Sieg auch manchmal auf ihre Seite brachten. Wir entnehmen seinen prägnanten Ausführungen folgende Stelle:

„Die Barrikadenrevolution, wie sie die Geschichte aufweist, erscheint uns vor allem als der Abschluß der geschilderten Entwicklungsreihe politischer Äußerungen und zugleich ihre Vereinigung und höchste Kraft- und Wirkenssteigerung. Aber sie war mehr als das. Sie war die gesellschaftliche Desorganisation. Die Fabriken, Werkstätten, Wohnhäuser leerten sich, die Straßen und Plätze waren überfüllt. Die Läden wurden geschlossen. Die Produktionstätigkeit, der Handel, der Verkehr stockten. Die vielen tausend Fäden des gesellschaftlichen Puppenspiels wurden auf einen Augenblick gelöst. Und mit der Alltagsbeschäftigung verschwand auch der moralische Alltagsdusel. Die Bequemlichkeit hörte auf, die Lässigkeit wirkte nicht mehr, die Tradition war vergessen, der Schlendrian gebrochen, die kleinlichen Lebenssorgen wurden zurückgestellt und nur eins beseelte die schiebende, drängende, flutende, wogende Menge — das politische Interesse. Im aufgeregten

Menschenchaos löste sich der Einzelwille auf und zur Geltung kamen die Gesetze der Massenbewegungen. Politisierende Menschenhaufen bildeten sich an den Straßenecken. Es waren die Nervenknoten der zu einem großen Ungetüm verschmolzenen Volksmenge auf offener Straße, die Sensivitätsknäuel, die in zitternder Hast Eindrücke, Nachrichten, Gerüchte, Gedanken, Worte, Stimmungen weitertrugen, erzeugten, aufbauschten, im Flusse erhielten. Die Unsicherheit, das Ungewöhnliche, Perverse der Situation, die nervöse Spannung, die Konzentration des Interesses auf einen Punkt, das nahe Beisammensein in großer Volkszahl steigerten das Fassungsvermögen, schafften gleichsam an Stelle der gewöhnlichen geistigen Empfänglichkeit einen verfeinerten, potenzierten, revolutionären Massenintellekt. Deshalb das schnelle Umsichgreifen eines revolutionären Aufstandes — notabene, wenn er zur richtigen Zeit kam.

Der Staat wurde in den allgemeinen Strudel hineingerissen. Die Regierungsmaschinerie klappte vorzüglich, solange der gesamte gesellschaftliche Mechanismus ungestört funktionierte. . . Als aber die Berufstätigkeit aufhörte, der korrekte Geschäftsmann ebenso wie der Gauner und Schwindler außer Erwerb gesetzt wurden, wenn ernste Volksmengen sich in den Straßen bewegten und auf den Hausmauern Inschriften erschienen: „Tod den Dieben" — dann ergriff die Regierungsorgane vom Schutzmann bis zum König eine bange Besorgnis, eine herzbeklemmende Unsicherheit, eine scheue Ratlosigkeit. Gaben sie sich früher für die Beschützer des Volkes aus, so erschienen sie jetzt schutzbedürftig gegenüber dem Volk. Denn gegen sie richtete sich der lange verhaltene Zorn des aus seiner gewaltigen Ruhe aufgerüttelten Volkes. Vor allem aber ging das Bestreben der Regierung dahin, die Ordnung wieder herzustellen, das heißt das Volk mit Gewalt zu veranlassen, die einzelnen Stellungen in der gesellschaftlichen Tretmühle wieder einzunehmen, es mit Gewalt in den gewohnten Schlendrian hineinzuzwängen. Allein die Polizei verschwand im Menschenstrome und wurde machtlos. So blieb die einzige Zuversicht — das Militär.

Die Aufgabe, die dem Militär zufiel, war die, das Volk aus den Straßen zu verjagen, es zu Paaren zu treiben, um dadurch die Zauberkräfte der Zusammenrottungen zu zerstören, in der Erwartung, daß die auseinandergesprengte Menge, ohne Zu-

sammenhang untereinander, entmutigt würde und ihre aufgelösten Einzelglieder, auf sich selbst gestellt, den moralischen Halt verlören, nachgäben und wieder ins Joch kröchen, um im ausgetretenen Geleise fortzutraben. Dem widersetzte sich das Volk. So entstanden die Barrikaden.

Die Bedeutung der Barrikade ist nach zwei Richtungen hin zu betrachten. Erstens war sie ein Sammelpunkt und Organisationsmittel. Gerade wo es sich um eine von vornherein unorganisierte Masse handelte, wie das bei den geschichtlich bekannten gewaltsamen Revolutionen stets der Fall war, war dieser Punkt sehr wichtig. Die Massenversammlungen bekamen dadurch ein Ziel und ein Bindemittel. Besonders wirksam zeigte sich das bei den durch ihre Berufstätigkeit von einander getrennten, aber doch im beschränkten Raume der Straße, des Stadtviertels in sehr ansehnlicher Zahl vorhandenen Kleinhändlern, Handwerkern, Hausindustriellen usw. Durch den Barrikadenbau wurden diese Leute aus den Budiken, Werkstätten, Hinterhäusern herausgelockt und vereinigt. Für alle vollends war die Barrikade die Proklamation, die öffentliche Kund- und Geltendmachung der Revolution, das aufgehißte Banner, um die revolutionären Kräfte zu sammeln. Man bedenke, wie zahlreich noch 1848 das Kleinbürgertum und das Handwerkertum waren, wie unorganisiert die Arbeiterklasse selbst, um die Wichtigkeit dieses Moments zu begreifen. Deshalb zeigt jede Revolution zunächst eine aufsteigende Bewegung. Sie brauchte Zeit, um sich zu entfalten. Und solange diese Ausdehnungsfähigkeit anhielt, war der Sieg auf seiten des Volkes. Mit Recht verweist Engels darauf, daß der Sieg des Volkes in Berlin 1848 unter anderm dem starken Zufluß neuer Streitkräfte während der Nacht und des Morgens vom 19. März zuzuschreiben ist.

Zweitens war die Barrikade eine Schutzwehr: Deckung auf seiten des Volkes und Hindernis auf seiten des Militärs. Die Macht dieser Hemmung auf das Militär lag nicht immer in ihrer materiellen, sondern mehr noch in ihrer *moralischen* Wirkung. Der Marsch der Truppen wurde aufgehalten, dadurch entstand Unordnung in den Reihen, die stramme Spannung des sich militärisch bewegenden Zuges ließ nach, Zeit verstrich, die Soldaten durch Gewohnheit, militärischen Drill zusammengehalten, durch den Trommelschlag betäubt, durch den gemein-

samen Kolonnenmarsch hingerissen, bekamen Gelegenheit, sich umzusehen, nachzudenken, sich Rechenschaft abzulegen von ihren Handlungen. Und da es nicht einen Kampf in offenem Felde gegen einen fremden Feind galt, sondern einen Angriff im engen Raum der Straße, unter den Augen der Bevölkerung auf das Volk, mit dem die Soldaten gestern erst friedlich verkehrten und dem sie selbst entstammten, so bemächtigte sich eine Energielosigkeit, eine Unlust, eine Verwirrung der Truppen, sie wurden „demoralisiert", und das desto mehr, je mehr Sympathien sie von vornherein dem Aufstande entgegenbrachten. Es ist bekannt, daß man deshalb bei revolutionären Kämpfen die mangelnde Begeisterung der Soldaten durch reichliche Branntweinrationen zu ersetzen pflegte. Im Schnapsrausch lag also in letzter Linie das Heil des Staates."*

* * *

Aus dieser Übersicht der verschiedenen, während vieler Jahrhunderte im Klassenkampf angewendeten Mittel folgt, daß die kämpfenden Klassen in der Vergangenheit über bestimmte, mit der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt und den gesellschaftlichen Zuständen zusammenhängende Kampfmittel verfügten. Die Verweigerung einer wichtigen *gesellschaftlichen*, wenn auch nicht notwendig *ökonomischen* Funktion erwies sich uns als eine der geschichtlichen Methoden der Abwehr. Daneben kommt dann die eigentliche Gewalt in der Form des bewaffneten Widerstandes in Betracht. Die Wirkung der geschichtlichen Entwicklung aber ist, die Gewaltmittel in den Händen des Staates zu zentralisieren, das Volk zu entwaffnen, somit den Abstand zwischen den kämpfenden Klassen in militärtechnischer Hinsicht immer größer zu machen und den bewaffneten Widerstand immer schwieriger. Zum Glück für die aufkommende Klasse unsrer Zeit, für das Proletariat, entscheidet aber immer weniger die bloße technisch-militärische Überlegenheit. Es gewinnt dagegen ein andrer Faktor immer mehr an Bedeutung: die *Festigkeit, Zähigkeit und Widerstandskraft der Organisation.*

Wir wollen jetzt die möglichen Kampfmittel prüfen, die sich für das moderne Proletariat aus den Tendenzen der gesell-

* Parvus, Staatsstreich und politischer Massenstreik, Neue Zeit, Jg. 19, Bd. II, S. 308—310.

schaftlichen Entwicklung sowie aus seiner eignen Stellung im Produktionsprozeß ergeben.

In der Produktion erfüllt das Proletariat eine hochwichtige Rolle, da es mit seiner Arbeit das ganze Gemeinwesen erhält. Daneben hat es auch im Staatswesen gewisse Verpflichtungen zu erfüllen, deren wichtigste Steuerzahlung und Militärdienst sind, und deren Verweigerung es vielleicht als Zwangsmittel im Klassenkampf anwenden könnte. Endlich ist es, wie alle andern Klassen, auch Konsument.

In den ökonomisch hochentwickelten Ländern bildet das Proletariat die zahlreichste Klasse der Bevölkerung und folglich überall, wo die allgemeine Dienstpflicht die persönliche Grundlage des modernen Militarismus ausmacht, den größten Teil der Armee. Als Steuerzahler trägt es, infolge seiner Armut, einen erheblichen Teil der öffentlichen Lasten nur dort, wo indirekte Steuern auf Konsumgegenstände gelegt sind, also in fast allen europäischen Ländern außer England. Würde das Proletariat, wie einstmals die Bourgeoisie, die Steuerverweigerung als politische Waffe anzuwenden versuchen, so könnte es dies folglich nur in seiner Rolle als Konsument, indem es den eignen Konsum herabsetzte. Die indirekten Steuern auf Konsumgegenstände, die Zölle und Akzisen, die dem Proletariat aufgelegt werden, treffen sowohl seine ersten Lebensmittel (Getreide, Fleisch, Kartoffeln, ferner Baumwolle, Hausgerät, Steinöl usw.), wie seine Genußmittel (Zucker, Tabak, Tee, alkoholische Getränke). Allgemein geht die Tendenz der (reaktionären) Entwicklung auf Erhöhung dieser Steuern, weil die Ausgaben für Militarismus und Marinismus ins Ungeheuere wachsen, die herrschenden Klassen es aber ablehnen, die Mittel zu dieser Politik durch progressive Einkommen- und Erbschaftssteuern aufzubringen. Den Konsum seiner ersten Lebensmittel auf längere Zeit bedeutend herabzumindern, wäre für das Proletariat wie für jede Klasse unmöglich. Freiwillige Einschränkung des Konsums an Genußmitteln ist dagegen wohl möglich und schon von Völkern versucht worden, die durch Besteuerung ausgebeutet wurden, wie von den Nord-Amerikanern vor dem Unabhängigkeitskrieg gegen England. Das Resultat einer derartigen Aktion des Proletariats könnte aber nur ein moralisches sein, jedenfalls könnte sie höchstens erst bei langer Dauer eine gewisse

wirtschaftliche Schädigung einiger Gruppen aus den besitzenden Klassen erreichen. Sie könnte somit nur wirken als eine verstärkte Form der Manifestation.

Die Steuerverweigerung kann eine brauchbare Waffe sein, wenn von einer Klasse angewendet, die über das Produkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit selbst verfügt und somit dem Staate die zu seiner Existenz notwendigen Geldmittel verweigern kann, ohne den eigenen Konsum einzuschränken. Bei Klassen, wo dies nicht der Fall ist, also für die Praxis des proletarischen Klassenkampfes, kommt die Steuerverweigerung nicht ernstlich in Betracht.

Außer der Steuerverweigerung ist noch der Boykott als wirtschaftliche Waffe im politischen Kampf schon angewendet worden. Vor einiger Zeit wurde er, zwar in geringem Umfang, von den Afrikaner Buren gegen englische Waren versucht. Neuerdings findet er unvermutet Anwendung bei den Eingeborenen in Bengalen, wo er sich zu einer drohenden Bewegung gegen die englische Herrschaft entwickeln soll. Mittels des Warenboykotts kann man aber nur einen nationalen Feind treffen. Im politischen Kampf ist er für das Proletariat unbrauchbar, weil er das Moment der internationalen Solidarität vollständig ausschalten würde. Das Proletariat müßte, um den nationalen Feind treffen zu können, die Feinde seiner internationalen Brüder bevorzugen. Außerdem würde eine Erhöhung des Schutzzolles der Bourgeoisie ein Mittel bieten, die Durchführung des Boykotts unmöglich zu machen.

Neben der Steuerzahlung ist die wichtigste staatliche Verpflichtung des Proletariats der Militärdienst. Die Verweigerung dieses Dienstes, die Stellungsverweigerung, wäre die moderne Wiederauflebung der mittelalterlichen Verweigerung der Heeresfolge. Ihre Folgen für den einzelnen würden aber, dem gewaltigen Abstand in den Machtverhältnissen zwischen dem modernen Staate und dem rebellierenden Individuum gemäß, für dies Individuum ganz andre sein. Der mittelalterliche Baron forderte durch die Verweigerung seiner Lehnspflicht den offenen Kampf heraus, aber er fürchtete ihn nicht allzusehr, weil er über qualitativ, wenn auch nicht immer quantitativ gleiche Waffen wie sein Herr verfügte; er konnte den Kampf aufnehmen mit der Aussicht zu siegen. Der moderne Arbeiter dagegen, der die Stellungsverweigerung wagt, kommt

in Konflikt mit dem ganzen Herrschaftsapparat des Staates und wird von diesem zerdrückt wie ein lästiges Insekt.

Ihrer praktischen Aussichtslosigkeit wie ihrer schweren persönlichen Gefahren wegen ist die individuelle Stellungsverweigerung von der Sozialdemokratie immer bekämpft worden. Die gewisse agitatorische Wirkung, die ihr nicht abgesprochen werden darf, fällt gegenüber ihren Bedenklichkeiten kaum ins Gewicht.

Anders wie mit der individuellen steht es mit der organisierten Stellungsverweigerung. Vom Proletariat in großem Maßstabe angewendet, wird sie in revolutionären Zeiten den Regierungen bei inneren Unruhen arge Verlegenheiten bereiten können, vielleicht auch bei ausländischen Kriegen. In Finnland ist vor kurzem ein schwacher Versuch in dieser Richtung gewagt worden, in der allerletzten Zeit wurde die organisierte Stellungsverweigerung von der polnischen sozialistischen Partei, im Zusammenhang mit andern revolutionären Mitteln im Kampfe gegen den Absolutismus, nicht ganz ohne Erfolge angewendet.

Die organisierte Stellungsverweigerung ist jedoch nichts andres als eine etwas abgeschwächte Form des militärischen Streiks, das ist: des unbedingt revolutionärsten Streiks, den es in der bürgerlichen Gesellschaft gibt. Bleibt dieser Streik auf die im Militärdienst Neueintretenden beschränkt, breitet er sich nicht nach und nach auf die schon im Militärdienst Stehenden, auf die Armee, aus, so werden in den unvermeidlichen gewaltsamen Zusammenstößen, die er erzeugt, die Streikenden unerbittlich überwältigt. Nur wenn der Streik sich auch auf das stehende Heer erstreckt, die Stellungsverweigerung sich zur Dienstverweigerung, zur allgemeinen Insubordination erweitert, können seine Aussichten günstig sein.

Es ist aber ganz unwahrscheinlich, daß im Laufe der Entwicklung eine politische Erregung, mächtig genug, die Bande der Militärdisziplin zu lockern und die Armee zur Insubordination hinzureißen, beim Heer ihren Anfang nehmen wird. Volkserhebungen pflegen nicht beim Militär anzufangen; vielmehr setzt die Armee ihrem siegreichen Vordringen gewöhnlich anfangs einen gewissen Widerstand entgegen, auch wenn sie sich schließlich von ihnen mitreißen läßt.

Die organisierte Stellungs- und Dienstverweigerung wird als proletarisches Kampfmittel zweifellos in Anwendung kommen,

aber nur als Teil, als Moment einer allgemeinen revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse, deren Einleitung und wichtigstes Ausdrucksmittel nichts andres sein kann als eine mächtige Streikkrise. Zum Militärstreik kann es nur kommen in Tagen revolutionärer Gärung, wenn das herrschende Regime schon ernstlich bedroht und dem Zusammenbruch nahe erscheint. Solange Militärpflichtige und Soldaten fürchten müssen, daß die politische Gewalt, gegen die sie sich auflehnen, nach Beendigung des Kampfes noch dieselbe sein wird, werden sie sich hüten, einen Kampf aufzunehmen, der für sie den Verlust der Freiheit, ja des Lebens bedeuten würde. Sie können ihn nur wagen, wenn Aussicht erscheint, die bestehende Staatsgewalt zu stürzen und eine neue an deren Stelle zu setzen. Soll ihnen aber diese Hoffnung winken, so müssen sie nicht isoliert dastehen, sondern nur einen Teil bilden der ganzen proletarischen Klasse, die sich ebenfalls im offenen Kampf gegen die Staatsgewalt befindet.

Unter dieser Voraussetzung kann nicht nur, sondern wird wahrscheinlich die Stellungs- und Dienstverweigerung eine wichtige Rolle spielen im Entscheidungskampf des Proletariats. Schon deswegen wird dies der Fall sein müssen, weil der Staat in seiner Abwehr gegen eine mächtige politisch-revolutionäre Streikbewegung jedenfalls ebensowohl die Arbeiter des Eisenbahndienstes und andrer wichtiger Produktionszweige militarisieren, das heißt unter militärische Zucht stellen, wie die in der Armee und in der Reserve dienenden professionellen Arbeiter zur Berufsarbeit befehlen wird. Streik und Dienstverweigerung werden auf diese Weise verkettet werden, unerbittlich ineinander übergehen.

Die Stellungs- und Dienstverweigerung kann also den politischen Massenstreik nicht ersetzen, geht aber notwendig aus der revolutionären Streikbewegung hervor, erhöht ihre Intensität und dürfte eine Bedingung ihres Sieges sein.

Hiermit sind die möglichen Zwangsmittel erschöpft, die dem Proletariat aus seiner Stellung im Produktionsprozeß und in der bürgerlichen Gesellschaft erwachsen. Es bleibt nur die Gewalt im eigentlichen Sinne, die bewaffnete Insurrektion übrig. Eine ausführliche Prüfung ihrer Aussichten ist hier nicht notwendig, wie auch Parvus in seiner mehrfach zitierten Artikelserie von 1896 und Kautsky in seiner Abhandlung von

1904 auf eine solche Prüfung verzichtet haben. Fr. Engels hat in klassischer Klarheit und Präzision die Gründe auseinandergesetzt, weshalb die bewaffnete Insurrektion mit Barrikadenkämpfen und derlei kriegerische Geschehnisse in den Revolutionsbewegungen der Gegenwart keine entscheidende Rolle mehr spielen können, und diese Gründe nochmals auseinanderzusetzen, hieße nur, die Engelsschen Ausführungen wiederholen.

Es ist aber neuerdings im internationalen Sozialismus die Aussichtslosigkeit der bewaffneten Insurrektion doch wieder angezweifelt worden, sowohl von einer Fraktion des russischen Sozialismus, wie von angesehenen Wortführern der italienischen und englischen Sozialdemokratie. Dazu kommt, daß die russischen Ereignisse der letzten Monate eine neue, wichtige, wenn auch noch nicht abgeschlossene Erfahrung zu dem Tatsachenmaterial der proletarischen Revolutionsbewegungen hinzugefügt haben, der sich vielleicht doch neue Gesichtspunkte abgewinnen lassen. Aus dem einen wie dem andern Grunde dürften einige Ausführungen über die mögliche Rolle der Gewalt im proletarischen Emanzipationskampfe hier nicht unangebracht sein.

Bekanntlich ist die Partei der russischen Sozialrevolutionäre der Ansicht, daß sich die organisierte Gewalt als eine für das Proletariat nützliche Waffe erweisen kann, und zwar hauptsächlich wegen ihrer moralischen Wirkung.* Der bewaffnete Widerstand gegen Polizei und Militär bei Streiks, Umzügen, Straßendemonstrationen usw. scheint ihnen ein geeignetes Mittel, das Proletariat zu größerem Kampfmut zu erziehen, sein Selbstgefühl zu heben und der langen Gewöhnung des Gehorsams und der Unterwerfung unter die Autorität entgegenzuwirken.

Die russischen Revolutionäre haben den bewaffneten Widerstand bei Straßenumzügen usw. manchmal in Anwendung gebracht. Der einzig mögliche Erfolg bestand außer in der erzieherischen Wirkung des tapferen Standhaltens gegenüber der bewaffneten Macht, in dem Eindruck auf die öffentliche Meinung.

* Der Terrorismus, der Gewaltakt des einzelnen (wenn auch auf Beschluß der Organisation) gegen einzelne, braucht hier nicht erörtert zu werden, weil er von den Sozialrevolutionären ausdrücklich als ein nur unter den jetzigen russischen Verhältnissen in Frage kommendes Mittel betrachtet wird.

Der Gedanke an die Möglichkeit einer Erschütterung der russischen Staatsgewalt, des Sturzes des Absolutismus durch den Kleinkrieg mit der Polizei mit den den Arbeitern zu Gebote stehenden primitiven Waffen, konnte ja bei niemandem aufkommen. Die moralische Wirkung des Widerstandes, die Erziehung des Wollens zum Kampf und zur Kampftüchtigkeit beim Proletariat mag wohl ihren Nutzen gehabt haben unter Verhältnissen wie den russischen, wo jede regelmäßige Massenaktion unmöglich war, jeder Streik und jede Manifestation das Eingreifen der Autoritäten herausforderte, hat aber nur eine Existenzberechtigung unter solchen, das Proletariat zu völliger Rechtlosigkeit verurteilenden Verhältnissen.

Das Ausbrechen und der Fortgang der revolutionären Bewegung in Rußland haben aber gezeigt, daß, sobald das Proletariat den Kleinkrieg gegen Polizei und Militär zum großen Krieg gegen die herrschende Staatsordnung erweitert, nicht an erster Stelle die physische Gewalt, sondern der Massenausstand zum eigentlichen Träger der politischen und sozialen Klassenerhebung wird. Der Streik ergibt sich als Notwendigkeit, von selbst, aus jeder wirklichen Revolutionsbewegung der Gegenwart, weil er aus der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse hervorgeht. Ohne die Fabriken, Werkstätten, Bergwerke zu verlassen, wo es an die Kette des Kapitals geschmiedet, von diesem in Vereinsamung und Zersplitterung festgehalten wird, kann das Proletariat keine allgemeine politische Aktion vornehmen. Der Streik ist die Einleitung, der erste Schritt jeder revolutionären Massenaktion, wie auch ihr weiterer Fortgang sich abspielen möge. Er ist zudem die einzige Aktionsform, die alle Gruppen des Proletariats aufrüttelt und in die politische Bewegung hineinzieht, weil er es allen ermöglicht, gegenüber dem wirtschaftlichen und sozialen Druck des Kapitals, der die allgemeine Grundlage der modernen Gesellschaft ist, ihre Forderungen zu erheben.

Nicht mit dem Straßenkampf, sondern mit dem Massenstreik hat die revolutionäre Erhebung in Rußland angefangen. Wohl aber sind in vielen Fällen Straßenkampf und gewaltsamer Widerstand die zweite Phase der Bewegung gewesen: Aufstände, Straßenkämpfe, Zusammenstöße mit Polizei und Militär sind überall aus dem Streik hervorgegangen und haben Tausende von Opfern erheischt. Durchgehends aber bilden

die Straßenkämpfe bloß heroische Episoden der revolutionären Streikbewegung, Begleiterscheinungen von untergeordneter Bedeutung gegen diese selbst, das heißt solcher, deren Ergebnis für das Schicksal der Revolution nicht entscheidend ist. Über ihr Schicksal entscheidet, soweit das Proletariat als ein Faktor der russischen Revolution in Betracht kommt — und das ist in sehr hohem Grade, wenn auch lange nicht ausschließlich der Fall — in erster Linie der Verlauf der Streikbewegung selbst, der Umstand, ob das Proletariat imstande ist, die Bewegung intensiv und extensiv immer großartiger zu gestalten, sie mit kurzen Unterbrechungen, die den Absolutismus nicht zu Atem kommen lassen, immer von neuem zu wiederholen, die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse folglich immer tiefer zu zerrütten, den aus dem Volke hervorgegangenen Teil der Armee immer mehr zu erschüttern und der Insubordination näher zu bringen, die Regierung immer mehr zu verwirren, ihre Machtmittel zu lähmen, sie zum tatenlosen Hin- und Herschwanken oder zur verzweifelten Untätigkeit zu verdammen.

Die russische Revolution hat in diesem Augenblick noch keinen entscheidenden Vorteil über den Gegner zu verzeichnen, aber dennoch hat die revolutionäre Streikbewegung im Laufe der letzten Monate so gute Fortschritte mit der Desorganisation des absolutistischen Staates gemacht, daß sich aus den russischen Ereignissen deutlich ergibt, welch treffliche Waffe der Streik als die natürliche Form der proletarischen Revolution, sogar in den Händen eines an Zahl schwachen und wenig geschulten Proletariats ist. Ein allgemeiner Versuch der Arbeiter und Intellektuellen zur bewaffneten Insurrektion hätte zweifellos mit einer furchtbaren Niederlage geendet und das Proletariat auf Jahre geschwächt und kampfunfähig gemacht. Nach einer mehrere Monate andauernden, mit Demonstrationen, Revolten und Straßenkämpfen verbundenen Streikbewegung steht das Proletariat nicht nur ungebrochen und ungeschwächt da, in der Lage, den Kampf nach Gutdünken, wenn erschöpft, abzubrechen und wieder zu beginnen: es hat im Kampfe seine Kraft kennen gelernt und das Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Unentbehrlichkeit gewonnen. In einigen Monaten des Kampfes hat es dem Absolutismus gewaltigeren Schaden zugefügt als die Intelligenz in jahrzehntelangem Ringen. Es hat durch

den Streik jede Festigkeit des Erwerbs und der Existenz unmöglich gemacht, in der Gesellschaft einen unerträglichen Zustand der Unruhe und der Unsicherheit hervorgerufen, die Einkünfte des Staates stark herabgesetzt, ihm höhere Ausgaben aufgenötigt, allen andern revolutionären Klassen Gelegenheit gegeben, die gesellschaftliche und staatliche Desorganisation durch Einstellung ihrer eigenen wissenschaftlichen und administrativen Tätigkeit zu fördern. Dieses Proletariat hat innerhalb Jahresfrist für seine Klasse eine ansehnliche faktische, wenn auch nicht gesetzliche Freiheit der Agitation und Organisation gewonnen und für die ganze Gesellschaft in verschiedenen Landesteilen eine nie dagewesene Freiheit der Presse geschaffen. Die Kampfeskräfte der Revolution sind kolossal gewachsen, die ungesetzliche Presse hat ungeheuere Verbreitung gefunden. Vor allem aber hat, vielleicht als wichtigstes Ergebnis dieser ersten Periode der Revolution, eine Welle der Militäraufstände angesetzt, deren Fortgang den Zarismus unmittelbar bedrohen würde. Diese Militärrevolten sind neben den Niederlagen im Osten ohne Zweifel auf die Berührungen zurückzuführen, die das Heer Wochen und Monate hindurch mit den ausständischen Arbeitern hatte, sowie ferner auf die elende Henkersarbeit, zu der die Regierung das Militär mißbrauchte und die ihm auf die Dauer zum Ekel wurde. Endlich ist während dieser Periode in Gestalt der Duma ein neuer wertvoller Ausgangspunkt für die weitere revolutionäre Agitation unter den entrechteten Volksmassen, vor allem den Bauern, gewonnen.

Das russische Proletariat hat diese Erfolge nur unter sehr blutigen Opfern errungen. Bei dem Petersburger Massaker sind Tausende gefallen und bei den Zusammenstößen der Arbeiter mit dem Militär zu Warschau, Lodz, Riga, Odessa, Moskau sind abermals Tausende auf dem Schlachtfeld der Freiheit geblieben.

Bei den von der Streikbewegung nicht scharf getrennten Straßenkämpfen ist in ganz Rußland das Blut der Revolutionskämpfer geströmt. Es gibt wohl keinen größeren Ort, keine Industriestadt, kein Bergwerk, wo nicht todesmutige Proletarier den blutdürstigen Unterdrückungsversuchen der Autokratie zum Opfer gefallen sind. Eine Revolution ohne Opfer, und zwar gegen den asiatisch-barbarischen Absolutismus, ist aber unmöglich. W ä r e jedoch nicht der Streik, sondern der

bewaffnete Versuch zur Insurrektion gleich von Anfang an die allgemeine Erscheinungsform des Kampfes gewesen, dann wären nicht wie jetzt einige Hunderte oder Tausende von Proletariern gefallen, sondern das russische Proletariat selbst läge, aus unzähligen Wunden blutend, am Boden — wie das Pariser Proletariat nach der Niederwerfung der Kommune.

Der politische Massenstreik, sei es als gleichzeitige Erhebung des ganzen Proletariats, sei es in der geänderten, schleppenden Form, wie er sich jetzt in Rußland abspielt, stellt sich, wie aus den russischen Ereignissen hervorgeht, als das beste Mittel dar, der staatlichen Gewalt einen zwar nicht immer ungewaltsamen, aber ebensowenig vorwiegend von der materiellen Gewalt abhängigen Widerstand entgegenzusetzen, der eben darum den überlegenen staatlichen Gewaltmitteln nicht zu unterliegen braucht, weil seine Machtmittel größtenteils andrer Art sind.

Der politische Massenstreik ist die einzig mögliche Form des Bürgerkriegs, in welchem den mit den raffiniertesten Mitteln moderner Technik ausgerüsteten Soldaten von der andern Seite nur „die offene Brust und das ungeschützte Herz" entgegengestellt wird und dennoch nicht die bewaffnete Regierungsgewalt, sondern das unbewaffnete Heldentum der Masse entscheidet.

* * *

Auch von einem Teil der italienischen und englischen Sozialdemokratie wird vielfach die Auffassung vertreten, daß im Entscheidungskampfe des Proletariats die bewaffnete Gewalt die wichtigste Rolle spielen wird. Genosse Hyndman verwirft, wie man sich erinnern wird, den revolutionär-politischen Massenstreik, weil dieser ihm gegen die Gewalt der politischen Machthaber keine Aussicht zu bieten scheint; er akzeptiert ihn höchtens als Einleitung zur bewaffneten proletarischen Insurrektion. Er stellt sich diese jedoch nicht in der alten, von der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung längst unmöglich gemachten Form eines Kampfes der Volksmassen gegen die Armee vor, sondern will das Heer selbst in den Dienst der Freiheit stellen, die Armee zum Zweck der Niederwerfung der kapitalistischen Herrschaft anwenden. Deshalb empfiehlt er den deutschen Genossen, in der Armee sozialistische und antimilitaristische Agitation zu treiben. Deshalb

befürwortet er eine Art der Heeresorganisation, die sich mit sozialistischem Bewußtsein durchdringen läßt, wovon er erwartet, sie werde sich in so hohem Maße eins mit dem Volke fühlen, daß dieses sie als Werkzeug seiner revolutionären Erhebung anwenden könne: das Volksheer, die Miliz.

Zweifellos würde die Existenz der Miliz — das heißt, die zu militärischen Zwecken organisierte, aber nicht als selbständiges Organ außer und über dem Volke stehende gesamte männliche Bevölkerung — den politischen Massenstreik als Form und Mittel der proletarischen Revolution überflüssig machen. Zwar wäre auch in diesem Falle die Unterbrechung der Produktion, das Heraustreten des Proletariats aus den Fabriken, Werkstätten und Bergwerken die unerläßliche Voraussetzung zur aktiven Entfaltung seiner militärischen Macht. Dieser aber fiele die Aufgabe zu, das bürgerliche Regiment durch direkte Gewalt zu stürzen, anstatt es hauptsächlich, wie der politische Streik will, durch die indirekte Desorganisation und Demoralisation zu beseitigen.

Jedoch die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering, daß unter Verhältnissen, die den politischen Streik, also die Anwendung von Gewaltmitteln für die Arbeiterklasse zur Durchführung ihrer Emanzipation notwendig machen — wo ihr also die Demokratie nicht oder nicht mehr zu Gebote steht — eine militärische Organisation auf demokratischer Grundlage erwachsen oder Bestand haben wird.

Die Miliz, wie die Sozialdemokratie sie auffaßt — nicht in der zwieschlächtigen Form, wie sie aus technisch-militärischen Rücksichten auch von militärischer Seite verlangt wird —, ist keine auf sich selbst ruhende Heeresform, sondern die Gewährung eines wichtigen politischen Rechtes von unmittelbarer Wirkung und noch größerer Tragweite wie das Wahlrecht; sie ist die Voraussetzung und Konsequenz einer ausgebildeten Demokratie. Sie kann nur bestehen entweder in einer kleinbürgerlichen oder Bauerndemokratie, oder aber in einer modernen Demokratie, in der das Proletariat den ganzen politischen Einfluß ausübt, der seiner wichtigen Stellung im Wirtschaftsgetriebe und seiner politischen Reife und Einsicht entspricht. Aber sein sozialistisches Ziel wird das Proletariat ja in einer derartigen Demokratie auf gesetzlich-parlamentarischem Wege erreichen können und damit verschwindet die Notwendigkeit

der Anwendung des politischen Streiks wie jedes Gewaltmittels überhaupt. Erreicht aber die demokratische Entwicklung diesen Reifegrad nicht, greift die herrschende Klasse vielmehr zu dem Mittel der politischen Entrechtung des Proletariats, um sich halten zu können, so ist die demokratische Heeresorganisation, die Volksmiliz, nicht als Mittel zum Siege des Proletariats, sondern erst als dessen Ergebnis zu erwarten.

Das Proletariat ist heute schon so sehr der Schrecken seiner Gegner, daß die Regierungen keinen Schritt zur Volksmiliz hin zu tun wagen, wie erwünscht ein solcher aus militärtechnischen Gründen auch wäre. Die Wehrfähigkeit einer entrechteten Klasse ist den Herrschenden immer gefährlich; und wo das Proletariat politisch imstande ist, die Umformung des stehenden Heeres zur Miliz durchzusetzen, ist es um so eher imstande, die politische Demokratie zu erringen und sich zu erhalten.

Jedenfalls ist bis jetzt in den wichtigsten europäischen Ländern von einer Entwicklung des stehenden Heeres zur Volksmiliz nichts zu bemerken. Wo, wie in den kleineren Ländern, finanzieller Rücksichten halber die Dienstzeit ein Jahr nicht übersteigt oder noch geringer ist, steht dennoch das Kasernensystem, die militärische Rechtspflege usw. in voller Blüte, kurz es wird alles aufgeboten, um trotz der kurzen Dienstzeit den „militärischen Geist" auszubilden. In der alten norwegischen Bauerndemokratie, wo eine Art Milizsystem von jeher heimisch war, schlägt die Heeresentwicklung den Weg zum Militarismus ein. Nur in der Schweiz, dem Musterland der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Demokratie, steht das Volksheer noch festgewurzelt, obgleich es auch dort militaristische Ansätze gibt.

Bleibt England übrig. Dort aber sind die Heeresverhältnisse sehr verschieden von denen des Festlandes, wie ja auch seine gesellschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen manches Eigentümliche zeigen. Ein stehendes Heer auf der Grundlage der allgemeinen oder persönlichen Dienstpflicht gibt es nicht, die Heeresverfassung beruht auf einer Mischung von Söldnerarmee und freiwilligen Milizen. Die große Heeresreform, von der seit Jahr und Tag die Rede ist, die auszuführen aber das nächste liberale Ministerium wahrscheinlich ebensowenig Lust verspüren wird, wie bisher die konservativen Unionisten — diese immer

wieder aufgeschobene „gründliche“ Reform muß jedenfalls zu einer Art von Milizheer führen; denn das englische Volk, das nie persönliche Militärlasten kannte, würde sich aufbäumen gegen eine Dienstzeit von der Länge, wie das stehende Heer sie fordert. England ist aber unter den kapitalistisch entwickelten Ländern Europas das Land, wo die Bourgeoisie die Erweiterung der Rechte des Proletariats am wenigsten zu fürchten braucht, weil dieses bis jetzt seine politischen Rechte doch nicht zum Zwecke seiner Befreiung anwendet. Das englische Proletariat besitzt Vereinsfreiheit, aber es hat keine starke selbständige politische Organisation; es hat Preßfreiheit, aber die unabhängige Arbeiterpresse hat keinen politischen Einfluß und keine Bedeutung; es hat ein so gut wie allgemeines Wahlrecht, aber es schickt fast keine mit klarem Klassenbewußtsein erfüllten Kämpfer ins Parlament. So würde es auch wohl die militärische Macht, welche die Einrichtung der Miliz ihm verliehe, im heutigen Stadium seiner politischen Reife oder vielmehr Unreife nicht anwenden, um die Staatsgewalt zu bekämpfen, sondern sich wahrscheinlich betören lassen, für die Interessen der besitzenden Klassen sein Leben einzusetzen. Erwachen aber die englischen Arbeiter einmal zum Klassenbewußtsein, führen ihre vielfachen Bestrebungen der letzten Jahre, sich eine von den bürgerlichen Parteien unabhängige Vertretung im Unterhause zu sichern, schließlich zur Bildung einer starken sozialdemokratischen Partei, so dürfte es auch in England mit der Einführung der Miliz einen Haken haben, oder es würde wohl daneben ein Söldnerheer, eine starke Schutztruppe, ausgebildet werden, die nicht nur als Kolonialarmee fungieren könnte, sondern im Notfall auch gegen den „inneren Feind“ anzuwenden wäre.

Alles in allem ist die Aussicht nicht groß, daß das Proletariat, vom Staate militärisch organisiert, durch diese Organisation den Staat im Entscheidungskampfe wird besiegen können. Vielmehr dürfte die Einführung der Volksmiliz eine der ersten politischen Maßnahmen der siegreichen Arbeiterklasse sein, um ihre Herrschaft gegen die Gefahr reaktionärer Wühlereien sicher zu stellen.

Wenn aber die Aussicht gering ist, daß das Milizsystem vor der proletarischen Revolution zustande kommt, so wird diese mit der Heeresorganisation der Gegenwart, mit dem stehenden Heere,

zu rechnen haben. Das stehende Heer der Neuzeit ist ebenso verschieden vom Berufs-(Söldner-)Heere früherer Zeiten, wie von einer wirklichen Miliz: es hält zwischen beiden die Mitte. Es ist jene Heeresform, die es dem bürgerlichen Staat ermöglicht, die Wehrkraft der gesamten Nation auszunützen, sie aber anzuwenden zu seinen eigenen Zwecken, das heißt auch zu solchen, die den Interessen des Proletariats zuwiderlaufen. Das Proletariat aber liefert infolge seiner großen Zahl das Hauptkontingent der Armee. Jener Teil des Proletariats aber ist am ehesten von den herrschenden Klassen zu ihren Zwecken zu gebrauchen, der, auf dem Lande aufgewachsen und beschäftigt, noch in Ehrfurcht vor den staatlichen Autoritäten befangen ist. Die städtischen Elemente dagegen, die, nicht im Autoritätsglauben aufgewachsen, frühzeitig selbständig denken gelernt haben und für die Autorität eher Geringschätzung als Ehrfurcht empfinden, würden sich weit eher dazu verstehen, sich ihr zu widersetzen. Eine Anzahl dieser Elemente steht, gesellschaftlich und politisch aufgeklärt, den Autoritäten mißtrauisch und indifferent, wenn nicht gar feindselig gegenüber. Die Regierung, die sie zum Zweck der gewaltsamen Niederwerfung einer proletarischen Erhebung, etwa einer politischen Streikbewegung, wobei die Massen sich im ganzen frei von Gewalttätigkeiten verhielten, anwenden wollte, würde ein äußerst gewagtes Spiel treiben, dessen Konsequenzen ihr verhängnisvoll sein könnten.

Die städtischen Elemente überwiegen aber jetzt schon bedeutend in den Armeen der wichtigsten Kulturstaaten und das Verhältnis von städtischer und ländlicher Bevölkerung verschiebt sich immer mehr zugunsten der erstern. In seiner Abhandlung über den politischen Streik gibt Kautsky einige Zahlen an, die das Überwiegen der städtischen Bevölkerung in der Armee für Deutschland darlegen. Nach den Angaben des Heeresergänzungsgeschäftes waren 1902 von je 100 Tauglichen 29,36 in der Landwirtschaft und 70,64 anderweitig beschäftigt. Es rekrutiert sich also in Deutschland noch kaum ein Drittel der Armee aus der rückständigen agrarischen Bevölkerung. Zwar ist das Verhältnis zwischen dieser und der städtischen Bevölkerung nicht für die ganze Armee dasselbe, wie folgende Zahlen erweisen. Es waren bei den verschiedenen Truppenkörpern:

Armeekorps	Taugliche	In der Landwirtschaft beschäftigte Taugliche absolut	in Prozenten
I. Bayerisches	11 041	4560	41,5
VII. Preußisches	34 959	5810	16,6
II. Sächsisches	11 888	1847	15,5

Es stehen also dem Staat noch Gebiete zur Verfügung, wo fast die Hälfte der Armee sich aus den in der Landwirtschaft Beschäftigten rekrutiert. Diese Gebiete schrumpfen aber immer mehr zusammen: in allen kapitalistischen Ländern ist die agrarische Bevölkerung relativ, das heißt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, in einigen auch absolut, im Rückgang begriffen. Dieser Prozeß vollzieht sich ziemlich schnell.

In Holland, wo die kapitalistische Entwicklung schwach ist und durch viele Umstände gehemmt wird, betrug die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung 1899 nicht ganz mehr 30 Prozent der Gesamtbevölkerung, gegen 35 Prozent im Jahre 1889. Im ältesten Lande des Kapitalismus, in England, ist die agrarische auf ein Sechzehntel der Totalbevölkerung zusammengeschrumpft.

Neben ihrer fortwährenden relativen Verminderung an Zahl ändert sich aber auch der Charakter der ländlichen Bevölkerung infolge verschiedener Umstände. Die körperliche wie geistige Abgeschlossenheit der Bewohner des flachen Landes schwindet mehr und mehr, wenn auch dieser Fortschritt mit zunehmender Abhängigkeit und zunehmender Ausbeutung des Landes von der Stadt verknüpft ist. Hieraus aber, wie aus dem in verschiedenen Formen vor sich gehenden Prozeß der Kapitalisierung der Landwirtschaft überhaupt, ergibt sich wieder das stetige Vordringen des Sozialismus auf dem flachen Lande.

Je mehr diese Entwicklung fortschreitet, je weniger die Regierungen imstande sein werden, Truppenkörper, die in ihrer Mehrheit aus rein landwirtschaftlichen Gegenden rekrutiert werden, gegen die städtischen Arbeiter aufzubieten, je mehr auch in solchen Gegenden ein neuer Geist sich bahnbricht, desto schwerer dürften sie sich entschließen, die Armee gegen nicht gewalttätige Massen anzuwenden, weil sich die Folgen eines solchen Wagnisses immer unberechenbarer erweisen werden. In Belgien, wo die in der Landwirtschaft Beschäftigten nur noch 29,4 Prozent aller Tätigen ausmachen, überdies infolge des Systems der Stellvertretung die Zusammensetzung

der Armee eine fast rein proletarische ist, also der Boden für eine starke antimilitärische Agitation gegeben war, erscheint diese in den Augen der herrschenden Klassen schon jetzt als in hohem Grade unzuverlässig. Sie wagen es kaum, das Heer bei Streiks, Straßenmanifestationen usw. zu Hilfe zu ziehen: es ist zu diesem Zwecke der städtische Mittelstand in eine Art Nationalgarde organisiert worden.

Wie kühl und ablehnend jedoch die in die Armee Eintretenden infolge ihrer städtischen Herkunft sowie der sozialdemokratischen Agitation mehr und mehr den herrschenden Organen in ihrem Denken und Empfinden gegenüberstehen mögen, die staatliche Verwaltung besitzt wirksame Mittel, zu verhüten, daß diese rebellische Gesinnung sich in die Tat umsetzt. Diese Mittel sollen zuwege bringen, daß, wie auch die Köpfe der Soldaten denken mögen, die Flinten in der Richtung schießen, die der Kommandierende befiehlt.

Wohl ist es nicht möglich, die Armee den gesellschaftlichen Einflüssen zu versperren, und wo die allgemeine politische Gesinnung der Arbeiterklasse eine revolutionäre Erhebung zu entfachen droht, wird im Militär — mit Ausnahme der außer dem Volke stehenden Elemente, wie die Kolonialsöldner der europäischen Staaten und die halbbarbarischen russischen Kosaken — die gleiche unzufriedene Stimmung vorkommen. Diese Stimmung wird sogar unter dem Druck des Militärdienstes in der Armee eher stärker wie schwächer sein. Der Militärverwaltung aber stehen drei Mächte zur Verfügung, das Heer, aller Unzufriedenheit zum Trotz, äußerlich zu handhaben, ganz wie es ihr beliebt: einmal die militärische Organisation, dann die militärische Disziplin, und endlich die militärische Führung. In seiner oft angeführten Abhandlung analysiert Parvus Charakter und Rolle dieser Mächte in trefflicher Weise. Ihr gemeinsamer Zweck ist „die Auflösung der Persönlichkeit des Soldaten in die Gesamtheit der Truppenabteilung, die sich instinktiv dem Kommandowort unterwirft“, mit einem Worte: der blinde Gehorsam.

Für die proletarische wie für jede bisherige Revolution gilt es einen Weg zu finden, diesen Zauber des willenlosen Gehorsams zu brechen, im Soldaten den Menschen freizusetzen; zu bewirken, daß er aus dem automatischen Teil eines Räderwerks zum bewußten, verantwortlichen Teil eines organischen

Ganzen werde, das seine wirkliche Gesinnung und seinen Willen betätigen kann.

Wir wissen, wie diese Aufgabe, das Militär als solches zu verwirren und zu desorganisieren, das heißt das Bewußtsein des Menschen und Bürgers zu wecken, in den früheren Revolutionskämpfen der Barrikade zukam, wissen aber auch, daß sie in den proletarischen Kämpfen der Gegenwart und Zukunft diese Aufgabe nicht mehr erfüllen kann. An die Stelle des materiellen Hindernisses, das der kleinbürgerlichen Revolution als „mechanisches Bindemittel" diente, tritt das moralische Hindernis der nicht gewalttätig vorgehenden Masse, die kein andres Bindemittel als ihr Klassenbewußtsein und ihre Organisation braucht.

Die Geschichte der proletarischen Emanzipationskämpfe hat schon jetzt einige Erfahrungen zu verzeichnen, wo Soldaten sich weigerten, die Waffen gegen ihre Brüder zu gebrauchen. Es handelt sich aber in diesen Fällen meist um gewerkschaftliche Kämpfe, wo nur berufliche Sonderinteressen in Frage kommen, die die gesamte Arbeiterschaft, wie starke Sympathien sie auch in ihr hervorrufen, doch nicht dermaßen in ihren Tiefen aufwühlen, wie es bei einer politisch-sozialen Frage der Fall ist. Nur aus einer solchen gewaltigen, allgemeinen Erregung der Massen aber kann der politisch-revolutionäre Streik hervorgehen. Zudem hat er den Sturz des bürgerlichen und die Einführung eines proletarischen Regiments zum Ziel, sichert also den Soldaten, die sich dem Streik anschließen, im Falle des Sieges Straflosigkeit zu.

Es ist schon vorher ausgeführt worden, in wie hohem Maße der im großen und ganzen nicht gewalttätige Charakter der proletarischen Revolution die Entfaltung von Gewaltmitteln seitens der Herrschenden hindern könne. Der Streik als solcher, der ja den Mittelpunkt, die wichtigste Erscheinungsform der revolutionären Bewegung bildet, ist nicht militärisch greifbar. Zwar schließt dieser im allgemeinen nicht gewaltsame Charakter vereinzelte Zusammenstöße sowie die Anwendung von Gewalt seitens des Proletariats nicht aus, wo diese sich zum guten Fortgang der Bewegung, zur weiteren Desorganisation des Staates nötig erweisen. Es gibt in dieser Hinsicht einen wichtigen Unterschied zwischen dem ökonomischen Berufsstreik und dem politisch-revolutionären Streik, der meines Erachtens oft gar nicht genügend beachtet wird. Bei den heutigen ökono-

mischen Streiks hat die Arbeiterklasse durch Gewalt nur zu verlieren, im Kampfe um die Macht im Staate aber wird die Gewalt einen Faktor des Sieges bilden können. Es hieße sich eine ganz falsche Vorstellung vom proletarischen Revolutionskampfe machen, wenn man annehmen wollte, es werde in ihm alles ebenso ruhig zugehen, wie zum Beispiel beim letzten Streik im Ruhrgebiet.

Im großen und ganzen aber ist schon deswegen der Mangel an Gewalttätigkeit ein Merkmal des proletarischen Revolutionskampfes, weil die Kämpfer, die Streikenden, unbewaffnet sind. Das Militär steht bloßen Ansammlungen von Menschen gegenüber, es hat keinen mit materiellen Mitteln kämpfenden Gegner, keine revolutionäre Armee gegen sich, aus deren Reihen ihm selbst Tod und Verderben droht. Es soll, wenn zum Angriff vorgegangen wird, auf eine unbewaffnete Menge feuern, die vielleicht durch Bitten und Zurufe auf die Anrückenden einzuwirken versucht. Kommt es aber nicht dazu — und keine Regierung wird es mit leichtem Herzen dazu kommen lassen — so wird das Militär nur zu langweiligem, ermüdendem, eintönigem Polizei- und Beaufsichtigungsdienst gebraucht. Den ganzen Tag bringt es auf der Straße zu, teilweise inmitten des Volkes, nicht in großen Truppenkörpern, wo die Disziplin ungeschwächt aufrecht erhalten werden kann und die Entfernung die Zurufe aus der Masse unverständlich macht, sondern aufgelöst in kleinste Truppenteile. Denn der Widerstand ist nicht auf bestimmte Plätze konzentriert; der Feind, die Masse, ist allgegenwärtig, und jedes öffentliche Gebäude, jeder Bahnhof, jede Fabrik muß mit peinlicher Sorgfalt bewacht werden. Je länger dieser mühsame, scheinbar zwecklose Beaufsichtigungsdienst währt, der die Truppen allen moralischen Einflüssen der friedlichen Insurrektion aussetzt, desto mehr erschlafft die Wirkung der militärischen Organisation und Disziplin. Diese können wohl, bei einem unerwarteten Konflikt, die Soldaten zu schonungslosem Vorgehen auch gegen Unbewaffnete und Wehrlose treiben, auf die Dauer aber widerstehen sie den menschlichen Empfindungen der Ermüdung, des moralischen Widerwillens, der Zusammengehörigkeit mit dem Volke wohl schwerlich.

So erweist sich der politische Streik als vorzüglich geeignet, die Macht des blinden Gehorsams zu brechen, und damit die

letzte Stütze zu untergraben, die der sinkenden bürgerlichen Herrschaft noch zu Gebote steht: die Militärgewalt. Der politische Streik ist gleichzeitig Verweigerung der gesellschaftlich-ökonomischen Funktion und Kampf gegen die staatlichen Gewaltmittel und zwar in der neuen Form, in die die modernen Verhältnisse diesen Kampf umgewandelt haben: zu einem Ringen, worin nicht die grobmateriellen Mittel, sondern die moralischen Vorzüge der höheren, auf Freiwilligkeit beruhenden Organisation entscheiden. Der politische Massenstreik wird die Zusammenfassung der verschiedenen Kampfmittel der Vergangenheit und deren Ablösung durch eine Methode, die der Grundtatsache der modernen Gesellschaft: der kapitalistischen Ausbeutung und dem Wesen des Proletariats als organisierter Klasse entspricht.

* * *

Aus der Prüfung des politischen Massenstreiks, seiner Tatsachen, der Voraussetzungen seines Sieges, sowie der Wahrscheinlichkeit und Notwendigkeit seiner Anwendungen im Klassenkampfe ergibt sich von selbst die Stellung, die der Sozialdemokratie ihm gegenüber zufällt. Sie hat keinen Grund, eine Waffe zu verwerfen, die der Arbeiterschaft ihrem Ziele — der Eroberung der politischen Macht als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft — näher bringen kann. Sie sieht im politischen Massenstreik keinen Gegensatz, sondern eine Ergänzung ihrer bisherigen Mittel und Methoden, eine Ergänzung, die der Arbeiterklasse im Verlauf und als Folge der sozialen Entwicklung — ihr eigenes Wachstum an Kraft und Selbstbewußtsein einbegriffen — als geschichtliches Produkt des Klassenkampfes aufgedrängt wird. Vor allem trennt kein Widerspruch den politischen Massenstreik vom Parlamentarismus. Der Parlamentarismus bleibt ein äußerst geeignetes, vielleicht unentbehrliches Mittel, die Massen über den kulturwidrigen Charakter des modernen Staates aufzuklären, sie aus dumpfer Teilnahmlosigkeit zu erwecken und dem proletarischen Emanzipationskampfe zuzuführen, den bürgerlichen Parteien Reformen abzuringen, sie vorwärts zu treiben und die Differenzen auszunützen. Er bleibt das einzige Mittel, das gesamte Proletariat unausgesetzt und unaufhaltsam gegen die gesamte herrschende Klasse zu organi-

sieren und ins Feld zu führen. Der politische Massenstreik, der eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe ist, kann den Parlamentarismus nie ganz oder teilweise überflüssig machen. Er kann ihn keineswegs ersetzen, wie dies jetzt von der äußersten Linken der französischen und italienischen Partei, wohl als Reaktion des parlamentarischen Illusionismus der letzten Jahre, gepredigt wird. Wohl aber wird er wahrscheinlich als ein Mittel in Betracht kommen, die parlamentarische Aktion des Proletariats erst möglich zu machen, zu erhalten und zu erweitern.

Zwar zeigte uns eine eingehende Untersuchung, daß dies nur in bestimmten Phasen des proletarischen Emanzipationskampfes und unter bestimmten Vorbedingungen der Fall sein könnte. Werden diese Vorbedingungen auch voraussichtlich nicht überall eintreffen — denn die heutige gesellschaftliche Entwicklung geht nicht schablonenmäßig vor sich, sondern gestaltet sich verschiedenartig, je nach dem Ergebnis früherer Ereignisse und Kämpfe —, so wird sich doch wahrscheinlich in einer Anzahl Länder der politische Massenstreik als ein brauchbares Mittel erweisen, als ein Mittel, das durch ähnlichen, aber stärkeren Druck wie die Volksversammlung und die Straßendemonstration, die Herrschenden bewegt, in Angelegenheiten, die direkt das Wesen der Klassenherrschaft berühren, nachzugeben in der Überlegung, daß eine allzu schroffe Haltung ihren Interessen weit mehr zuwiderläuft, als ein teilweises Entgegenkommen.

Daneben aber hat die Sozialdemokratie den politischen Massenstreik noch für seine anderen, viel gewaltigeren Aufgaben und Ziele zu erfassen und zu beleuchten, nämlich als Form der proletarischen, das heißt sozialen, Revolution. Die Sozialdemokratie hat das Recht auf Revolution niemals aufgegeben, sie hat sich immer offen zu der insurrektionellen Idee bekannt, falls die herrschenden Klassen der Arbeiterschaft unmöglich machen würden, das gesteckte Ziel auf gesetzlichem und friedlichem Wege zu erreichen.

Aber sie hat die soziale Revolution nur wie ein „Traum und Hoffen" erfassen können, solange der proletarische Klassenkampf bloß auf Macht, auf etwas Macht, nicht auf die Macht gerichtet war, weil das Proletariat richtig erkannte, daß es dazu noch zu schwach sei. Wohl hat die Sozialdemokratie mit Marx

erkannt, daß die soziale Revolution ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit, sondern nur aus der Zukunft schöpfen könne: sie hat aber von dem Inhalt dieser Poesie lange Zeit hindurch nichts Positives gewußt. Aus der Wirklichkeit des proletarischen Lebens, aus dem Vollgefühl der Macht, die der Arbeiterschaft als Trägerin der Produktion innewohnt, aus der wachsenden Fähigkeit, diese Machtfülle mittels seiner Organisation, Disziplin, Einsicht und Begeisterung auch anzuwenden, zu realisieren — aus dieser Gesinnung, die auf zunehmende Reaktion bei den herrschenden Klassen in den Ländern der entwickelten Gegensätze stößt — geht die Idee des politischen Massenstreiks als Form der proletarischen Revolution hervor.

Solange die revolutionäre Idee keine deutlichen Formen annahm, blieb sie, wenn sie auch nie erlosch, in den Regionen einer nebelhaften Ungewißheit, einer unsicheren Möglichkeit gebannt. Sie blieb Gedanke und gewann nicht die lebendige Kraft der Vorstellung. Erst während des letzten Jahres hat die revolutionäre Praxis — die russische Revolution — dem Gedanken das Nebelhafte abgestreift. Die neue, spezifische Form der proletarischen Revolution gefunden, gewissermaßen erfunden zu haben, deren Titanengestalt Tag für Tag in tapferem Ringen, in immer erneuten Bemühungen hervortreten zu lassen, ist einer der unermeßlichen Dienste, die das russische Proletariat der internationalen Arbeiterschaft erweist.

So trägt heute die Propagierung des politischen Massenstreiks für das Proletariat nicht mehr etwas Zukünftiges in dem Sinne von etwas Nebelhaftem und Fernem. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, dem Proletariat in der Plage des Tageskampfes durch Hinweis auf den politischen Massenstreik „Traum und Hoffen" zu geben, eine Fata morgana zu zeigen. Die Propagierung des Massenstreiks ist zu einer Verbindung von Gegenwart und Zukunft geworden, zu einem Erhellen und Erkennen der Wege, die, — rauh und hart und voller Gefahren —, den Traum zur Wirklichkeit machen und — dem Hoffen Erfüllung bringen können.

Können, nicht müssen. Denn die Form der Revolution, wenn das eherne Wirken der Geschichte sie auferlegt, bekennen, bedeutet für die Sozialdemokratie keineswegs, auf die Revolution schwören, sie vor dem friedlichen Weg bevorzugen, oder gar mit ihr drohen.

Die Auffassung der Organisierungs- und Hebungsarbeit des alltäglichen politisch-parlamentarischen Kampfes also bedeutet nur eine unter den Aufgaben der Sozialdemokratie, sowie die Praxis der täglichen gewerkschaftlichen Arbeit zur Besserung der Arbeitsbedingungen nicht alle Aufgaben der Gewerkschaften erschöpft. Die Aufklärung und Aufrüttelung der Massen zum revolutionären Bewußtsein, zur Einsicht, daß nur sie selbst wichtige politische und soziale Umwandlungen durchführen können, die Verbreitung der sozialistischen Grundgedanken und Ideale in den Massen, diese zweite Hauptaufgabe der Sozialdemokratie bildet zugleich die andre Seite der Vorbereitung des politisch-revolutionären Massenstreiks, das heißt die Vorbereitung der Arbeiterschaft für große geschichtliche Momente, für folgenschwere Wendungen.

In solchen Momenten aber wird die Sozialdemokratie in desto höherem Maße den aktiven Plan und die bewußte Leitung des Kampfes in den Händen haben, je mehr die breiten Volksmassen gelernt haben, sie als ihre natürliche Führerin bei allen wichtigen politischen und sozialen Ereignissen zu betrachten, je entschlossener sie sich zeigt, die historisch gegebene Situation tatkräftig dazu auszunutzen, die Arbeiterklasse furchtlos und entschlossen durch alle Wirkungen des Kampfes hindurch zum Siege zu führen.

ANHANG

Der Generalstreik, der politische Massenstreik und die Haltung der Sozialdemokratie

Seit den Tagen der Internationale hat die Sozialdemokratie immer mit gleicher Mißbilligung über den anarchistischen Generalstreik geurteilt. In ihren Ansichten über den Streik als politischem Kampfmittel hat sich dagegen nach und nach eine große Umkehr vollzogen. Eine kurze Betrachtung der Wandlungen in den Anschauungen der nationalen sozialdemokratischen Parteien über den politischen Streik, sowie der wichtigsten Äußerungen des internationalen Sozialismus auf den internationalen Kongressen, wird uns über Richtung und Gründe dieser Umkehr belehren.

Der Anarchismus stützt sich nicht, wie der wissenschaftliche Sozialismus, auf die Beobachtung und Systematisierung der ökonomischen, sozialen und politischen Ereignisse, sondern, wie jede bürgerliche Ideologie, auf absolute Begriffe von Recht, Freiheit und dergleichen. Deswegen verfällt er notwendig auf den Gedanken der allgemeinen, unbegrenzten Arbeitseinstellung als des einzigen, aber auch ausreichenden Mittels, die kapitalistische Gesellschaft mit einem Schlage über den Haufen zu werfen. Er sieht dabei nur die eine Seite, sieht nur die Machtfülle, die der Arbeiterklasse als Trägerin der Produktion innewohnt, sieht nur die Solidarität, die aus der Lage des Proletariats entspringt. Er übersieht aber all die mannigfaltigen

Umstände, die diese Macht durchkreuzen, vermindern und teilweise wieder aufheben.

Die bürgerliche Gesellschaft erzeugt den Anarchismus immer von neuem. Deswegen taucht auch die Idee des Generalstreiks von den Tagen der Internationale bis heute immer wieder auf. Im dritten Kapitel dieses Buches brachten wir die Erklärung, die der Brüsseler Kongreß von 1868 in der Frage des Generalstreiks abgab. Der große Kampf in der Internationale zwischen Marx und Bakunin, das heißt zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus, äußerte sich aber nicht in einem Streit um den Generalstreik, sondern um die Form der Organisation. Die Frage: auf welche Weise die bürgerliche Gesellschaft am besten zu überwinden sei, konnte nicht im Mittelpunkt des Interesses stehen, solange die wichtigste Vorbedingung des Kampfes, ein aufgeklärtes und mit sozialistischem Geist erfülltes Proletariat, noch fehlte. Immerhin bekämpfte schon Engels im Volksstaat mit großer Schärfe die Generalstreikidee, wie sie von den Anhängern Bakunins nach der Auflösung der Internationale in Spanien propagiert und in kopflosen Putschen realisiert wurde.

Mit dem Aufleben der Internationale in neuer Form versuchten die Anarchisten von neuem, unversäumt der kämpfenden Arbeiterschaft die Idee des ökonomisch-sozialen Generalstreiks aufzudrängen. Gleich der Pariser Kongreß von 1889 hatte solchen Bestrebungen entgegenzutreten. Von anarchistischer Seite wurde versucht, der damals beschlossenen friedlichen Mai-Manifestation den Generalstreik anzufügen. Ein Antrag von Tressaud-Marseille erklärte, die Mai-Manifestation würde wirkungslos bleiben, man müsse sie durch den Generalstreik unterstützen, den der Kongreß „als Anfang der sozialen Revolution beschließen sollte".

Der Antrag bewegte sich, wie man sieht, vollkommen in den ideologischen Regionen, wo der verwegenste Gedanke leicht ausführbar erscheint. Er ging aus von der Voraussetzung, der Kongreß brauche nur zu „beschließen", damit die soziale Revolution in Gang käme.

Die Bekämpfung des Anarchismus aber war eine der wesentlichsten Aufgaben der vier ersten internationalen sozialdemokratischen Kongresse. Die schroffste Zurückweisung der Generalstreikidee erschien deshalb geboten, und diese Aufgabe

wurde von Liebknecht erfüllt. Seine Ausführungen auf dem Pariser Kongresse sind unzählige Male von den unbedingten Gegnern jeder Arbeitseinstellung zu politischen Zwecken wiederholt worden, erörtern aber gar nicht die Frage, die dazumal für das internationale Proletariat bei weitem nicht die Bedeutung hatte, die ihr heute innewohnt. Am wenigsten aber konnte das Bedürfnis einer Erweiterung ihrer politischen Machtmittel damals in der deutschen Arbeiterschaft aufkommen, die auf dem besten Wege war, durch Anwendung des allgemeinen Wahlrechts das Sozialistengesetz und seinen Urheber, Bismarck zu stürzen. In den andern europäischen Ländern aber, so in Frankreich, Belgien, Italien, Holland, Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen, befand sich entweder die selbständige proletarische Organisation noch in den Anfängen, oder ihre Macht war wenigstens bei weitem nicht so groß, daß sie imstande schien, große politische Erscheinungen herbeizuführen. Unter diesen Umständen mußten die Aufklärungs- und Organisationsarbeiten, die Erweckung der sozialistischen Gesinnung in den Massen, sowie das Leiten dieser Gesinnung in die Bahnen des geordneten, politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampfes nicht nur als die nächsten, sondern als die einzigen Aufgaben der Sozialdemokratie erscheinen. In diesem Lichte müssen Liebknechts Ausführungen zu diesem Punkte betrachtet werden, die im wesentlichen die folgenden waren:

„Der Generalstreik ist ein Ding der Unmöglichkeit, da er eine so starke und einheitliche Organisation voraussetzt, wie sie zurzeit noch nicht existiert und in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht existieren kann. Haben die Arbeiter erst einmal eine so starke Organisation, um den Generalstreik durchsetzen zu können, so werden sie sich hoffentlich nicht mit einem solchen begnügen, sondern einen besseren Gebrauch von ihrer Organisation machen. Dann sind sie die Herren der Welt. Und die Arbeit dann einzustellen, wäre erst recht eine grenzenlose Torheit."

Es hatte sich eben zur Zeit, da Liebknecht so sprach, aus dem Nebelgebilde der anarchistischen Generalstreikidee noch nicht der feste Kern des politischen Massenstreiks abgesondert. Streikversuche zu dem Zwecke, bestimmte sozialpolitische Forderungen durchzusetzen, waren noch nirgends vorgekommen,

war auch die Zeit nicht mehr weit, daß Belgien den ersten derartigen Versuch sehen sollte. In der damaligen Situation konnte der internationale Kongreß nichts andres tun, wie Liebknechts Ausführungen zustimmen und Tressauds Antrag mit großer Mehrheit verwerfen: er erfüllte damit vollkommen die Aufgaben, die die Verhältnisse ihm stellten.

Einen zweiten Versuch, die internationale Arbeiterschaft auf den Generalstreik zu verpflichten, machten die Anarchisten auf dem Kongreß von 1891 zu Brüssel. Zwar galt es diesmal nur, den Generalstreik für einen besonderen Fall anzunehmen, nämlich zur Abwendung des Krieges. Die Resolution, die Nieuwenhuis im Gegensatz zum deutschen Antrag in dieser Frage einbrachte, hatte folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß die nationalen Verschiedenheiten nie sind im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse seiner Unterdrücker;

in Erwägung, daß alle modernen Kriege, ausschließlich hervorgerufen durch die Kapitalistenklasse in ihrem Interesse, ein Mittel in ihren Händen sind, um die Kraft der revolutionären Bewegung abzulenken und die Vorherrschaft der Bourgeoisie zu konsolidieren durch die Befestigung der schändlichsten Ausbeutung;

in Erwägung, daß keine einzige Regierung sich entschuldigen kann, daß sie provoziert ist, weil der Krieg das Resultat des internationalen Willens des Kapitalismus ist;

beschließt der internationale sozialistische Kongreß von Brüssel, daß die Sozialisten aller Länder einer etwaigen Kriegserklärung antworten werden mit einem Aufruf des Volkes zur allgemeinen Arbeitseinstellung."

Die absolute metaphysische Denkweise, auf der der Antrag Tressau begründet war, kehrt in der Resolution Nieuwenhuis unverändert wieder. Sie fragt nicht nach den Bedingungen des Streiks, den ökonomischen und politischen wie den organisatorischen und psychischen, sie rechnet nicht mit der Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, sondern stellt dem Wollen die Tat gleich, und meint, der Beschluß des Kongresses genüge, um ein weltumwälzendes Ereignis herbeizuführen.

Die Resolution Nieuwenhuis, von Liebknecht scharf bekämpft, wurde gegen die Stimmen der Holländer, Engländer und der Majorität der französischen Delegierten verworfen und ein

deutscher Antrag angenommen, der den sozialdemokratischen Gedankengang in den Fragen des Militarismus und des Krieges scharf und klar formulierte.

Im selben Jahre aber, in dem der internationale sozialistische Kongreß die Generalstreikidee zum zweiten Male zurückwies, fand der erste Versuch eines politischen Demonstrationsstreiks statt. Im Mai 1891 streikten an 100 000 belgische Grubenarbeiter mehrere Wochen lang zu dem Zwecke, Kammer und Regierung dahin zu bringen, mit der Verfassungsrevision einen Anfang zu machen. Im April 1893 wurde dann der politische Massenstreik, als der Antrag Janson auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts von der Kammer verworfen war, von der belgischen Arbeiterschaft zum zweiten Male und in erweitertem Umfang angewendet und, wie wir wissen, mit teilweisem Erfolg.

Zwar waren es besondere Verhältnisse, die dem belgischen Proletariat den Gedanken der Arbeitseinstellung zum Zweck der Beeinflussung des Staates schon früh, schon ehe eine umfassende gewerkschaftliche wie politische Organisation vorhanden war, besonders nahelegten. Gleichartige Verhältnisse können aber von der kapitalistischen Entwicklung überall geschaffen werden. Es erwuchs dem internationalen Sozialismus die Aufgabe, zu prüfen, ob und in welchen Verhältnissen und Lagen die Einstellung der Arbeit zu politischen Zwecken anwendbar sei. Im Bewußtsein dieser Aufgabe beschloß der Kongreß von 1893 zu Zürich, sich mit der Erörterung des Generalstreiks zu beschäftigen und beauftragte eine Kommission, die Verhandlungen vorzubereiten. Diese Kommission schlug folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß Streiks nur unter bestimmten Verhältnissen und zu bestimmten Zwecken mit Erfolg unternommen werden können, diese jedoch nicht von vornherein festzustellen sind,

in Erwägung, daß ein Weltstreik schon wegen der so ungleichen ökonomischen Entwicklung in verschiedenen Ländern unausführbar ist, von dem Moment aber, wo er ausführbar, nicht mehr nötig ist,

in weiterer Erwägung, daß selbst ein sich auf ein Land beschränkender allgemeiner Streik, wenn friedlich durchgeführt, aussichtslos, weil der Hunger die Streikenden in erster Linie

treffen und zur Kapitulation zwingen würde, ein gewaltsamer Streik aber von den herrschenden Klassen unbarmherzig niedergeschlagen würde,

erklärt der Kongreß, daß unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen im besten Falle ein Generalstreik einzelner Industrien durchgeführt werden kann; ferner, daß Massenstreiks unter Umständen eine höchst wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe sein können, eine Waffe jedoch, deren wirksame Anwendung eine tüchtige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiter voraussetzt. Der Kongreß empfiehlt daher den sozialistischen Parteien aller Länder, diese Organisation mit aller Energie zu fördern, und geht über die Frage des Weltstreiks zur Tagesordnung über."

In dieser Resolution, die aber nicht mehr zur Erörterung im Plenum gelangte, wird zum ersten Male von sozialdemokratischer Seite der Gedanke geäußert, es könne der Streik eine Waffe im politischen Kampfe sein. Die Idee der Organisation, die bisher stets in Gegensatz zu der ausschließlich beleuchteten und zurückgewiesenen Generalstreikidee gebracht wurde, wird in dieser Resolution mit dem neuauftauchenden Gedanken des politischen Massenstreiks verknüpft, für eine seiner Vorbedingungen erklärt. So spiegelt sich in der Resolution die zunehmende Aufklärung und Organisation des Proletariats wieder, die aber ihre Anwendung zu schärferen Methoden des Klassenkampfes möglich erscheinen läßt. Die Resolution zeigt aber auch die Einsicht, es könnten sich diese schärferen Methoden künftig vielleicht notwendig erweisen.

Der Londoner Kongreß von 1896 ging über diesen Anfang nicht hinaus. Er benutzte eine Resolution über die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse, um die utopisch-anarchistische Generalstreikidee nochmals in folgenden Worten zurückzuweisen: „Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien des Landes abhängt." Es läßt diese Resolution, wie man bemerkt, im Gegensatz zu jener

der Züricher Kommission die Frage des politischen Massenstreiks wieder unberücksichtigt.

Auch der Kongreß von Paris im Jahre 1900 beschäftigte sich nicht eingehend mit der Streikfrage. Das hatte seine guten Gründe. Er fiel in eine Ära großer industrieller Prosperität; in solchen Zeiten verliert die Überzeugung von der steigenden Verschärfung der ökonomischen Klassengegensätze an Boden, eine zur Katastrophe führende Entwicklung scheint ausgeschlossen, die Hoffnung, es werde möglich sein, die kapitalistische Gesellschaft allmählich in eine sozialistische umzuwandeln, nimmt zu. Daher erscheinen schärfere Waffen im Klassenkampf unnötig. Der Pariser Kongreß fiel zusammen mit dem Höhepunkt der revisionistischen und reformerischen Bestrebungen, mit dem Bemühen angesehener Genossen, in den Grundsätzen und der Taktik der Partei wichtige Wandlungen herbeizuführen. Dem Ministerialismus, dem Wahn, es könnte die Arbeiterklasse stückweise die Regierungsgewalt erobern, mußte entgegengetreten werden: es galt mehr, die alten und bewährten Methoden und Mittel des Kampfes sicher zu stellen, als über neue zu beraten.

Die allgemeine Lage und Stimmung erklärt also zur Genüge, weshalb der Kongreß von 1900 nicht das Bedürfnis empfand, sich mit dem Generalstreik eingehend zu beschäftigen und seinen möglichen Kern, den politischen Massenstreik, näher zu prüfen. Auch war seit dem belgischen Streik von 1893 kein neuer Versuch seiner Verwirklichung gemacht worden. Jedoch erwies sich die nochmalige Zurückweisung aller anarchistischen und antiparlamentarischen Strömungen, die in der Generalstreikidee gipfeln, als erwünscht. Der Londoner Kongreß hatte zwar die Anarchisten endgültig abgetan, damit aber nicht die dem politisch-parlamentarischen Kampf abgeneigte oder wenigstens ihn unterschätzende Richtung in der italienischen und französischen Arbeiterschaft besiegt. Die Debatte in der Frage des Generalstreiks zwischen dieser Richtung und der Mehrheit des Kongresses fand in der Kommission statt. Ihre Mehrheit, als deren Referent Legien auftrat, begnügte sich damit, den betreffenden Passus der Londoner Resolution über die Wirtschaftspolitik zu wiederholen, der die Möglichkeit des „internationalen Generalstreiks“ bei weiter vorgeschrittener Organisation nicht verwirft, ohne jedoch seinen Charakter näher zu

bestimmen. Die Resolution der Minderheit der Kommission, Referent Briand, hatte folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß rät dem Proletariat, auf kein einziges Mittel zu verzichten, keine einzige der Waffen zu vernachlässigen, die ihn zu seinem Emanzipationskampf zu Gebote stehen, fordert die Arbeiterschaft aller Länder auf, sich für den Generalstreik zu organisieren, sei es, daß diese Organisation in ihren Händen ein Mittel des Druckes sein wird, ein Hebel, um die kapitalistische Gesellschaft zu politischen und ökonomischen Reformen zu zwingen, sei es, daß diese Organisation bei günstigen Verhältnissen in den Dienst der sozialen Revolution gestellt werden wird."

Diese Resolution war ein nicht ungeschickter Versuch zu einem Kompromiß zwischen der antiparlamentarischen, für den absoluten Generalstreik schwärmenden Richtung und jener, die bloß den Demonstrationsstreik als Mittel zu politischen Reformen ins Auge faßte. Der Standpunkt der Minderheit der Kommission wurde auch von Jaurès vertreten. Die Resolution ist in Wirklichkeit noch vom alten utopistischen Geiste erfüllt, wenn er auch weniger offen hervortritt. Alle übrigen Mittel und Methoden des Klassenkampfes erscheinen als dem Generalstreik durchaus untergeordnet, er aber als der eigentliche Zweck der proletarischen Organisation. Es fehlt der Hinweis, daß die Entfesselung revolutionärer Ereignisse, das Ausbrechen einer Ära der Entscheidungskämpfe das Resultat einer langen Entwicklung sein muß, in deren Verlauf aber der Organisation des Proletariats eine große und selbständige Bedeutung zukommt.

Die Resolution der Mehrheit, Wiederholung des Londoner Passus, wurde vom Kongreß mit 27 gegen 7 Stimmen angenommen.

Unterdessen hatte die Frage des Generalstreiks neben der internationalen auch nationale Bedeutung gewonnen. Für die französische Sozialdemokratie erwies es sich schon früh notwendig, den anarchistischen und antiparlamentarischen Tendenzen, die sich in der Generalstreikidee verkörperten, entgegen zu treten. Dies geschah wiederholt auf den Kongressen der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten), so in den Jahren 1890 und 1895. Dagegen nahm die revolutionär-sozialistische Arbeiterpartei (Allemanisten), die mit den Gewerkschaften in

gleichem Fahrwasser fuhr, auf ihren Kongressen von 1892, 1894 und 1895 Resolutionen zugunsten des Generalstreiks an.

Daneben aber begann zu Ende der neunziger Jahre die Idee des politischen Massenstreiks unter der Arbeiterschaft verschiedener Länder aufzukommen. Die politischen wie die ökonomischen Organisationen des Proletariats erstarkten während dieses Jahrzehntes gewaltig; der Kampf für das allgemeine Wahlrecht nahm in einer Reihe von Ländern große Dimensionen an. Unter den herrschenden Klassen aber wuchs die Abneigung, dies Recht zu gewähren. Wo die ökonomisch-sozialen Bedingungen ihr günstig waren, wie in Österreich und Belgien, faßte die Idee des Massenstreiks zu bestimmten politischen Zwecken in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft tiefe Wurzel.

Nicht nur dem Generalstreik also, auch der Idee des politischen Massenstreiks stand die Partei der Guesdisten, also diejenige Organisation des französischen Proletariats, in der die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus am lebendigsten geworden waren, feindselig gegenüber. Noch bis heute hat sie mehr oder weniger auf dem alten Standpunkt verharrt. Noch kürzlich auf dem Kongreß von 1904 zu Lille bekundeten die geistigen Führer der „Parti socialiste de France", die aus der Einigung der Guesdisten und Blanquisten hervorgegangene Richtung im französischen Sozialismus, ihr Mißtrauen gegen den Streik als politische Waffe.

Diese Haltung erklärt sich völlig aus den französischen Verhältnissen. Frankreich ist ein Land, in dem die Arbeiter eher zu politischen, als ökonomischen Rechten gelangt sind. Der Besitz politischer Rechte ging dem Klassenbewußtsein voraus; ihr unrichtiger, das heißt unselbständiger Gebrauch führte zu bitteren Enttäuschungen. Die französische Arbeiterklasse griff zur ökonomischen Organisation, nachdem ihre ersten politischen Hoffnungen sich als verfehlt erwiesen hatten. Die Wurzeln der Generalstreikidee reichen zurück bis zum Bonapartismus, bis in die Zeit Napoleon III.

In den achtziger Jahren begann der Marxismus seine Propaganda unter den Massen. Die aufkommende Gewerkschaftsbewegung wurde anfänglich von ihm stark beeinflußt. Die unaufhörlichen Spaltungen der sozialistischen Parteien wurden aber diesem Einfluß verhängnisvoll. Gerade, weil die sozia-

listische Schulung den Gewerkschaftern fehlte, wurden sie das Opfer der verführerischen Generalstreikidee. Sie fand bald zahlreiche Anhänger; wegen ihr kam es im Jahre 1894 auf dem Kongreß von Nantes zum offenen Bruch zwischen den Gewerkschaften und der guesdistischen Arbeiterpartei. Von da an geschah die Propagierung dieser Idee immer auf Kosten und im Gegensatz zur politischen Organisation und zum politisch-parlamentarischen Kampfe. Leere Aufregung, die Herrschaft der Phrase, mangelnder Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen, mehr kam dabei nicht heraus. Die Aufgabe des französischen Proletariats war in politischer Hinsicht weniger das Gewinnen neuer Rechte; es galt vielmehr, den richtigen Gebrauch der bestehenden zu lernen. Besonders traf dies auf das Wahlrecht zu. Die Arbeiterschaft lehren, es selbständig anzuwenden, sie loszulösen von den kleinbürgerlichen radikalen Parteien: das mußte das Hauptziel der sozialdemokratischen Agitation sein. Der politische Streik als Demonstrations- oder Pressionsmittel hatte folglich für das französische Proletariat kein Augenblicksinteresse; die Agitation für den Generalstreik aber leitete es auf falsche Bahnen. Das gibt den Schlüssel zur Haltung der französischen Arbeiterpartei (später P. S. de Fr.) und ihrer geistigen Führer. „Vom Anfang an", erklärte Guesde auf dem Parteitag von Lille, „ist die Generalstreikidee ein Mittel gewesen, der politischen Aktion der sozialistischen Partei entgegenzutreten" . . . . . „Das Wort ‚Generalstreik' wird als Waffe im Kampf gegen alle Richtungen des Sozialismus gebraucht."

Nur die speziellen französischen Verhältnisse machen es erklärlich, daß gerade die vom marxistischen Geiste erfüllte Organisation der Guesdisten, sich am längsten sträubt, den politischen Streik als wirksames Mittel des außerparlamentarischen Kampfes sowie als Form der proletarischen Revolution anzuerkennen, obgleich sie die insurrektionelle Idee immer hochgehalten und in der Theorie nie die Möglichkeit geleugnet hat, daß sich die parlamentarische Methode einmal als unzulänglich erweisen könne.

In einer Reihe von Ländern wurde der politische Massenstreik seit 1900 für die Sozialdemokratie zur praktischen Frage. Mehrere Umstände wirken da zusammen. Im allgemeinen kann man sagen: Um die Wende des Jahrhunderts geht die

ökonomische Prosperität zurück, Depression und Krise treten ein; abwechselnd herrscht furchtbare Arbeitslosigkeit in Deutschland, Österreich, Dänemark, Frankreich, England. Die sozialpolitischen Gegensätze treten wieder deutlicher ans Licht, der Klassenkampf verschärft sich in ökonomischer wie politischer Hinsicht. In verschiedenen Ländern äußert sich dies durch das Wiederaufleben des Kampfes für das allgemeine Wahlrecht, in den wirtschaftlich am weitesten vorgeschrittenen Staaten, aber vor allem in Deutschland, wo der Sozialismus die Herrschaft der Bourgeoisie schon ernstlich bedroht, als steigender Haß gegen das Wahlrecht bei den herrschenden Klassen. Der gewerkschaftliche Kampf steht hinter dem politischen nicht zurück. Während der Jahre der Prosperität sind die Organisationen der Arbeiter mächtig angeschwollen; dies reizt die Unternehmer zum Angriff. Sie selbst schließen sich immer mehr zusammen, die ununterbrochene Kartellisierung wichtiger Industriezweige gibt ihnen immer grössere Macht. Die gewalttätigen und reaktionären Neigungen der Unternehmer werden stärker, es wachsen Umfang, Dauer und Intensität der gewerkschaftlichen Kämpfe, sie erscheinen klarer als Episoden des Klassenkampfes, nicht als bloße Konflikte von jeweiligen Interessen, und zeitigen oft politische Folgen. Diese Entwicklung der Verhältnisse erklärt die rasche Zunahme der ökonomischen wie der politischen Massenstreiks der letzten Jahre; sie erklärt ebenso die Tatsache, daß die Sozialdemokratie seit der Wende des Jahrhunderts dem politischen Streik in steigendem Maße ihr Interesse zuwendet, in ihrer Presse und auf ihren Kongressen Stellung zu ihm nimmt.

In Belgien wurde der politische Streik schon seit 1890 von der Sozialdemokratie als eine eventuelle Waffe zur Erkämpfung wichtiger Rechte in Aussicht genommen, wenn alle andern Mittel versagen. Dabei spielte neben dem guten Einverständnis zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation der auch von Rosa Luxemburg in der Neuen Zeit hervorgehobene Vorteil einer auf verhältnismäßig geringem Raum konzentrierten großindustriellen Arbeiterschaft eine nicht unbeträchtliche Rolle. Das Mißlingen des Versuchs von 1902 änderte die Anschauung der Belgier nicht, wenn auch selbstverständlich durch dies Ereignis das Zutrauen zum Streik als politischer Waffe zurückgedrängt wurde und die belgische

Arbeiterpartei sich unter dem Eindruck dieser Niederlage seither in verstärktem Maße dem Aufbau der Organisationen und der geistigen Aufklärung der Massen zugewendet hat.

In Schweden, wo wie in Belgien von jeher das Bündnis zwischen Partei und Gewerkschaften ein sehr enges war und gemeinschaftliches Vorgehen die Regel, fand ebenfalls der politische Streik, allerdings in seiner mildesten Form als Demonstration von bestimmter Dauer, in der Sozialdemokratie keinen prinzipiellen Widerstand. Es ist aber bemerkenswert, daß trotz des befriedigenden Ausgangs des Streiks von 1903 bei den weiteren Wahlrechtskämpfen kein Versuch einer Wiederholung gemacht wurde. Sie wurden in der alten Weise durch Demonstrationen, Umzüge usw. geführt. Die schwedische Arbeiterbewegung erkennt vollauf die Gefahren, die eine Wiederholung des Streiks als verstärkte Demonstration notwendig heraufbeschwören würden, für schärfere, mehr revolutionäre Formen des Streiks aber scheinen die Verhältnisse nicht gegeben. Aus einer schriftlichen Abstimmung im Laufe des vorigen Jahres unter den Mitgliedern der Parteiorganisation ergab sich, daß die Arbeiterschaft nicht der Meinung ist, die Sozialdemokratie solle die Verantwortung für einen erneuten Versuch auf sich nehmen. Die Stärkung der demokratischen und sozialdemokratischen Gruppen im Parlament bei den letzten Wahlen dürfte für Schweden zeitweilig die Frage des politischen Streiks als aktuelles Problem zurücktreten lassen.

In Österreich dagegen ist die Frage der Tauglichkeit dieser Waffe zur Erkämpfung des Wahlrechts in der letzten Zeit immer brennender geworden. Sie führte zu einer lebhaften Erörterung auf dem letzten allgemeinen Kongreß aller österreichischen Organisationen (November 1903) zu Wien. In seinem Referat forderte Genosse Vanek zur Vorbereitung für den Massenstreik als das am meisten geeignete Mittel, das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu erobern, auf. Viktor Adler erklärte sich nicht prinzipiell gegen den Massenstreik, wies aber darauf hin, daß die unerläßlichen psychologischen Bedingungen in den Massen zurzeit fehlten. Von der tiefen Erregung, der revolutionären Stimmung, die das Bewußtsein eines geschichtlichen Wendepunktes erzeugt, sei bei ihnen nicht die Rede. Der glänzend ausgeführte Rückzug der belgischen Arbeiterschaft hatte ihn jedoch überzeugt, daß ein verlorener

politischer Streik nicht notwendig einer Katastrophe gleichbedeutend ist. Vom Parteitag wurde der Antrag Vanek angenommen, der zwar den politischen Streik nicht ausdrücklich nennt, aber doch die Notwendigkeit betonte, die schärfsten Mittel zur Eroberung des Wahlrechts anzuwenden.

Die revolutionäre Situation, die mit so großem Rechte im Jahre 1903 von Viktor Adler als eine unerlässliche, damals aber fehlende Bedingung des politischen Massenstreiks hervorgehoben wurde, ist indessen, und zwar nicht bloß für Österreich, sondern auch für Ungarn, eingetreten. Der Massenstreik steht zurzeit für Österreich-Ungarn wieder auf der Tagesordnung, für beide Länder ist er zu einer eminent-praktischen Frage geworden, und, nach der Stimmung der Arbeiterschaft zu urteilen, wird der in kurzem wieder zusammenkommende Gesamt-Kongreß der österreichischen sozialistischen Organisationen nicht verfehlen, die Parole des Massenstreiks als äußerstes Mittel in der begonnenen Kampagne für das allgemeine Wahlrecht auszugeben. Hat der Kampf in der Provinz doch bereits seinen Anfang genommen. Bei der vor kurzem abgehaltenen Massendemonstration von 50000 Arbeitern zu Brünn war die Luft von revolutionären Gefühlen gleichsam erfüllt und das Wort „Massenstreik“ schwebte auf allen Lippen. In Wien wird der Aufmarsch der organisierten Arbeiter sich am 21. November, dem Tage der Reichstags-Eröffnung, vollziehen. Er wird mit eintägiger Arbeitseinstellung verbunden sein.

In Holland ging aus dem Versuch des politischen Streiks seine theoretische Erörterung durch die Sozialdemokratie hervor. Ähnlich wie die Guesdisten und unter einigermaßen gleichartigen Verhältnissen hatte die holländische Partei im Kampf gegen Anarchismus und Nurgewerkschaftelei der Agitation für den Generalstreik immer scharf entgegentreten müssen. Es erklärt sich von selbst, daß unter diesen Umständen der Gedanke einer Massen-Arbeitseinstellung zu politischen Zwecken nur schwer Verständnis finden konnte. Der mißlungene, in großer Verwirrung und Zwietracht untergegangene Proteststreik vom April 1902 war nicht geeignet, dieser Abneigung entgegenzuwirken. Wohl war fast die gesamte Partei, auch nach dem unglücklichen Ausgang des Kampfes, darin einig, daß die Sozialdemokratie recht gehandelt hatte, sich dem Kampf der Massen nicht fern zu halten. Eine

Resolution, die das aussprach, wurde kurz nach Beendigung des Kampfes auf dem Parteitag von Enschede einstimmig angenommen. Doch die Erklärung, die Partei habe sich dem damaligen Streikversuch nicht fernhalten dürfen, war bei weitem nicht gleichbedeutend mit der Anerkennung des politischen Streiks als eine unter bestimmten Verhältnissen angebrachte Waffe im Klassenkampf. Die Debatte darüber füllte einen großen Teil des Parteitages von 1904 zu Dordrecht aus, wo die Bedenken und Einwände gegen den politischen Streik sehr eindringlich, vor allem vom Genossen Vliegen, vorgebracht wurden. Mit 135 gegen 39 Stimmen wurde indes die Resolution angenommen, die einige Monate später dem internationalen Kongreß zu Amsterdam vorgeschlagen wurde. Ihr Wortlaut ist folgender:

„In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongreß den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil er jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich machen würde. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, bedeutende gesellschaftliche Veränderungen ausführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampfe durch die Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit politischen Zielen sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird."

Diese Resolution war wesentlich ein Kompromiß zwischen all den verschiedenen Richtungen in der holländischen Partei, die den politischen Streik nicht für alle Fälle unbedingt ver-

warfen. In ihr einigte sich die Richtung, die ihn bloß nicht unter allen Umständen für verwerflich hielt und nicht ganz ausschalten wollte, mit jener, die der Ansicht war, er sei wahrscheinlich berufen, einst eine wichtige Rolle im proletarischen Emanzipationskampfe zu spielen. Der Kompromißursprung der Resolution erklärt ihre sehr verklausulierte Form. Mit Absicht jedoch wurde von der Berücksichtigung der holländischen Verhältnisse ganz abgesehen; die Frage, ob der politische Streik speziell für Holland, das heißt bei schwacher industrieller Entwicklung durchführbar sei, kam nicht in Betracht. Die Feststellung der Resolution fand ja im Antrage des internationalen Bureaus statt, und die holländische Partei hatte bei Erledigung der Aufgabe nicht spezielle nationale, sondern bloß die allgemeinen internationalen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Der internationale Kongreß von 1904, der sich mit der weiteren Prüfung der Frage des politischen Streiks beschäftigen sollte, tagte unter ganz andern Umständen wie der Kongreß von Paris. Vier Jahre hatten genügt, die revisionistischen und reformistischen Bestrebungen sich überleben zu lassen und die Eitelkeit ihrer Hoffnungen aufzudecken. Das französische Experiment — das Erreichen bedeutender Reformen für das Proletariat als Preis des Verzichts auf selbständige Klassenpolitik — war vollkommen mißlungen. Krise und Arbeitslosigkeit hatten die Arbeiter einer Reihe von Ländern heimgesucht; in Deutschland war den Großagrariern und Grossindustriellen ein neuer Raubzug auf die Taschen des Volkes gelungen; die sozialpolitischen Gegensätze, sowohl zwischen den kapitalistischen Klassen der verschiedenen Länder, wie zwischen Proletariat und Bourgeoisie waren schärfer geworden. Es war Pflicht des Kongresses, das festzustellen, die großen Linien der internationalen Regeln sozialistischer Politik aufzuzeigen, kurz auf internationaler Stufenleiter dasselbe zu tun, was der Parteitag von Dresden für Deutschland getan hatte. Die Einreihung des politischen Massenstreiks unter die Kampfmittel des Proletariats, zwar als eine Ausnahmswaffe, aber als eine, deren einstmalige wahrscheinliche Notwendigkeit sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung immer klarer ergibt, bildete das Seitenstück, die Ergänzung dieser Aufgabe. Das Feststellen der Tatsache, daß die reaktionären Gruppen, Tendenzen und Neigungen innerhalb der bürgerlichen Klassen

und Parteien immer stärker und dadurch die bestehenden Volksrechte immer mehr gefährdet werden, drängt das internationale Proletariat zu der Beantwortung der Frage, welche unveräußerlichen Machtmittel dem Proletariat nötigenfalls zu Gebote stehen, wenn die parlamentarischen Waffen sich stumpf erwiesen oder ihm genommen würden.

Die Aufgabe wurde durch die Annahme der von der holländischen Delegation eingebrachten Resolution erledigt. Ihr Charakter als Kompromißresolution machte sie besonders dazu geeignet, weil ja die nämlichen Schattierungen in der Würdigung des Streiks als politische Waffe wie in der holländischen Partei sich im internationalen Sozialismus vorfanden. Zwar reichte Zeit und Kraft des Kongresses nicht hin, diesen Punkt zu einem Gegenstand ebenso eingehender Debatte wie die internationale Regelung der sozialistischen Politik zu machen. Dennoch erwies die Annahme der Resolution, wie große Fortschritte der Gedanke des politischen Massenstreiks unter der internationalen Sozialdemokratie gemacht hatte, wie die Auffassung sich Bahn brach, daß gerade die erfolgreiche Anwendung der gewöhnlichen Kampfmittel des Proletariats Situationen herbeiführen könne, wo diese Mittel gegen die reaktionären Gelüste einer sich in ihrer Herrschaft bedroht fühlenden Bourgeoisie mit Einsetzung der ganzen Existenz von der Arbeiterklasse verteidigt werden müßten.

Die vom Kongreß zu Amsterdam angenommene Resolution beschränkt sich darauf, den politischen Streik als eine mögliche Waffe zu erwähnen und seinen Erfolg von der Einheit und Macht der Arbeiterschaft abhängig zu machen. Sie untersucht weder die besonderen Bedingungen seiner Durchführbarkeit, noch prüft sie näher die verschiedenen Situationen, in denen er gute Aussicht auf Erfolg bieten könne. Dies zu untersuchen und festzustellen blieb Aufgabe der nationalen Parteien.

Die erste, die diese Aufgabe gelöst hat, ist die deutsche Sozialdemokratie. Der Beschluß des Kongresses von Jena, der mit großer Mehrheit den politischen Massenstreik unter die Kampfmittel des Proletariats aufnahm, ist für die bürgerliche Welt eine große Überraschung gewesen. Zwar waren die in diesem Buche geäußerten Anschauungen schon seit Jahren von Theoretikern wie Kautsky, Parvus, R. Luxemburg, K. Zetkin ver-

treten worden; die Mehrheit der Partei schien jedoch, dem Gedanken des Streiks zu politischen Zwecken kalt-ablehnend gegenüber zu stehen.

Noch auf dem Parteitag zu Bremen hatte die Partei, mit wenigen Ausnahmen, sich von der Notwendigkeit der Erörterung des politischen Streiks nicht im mindesten überzeugt gezeigt. Eine tiefgewurzelte Abneigung berief sich mit Vorliebe auf die Art und Weise, wie Liebknecht 1889 in Paris den anarchistischen Generalstreik bekämpft hatte, um den Gedanken des politischen Massenstreiks für eitlen Wahn zu erklären. Diese Abneigung wurde einerseits getragen von den ausgezeichneten Erfahrungen, die die deutschen Arbeiter mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht hatten, unter dem die deutsche Sozialdemokratie großartig gediehen war, das Sozialistengesetz zerschmettert, Bismarck niedergeworfen hatte und von Sieg zu Sieg geschritten war. Dazu aber gesellte sich der Charakter des deutschen Staates, der straffe Militarismus, der Zentralismus der Verwaltung, die oft genug kundgegebenen Gelüste der Junker und ihrer Gesinnungsgenossen, die Arbeiter zu Gewalttaten zu provozieren und vor die Kleinkalibrigen zu treiben. So ist die Abneigung der deutschen Arbeiterschaft gegen die Idee des politischen Streiks während langer Zeit gewissermaßen das Gegenstück zu ihrer Besonnenheit, ihrer richtigen Einschätzung der realen Verhältnisse gewesen.

Diese Besonnenheit durfte jedoch nicht in Ängstlichkeit entarten, die richtige Einschätzung der Beschwerden und Gefahren des Massenstreiks nicht zu ihrer Überschätzung, die hohe Wertung der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zum Glauben an ihre Unfehlbarkeit verleiten. Diese Fehler sind auf dem Gewerkschaftskongreß zu Köln gemacht worden. Aufgabe des sozialdemokratischen Parteitags war es, die andere Seite aufzuzeigen, zu erweisen, daß das deutsche Proletariat sich nicht mit hohlen Phrasen über wirkliche Gefahren hinwegzusetzen wähnt, sondern wie es sich kühn entschließt, lieber unabwendbaren Gefahren die Spitze zu bieten, als auf den Kampf für seine Emanzipation zu verzichten.

Die von Bebel befürwortete Resolution in der Frage des politischen Streiks lautet:

I. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die

öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen usw.) und selbst die Verschlechterung bestehender rückständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlrechtsräubereien durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindewahl-Verschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Sachsen, Sachsen-Meiningen) und Orten (Kiel, Dresden, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist,

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen,

gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalles der Parteitag „die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung".

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Reche der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

II. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

Die Annahme dieser Resolution bekundet, ein wie großer Umschwung in der deutschen Sozialdemokratie sich in der Frage des politischen Streiks vollzogen hat. Ein Umschwung, über den jedoch nur der sich wundern kann, der nicht gelernt hat, historisch-materialistisch zu denken, das heißt nicht gelernt hat, zu erkennen, wie die Wandlungen im Bewußtsein der Menschen sich infolge der Wandlungen in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen vollziehen. Bebels Referat zu der Resolution ist eine lichtvolle Darstellung der Gründe, weshalb die Partei, wollte sie mit dem zu Dresden gefaßten Beschluß im Einklang bleiben, den Massenstreik als mögliche Waffe im politischen Kampfe anerkennen mußte. Der Umschwung in den Anschauungen ist eine Folge der veränderten Verhältnisse, eine Folge der politischen Wandlungen, die die Reichstagswahl von 1903 herbeiführte. Eine Folge der Festlegung der alten Grundsätze und Taktik der Partei zu Dresden, die den Wahn der Gegner des Proletariats zerstörte, die Sozialdemokratie sei in einem „Mauserungsprozeß" begriffen. Eine Folge der Verschärfung der Verhältnisse im Reichstage seit der Ära der großen Zollkämpfe, in denen alle bürgerlichen Parteien ihre ganze Erbärmlichkeit enthüllten. Eine Folge der zunehmenden Macht und Bedeutung der Unternehmerverbände, der Verschärfung der ökonomischen Gegensätze, wie sie sich in den Massenaussperrungen der letzten Jahre, den zahlreichen Angriffen des Unternehmertums auf die Gewerkschaften äußerte. Der Umschwung der Anschauungen ist eine Folge der politischen Verschärfung, wie sie unter anderm in den Angriffen des preußischen Herrenhauses auf das allgemeine Wahlrecht und das Koalitionsrecht, gegen die Erbschaftssteuer und in seiner Stellung zur Berggesetznovelle zutage tritt. Der Staat wird mehr und mehr von der Bourgeoisie beherrscht, aus der Verschärfung des Klassenkampfes aber, aus der Furcht vor der zunehmenden Macht der Arbeiterklasse wächst der Haß gegen das allgemeine Wahlrecht. In Norddeutschland, wo die Industrie am stärksten ist, in den Hochburgen der Sozialdemokratie in Sachsen, Hamburg, Lübeck ist man daran gegangen, das Dreiklassenwahlsystem einzuführen, Wahlverschlechterungen durchzusetzen.

So folgerte Bebel aus der Wirklichkeit, aus zahlreichen Begebenheiten im ökonomischem wie im politischem Leben

die zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat sowie die stetige Abnahme der Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien. So konnte er seine hierauf bezüglichen Ausführungen mit den Worten beschließen: „So ist die Situation, in der jeder aufmerksame Genosse sich fragen muß, nachdem die bisherigen Mittel nicht ausgereicht haben, gewisse Attentate auf die Rechte der Arbeiterklasse unmöglich zu machen: Sind die taktischen und agitatorischen Mittel, die wir bisher angewandt haben, genügend oder müssen wir neue hinzufügen?" So konnte er aus den zusammenfassenden Tatsachen schließen, daß der Massenstreik als Waffe der Verteidigung gegen die Revolution von oben der Arbeiterschaft aufgedrungen werden könne, wollte sie sich nicht ohne Widerstand entrechten lassen.

Weder gegen die von Bebel vorgebrachten Tatsachen, noch die von ihm gegebene Deutung konnten die Gegner des Massenstreiks in der Debatte Einwendungen erheben. Es läßt sich eben für Deutschland unmöglich noch behaupten, daß die Richtung der Entwicklung nicht auf fortwährende Verschärfung des Klassenkampfes gehe und daß die Formen, in der dieser Kampf geführt wird, die Mittel, die in ihm zur Anwendung kommen, nicht in höherem Grade als von der Arbeiterschaft, von ihren Feinden abhängen.

Ebensowenig wurde in der Debatte auf andre, mehr geeignete und ungefährlichere Mittel hingewiesen, mittels deren die Arbeiterklasse im Notfall ihre wichtigsten Rechte verteidigen könne. Es begnügten sich die Gegner des Streiks damit, in der Debatte die alten Einwendungen und bekannten Gründe zu wiederholen, die die „Undurchführbarkeit" des politischen Massenstreiks beweisen sollen, in Wirklichkeit aber bloß beweisen, daß seiner Durchführung und seinem Erfolge große Schwierigkeiten im Wege stehen — was wohl von keinem Sozialdemokraten bezweifelt wird. Und mit vollem Recht konnte die Genossin Zietz gegen die Einwendungen, es fehlten der Arbeiterklasse die Machtmittel, um sich vor der Gewalt des Staates zu schützen, ebenso mache ihre Armut es ihr unmöglich, im Ausstand auszuharren, auf Rußland hinweisen, wo seit Monaten ein praktischer Beweis geliefert wird, wie weder die brutalste Gewalttätigkeit der Regierung noch die größte Armut des Proletariats verhindert,

daß immer wieder von neuem der politische Streik ausbricht und anschwillt, wenn die höchste Anspannung der revolutionären Gegensätze zu ihm führt.

Die Stimmung in der Debatte sowie die überwältigende Mehrheit, mit der der Resolution Bebel auf dem Parteitag zugestimmt wurde, ergab, wie groß das Verständnis für den Umschwung der Verhältnisse, für die sich immer mehr zuspitzende Situation in der deutschen Sozialdemokratie geworden ist.

Zwar könnte man sagen, es sei in der Jenaer Resolution der Hochdruck vorwiegend auf die defensive Seite gelegt, der Massenstreik ausschließlich als Abwehr von Angriffen auf bestimmte Rechte ins Auge gefaßt worden, während die Amsterdamer Resolution den Streik auch als Mittel anerkennt, bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen, als auch die Herrschaft der Arbeiterklasse im Staate zu erkämpfen. Auf dem deutschen Parteitag mußte aber notwendigerweise die defensive Seite des politischen Streiks vor allem betont werden, weil die Resolution aus den Verhältnissen hervorgeht, in denen die deutschen Arbeiter zu leben und zu kämpfen haben.

Indem die Resolution Angriffe auf das Wahlrecht zu dem Springpunkt macht, aus welchem ein politischer Streik hervorgehen könne — was nicht dasselbe ist, wie sich bei eventuellen Attentaten auf das Wahlrecht unter allen Umständen auf den Streik zu verpflichten —, nennt sie mit kühner Entschlossenheit den Punkt des nächstliegenden Konfliktstoffes mit den herrschenden Klassen. Es war umsoweniger geboten, darüber hinauszugehen, und die aggressiv-revolutionäre Seite des politischen Streiks zu betonen, da nicht die Sozialdemokratie, sondern ihre Gegner durch ihre Taten zu jener Entwicklung drängen, die zur Katastrophe führt. Ob der Streik bei einem so unerhörten Attentat, wie es ein solches auf das Wahlrecht wäre, nur auf die Wiederherstellung des früheren Zustandes gerichtet sein könnte, das hängt nicht in erster Linie von der Sozialdemokratie, sondern von ihren Gegnern ab. Hat die Sozialdemokratie doch immer erklärt, ihr sei es nur willkommen, wenn sie ihr Ziel ohne Katastrophen erreichen könnte; das revolutionäre ihres Wesens liege nicht in den Mitteln, sondern im Ziel.

Deswegen: wenn es der Sozialdemokratie möglich wäre, durch den defensiven Streik die politische Demokratie und damit die allmähliche friedliche Weiterentwicklung zu sichern, gewißlich könnte ihr nichts willkommener sein. Nur darum handelt es sich, ob das möglich sein wird, ob die Logik der Tatsachen für Deutschland nicht den Kampf um eine einzige Maßregel zum Kampf um die ganze politische Macht erweitern wird. Dies zu prüfen und zu untersuchen, die Erfahrungen des internationalen Proletariats sowie die eigenen politischen und sozialen Verhältnisse unausgesetzt zu erforschen, erscheint für die deutsche Arbeiterschaft nach Annahme der folgenschweren Jenaer Resolution dringend geboten.

Die Einmütigkeit und Entschlossenheit aber, womit die deutsche Sozialdemokratie die veränderte Einsicht bekundete, die dem Umschwung der Dinge entsprechen, wird auf das internationale Proletariat einen mächtigen Eindruck machen. Friedrich Engels hat einmal geschrieben, die deutsche Arbeiterschaft habe der internationalen den unermeßlichen Dienst erwiesen, ihr zu zeigen, wie man das allgemeine Wahlrecht benutzt, um es aus einem Werkzeug der Prellerei in eines der Befreiung umzuwandeln. Mit der Resolution von Jena erweist das deutsche dem internationalen Proletariat einen neuen wichtigen Dienst: es läßt vor seinen Augen, sowie vor denen der bürgerlichen Welt, die Waffe aufblinken, die die Arbeiterklasse in der höchsten Not anwenden kann, um ihre politischen Rechte zu verteidigen. Eine furchtbare Waffe — wie die russischen Ereignisse der letzten Tage mit ungeahntem Nachdruck beweisen, eine, deren Wirkungen die der verheerendsten Naturereignisse, der blutigsten Kriege gleichzustellen sind. Aber ein Siegfriedschwert, das dem Proletariat, welches dieser Waffe in der Zeit der äußersten Gefahr sicher ist und weiß, daß es sie um so besser führen kann, je mehr es an Klassenbewußtsein und Einmütigkeit wächst, je mehr es lernt, höchste Besonnenheit mit höchster Begeisterung zu vereinen, ein unvergleichliches Gefühl des Stolzes trotziger Würde gibt.

„Nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte" — mit diesem stolzen Wort, das mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, gab Bebel

dem Gefühl der Berechtigung und der Pflicht Ausdruck, die eine von Selbstgefühl und Siegeszuversicht erfüllte Klasse bestimmen muß, jeder Gefahr und jedem Leiden im Kampf gegen die Unterdrückung zu trotzen. Das internationale Proletariat erinnert sich aber angesichts des Jenaer Beschlusses noch an ein andres bedeutungsvolles Wort. Ihm erscheint es nicht ausgeschlossen, daß, wie der richtige Gebrauch des Wahlrechts die deutsche Arbeiterklasse von Sieg zu Sieg geführt hat, die Aufnahme des Kampfes zur Verteidigung dieses Rechts die Einleitung der letzten Phase des proletarischen Klassenkampfes, bilden werde, des Kampfes um politische und soziale Gleichberechtigung überhaupt. Eine Weissagung kommt ihm dabei in den Sinn, kein geringerer wie Marx hat sie ausgesprochen: „Die deutschen Arbeiter werden die Führer des Proletariats zum Sozialismus sein."

Druckfehler-Berichtigung

Seite	187,	Zeile	16	von	oben,	steht	Erscheinungen, soll sein Entscheidungen.
„	188,	„	10	„	unten,	„	Tressau, soll sein Tressaud.
„	190,	„	16	„	„	„	aber, soll sein auch.

image
not
available